REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 386 · 11.1.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 36 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Bilder von Auschwitz - Rezension - Hanno Loewy, Fritz Bauer Institut
2. REPs ohne Schönhuber, NPD ohne Deckert: Deutscher Neofaschismus in der Umbruchkrise - Jean Cremet
3. Rot ist Trumpf
4. Spendenaufruf: Die Hälfte ist schon angekommen, jetzt brauchen wir noch den Rest! - ak-Redaktion
5. An die ak-AutorInnen - ak-Redaktion
6. Reichsgründungsfeier im Sachsenwald - Bündnis
7. Wien bleibt Wien. SPÖ gewinnt, Haider stagniert - bei 22% - gaf
8. "Linke Revanche" in Rußland. Trotz KP-Sieg bleibt erstmal alles beim Alten - Ulf Heferle, Moskau
9. Zwischen Klassenkampf und Sozialpartnerschaft. Frankreichs Gewerkschaften, Linksparteien und Streik - Bernhard Schmid
10. Frankreich nach dem Streik. Zugeständnisse der Regierung - der Konflikt bleibt - Bernhard Schmid und Js./ak-Redaktion
11. Guatemala: Erstmals Opposition im Parlament. Linke Liste erreichte 9 Prozent bei Wahlen - Al., Nürnberg
12. Algerien: Präsident Zeroual im Amt bestätigt - Björn Aust
13. Istanbul: Antimilitaristische Zeitung konfisziert - Jörg Rohwedder
14. Alltäglicher Rassismus I - jes
15. Mit Schirm, Charme oder Blauhelm. Versuch einer Bestandsaufnahme der UNO-Einsätze - Kt.
16. Eine Sache unserer Glaubwürdigkeit. Beitrag zur Debatte um UN-Militäreinsätze. Dokumentation (aus PDS-Disput)
17. Droht jetzt die Entzauberung der PDS? SozialistInnen erobern Bürgermeisterposition in der Hauptstadt - kuk
18. Gewerkschaften im Kalten Krieg. Erlebte Geschichte am Beispiel der Montanmitbestimmung - Rezension
19. Dissonanzen auf dem Antikapitalismus-Kongreß der PDS - Peter Nowak
20. Drogenabhängige Gefangene und die Ignoranz der Justiz - jes
21. Eine Polizeibehörde verselbständigt sich. Zur Novellierung des BKA-Gesetzes - Mark Holzberger, Ulla Jelpke
22. Nehmen Sie das da wieder mit! Die Menstruation der Angeklagten - ein "Vorfall" vor Gericht - Birgit Hogefeld, aus SoZ
23. Rebellion im Gangsta-Paradies? Interview mit Günther Jacob über HipHop und die Krise der Pop-Suberversion
24. Ermächtigung zum Töten. Statistischer Durchschnitt entscheidet über Koma-Patienten - Erika Feyerabend, BioSkop-Forum
25. Zukunftsfähigkeit - another round! Debatte um Nachhaltigkeit ... - Stefan Armborst, Ulrich Brand
26. "Berliner Erklärung" zur Studie Zukunftsfähiges Deutschland". Dokumentation
27. Abschied vom linken Fortschrittsglauben. Infobüro Nicaragua über Widersprüche in der "3. Welt"-Solidaritätsbewegung
28. Die Welt von heute: Globale Polarisierungen Das XIII. internationale Kolloquium über das Weltsystem - Hannes Hofbauer
29. "Die Bewegung 2. Juni". Gespräche über Hasch-Rebellen, Lorenzentführung und Knast - Annotation - bg.
30. Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat - Rezension - Moe, LAK Nürnberg u. Mitarb. d. BUKO-Gesch.stelle
31. Politisches Engagement als unkalkulierbares Risiko. Das KPD-Verbot und seine Folgen - a.m.
32. Ein Leserbrief
33. Quelldatei 19.htm
34. Quelldatei 20.htm
35. Quelldatei duma-t2.htm
36. Quelldatei spend95.htm

1. Bilder von Auschwitz - Rezension

Von Hanno Loewy

Autor: Hanno Loewy, Fritz Bauer Institut · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:10

Hanno Loewy, Direktor des Fritz Bauer Institut - Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust - ist Autor bzw. Herausgeber zahlreicher Publikationen zur Schoah, zur Kulturgeschichte des Nationalsozialismus und der Moderne, zur Geschichte der Fotografie, zur Geschichte Palästinas und zum Konservativismus. Wir haben die Rezension mit freundlicher Genehmigung des Fritz Bauer Instituts dem Newsletter (Nr. 10, Dezember 1995) entnommen.

In den letzten Jahren ist eine Reihe von Bildbänden erschienen, die Fotografien von Auschwitz präsentieren, darunter einige Publikationen des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau. Auch Kooperationen mit westlichen Verlagen haben sich seit 1989 verstärkt. Die meisten dieser Publikationen liegen freilich in deutscher Sprache nicht vor, sind ohne Probleme nur in der Gedenkstätte Auschwitz selbst oder über Organisationen erhältlich. Drei Bände, die unterschiedlicher kaum sein könnten, sind nun im Laufe dieses Jahres in Deutschland oder mit deutscher Beteiligung erschienen.

Abels Gesichter

Abels Gesichter. I Volti Di Abele. Auschwitz ist ein zweisprachig (deutsch-italienisch) kommentierter Bildband betitelt, der im Frankfurter Zambon Verlag erschienen ist. Im Mittelpunkt des Buches steht eine Auswahl der "Porträts", die ab 1941 im Stammlager (Auschwitz I) durch den "Erkennungsdienst" der Politischen Abteilung, also der Lagergestapo, von den ins Lager verbrachten Häftlingen angefertigt wurden. 38916 von ihnen (zumeist jeweils drei Fotografien aus unterschiedlichen Positionen) konnten während der Evakuierung im Januar 1945 von Häftlingen vor der Zerstörung bewahrt werden und sind erhalten geblieben. Fotografiert wurden auf diese Weise freilich nur diejenigen, die in Auschwitz den Status des "Häftlings" erhielten, folglich nicht mehr die jüdischen Opfer der Massenvernichtung, auch nicht die Mehrzahl der Sinti und Roma. Die meisten russischen Kriegsgefangenen blieben ebenfalls ohne persönliche Spur. 1943 ging man schließlich dazu über, fast ausschließlich deutsche (und österreichische) Häftlinge zu fotografieren.

Die "erkennungsdienstlichen" Aufnahmen erinnern mithin vor allem an das Auschwitz der polnischen und der politischen Häftlinge (unter denen sich natürlich zunächst, vor dem Beginn der "Endlösung" Anfang 1942 in Auschwitz, auch jüdische Gefangene befanden), an das Stammlager als Instrument politischen Terrors und des nationalsozialistischen Versuchs, das Rückgrat der polnischen Nation zu brechen. Den Autoren des Buches muß die Einseitigkeit dieser Überlieferung von Auschwitz wohl bewußt gewesen sein. Doch ihr Versuch, die einmal gewonnene Sicht auf Auschwitz auch auf die Vernichtung in Birkenau auszudehnen, verschärft nur das offensichtliche Problem. Zwischen die 636 ausgewählten Häftlingsporträts mischen sie unterschiedliche Fotodokumente, die die Lücken des Gedächtnisses füllen sollen, vor allem eine größere Zahl von Aufnahmen ankommender Transporte aus Ungarn, die in Birkenau 1944 von SS-Fotografen aufgenommen wurden. Die Nähe dieser Bilder (von Menschen, die eben nicht registriert, die nie zu "Häftlingen" werden sollten) zu den "erkennungsdienstlichen" Aufnahmen wird noch dadurch verstärkt, daß einzelne Köpfe aus den Bildern herausvergrößert und zu Porträts umgedeutet werden.

Das Bemühen, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Lagern in Auschwitz (Stammlager, Birkenau, Monowitz) zu nivellieren und ein homogenes Lager zu konstruieren, zieht sich durch die gesamte Publikation. Die ersten Bilder des Bandes zeigen Birkenau und dessen Gleise (die erst 1944 gelegt wurden) und unter den Beginn der Serie der "erkennungsdienstlichen" Aufnahmen hat die Grafik ein Foto der Gleise als grauen Untergrund gelegt. Am Ende gehen die Häftlingsporträts in leer gelassene graue Bildrahmen über, die für die nicht mehr fotografierten Opfer der Massenvernichtung stehen sollen. Die Begründung der Herausgeber dafür desorientiert völlig: nach der "Wannseekonferenz, auf der die totale Vernichtung des Judentums beschlossen worden war" (auch dieser Mythos hält sich noch immer) hätte die fotografische Erfassung keinen Sinn mehr gehabt.

In dem kundigen Beitrag von Teresa und Henryk Swiebocki (Mitarbeitern des Museums Auschwitz-Birkenau) ist hingegen zu lesen, daß die fotografische Erfassung von nicht-jüdischen Häftlingen parallel zur

Massenvernichtung durchaus noch weiterging. Die Zahl der sachlichen Fehler in den übrigen Texten und die Schludrigkeit der Übersetzungen ins Deutsche ist erstaunlich. So wird das Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau mal als "städtisches Museum", mal als "Nationalmuseum" bezeichnet, die Nebenlager von Auschwitz als "Unterlager" etc. etc.

Das Nachwort des Verlegers ordnet Auschwitz vollständig in eine ideologische Perspektive ein, die das reale Auschwitz nur noch instrumentalisiert. Da ist vom "Widerstand des deutschen Volkes (sic!) gegen den Nationalsozialismus" die Rede, werden die Gedenkstätten in der ehemaligen DDR beschuldigt, "systematisch alle Spuren" der Verantwortung der "Industriekonzerne" für die Zwangsarbeit und den Widerstand dagegen zu eliminieren und schließlich wird die "Selbstbefreiung" der Häftlinge von Buchenwald (auch dies ein zählebiger Mythos) gar zum "bewaffneten Aufstand" gesteigert.

"Aufklärung" ist von diesem Band also leider nicht zu erwarten, eher die Mythisierung von Auschwitz im Dienste des politischen Kampfes. "Abels Gesichter" ...

Lili Meiers Album

Die im Mai 1944 von einem oder mehreren SS-Männern auf der Rampe von Birkenau fotografierten und in ein Album geklebten Aufnahmen sind, obschon verschiedentlich publiziert, erst in diesem Jahr Gegenstand einer eigenen deutschsprachigen Publikation geworden. Und dies, obwohl schon 1980 und 1981 zwei unterschiedliche englischsprachige Ausgaben (von Serge Klarsfeld und Peter Hellman herausgegeben) erschienen, letztere zwei Jahre später auch in Frankreich. Nun liegt endlich eine vollständige Reproduktion der Fotografien unter dem Titel Gesichter der Juden in Auschwitz. Lili Meiers Album vor, die im Verlag Das Arsenal erschienen ist.

Die Entstehungsgeschichte des Albums ist bis heute nicht rekonstruiert und der Weg, den das Album nahm, die Aufnahme, die es fand, enthält alle Widersprüche der Erinnerung an Auschwitz-Birkenau. Am 11. April 1945 wurde das Lager Dora-Mittelbau bei Nordhausen befreit. Unter den Überlebenden war auch Lili Jacob, eine Jüdin aus Ungarn. In einer geräumten SS-Unterkunft fand Lili Jacob, auf der Suche nach Kleidung, jenes Album mit Fotografien aus Auschwitz-Birkenau. Fotografien, auf denen sie ihre eigenen Familienangehörigen, ja sich selbst, wiedererkannte. Viele der Bilder zeigten jenen Transport, mit dem sie am 26. Mai 1944 nach Auschwitz deportiert worden war. In seinem einfühlsamen und detailreichen Essay schildert Peter Moses-Krause minutiös nicht nur die Geschichte der Fotografien bzw. die Lücken unseres Wissens über sie, sondern auch die Geschichte der Lili Jacob, die heute unter dem Namen Lili Meier in den USA lebt. Unauflöslich verschränken sich drei Narrative miteinander: die Geschichte der anonymen Vernichtung, der Produktion von Tod, zu deren Apparat auch die Produktion jener Fotografien gehörte, ihrer Ordnung in einem Album mit Zwischenüberschriften wie: "Aussortierung", "nicht mehr einsatzfähige Männer" und "Effekten".

Die Geschichte aber auch einer Familie und die Umdeutung der SS-Fotografien in ein kollektives "Familienalbum" der Ermordeten, zum Gegenstand intimen liebevollen Gedenkens. Die Titulierung des Albums als "Lili Jacob-" bzw. "Lili Meier-Album" drückt genau dies aus. Und schließlich gehört dazu auch die Geschichte des Albums als Beweisstück, eines Asservats, mit dem Lili Jacob (damals verheiratete Zelmanovic) 1964 nach Frankfurt reiste, um im Auschwitz-Prozeß auszusagen.

Nach dem Kriege angefertigte Glasplattennegative liegen im Jüdischen Museum in Prag, das Album selbst übergab Lili Meier 1980 der Gedenkstätte Yad Vashem. Abzüge befinden sich auch im Besitz des Museums Auschwitz. Auch sie selbst behielt nur einen Satz Abzüge, die nun auch die Grundlage für die vorliegende Publikation bildeten. Die Wiedergabequalität differiert leider sehr stark zwischen den verschiedenen Abbildungen.

Bewußt haben Verlag und Herausgeber das Format des Buches gegenüber dem Originalformat des Albums verändert (Hoch- statt Querformat), die Fotografien zum Teil deutlich vergrößert. Das Buch soll dem Kontext der Täter entrissen und den Opfern, den "jüdischen Märtyrern", wie es heißt, gewidmet werden. Doch diese Distanzierung bleibt zwiespältig. Die Blätter des Albums, die die Zwischentitel tragen, wurden, im veränderten Format freilich, rekonstruiert. Und die zynische Reihenfolge der Bilder, die dem Ordnungsprinzip der verschleierten Vernichtung folgt, beibehalten.

Angesichts dieser Unentschiedenheit hätte man sich eine Editionsform gewünscht, die den Originalcharakter des Albums als Dokument kenntlich läßt und der Erinnerung der abgebildeten Menschen eher durch eine Auswahl vergrößerter Aufnahmen Rechnung trägt. Auch die finanziellen Möglichkeiten scheinen hier aber dem Projekt Grenzen gesetzt zu haben. Wie in den bisherigen Ausgaben sind auch diesmal jene 63 Aufnahmen, die im Einband steckten und Anlagen und hohe Besuche in Auschwitz zeigen, weggelassen. Auch sie gehören zu diesem Dokument freilich dazu. Dennoch ist dem Verlag zu danken, daß diese einzigartige Quelle nun endlich in Deutschland zugänglich gemacht wurde.

Vom Dokument zur Ikone

Die Rezeptionsgeschichte des Albums ist auch Gegenstand einer kritischen Untersuchung von Jasmin Doosry. "Offenbar gibt es menschlich allzu verständliche emotionale Hemmungen, diesen kalten, rechnerischen, unmenschlichen Blick der SS zum Ausgangspunkt einer aufklärenden Sachdiskussion über das Auschwitz-Album zu machen. Man behandelt die Fotos nicht als zu entschlüsselnde Bildzeugnisse, sondern als Ikonen, deren Anblick, wie eine antike Tragödie, Furcht und Mitleid erzeugt, die man aber nicht unbedingt zu verstehen braucht. Es geht um das persönliche Gefühlserlebnis, nicht um eine genaue Bestimmung des Verhältnisses zur Vergangenheit. Doch gerade bei diesem Album, dessen Fotos so oft reproduziert werden, sollte man sich Rechenschaft ablegen. Wer hat diese Aufnahmen für welche Zwecke gemacht, welche Prämissen und Zielsetzungen stehen hinter den mannigfachen Erscheinungsformen, in denen sie uns heute dargeboten werden." Jasmin Doosrys Aufsatz Vom Dokument zur Ikone: Zur Rezeption des Auschwitz-Albums ist im, von ihr auch herausgegebenen, Katalog Representations of Auschwitz. 50 Jahre Fotografie, Malerei und Grafik erschienen, der wie die gleichnamige Ausstellung den Bildwelten nachgeht, in denen Auschwitz überliefert wurde und wird. Die Ausstellung, nach ihrer Präsentation in Krakau nun in Weimar und Oldenburg zu sehen, ist eines der Ergebnisse eines dreijährigen Forschungsprojektes. Mit europäischen Fördermitteln durchgeführt und vom Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau, von der Universität Oldenburg, dem Oxford Centre for Hebrew and Jewish Studies sowie der Jagellonen Universität, Krakau getragen, haben in diesem Projekt WissenschaftlerInnen aus Polen, Deutschland und England gemeinsam die museale und didaktische Präsentation der Geschichte von Auschwitz erforscht und Perspektiven für die Zukunft entwickelt. Der Katalog ist im Verlag des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau erschienen und in Deutschland derzeit nur über die Gedenkstätte Buchenwald erhältlich.

Der Band enthält illustrierte Studien (von Z. Mach, D. Stone, U. Wrocklage, H. Swiebocki, K. Oleksy, St. Peter, J. Webber, D. Hoffmann, Y. Doosry, K. Engeln, B. Schmidt, J. Kupiec, J. D. Feldman) zu unterschiedlichen Aspekten der visuellen Rezeptionsgeschichte von Auschwitz, von der internationalen Bildpresse bei Kriegsende bis zum Medium des Comics, von der musealen Präsentation der Relikte bis zur symbolischen Repräsentanz von Auschwitz in der Kategorie des Martyriums, von den Amateurfotos der Besucher bis zu künstlerischen Arbeiten der Gegenwart, von den Fotos der SS bis zu den Zeichnungen der Häftlinge. Wie auch die Ausstellung zeigt der Katalog zudem Bildergruppen, die ikonenhafte Motive des Bildgedächtnisses (z.B. das Tor, die Todeswand, die Ruinen der Gaskammern) in ihrer unterschiedlichen, traditions- oder ideologiegefärbten Wahrnehmung zeigen.

Ein Hinweis auf die Sonderhefte der Fotozeitschriften Eikon und Fotogeschichte soll an dieser Stelle nicht fehlen, die wichtige Beiträge zu einer fotografischen Rezeptionsgeschichte der Lager und des Holocaust versammeln. Im Januar 1995 erschienen, mit Unterstützung des Fritz Bauer Institutes, zwei Hefte der Zeitschrift Fotogeschichte - Beiträge zur Geschichte und Ästhetik der Fotografie (Heft 54 und 55) unter dem Titel Lager, Gefängnis, Museum. Fotografie und industrieller Massenmord, die von Detlef Hoffmann und Timm Starl herausgegeben wurden. Die Hefte versammeln Aufsätze von Detlef Hoffmann, Ute Wrocklage, Bertrand Perz, Cornelia Brink, Hanno Loewy, Katharina Menzel, Jaqueline Giere und Genya Markon, sowie Projekte von Fotografen / Künstlern der Gegenwart wie Robin Dance, Naomi Tereza Salmon, Heimrad Bäcker, Michael Wrobel und Henning Langenheim. Enthalten ist außerdem eine von Ute Wrocklage erstellte Bibliographie zu Fotografie und Holocaust.

Eikon, die in Wien erscheinende Internationale Zeitschrift für Photographie und Medienkunst (herausgegeben von Carl Aigner) präsentiert in seinem Doppelheft 14/15 (Gastherausgeber Arno Gisinger) Beiträge zum Themenschwerpunkt Darstellung des Unvorstellbaren. Möglichkeiten und Grenzen künstlerischer Auseinandersetzung mit Shoah, Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg in der zeitgenössischen Photographie.

Hier werden, neben einigen Essays (z.B. von Arno Gisinger), zahlreichen Rezensionen und einem Gespräch mit Christian Boltanski vor allem Projekte der zeitgenössischen Künstler / Fotografen Stefanie Unruh, Judah Ein Mor, Stefanie Grebe, Gilles Cohen, Susanna Pieratzki, Heimrad Bäcker, Reinhard Matz, Klaus Fritsch, Arno Gisinger, Christian Boltanski, Rainer Iglar, Henning Langenheim, Lily R. Markiewicz und Naomi Tereza Salmon präsentiert.

Abels Gesichter. I Volti Di Abele. Auschwitz. Herausgegeben von Giuseppe Zambon / Panstwowe Muzeum Oswiecim Brzezinka. Zambon Verlag, Frankfurt am Main 1995, zweisprachige Ausgabe (deutsch-italienisch), 192 S., 753 Abb., 25 x 33,3 cm, 68,00 DM

Gesichter der Juden in Auschwitz. Lili Meiers Album. Hg. von Hans-Jürgen Hahn. Mit einer Einleitung von Peter Moses-Krause. Verlag Das Arsenal, Berlin 1995, 200 S., 203 Abb., 20 x 28 cm, 38,00 DM

Representations of Auschwitz. 50 Jahre Fotografie, Malerei und Grafik. Hg. von Jasmin Doosry. Verlag des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, Oswiecim 1995, 134 S., 90 Abb., 28,5 x 23,2 cm, mit Texten in deutscher, englischer und polnischer Sprache. (Bezug über Gedenkstätte Buchenwald, Literaturverkauf, 99427 Weimar-Buchenwald, zum Preis von 10 DM zzgl. Versandkosten.)

Fotogeschichte - Beiträge zur Geschichte und Ästhetik der Fotografie. Lager, Gefängnis, Museum. Fotografie und industrieller Massenmord. Hg. von Detlef Hoffmann und Timm Starl. Jonas Verlag, Marburg, H. 54 u. 55, 1994/ 1995, 32,00 DM pro Heft

Eikon - Internationale Zeitschrift für Photographie und Medienkunst. Darstellung des Unvorstellbaren. Verlag Turia & Kant, Wien 1995, Doppelheft 14/15, 28,00 DM

2. REPs ohne Schönhuber, NPD ohne Deckert: Deutscher Neofaschismus in der Umbruchkrise

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:05

"Ohne Führer kein Erfolg?" fragte Le Monde Diplomatique im Dezember 1995 angesichts der sehr unterschiedlichen Entwicklungen der europäischen Rechtsextremisten. Sicherlich ist die alles beherrschende Führerfigur eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für rechte Wahlerfolge. Nach Deckerts Abwahl als NPD-Vorsitzender und Schönhubers Austritt aus der von ihm mitgegründeten Partei "Die Republikaner" sieht es bei den deutschen Neofaschisten finster aus. Doch hinter den Kulissen wird fieberhaft gearbeitet. Interne Abgrenzungen und Unvereinbarkeiten werden in Frage gestellt. Die Parole von der "Sammlung des nationalen Lagers" macht die Runde. Franz Schönhuber bereitet sich auf ein Comeback als Held der Wirtshäuser und Bierzelte vor. Auch eine vorsichtige "Modernisierung" der Programmatik wird diskutiert.

Eigentlich hätte man das Szenario bereits im Oktober voraussagen können. "Deutschland braucht eine sozialpatriotische Kraft. Und es wird sie eines Tages wieder geben!" schrieb Franz Schönhuber, frischgebackener Kolumnist des Monatsblattes "Nation + Europa", in der damaligen Ausgabe. Damals war er noch Mitglied der von ihm mitbegründeten Partei Die Republikaner. Mit seiner neuen Tätigkeit ist er wieder in unmittelbarer Nähe seines einstigen politischen Ziehsohnes und späteren Intimfeindes Harald Neubauer gelandet, den er fünf Jahre zuvor erst als Kronprinz der Republikaner gestürzt und dann aus der Partei gedrängt hatte. "Nation + Europa"-Herausgeber Neubauer und seine Mitstreiter Karl Richter (ebenfalls ex-REP) und Peter Dehoust (ex-NPD) sind heute führend in der Deutschen Liga für Volk und Heimat und werben für die rechte Einheit. Das Sammlungsfieber hat sie erfaßt. Auch Schönhuber ist infiziert. Seine Abwehrkräfte gegen die Feinde von gestern haben nicht ausgereicht, da der alte Mann seine gesamten Kräfte gegen die Feinde von heute braucht. Seine alte Partei hat er verlassen; was stört ihn sein Geschwätz von gestern.

Schönhubers Artikel "Herbstgedanken"(Nation + Europa 10/95, S.17ff.) ist ein Abgesang auf die Partei. "Die Blätter fallen von den Bäumen, und bei den Republikanern fallen die Mitgliederzahlen und Umfrageergebnisse. Die Eiszeit droht. (...) Nach meiner Auffassung hat man die Schwerpunkte für die Zukunft falsch gewichtet. Die finanziellen Mittel hätte man nicht in Stuttgart horten, sondern im Wahlkampf nach Berlin werfen müssen. Ein Wahlkampf ist in einem Stadtstaat wie Berlin leichter zu führen als in einem Flächenstaat wie Baden-Württemberg. (...) In Berlin kulminieren die sozialen Spannungen, die gesellschaftspolitischen Verwerfungen, die multikulturellen Auswüchse und sicherheitspolitischen Ängste. In Berlin sollten wir unseren historischen Gründungsanspruch als Partei der Wiedervereinigung mit der Hauptstadt Berlin mit neuem Leben erfüllen. Hier könnten wir gerade an der Schnittlinie von Ost und West dokumentieren, daß wir in der Sozialpolitik links, in Fragen des nationalen Selbstverständnisses rechts denken. National-liberales Gerede wird angesichts der dortigen Nöte im besten Falle zur Lachnummer." Jeder Satz ist ein Schlag ins Gesicht des nach Harald Neubauer zweiten, nunmehr feindlichen Kronprinzen, Rolf Schlierer. Jeder Punktrichter am Ring würde eine Reihe von Wirkungstreffern auf seinem Block notieren.

Wie sollten die neuen Leute an der Parteispitze nach der Ära Schönhuber - Ärzte, Rechtsanwälte, Kaufleute, Unternehmensberater und Finanzmakler - auch Verständnis für die Nutzbarkeit sozialer Spannungen für eine neofaschistische Partei entwickeln können? Schönhuber hatte vor einigen Jahren eine Intellektualisierung der Republikaner gefordert. Gesiegt hat statt dessen die Krämermentalität in der Partei; ihre Spitzenfunktionäre zittern bereits dem Wahltag in Baden-Württemberg entgegen, der in der finanziell maroden Partei ein Ende für die letzten lukrativen Jobs bedeuten könnte. Der dann folgende Exodus ist absehbar.

Dies wäre sicherlich nicht unbedingt ein Verlust für die Republikaner, da die Riege um Rolf Schlierer bisher ihre Partei lediglich von einer Krise in die nächste und schlimmere geführt hat. Bei diesem politischen Führungspersonal, so Schönhubers unausgesprochene Schlußfolgerung, ist der weitere politische Niedergang der Republikaner unvermeidlich. Deshalb wagt er auch in seinem bereits zitierten Beitrag in "Nation + Europa" eine Prognose: "Ich befürchte, daß die Partei in Baden-Württemberg ähnlich wie einst im weiß-blauen Freistaat der Bayernpartei zur ‚Ländle-Partei` degeneriert. In Baden-Württemberg haben wir aber nur dann Chancen,

wenn wir in Berlin erträglich abschneiden. Das Berliner Signal wird seine Auswirkungen auch auf die bayerischen Kommunalwahlen, ganze vier Wochen vor dem Urnengang in Baden-Württemberg, haben. Springt in Berlin das Signal auf ‚Stopp`, gehen in der sowieso schwer angeschlagenen Partei in Bayern die Lichter gänzlich aus, und in Stuttgart wird's finster." Ob die Partei in Berlin erträglich abgeschnitten hat, ist durchaus Ansichtssache.

Niederlage der Reps in Berlin

Über 45.000 Zweitstimmen (2,7%) sind einerseits kein Pappenstiel. Daß man damit in Berlin nicht ganz so schlecht abgeschnitten hat wie die moribunde FDP, mag ein kleiner zusätzlicher Trost sein, der jedoch so gut wie wertlos ist, da er in der Medienberichterstattung unterschlagen worden ist. Ernsthaft dürfte in der Parteiführung wohl niemand mit einem Einzug in das Abgeordnetenhaus gerechnet haben. Trotzdem wurde ein aufwendiger Wahlkampf mit Ständen und flächendeckenden Plakatieraktionen geführt. Die Parolen dabei waren eigentlich durchaus in Schönhubers Sinn, so z.B.: "Keine Diätenerhöhungen! Sondern Arbeitsplätze und Wohnungen".

Der Parteivorstand sieht im Ausgang der Berliner Wahl ein "respektables Ergebnis". Rolf Schlierer spricht sogar von einem "Trend zu einer positiven Stabilisierung der Partei" (DESG-inform 10-11/95). Eine Niederlage ist das Ergebnis jenseits der nackten Zahlen für das gesamte Stadtgebiet tatsächlich. Seit den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen 1992 waren dort die REPs überall, außer in Zehlendorf, teilweise mit zweistelligen Ergebnissen vertreten. Dieser Erfolg brachte der Partei auch etliche Bezirksstadtratsposten. Die REP-Stadträte wurden jedoch schon im Vorfeld der jetzigen Wahl wieder aus ihren Ämtern entfernt. Verantwortlich dafür waren teilweise ungewöhnliche große Koalitionen gegen rechtsaußen, die zur Abwahl führten; zum anderen war es die stümperhafte Arbeit der Stadträte selbst, die sie unhaltbar machte.

Trotzdem war es ohne Zweifel für die REPs deprimierend zu sehen, daß die Stimmenverluste in den bisherigen Hochburgen am deutlichsten ausfielen. In den sozialen Brennpunktgebieten im Westen der Stadt erhielten sie im Oktober 1995 eine Abfuhr. So sank das Ergebnis der REPs z.B. im Wedding von 14,4% im Jahr 1992 auf jetzt 4,7%. Im Osten dagegen war der Rückgang im Verhältnis wesentlich geringer.

Mit den Mißerfolgen wächst begreiflicherweise auch die Opposition gegen den Möchtegern-Führer Schlierer. Der wiederum stellt bereits öffentlich Rücktrittsüberlegungen für den Fall an, daß die Partei aus dem baden-württembergischen Landtag ausscheidet. Dieses Ausscheiden ist wahrscheinlich, auch nach den Erhebungen der Demoskopen, die "Nation + Europa" - laut Eigenwerbung "unabhängig und überparteilich", tatsächlich aber der Deutschen Liga nahestehend - schon fast genüßlich wiedergibt: "Jüngste Meinungsumfragen sehen die Republikaner in Baden-Württemberg zwischen zwei und drei Prozent - ein Absturz von gut acht Punkten gegenüber der letzten Landtagswahl. In München, so eine Umfrage der SZ, wollen derzeit 1,8 Prozent REP wählen (vorher: 5,1 Prozent). Auf Bundesebene liegen die Zahlen konstant bei einem Prozent." Eine Änderung dieser Tendenz ist nicht in Sicht.

Schönhuber hat die Konsequenzen gezogen. Er hat die von ihm mitbegründete und lange Jahre geführte Partei am 16. November 1995 verlassen. Die Presse nahm kaum noch Notiz von dem Vorgang. Sie hält Schönhuber offensichtlich für ebenso erledigt wie seine nunmehr ehemalige Partei. Seine Begründung für den Austritt, der "Schmusekurs" der Parteiführung gegenüber den etablierten Parteien, die "Unterwanderung der Partei durch den Verfassungsschutz" und der "unmenschliche Umgangsstil" in der Partei, wurden nur noch mitleidig belächelt. Unverhohlen verdächtigt er besonders den ehemaligen Bundesgeschäftsführer der Partei, Udo Bösch, einen ehemaligen Oberstleutnant des BND, der Agententätigkeit für den Verfassungsschutz.

Bösch war mit großem Pressegetöse am 31. Mai 1994, nur wenige Wochen vor der Europawahl, aus der Partei ausgetreten. Besonders übel genommen haben dürfte ihm Schönhuber das Austrittsschreiben, in dem Bösch den damaligen Parteivorsitzenden persönlich scharf angegriffen hatte. So beklagte er, daß die "lautstarke öffentliche Abgrenzung gegenüber neo-nationalsozialistischem Gedankengut" sich im Parteialltag nur als "Lippenbekenntnis" erweise. Verantwortlich dafür sei gerade Schönhuber als Vorsitzender. Unterblieben sei auch, so Bösch, die "notwendige Öffnung für Repräsentanten des staatstragenden Mittelstandes und anderer gesellschaftlich relevanter Gruppen." Vor allem aber mißbrauche Schönhuber die Partei lediglich als "Bühne zur alleinigen Selbstdarstellung", beherrsche sie "allein und diktatorisch". Die Führungsgremien der Partei seien faktisch "im innerparteilichen Willensbildungsprozeß ausgeschaltet".

Zwischen staatstragendem Mittelstand und Öffnung

nach rechtsaußen

Böschs Generalabrechnung, in der er selbstverständlich seinen eigenen ungestillten Machthunger und seine unerfüllte Sehnsucht nach einem Mandat ebenso verschweigt wie seine mißlungenen Versuche zur Schaffung einer eigenen innerparteilichen Hausmacht, enthält sicherlich richtige Elemente. Die Behauptung allerdings, der "staatstragende Mittelstand" sei unterrepräsentiert, ist zumindest undifferenziert. Hier sind in der Partei gravierende regionale Unterschiede festzustellen.

Diese These stimmt sicher für schwach entwickelte Landesverbände, z.B. Bremen, oder die Organisationen in den neuen Bundesländern, zumindest in deren Anfangsphase. Absolut falsch dagegen ist sie bei den Paradepferden Bayern und Baden-Württemberg, teilweise aber auch in NRW oder in Niedersachsen. Es drängeln sich geradezu Ärzte, Rechtsanwälte und andere Angehörige sogenannter freier Berufe neben selbständigen Kaufleuten und Handwerksmeistern. Mit deutlichem Abstand folgen Beamte, dabei noch immer überrepräsentiert Polizisten, und mittlere Angestellte. Auch der akademische Nachwuchs spielt noch immer eine Rolle in der Partei. Auf der lokalen Ebene dagegen dominieren abhängig beschäftige Männer aus dem Handwerk, dem Handel und der Industrie mit in der Regel geringerer schulischer und beruflicher Qualifikation.

Der Mittelstand prägt das Bild der Partei auf Landes- und Bundesebene und damit weitgehend ihr Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit. Insofern ist die Behauptung von Bösch also falsch. Allerdings ist die Personaldecke sehr dünn. Es wird immer schwerer, die durch die internen Querelen und die anhaltenden Mißerfolge verursachten Abgänge von Funktionsträgern der Partei auszugleichen.

Die von Schönhuber geschmähten 3,7% bei der niedersächsischen Landtagswahl 1994 können angesichts der Lage des dortigen Landesverbandes fast als ein Erfolg bezeichnet werden. Katastrophal dagegen die Lage in NRW, wo das Ergebnis von 0,8% bei der Landtagswahl im Mai 1995 der deutlich sichtbare Niederschlag der internen Misere war. Neben Bayern hatte hier die Deutsche Liga den Republikanern den stärksten personellen Aderlaß beschert. Daß die Abwanderungserscheinungen bei den Republikanern in viele Richtungen führen, zeigt ihr Stammland Bayern. Dort tauchten zwei ihrer Kandidaten des Jahres 1990 bei den folgenden Landtagswahlen 1994 unter dem Label der Bayernpartei auf. Zugleich haben besonders in diesem Landesverband die Säuberungsmaßnahmen gegen Anhänger Schönhubers an der Substanz gezehrt.

Ein Blick auf die Landesverbände im Osten zeigt, daß deren Geschichte eine von abgebrochenen Neuanfängen ist. Nirgends sonst drehte sich das Personalkarussell dermaßen schnell. Wer heute noch Landesvorsitzender war, konnte morgen schon ausgeschlossen sein. Udo Bösch rühmt sich z.B., daß nach seiner Amtsübernahme von 650 Parteimitgliedern in Sachsen-Anhalt mehr als 300 wieder herausgesäubert worden seien. Dissidenten aus den Landesverbänden Sachsen-Anhalt und Thüringen haben hier die Demokratische Erneuerung ins Leben gerufen. Gleichzeitig hat Schönhuber im Osten seinen stärksten personellen Anhang; hier stößt der Kurs von Rolf Schlierer auf den heftigsten Widerstand. Wie um Schlierer zu brüskieren, wurde sein Vorgänger in Sachsen und Thüringen jeweils einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Kreisverbände im Westen, z.B. Heidelberg, ahmten dies umgehend nach.

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Rudolf Krause, jetzt stellvertretender Bundesvorsitzender der REPs und beim Parteitag in Sindelfingen Rolf Schlierer bei der Kandidatur zum Parteivorsitz nur knapp unterlegen, erklärt sich öffentlich mit Schönhuber solidarisch. Er gilt als Vertreter eines radikalen Kurses der REPs und als erbitterter Gegner von Schlierer, nur darauf wartend, daß dessen Untätigkeit und zahlreiche Fehler ihm eine Machtübernahme beim nächsten Parteitag erleichtern.

Am widerspenstigsten gegenüber dem Kurs des neuen Vorsitzenden zeigen sich seine Thüringer Partei"freunde". Dem peinlich um Seriosität bemühten Rolf Schlierer gelang es nicht, den übergetretenen ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten Matthias Ritter als vorzeigbaren Nachfolger des bisherigen Landesvorsitzenden Götz Rudloff (Eisenach) durchzusetzen. Neuer Landesfürst wurde mit überwältigender Mehrheit Wolfgang Kleindienst, der mit seinem Landespräsidium umgehend für einen weiteren Knalleffekt sorgte. Sie luden neofaschistische Parteien und Aktivisten zu einem Bündnisgespräch nach Eisenach, wo das "Eisenacher Signal" verabschiedet wurde, dessen Botschaft so einfach wie einleuchtend ist. Sinngemäß lautet sie: Angesichts unserer allgemeinen beschissenen Lage können wir uns nur aus dem Dreck befreien, wenn wir uns gegenseitig herausziehen. Eine Bündelung der Kräfte ist notwendig, das Gegeneinander hat aufzuhören.

Schönhuber hatte diese Meinung und das entsprechende Handeln noch den Parteivorsitz gekostet. Sein Treffen mit Gerhard Frey im Vorfeld der bayerischen Landtagswahlen war der Anlaß für seine Entmachtung gewesen. Doch angesichts der eigenen Mißerfolge bekam sein Nachfolger Schlierer im Parteivorstand noch nicht einmal eine Mehrheit für die von ihm gegen die Thüringer verlangten Parteiordnungsmaßnahmen. Um den Vorsitzenden nicht völlig zu brüskieren, einigte man sich schließlich auf eine Mißbilligung solcher Gespräche. Als die Thüringer ihre Vorreiterrolle bei den Einigungsbemühungen trotzdem nicht aufgaben, einigte man sich im Oktober dann doch auf die Einleitung von Ordnungsmaßnahmen. Nur um sich vom zuständigen Parteischiedsgericht sagen lassen zu müssen, daß es für diese keine Basis gäbe. Allerdings hatte Kleindienst nun seinerseits die Nase voll und knallte die Tür hinter sich zu. In seinem Austrittsschreiben warf er Schlierer Doppelzüngigkeit vor: "Einerseits wird diese Form des Dialogs mit Gleichgesinnten verboten, und andererseits bemüht sich Herr Schlierer über Mittelsmänner (Landesvorstandsmitglieder von Thüringen), Wahlabsprachen mit der DL-VH (Deutsche Liga für Volk und Heimat, J.C.) hinsichtlich der Landtags-Wahlen in Baden-Württemberg zu führen." (Europa vorn Nr.94)

Schönhubers Widersacher Schlierer hatte nach seiner Wahl laut verkündet, er sähe besonders die Umwandlung der Republikaner in eine Programmpartei als seine Aufgabe an. Nun hatten die Republikaner selbstverständlich auch in der Ära Schönhuber ein Programm, das die wesentlichen politischen Themenfelder, wenn auch oft fragmentarisch, abdeckte. Lediglich in der Öffentlichkeit erschienen sie, durchaus beabsichtigt, als "Ausländer raus"-Partei. Dieser Schwerpunkt allerdings ist nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts und dem weitgehenden Rückzug der Massenmedien aus diesem Thema kein Erfolgsmodell mehr.

Schlierers Ankündigung, der bisher wenig Taten folgten, darf deshalb vor allem als Forderung nach einer programmatischen Umorientierung der Partei begriffen werden, die neue Bündnismöglichkeiten eröffnen soll. Folgerichtig erklärte er in einem Interview mit der FPÖ-nahen österreichischen Zeitschrift "Aula" (9/95, S.18), "daß in Zukunft Konservative, Nationale, Nationalliberale zusammenstehen müssen und auch eine klare Abwehrfront bilden müssen... Hier wird es sicherlich neue Gemeinsamkeiten mit unserer Partei und solchen Kräften geben, die uns bislang eher fern standen." Nach dem Vorbild der FPÖ will er aus diesen Kräften ein eigenes Lager bilden.

Sammlung des "nationalen Lagers" (Schönhuber)

Ebenso wie Schlierer verbindet Schönhuber programmatische und strategische Überlegungen. Er kommt dabei allerdings zu völlig entgegengesetzten Resultaten. In seinem Aufsatz "Hat die deutsche Rechte eine Chance? Die Republikaner und das rechte Spektrum - Versuch einer Zustandsbeschreibung" im neofaschistischen Jahrbuch "Deutsche Annalen" (1995, S.193 - 206) bezeichnet er die Abgrenzungsbeschlüsse des Parteitages in Ruhstorf 1990, die er selbst betrieben hatte, als - aus heutiger Sicht - falsch. Die Herausdrängung der Kräfte um Harald Neubauer sei damals im notwendigen Schutz für die verbeamteten Mitglieder der Partei begründet gewesen. Trotzdem seien die REPs in der folgenden Zeit immer weiter ausgegrenzt worden. Deshalb gelte es heute, mit den anderen Ausgegrenzten solidarisch zusammenzustehen.

Diese Version des Geschehens ist allerdings eine deutliche Klitterung der Parteigeschichte. Im Vordergrund standen damals Führungsrivalitäten. Die Verfassungsschutzämter diskutierten z.T. noch nicht einmal über eine Beobachtung der Republikaner. Die Abgrenzung vom zu offensichtlich faschistischen Teil der Partei war vielmehr erforderlich, um in der Aufschwungphase der Partei nach der Europawahl 1989 eine Verbreiterung in das konservative Lager hinein erreichen zu können. Der Erfolg schien dem Konzept damals Recht zu geben.

Heute zieht Schönhuber eine nüchterne Bilanz dieser Abgrenzungspolitik. Es sei ein "politischer Striptease", den seine Partei beim Versuch der Anpassung an die Verfassungskonformität durchgeführt habe. Dabei sei in Kauf genommen worden, daß beispielsweise "in Fragen der Asyl- und Ausländerpolitik, der inneren Sicherheit, auch der nationalen Bekenntnisse CSU und Teile der CDU rechts überholten und sich patriotische Tarnmäntelchen umhingen." Auf diese Weise ist den Unionsparteien die weitgehende Re-Integration der Wählerschaft bei den REPs ebenso gelungen wie Jahre zuvor bei der NPD.

Wenn Ausgrenzung out ist, dann - so der Umkehrschluß - ist Sammlung angesagt. Dem Gedanken der REPs als Sammlungsbewegung verschließt sich auch Rolf Schlierer nicht. Während sein ehemaliger Mentor an einer Bündelung der Kräfte außerhalb des etablierten Parteienspektrums arbeiten will, denkt Schlierer daran, die

verschiedenen Erosionen am Rand dieses Spektrums zusammenzufassen, den REPs in diesem Bündel die dominierende Rolle zuzuweisen und sie so zugleich in den Bereich der respektablen Bürger zurückzuführen. Paradebeispiel einer solchen Politik ist für ihn der vom Kreis um den "neu-rechten" Welt-Redakteur Rainer Zitelmann initiierte Aufruf zum 8. Mai. Das Spektrum der Unterzeichner reichte vom ehemaligen SPD-Bundesminister Hans Apel über den aktuellen CSU-Minister Spranger, Repräsentanten der Revanchistenverbände, des rechten Flügels der Unionsparteien und der FDP sowie diverse "nationalliberale" (Bund Freier Bürger) und "nationalkonservative" (DSU) Gruppen bis hin zu Funktionären der REPs.

Allerdings war bei den unterzeichnenden Mitgliedern der REPs die Parteizugehörigkeit nicht genannt worden, während sie bei allen anderen Personen aufgeführt wurde. Auch in diesen Kreisen faßt man also Schlierer und seine Freunde nur mit Handschuhen an. Noch dicker kam es einige Monate später bei der Zeitungsanzeige der "Initiative 3. Oktober", für die der ehemalige hessische Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Lothar Lauck (Kelkheim), als Kontaktperson diente. Spenden von Personen des neofaschistischen Spektrums, inklusive der REPs, für das Inserat wurden zwar gerne entgegengenommen, ihre Namen aber tauchten unter dem Text nicht auf.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt dürfte sich Schlierers "Strategie" als Träumerei entpuppt haben, denn das die "Initiative 3. Oktober" tragende, Ende April 1995 in Frankfurt gegründete Bündnis Konstruktiver Kräfte stellt bereits den Ansatz eines Bündnisses dar, wie es dem REP-Vorsitzenden vorschwebt, doch unter Ausschluß seiner Partei. Zu den Unterzeichnern der Gründungserklärung gehörten führende Funktionäre des Bundes Freier Bürger, der Deutschen Partei, der DSU, der STATT Partei, der Unabhängigen Ökologen Deutschlands und auch ehemalige Spitzenvertreter der REPs wie der ehemalige stellvertretende Parteivorsitzende Dr. Dieter Berger, aber eben keine aktuellen Repräsentanten der Republikaner. Über sympathisierende Medien, die in seinem Sinne wirken könnten, verfügt Schlierer nach dem erneuten Kurswechsel der "Jungen Freiheit" in Richtung Zitelmann/von Stahl-FDP ebenfalls nicht mehr.

Der alte Fuchs Schönhuber dagegen weiß, daß das von Schlierer vertretene Konzept nur dann funktionieren kann, wenn die eigene Gruppierung im Aufwind ist und Erfolge vorweisen kann. Als Defensivtaktik ist es unbrauchbar. Folgerichtig sieht er in Schlieres national-liberalen Träumereien einen "absoluten Realitätsverlust" und zitiert zustimmend seinen Freund aus früheren Tagen Franz-Josef Strauß: "Wer jedermanns Darling sein will, endet als jedermanns Depp." Er selbst ergänzt: "Das heißt Lächerlichkeit, und die ist bekanntlich tödlich." Zudem mißtraut er der Zielgruppe Schlierers, dem bunten Gemisch aus Schriftstellern, Journalisten und Möchtegern-Intellektuellen, das unter der Selbstetikettierung "89er" auftritt.

Auch einer Zusammenarbeit mit der wirtschaftsliberalen Strömung um Manfred Brunner erteilt Schönhuber eine Absage: "Jeder Flirt mit den Liberalen birgt das Risiko des Todeskusses." Zumal diese ja selbst bereits nach Verwesung stinken. Und wenn Schlierer nicht "die sozial Entwurzelten und angeblichen Modernisierungsverlierer, sondern diejenigen, die etwas zu verlieren haben" (Nation + Europa 2/95, S.22) als Stammwähler bezeichnet, dann kann ein Schönhuber gelassen kontern: Eben deshalb sind unsere Wahlergebnisse auch so schlecht, da in diesem Bereich die Konkurrenz so groß ist, daß eine erfolgreiche Profilierung unmöglich ist.

Schönhuber hat aus der Parteigeschichte der NPD gelernt. Deren Niedergang nach der verlorenen Bundestagswahl 1969 wurde einerseits dadurch beschleunigt, daß die schwächer werdenden Kräfte durch Neugründungen wie DVU und Aktion Neue Rechte sowie die resignierte Abwanderung wichtiger Kader weiter dezimiert wurden. Andererseits war es der Parteiführung nicht gelungen, der Übernahme der nationalistischen Propaganda durch die Unionsparteien eine neue programmatische Schwerpunktsetzung entgegenzustellen. Schönhubers heutiges Gegenmittel in einer vergleichbaren Situation heißt Bündelung der noch vorhandenen und arbeitsfähigen neofaschistischen Kräfte, denn "neben den Republikanern gibt es ein sogenanntes nationales Lager, zu dem diese Partei nicht gehören will, oder, genauer gesagt, die derzeitige Spitze. Die Meinungen an der Basis sind regional höchst unterschiedlich."

Das Fressen von Kreide sei spätestens nach der Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz auch in Bayern nutzlos und sogar schädlich geworden. Schönhuber fordert im Gegenteil, die Kreide wieder auszuspucken. In einem Offenen Brief an die Mitglieder des Bundesvorstandes vom 4. April 1995 schreibt er: "Die Partei steht am Scheideweg. Sie muß Flagge zeigen. Nicht viertel- oder halbrechts, nicht national- oder rechtsliberal ist die Lösung, sondern unter strikter Beachtung demokratischer Verhaltensweisen eindeutig

sozialpatriotisch. Und aufhören sollten wir, auch weiterhin auf jene einzuschlagen, deren Los wir jetzt teilen." (DESG-inform 4/95, S.3)

Nach Schönhubers Meinung liegt der Ausweg aus der Krise nicht in einer Verschmelzung bestehender Organisationen; vielmehr sei nach einem inhaltlichen Einigungsprozeß eine Sammlung von Personen notwendig. Realistisch stellt er bei diesen Überlegungen den Organisationsegoismus der bestehenden Verbände in Rechnung. Deren Eigenständigkeit will er einstweilen nicht antasten, aber sicher denkt er an eine Personen-Wahlliste aus den diversen Gruppen. Mit diesem Ansatz war einstmals auch die NPD schließlich zur Partei geworden und konnte erfolgreich das Bild einer umfassenden Sammlung vermitteln, obwohl es sich zunächst um wenig mehr als eine leicht erweiterte Version der Deutschen Reichs Partei gehandelt hatte. Eine weitere Möglichkeit wäre der Ausschluß von Konkurrenzkandidaturen und/oder die Öffnung der eigenen Listen für Kandidaten, die anderen Parteien angehören.

Und wenn der Schönhuber des Jahres 1995 Sammlung sagt, dann meint er auch Sammlung. Er schreckt dabei noch nicht einmal vor den Jugendlichen des NS-Spektrums zurück. Auch diese müßten ernst genommen werden, wenn ihnen auch oft noch die richtige Orientierung fehle. Durch solche frohe Botschaft angelockt erschienen zu einem von Peter Dehoust organisierten "Berliner Runden Tisch" am 20. November in einer Schöneberger Kneipe auch Kader der verbotenen FAP und Wiking-Jugend und der neonazistischen Kameradschaft Treptow, um einem Referat von Karl Richter zu lauschen (Antifaschistische Nachrichten 24/95, S.5).

Auf Zulauf aus dem konservativen Lager dürfe dagegen nach Schönhubers Meinung nicht gehofft werden, denn: "Wer auf wertkonservative Unterstützung hofft, verwechselt einen Tiger mit einem Papiertiger, einen Wolfhund mit einem Schoßhund. Wo verteidigen diese Konservativen denn ihre Werte? Sie dürfen zwar zuweilen auf Stiftungen und dergleichen Gassi gehen, landen aber sofort wieder im Käfig der Parteidisziplin, wenn sie allzu patriotisch bellen."

Gegen diese konservativen Schoßhündchen hebt sich für Schönhuber sogar ein Gerhard Frey noch positiv ab. "Auch wenn einem Aufmachung und Argumentationsstil bestimmter nationaler Zeitungen nicht unbedingt zusagen, allein die Tatsache, daß sie für unser Land entlastendes Material publizieren, legitimiert ihre Existenz. Naserümpfen ist kein Argument." Das demonstrative Treffen Schönhubers mit Frey vor den bayerischen Landtagswahlen 1994 zielte vor allem auf dessen Anhänger und Leser, denen der DVU-Chef seit seiner Niederlage bei den Europawahlen 1989 selbst immer wieder eingebleut hatte, daß das Gegeneinander der "nationalen Kräfte" beendet werden müsse. Dieser taktische Schachzug kostete Schönhuber den Parteivorsitz, den er ohnehin abgeben wollte, und Frey das Monopol auf den immer wieder verkündeten Einigungsgedanken, dem er faktisch aber stets entgegengearbeitet hatte. Nach dem Treffen mit Schönhuber aber stand Frey nun bei seinen Mitgliedern in der Pflicht, den Worten Taten folgen zu lassen.

Runde Tische

Der erste Schritt der von Schönhuber geforderten Sammlung soll in einem Waffenstillstand zwischen den einzelnen Gruppen bestehen. Dem sollen dann "Runde Tische" folgen, von deren Einigungsappellen man sich eine weitere Sogwirkung erhofft. Seit dem Startschuß am 1. Juni 1995 läuft dieser Prozeß bereits. In Eisenach, durch die Wartburg und die Lage an der ehemaligen Grenze BRD/DDR ein Ort mit Symbolgehalt, hatten sich damals ca. 70 Aktivisten getroffen und einen Text verabschiedet, der inhaltliche Aussagen vollständig ausklammerte und sich auf den Appell zur Zusammenarbeit beschränkte. Im Kern hieß es dort: "Man kann nicht glaubhaft den Anspruch erheben, die Einheit Deutschlands vollenden und dem ganzen Volk dienen zu wollen, wenn man nicht einmal die Einheit der Gleichgesinnten erreicht, die dazu bereit sind. Die in Eisenach Versammelten sind sich einig, daß eine in Zukunft einheitlich auftretende politische Rechte den zu erwartenden harten Kampf bestehen und Erfolge erringen kann." (DESG-inform 7/95, S.2)

Die Parteiführung der Republikaner erkannte die Bedrohung und reagierte umgehend. Bei der Bundesvorstandssitzung zwei Wochen später wurde die Beteiligung an "Runden Tischen" als parteischädigendes Verhalten bezeichnet, das "geahndet" werden würde; Mitgliedern, "die in Wort und/oder Schrift die Vereinigung mit der ‚Alten Rechten` propagieren", wurde der Parteiausschluß angedroht.

Doch inzwischen war eine Dynamik in Gang gesetzt worden, die durch Verbote kaum noch gestoppt werden dürfte. Zu den objektiven innerparteilichen Faktoren - Wahlniederlagen, Mitgliederabwanderung zu anderen

Gruppen und vor allem ins Nichts, chronische Finanznot durch Dilettantismus sowie ebenso chronische Führungsschwäche und Zerstrittenheit des Parteivorstandes - kam das geschickte Taktieren der Deutschen Liga und des mit ihr verbundenen Presseumfeldes. Der langjährige Herausgeber des noch immer einflußreichsten Blattes des Neofaschismus, der Monatsschrift "Nation + Europa", Peter Dehoust, stützt den Kurs der "Runden Tische" mit seinen Mitherausgebern Harald Neubauer und dem ehemaligen NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden. Ebenso vehement fördert der Kölner Nachwuchsmann Manfred Rouhs den Einigungsprozeß in seinem Blatt "Europa vorn", das ideologisch eher bei der "Neuen" Rechten angesiedelt ist. Auch Rouhs ist Mitglied der Deutschen Liga. Zusätzlich erhält das Projekt Publizität durch die kontinuierliche Berichterstattung des rechten Informationsdienstes "DESG-inform", der zwar offiziell überparteilich ist, dessen Redakteur Klausdieter Ludwig (Münsing) aber ebenfalls Funktionär der Deutschen Liga ist.

Die mit knapp 1.000 Mitgliedern kleinste der am Vereinigungspoker beteiligten Parteien hat also die beste Logistik, um über die eigenen Reihen hinaus zu wirken. NPD und Republikaner dagegen verfügen nur noch über ihre eigenen Parteizeitungen, die an Umfang geschrumpft sind und seltener erscheinen als in der Vergangenheit. Zudem verfügt die Deutsche Liga bei diesem Poker über den Vorteil, daß ihre Funktionäre zum überwiegenden Teil langjährig erfahrene Kader in diversen neofaschistischen Gruppen und Parteien sind, die die Mitspieler von REPs, NPD und DVU aus eigener Organisationszugehörigkeit kennen, während diese Spieler teilweise neu am Tisch sitzen und für ihre Erfahrungen erst noch Lehrgeld zahlen müssen.

Die publizistische Offensive für die Sammlungspläne wurde von der Deutschen Liga ergänzt durch organisatorische Initiativen. Dabei handelte es sich sowohl um bilaterale Gespräche als auch um weitere "Runde Tische". Nur zwei Wochen nach dem Treffen in Eisenach folgte ein weiteres in Bergisch-Gladbach, wo ein identischer Aufruf verabschiedet wurde. Initiatoren waren hier Manfred Rouhs und der NRW-Landesvorsitzende der Deutschen Liga, Markus Beisicht. Der Kreis um "Nation + Europa" wiederum organisierte Leserkreistreffen. Weitere Treffen in Pulheim (NRW) Anfang September und in Ludwigshafen Anfang Oktober, wo ein "Pfälzer Aufruf" verabschiedet wurde, setzten die Reihe von Zusammenkünften fort.

Von einem Massenzulauf zu den einzelnen Konferenzen kann in keinem Fall gesprochen werden. Die Teilnehmerzahlen bewegten sich nach Eigenangaben der Veranstalter zwischen 50 und maximal 100 Personen, von denen wiederum jeweils nicht alle die verabschiedeten Appelle unterzeichneten. In der Öffentlichkeit wurde immer wieder die Vielfalt der Partei- bzw. Gruppenzugehörigkeit der Unterstützer hervorgehoben. Eine Behauptung, die mit einiger Berechtigung bezweifelt werden darf und wohl dazu dienen soll, den Erfolg des Projektes herbeizureden. In der Mehrzahl handelt es sich bei diesen "Parteien" um unbedeutende Kleingruppen. Aktuelle Mitglieder der Republikaner sind spärlich vertreten, Mitglieder der NPD und der DVU noch seltener. Zustimmung von prominenten Intellektuellen oder bekannteren parteilosen Neofaschisten fehlt fast vollständig.

Wenn der Niedergang der Republikaner weiter anhält, wird die Zustimmung zu den "Runden Tischen" aus diesem Bereich wohl fast automatisch zunehmen. Die DVU ist in diesem Zusammenhang relativ unwichtig, da ein Organisationsleben an der Basis ohnehin kaum vorhanden ist. Letztlich entscheiden wird der große Zampano Gerhard Frey persönlich. Wenn er davon ausgeht, daß ihm im Einigungsprozeß eine entscheidende Rolle zukommen könnte, dann wird er das Projekt auch publizistisch unterstützen. Wenn nicht, dann wird er weiterhin von der notwendigen Einheit reden, sie faktisch aber wie in der Vergangenheit sabotieren.

Auch ihm dürfte allerdings klar sein, daß Erfolge im Alleingang immer schwerer zu erzielen sein werden. Als Kaufmann wird er abwägen, ob die Propagandawirkung der bei der Kommunalwahl in Bremerhaven am 24. September erhaltenen 5,7% (3 Mandate) die Investition von mehreren Millionen DM in den Wahlkampf rechtfertigt. Dieses Ergebnis relativiert sich nochmals, wenn berücksichtigt wird, daß die Stimmen gegenüber der vorherigen Wahl fast halbiert worden sind, obwohl die Republikaner in Bremen erst gar nicht zur Wahl angetreten waren.

Die NPD in schwerer Krise

Die ehedem mit Frey verbündete NPD dagegen hat in Bremerhaven, wie in allen Wahlen zuvor in letzter Zeit, zu denen sie kandidierte, die Erfahrung machen müssen, daß sie gegenwärtig in direkter Konfrontation mit einer anderen neofaschistischen Gruppe stets unterlegen ist. Die Partei befindet sich in der schwersten

organisatorischen Krise seit der Gründung. Der bisherige Partei-Führer in jedem Sinne des Wortes, Günter Deckert, wurde durch das Parteipräsidium (vorläufig) gestürzt. Mit zwei Hinterlassenschaften verstorbener Mitglieder soll Deckert nicht ordnungsgemäß umgegangen sein. Eine für die Partei bestimmte Immobilie in Italien habe er sich persönlich schenken lassen und den Baranteil einer weiteren Erbschaft über lange Zeit verschleiert. Aus ihr habe er auch bereits Gelder entnommen. Weiterer Vorwurf: Er habe für die Partei bestimmte Gelder kassiert und ein Konto eingerichtet, für das der Bundesschatzmeister keine Vollmacht besitze. Frank Golkowski, einziger in den Parteivorstand gewählter Vertreter aus den ostdeutschen Landesverbänden, hat sich eindeutig hinter Deckert gestellt und die Abspaltung der Landesverbände Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt als "Mitteldeutsche Rechte" für den Fall angedroht, daß die Partei die Entmachtung Deckerts bei einem geforderten Sonderparteitag nicht rückgängig mache. Er ist aber auch bisher der einzige prominente NPD-Funktionär, der öffentlich das Liebeswerben aus Richtung Schönhuber und Deutsche Liga erwidert hat.

Offensichtlich haben sich mehrere Fraktionen zusammengeschlossen, um Deckerts Sturz ermöglichen zu können. Ob sie sich beim für Januar 1996 angesetzten Sonderparteitag, der von neun Landesverbänden gefordert wurde, werden durchsetzen können, wird wohl von denjenigen Landesverbänden abhängen, die bisher nicht eindeutig festgelegt erscheinen. Die drei ostdeutschen Landesverbänden um Frank Golkowski, die sich für Deckert aussprechen, sind innerparteilich ohne Einfluß, da sie äußerst mitgliederschwach sind. Eindeutig hinter Deckert steht der starke Landesverband Bayern ebenso wie die völlig überalterten und einflußlosen Regionalorganisationen in Schleswig-Holstein und Hamburg.

Ebenso wichtig wie das innerparteiliche Kräfteverhältnis könnten für das personelle Resultat des Parteitages allerdings außerhalb der Partei angesiedelte Faktoren werden. Deckert war nach einem jahrelangen, von Skandalen begleiteten Rechtsstreit im April zu einer Haftstrafe von zwei Jahren ohne Bewährung wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt worden. Inzwischen ist auch sein Revisionsbegehren durch den Bundesgerichtshof verworfen worden, das Urteil also rechtskräftig.

Als Deckert Anfang Oktober von einem Aufenthalt in Spanien zurückkehrte, wurde er auf dem Frankfurter Flughafen festgenommen, da ein Haftbefehl aus Mannheim gegen ihn vorlag. So wie es jetzt aussieht, wird er also den Parteitag nur aus der Ferne verfolgen können, da er zur Teilnahme wohl kaum Hafturlaub erhalten wird. Doch egal wie das Resultat des Machtkampfes letztlich aussehen wird, ist es nahezu sicher, daß keine der Fraktionen den Machtkampf uneingeschränkt für sich entscheiden können wird. Wer auch immer siegt, wird Abwanderungen aus der unterlegenen Gruppierung hinnehmen müssen, die entweder zu einer vollständigen organisatorischen Spaltung der Partei oder aber zumindest zu einer weiteren Schwächung der Arbeitsfähigkeit und dem Rückzug weiterer Aktivisten führen werden. Eine weiter reduzierte NPD, die schon heute über noch bestenfalls 5.000 Mitglieder und weit weniger Aktive verfügt, hätte es aber um so nötiger, Kooperationspartner zu finden, um überhaupt noch weiterhin politisch handlungsfähig zu sein. An eine flächendeckende Arbeit wird weniger denn je zu denken sein.

Alles in allem ergibt dies ein noch kläglicheres Bild als bei der "republikanischen" Konkurrenz. Erschwerend kommt hinzu, daß die Personaldecke der NPD noch dünner ist als bei den REPs. Leute mit Hochschulabschluß finden sich in der NPD weit weniger als in vergangenen, erfolgreicheren Tagen und auch als im Vergleich zu den REPs. Die meisten von den verbliebenen Akademikern aber nähern sich dem Greisenalter. Soziologisch wird das Bild der NPD nicht geprägt durch Diplom-Politologen wie Udo Voigt oder Juristen wie seinen Opponenten Peter Marx, sondern durch Handwerksberufe, in der industriellen Produktion Tätige und durch kleine Kaufleute. Auch von der Sozialstruktur her repräsentieren NPD und Republikaner also zwei verschiedene Welten.

Auf der Suche nach einer modernisierten Programmatik

Trotz aller genannten Schwächen der Hauptakteure und trotz oder auch gerade wegen des Liebeswerbens der Deutschen Liga ist eine Zusammenarbeit höchstens mittelfristig wahrscheinlich. Der Weg über die "Runden Tische", um das allseitige Mißtrauen langsam abzubauen, scheint tatsächlich der einzig gangbare zu sein. Dabei mitwirken werden auf jeden Fall die verschiedenen Splitter des stark behauenen Balkens REP, ebenso ältere Kleingruppen wie die "Deutsche Solidarität - Öko-Union", die über ein Sektendasein nie hinausgekommen sind. Um einen größeren Zustrom aus den anderen Parteien und vor allem aus dem Lager der ehemaligen Aktivisten von REPs und NPD zu gewährleisten, bedarf es zusätzlich eines Zugpferdes, einer

prominenten Persönlichkeit, der nicht das Odium der Erfolglosigkeit anhaftet, sondern die in der Vergangenheit bereits gezeigt hat, daß sie in der Lage ist, für Erfolge zu sorgen.

Gebraucht wird eben genau Franz Schönhuber. Dessen Parteiaustritt gerade jetzt, nach dem zumindest nicht völlig entmutigenden Anlaufen der "Runden Tische", entsprach durchaus taktischem Kalkül. Die gleiche Begründung für den Austritt, die Schönhuber jetzt abgegeben hat, hätte er auch schon vor einem halben Jahr oder noch früher liefern können. Inzwischen aber ist von seinen alten/neuen Freunden um Harald Neubauer geplant, ihn wieder einmal als den großen Matador in die Arena, eigentlich: die Hinterstübchen der Wirtshäuser, zu schicken, um neuen Mut zu verbreiten und zur Einheit zu rufen.

Sollen die Sammlungsbemühungen wenigstens in bescheidenem Umfang erfolgreich sein, dann sind auch programmatische Anstrengungen erforderlich, die die "Runde Tische" sowohl inhaltlich deutlich von den neofaschistischen Parteien - nicht von der neofaschistischen Ideologie - absetzen, als auch den veränderten politischen Rahmenbedingungen seit dem Anschluß der DDR und dem weitgehenden Wegfall des Asylthemas seit dem "Asylkompromiß" von Regierung und SPD gerecht werden. Hier, in der Programmatik, liegt das wohl stärkste Manko der Sammlungspromoter.

Hans Rustemeyer, ehemaliges Mitglied fast aller neofaschistischer Gruppen und aktuelles der Republikaner und der Unabhängigen Ökologen Deutschlands, befürchtet, daß der Wähler die neue gesammelte Ausgabe der Neofaschisten nicht als neu betrachten wird, sondern als das, was sie tatsächlich sind, nämlich als den x-ten Aufguß des bekannten abgestandenen Getränks. In seinem Artikel "Rechte Einigung - und was danach?" ("Europa vor" Nr. 92, S. 1f.) stellt Rustemeyer programmatische Überlegungen an, die weitgehend durch strategische Voraussetzungen geprägt sind. So schreibt er: "Die Revisionisten meinen, durch Korrektur des Geschichtsbilds Änderung schaffen zu können. Reicht mir einen Lachsack, damit ich das kommentiere! Was mehrere Verlage an revisionistischen Büchern, Zeitschriften, CDs seit Jahrzehnten herausbringen, geht in die Millionen. Der Erfolg liegt wenig über Null."

Zum Ausgleich präsentiert Rustemeyer konstruktive Themenvorschläge, deren Massenrelevanz er demoskopisch belegt sieht, die aber gleichzeitig im Neofaschismus programmatisch chronisch unterbelichtet sind. An erster Stelle nennt er die geplante Ersetzung der DM durch den ECU. Die Erfahrungen mit dem Asylrecht müßten ihm eigentlich gezeigt haben, daß die etablierten Parteien sich besonders in Wahlkampfzeiten als fähig erweisen, den Nationalismus für sich zu instrumentalisieren. Fraglich ist auch, ob mit den beiden weiteren von ihm benannten Problemfeldern eine erfolgreichere Arbeit möglich sein wird. "Für 78 Prozent der Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit das größte Problem, gefolgt von der Umweltzerstörung (67 Prozent). Zu diesen Fragen haben die Rechtsparteien, die Blätter, die Zirkel, die Vorsitzenden rein gar nichts zu sagen, außer hier und da baren Unsinn."

Letztlich bleibt auch Rustemeyer nichts als hilfloses Gegreine über die eigenen Defizite: "Der Arbeitslose fragt: Wer hilft mir aus dem Dreck? Der Rechte antwortet: Auschwitz war ganz anders. Der Umweltschützer meint, es müsse etwas geschehen. Die Rechte erwidert: Dahinter steckt eine Verschwörung von Auslandskapital, KGB, Massenmedien, Gott und dem Teufel. Der Bauer weiß, daß er weichen muß. Die Rechte kennt die Lösung: Wir verbünden uns mit Schirinowski. Die Konservativen haben keine Ideen, nur Redensarten. Mit dem Einwanderungsproblem allein erreicht man keine Wähler." (Europa vorn Nr.86, S.5)

Rustemeyers Ansatz verläuft parallel zu Überlegungen, die Schönhuber in seinem neuen Buch anstellt. Positiver Bezugspunkt sind immer wieder diejenigen Strömungen des Faschismus, die vom NS an der Herrschaft oder der Ära des italienischen Faschismus bis 1943 abweichen. Schönhuber nennt in seinem Buch immer wieder Otto Strasser, den Mussolini der Kampfzeit seiner Partei und der Repubblica Sociale (RSI) und auch den internationalen Teil der Waffen-SS als mögliche Leitbilder.

In "Nation + Europa" wurde zudem vor einiger Zeit eine Serie von Artikeln veröffentlicht, die sich mit Theoretikern der Konservativen Revolution beschäftigte, darunter auch Ernst von Salomon und Pierre Drieu la Rochelle, die beide ebenfalls für einen sozialrevolutionären Faschismus stehen. In die gleiche Richtung geht die Rezeption der französischen "Neuen" Rechten, die scharf gegen jede Form von Wirtschaftsliberalismus argumentiert. In einer Weiterentwicklung dieser bisher im deutschen Neofaschismus nur schwach entwickelten Tendenz liegt langfristig die größte Gefahr. Der italienische Neofaschismus hat in den langen Jahren seiner Existenz gelernt, daß er parlamentarisch nur dann lebensfähig ist, wenn die großbürgerliche und die

revolutionäre Tendenz zusammenarbeiten, was auch dort stets nur unter heftigen Konflikten möglich war. In der NPD hat in der Vergangenheit der besitzbürgerliche Flügel ebenso dominiert wie jetzt bei den Republikanern. Gerhard Frey ist sicher nie auch nur auf die Idee gekommen, den Kapitalismus zu kritisieren.

Es ist wieder einmal der alte nationalrevolutionäre Haudegen Wolfgang Strauss, der die Sache auf den Punkt bringt: "Der deutsche Arbeiter wählt nicht mehr links, er boykottiert die Wahl. Ihm wieder politische Heimat zu geben, bleibt die geschichtswendende Aufgabe einer sozialpatriotischen Einigungsbewegung." (Europa vorn Nr.9, S.3)

Um dieses Potential tatsächlich ausschöpfen zu können, brauchen die Neofaschisten dringend eine radikal veränderte Ideologie. Nicht unbedingt eine neue Ideologie, aber eine, die in der Vergangenheit ihre Mobilisierungsfähigkeit bereits bewiesen hat.

Sie brauchen eben diejenige Ideologie, die für die historischen faschistischen Parteien in ihrer "Kampfzeit" prägend war. Und sie wissen, daß die sozialen Spannungen im Lande weiter zunehmen werden, ihr mögliches Potential also zunehmen wird.

Jean Cremet

Nachbemerkung

des bearbeitenden Redakteurs

Für die Veröffentlichung in ak mußte Jean Cremets Manuskript stark gekürzt werden. Der Autor beendet seine Darstellung der programmatischen Modernisierungsbemühungen im neofaschistischen Lager mit der Aufforderung an die AntifaschistInnen, "einige alte Schwarten aus den hinteren Reihen des Bücherschranks wieder hervorzuholen". U.a. nennt er die Schriften von Niekisch, Paetel und Hielscher, die des "frühen Mussolini wie die eines Doriot, Déat, Drieu la Rochelle oder Henri de Man." Da vermutlich nur die allerwenigsten ak-LeserInnen diese "alten Schwarten" besitzen, sei zusätzlich auf zwei neuere ak-Artikel zum Thema verwiesen: "Vom MSI zu Alleanza Nazionale - und nun? Zu den Perspektiven des Neofaschismus in Italien" (ak 381, S. 25) ; "Tradition und Brüche. Über einige Entwicklungen in der Nouvelle Droite" (ak 382, S. 23); Autor dieser Artikel ist Jean Cremet.

3. Rot ist Trumpf

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/skat.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:skat

Seine unerschütterliche und tatkräftige Solidarität mit ak stellte vor kurzem der Arbeitsausschuß "Schafft, ein, zwei, viele Skatrunden!" des Tübinger ZAK (Zentralamerikakomitee) unter Beweis. An einem eiskalten schwäbischen Winterabend versammelten sich drei Genossen und eine Genossin um einen warmen Küchentisch und erspielten 575 Mark für unsere Spendensammlung. Ein besonders leuchtendes Beispiel revolutionärer Zahlkraft gab ein langgedienter Genosse und frischgebackener Studienrat, der sich in einem einzigen Spiel um 90 Mark erleichtern ließ.

Damit bestätigten die Tübinger ZAKistas, daß das Prinzip der Dialektik auch für die Zukunft der linken Publizistik Anwendung findet: ak kann auch auf dem Boden schwerer und schwerster Niederlagen gedeihen. Womit bewiesen wäre, daß sich auch mit Ramsch und Schiebereien dem Sozialismus dienen läßt. Allen anderen glücksspielenden ak-LeserInnen zur Nachahmung empfohlen.

4. Spendenaufruf: Die Hälfte ist schon angekommen, jetzt brauchen wir noch den Rest!

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/aufruf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:aufruf

Die Spekulatius sind aufgeknabbert, Dinner for one gelaufen und der Silvestersekt ausgetrunken. Trotz Grippe-Epidemie kämpfte sich gleich mit Beginn des neuen Jahres eine kleine, unerschrockene Gruppe durch Wind, Eis und Schnee in die Räume der ak-Redaktion. Wo Apfelsinen nicht ausreichten, wurden zusätzlich Vitaminpillen eingeworfen, um die sich hinterhältig anschleichenden Grippeviren abzuschrecken. Und wir haben es geschafft: Die erste Ausgabe von ak im Jahre 1996 liegt vor euch. Wir hoffen, daß wir auch in diesem Jahr die Qualität halten können und ihr uns als LeserInnen erhalten bleibt.

In den letzten beiden Ausgaben von ak haben wir unsere Leserinnen und Leser aufgerufen, mit einer Spende die Herausgabe der Zeitung für ein weiteres Jahr zu sichern. Seitdem sind 26.040 DM eingegangen. Das ist für Januar ein wirklich gutes Ergebnis. Im Vorjahr hatten wir zu diesem Zeitpunkt erst 16.800 DM zusammen. Ein Teil der LeserInnen hat sich dieses Mal schneller entschieden, ak mit einer Spende zu unterstützen - einige UnterstützerInnen haben sehr tief in die Tasche gegriffen. An alle, die bisher aktiv an dieser Umverteilungsaktion teilgenommen haben, hier ein herzliches Dankeschön.

Da die Hälfte aber eben nur die Hälfte ist, noch einmal unsere Bitte an unsere LeserInnen, ak mit einer Spende zu unterstützen. Und wieder gilt für alle: Weder nach oben noch nach unten sind der Höhe des Spendenbetrages Grenzen gesetzt. Es klingt vermutlich banal, aber es stimmt: Auch jede noch so kleine Spende hilft mit, die 50.000 DM voll zu machen. Und die brauchen wir, wenn wir die Zeitung weiterhin zu einem allgemein erschwinglichen Preis anbieten wollen, um auch denjenigen, die wenig Geld zur Verfügung haben, zu ermöglichen, sich ak zu kaufen.

Wir sind zuversichtlich, daß die notwendige Summe auch dieses Jahr wieder von euch allen gemeinsam aufgebracht wird, und können dann für dieses Jahr auf eine Preiserhöhung verzichten. Also sucht eure Stifte - und spendet für ak.

50.000 DM für die Zukunft von ak!

ak-Redaktion

Spenden-Konto

Heinrich Eckhoff

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

Konto: 464584-204

5. An die ak-AutorInnen

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:06

Wie um diese Jahreszeit üblich hat auch die ak-Redaktion wieder gute Vorsätze für das neue Jahr gefaßt. Einige davon lassen sich nur verwirklichen, wenn unsere geschätzten Autorinnen und Autoren mitziehen:

- Haltet bei der Abgabe eurer Artikel den Redaktionsschluß ein. Das Datum findet ihr immer an der gleichen Stelle auf Seite 2 unter dem Impressum. Spätere Abgabe ist nur in Ausnahmefällen (Aktualität) möglich und muß mit der Redaktion abgesprochen werden. Wenn die Absprachen nicht eingehalten werden, kommen wir künftig nicht umhin, später eingehende Artikel auf die nächste Ausgabe zu schieben oder weniger Seiten zu produzieren.

- Haltet bitte die abgesprochene Artikellänge ein. Nachträgliche Kürzungen durch die Redaktion sind zwar möglich und mitunter inhaltlich notwendig. Sie können aber auch Ärger verursachen, wenn in der Hektik der Zeitungsproduktion der "falsche" Absatz gestrichen wird. Zur Erinnerung: Auf eine ak-Seite passen höchstens 500 ak-Textzeilen oder 18.000 Zeichen.

- Artikel sollten nur in wenigen Ausnahmefällen länger als zwei Seiten sein (36.000 Zeichen). Lange Artikel sollten möglichst unterteilt werden, z.B. in einen Hauptartikel und mehrere Kästen mit Exkursen, Kommentaren oder erklärenden Daten.

- Legt möglichst aktuelles Illustrationsmaterial bei (Fotos, Karikaturen, Karten, Schaubilder etc.). Ihr erhaltet es nach Erscheinen der Zeitung zurück.

Die Einhaltung dieser Regeln würde der Redaktion einige Arbeit ersparen. Die gewonnene Zeit könnte dann für eine sorgfältigere redaktionelle Bearbeitung eurer Artikel genutzt werden. Auch für Nachfragen bei den AutorInnen und einvernehmliche Änderungen wäre dann mehr Luft: Kein (vermeidbarer) Ärger mehr um Eigenmächtigkeiten der RedakteurInnen, dafür eine besser gestaltete und redigierte Zeitung - ob wir das im Jahr 1996 erleben werden?!

ak-Redaktion, 2.1.1996

6. Reichsgründungsfeier im Sachsenwald

Autor: Bündnis · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:24

Der 18. Januar ist für Rechte aller Couleur ein besonderes Datum, denn am 18. Januar 1871 wurde von Reichskanzler Otto von Bismarck das sog. II. Deutsche Reich gegründet. Zu diesem Anlaß finden jedes Jahr in der gesamten BRD Feiern statt, so auch in Hamburg. Hier feiert mensch jedoch nicht im Hinterzimmer einer Kneipe oder in privaten Räumen, sondern ganz offen am Mausoleum der Familie von Bismarck im Sachsenwald.

Aufgerufen hat in den letzten Jahren zu diesen Feiern das revanchistische "Ostpreußenblatt" der "Landsmannschaft Ostpreußen" und die rechtsextremistische "Junge Landsmannschaft Ostpreußen." Der preußische Junker Otto von Bismarck (1815-1898) wurde schon immer von Rechtsextremisten verehrt. Sein Name steht für Reichsgründung, Nationalismus, Militarismus und Preußentum, Reaktion gegen die bürgerliche Revolution von 1848/49 und rücksichtslose Unterdrückung der ArbeiterInnenbewegung durch die Sozialistengesetze.

Die Nationalsozialisten machten sich deswegen Bismarck zum Vorbild: "Durch die Gründung des Zweiten Reiches hat Bismarck dem Dritten Reich den Weg gebahnt. Ohne sein Werk wäre auch Großdeutschland nicht entstanden. Auf diesem Fundament errichtete der Führer das Dritte Reich, das durch die Heimkehr der Ostmark und die Befreiung des Sudetenlandes emporwuchs zur Weltmacht Großdeutschland." (1) Nach 1945 war dementsprechend der Name Bismarck und seine Politik nicht opportun. Erst zum 150. Geburtstages des Reaktionärs (1965) fand seine offizielle Rehabilitation durch eine Feier der Bundesregierung und die Herausgabe einer Briefmarke statt.

1971, zum hundertsten Jahrestag der Reichsgründung gab es in Friedrichsruh im Sachsenwald eine große Feier, über die die "Zeit" berichtete: "Schwarzweißrotes und braunes Gelichter spreizt sich, wo CDU-Präsidium und Bundesminister am Vormittag gesamtdeutsches Geschichtsbewußtsein demonstrieren wollen: Vornan ein Kranz der ‚Aktion 2000`, deren Anhänger am Sonnabend den Bismarckturm gestürmt hatten, um ihn aus der Gewalt kommunistischer Demonstranten zu befreien." (2) Außerdem defilierten damals neben CDU-Prominenz, u.a. vertreten durch Nazipublizist Kurt Georg Kiesinger, auch das "Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes", die älteste neofaschistische Kulturorganisation der BRD, die "Aktion Oder-Neiße (AKON)", welche der DVU nahe steht und die "National-Liberale Aktion", geführt von dem Waffen-SSler und CSU-Bundestagsmitglied Siegfried Zoglmann am Sarg des Reichsgründers vorbei.

Seit mehreren Jahren werden die Feiern nun von revanchistischen Kreisen, allen voran die "Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)" vorbereitet. Ihre Jugendzeitung "Fritz", benannt nach Friedrich dem Großen, wurde dieses Jahr wegen ihrer rassistischen Hetztiraden vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft. (3) Der Charakter der Feiern entspricht der nationalistischen und revanchistischen Zielsetzung der Ostpreußen. 1991 z.B. erklangen alle drei Strophen des Deutschlandliedes zur Totenehrung in der Gruftkapelle, und anschließend durfte sich Dr. Harald Rüddenklau vom "Neuen Deutschen Nationalverein" über die friedliche Revolution in "Mitteldeutschland" auslassen. (4) Redner in anderen Jahren waren z.B. Prof. Bernhard Willms, Autor in rechtsextremistischen Zeitschriften wie "Deutsche Monatshefte" und "Nation und Europa" sowie der dieses Jahr verstorbene Hugo Wellems. Bis zu seinem Tode im Frühjahr diesen Jahres war er die zentrale Figur der Hamburger Revanchistenszene. Der schon 1930 in die NSDAP eingetretene ehemalige Referent im "Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda" war Chefredakteur des "Ostpreußenblattes", stellvertretender Vorsitzender des "Bismarckbundes" sowie Gründer und Vorsitzender der "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft", einer rechtsextremistischen Bildungsorganisation in Hamburg, die eng mit der "Landsmannschaft Ostpreußen" vernetzt ist. Auch die Nachfahren des "Eisenern Kanzlers" sind in revanchistischen Kreisen aktiv und haben neben dem familiären auch ein politisches Interesse an den nationalistischen Reichsgründungsfeiern in ihrem Privatbesitz Sachsenwald.

Aus folgenden Gründen sollten AntifaschistInnen ein Augenmerk auf die Feiern im Januar 1996 haben:

- Am 18. Januar jährt sich die Reichsgründung zum 125. Mal, sicher wird sie dieses Jahr entsprechende Größe haben.

- Wahrscheinlich treffen sich am Grab ihres Vorbilds nicht nur Reaktionäre aus den Landsmannschaften, sondern auch Neofaschisten unterschiedlicher Organisationen.

- Eventuell wird auch die Bundesregierung oder Teile der Unionsparteien entsprechend ihrer aggressiven großdeutschen Politik an den Feiern teilnehmen, erinnert sei an die großinszenierte Umbettung von Friedrich dem Großen.

- Die Reichsgründungsfeier ist für AntifaschistInnen eine gute Möglichkeit, auf die Zusammenarbeit von Konservativen und Neofaschisten, sowie die revanchistischen Aktivitäten der Landsmannschaften und die wohlwollende politische und finanzielle Unterstützung durch CDU/ CSU hinzuweisen.

Bündnis

Keinen Fußbreit den Faschisten

Quellen:

1) Hamburger Nachrichten Nr. 45, 14.2.1939

2) Pilgern zum Reichsahn, Die Zeit 22.1.1971

3) Frankfurter Rundschau 18.4.1995

4) Wochenblatt, Bergedorf 24.1.1991

7. Wien bleibt Wien. SPÖ gewinnt, Haider stagniert - bei 22%

Autor: gaf · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:27

Endzeitstimmung in Kakanien. Die Welt wird untergehen. Zumindest unsere alpenländische Insel der Seligen, Nachfolgerin der k.u.k.-Herrlichkeit: unsere österreichische Nachkriegsrepublik. Ein sparwütiger, konservativer Möchtegern-Kanzler auf den Schultern eines machtgierigen Yuppie-Faschisten wird über uns herfallen, unser Sozialstaaterl kaputtsanieren und uns um unsere wohlverdienten Pensionen bringen. Mia raunzn ja immer an der Regierung rum; aber wolln mia wirklich so vü Vaänderung? Hilfe, wer rettet uns!

Dann die Entscheidungsschlacht. Und alles bleibt beim alten. Fast. Der Kanzlerkaiser Vranitzky ist gerettet und strahlender Sieger, der Aufrührer Schüssel zurückgestutzt, Beelzebub Haider gestoppt, das Liberale Forum hat sich wacker geschlagen und, naja die Grünen, die sind halt die VerliererInnen. Denn Rettung hieß diesmal Sicherheit im Schoß der guten alten SPÖ.

Aber fangen wir doch von vorne an mit der ganzen Wahlgeschichte im Nachbarland Österreich. Seit neun Jahren regiert dort eine große Koalition aus SPÖ und ÖVP. Beide großen Volksparteien verlieren seit dieser Zeit kontinuierlich an Stimmen, denn die Vergabe von Posten nach Proporz und Parteibüchl, Ämterschacher und Freunderlwirtschaft führen zu einem unsäglichen Filz und damit zum Unmut der WählerInnen. Lachender Dritter ist Jörg Haider, Führer der "Freiheitlichen Bewegung" (F), wie er die FPÖ neuerdings nennt. Haider als selbsternannter "Ausmister" und "blauer Schutzengel aller anständigen und fleißigen Österreicher" hat leichtes Spiel, aus den Nachteilen der großen Koalition Profit zu schlagen. Er setzt darauf, 1998 österreichischer Kanzler zu werden.

Alle demokratischen Parteien sind sich einig, mit dem Rechtsaußen Haider nicht zu koalieren - bis Wolfgang Schüssel, seit April 1995 ÖVP-Chef und in der Regierung Vizekanzler und Außenminister, Mitte Oktober 1995 die Koalition an der Budgetfrage platzen läßt. Folge: Auflösung des Nationalrats und Ansetzung von Neuwahlen für den 17. Dezember 1995. Damit werden die WählerInnen gerade mal ein Jahr nach den letzten Parlamentswahlen wieder an die Urnen gerufen. Schüssel wittert die Chance, Kanzler zu werden, und das geht nur durch direkte Zusammenarbeit mit Jörg Haider.

Seit der Nationalratswahl 1994 haben die Schwierigkeiten der österreichischen Regierung zugenommen. Der Beitritt zur EU Anfang 1995 wirft ökonomische Probleme auf, verschärft durch den Versuch, die harten Bedingungen für die europäische Währungsunion zu erfüllen. Die Wellen der Nazi-Briefbomben-Attentate und der rassistische Mord an vier Roma im Burgenland werden von der Polizei nicht aufgeklärt und führen zu einer Krise der inneren Sicherheit. Die bisherigen Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP vertreten in wichtigen Fragen gegensätzliche Standpunkte: "Die SPÖ unterstützt den bisherigen Konsens hoher wohlfahrtsstaatlicher Ausgaben und der sozialen Partnerschaft am Arbeitsplatz, während die ÖVP eine thatcheristische Linie der Steuererleichterungen, verbunden mit einem Programm, welches die öffentlichen Ausgaben drastisch zusammenstreichen wird, übernommen hat." (searchlight 11/95)

Haider suhlt sich in seiner Rolle, die "Altparteien" vor sich herzutreiben, und sagt über sich selbst: "Es ist eine tolle Sache, Opposition zu sein, die regiert." Seit mehreren Jahren kündigt er an, bei den regulären Wahlen 1998 Kanzler werden zu wollen. Um dafür mehrheitsfähig zu werden, vollbringt er einige ideologische Schwenks. Er grenzt seine Partei verbal deutlicher gegen rechts ab, trennt sich von "alten Kellernazis". (Daß das nur taktisch begründet ist, soll sich bald herausstellen.) Bezeichnete er bisher Österreich als "historische Fehlgeburt" und favorisierte eine enge Anbindung an Deutschland, so verkündet er nun: "Ich möchte dem österreichischen patriotischen Weg folgen und nicht einem großdeutschen." Dieser "österreichische Patriotismus" bedeutet, mit nationalistischen Positionen für das "kleine Österreich" gegen den EU-Koloß aufzustehen. Innenpolitisch paßt das prima zu seiner Oppositionspolitik gegen die große Koalition, die die Auswirkungen des EU-Beitritts zu vertreten hat. Haiders Kalkül besteht darin, die konservative ÖVP als zweitstärkste politische Kraft abzulösen und damit den Weg für eine von Haider dominierte Koalition aus F und ÖVP freizumachen. Der rechte Flügel der ÖVP ist angesichts der Misere der großen Koalition schon seit längerem anfällig für die Verlockung, mit Haider zusammen eine Regierung zu bilden.

Wolfgang Schüssel (ÖVP) spekuliert beim Platzenlassen der großen Koalition nun seinerseits darauf, Kanzler zu werden - mit Haider als Steigbügelhalter.

"Keine Experimente"

Was hat das ganze Neuwahltheater nun gebracht? Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 82,7% (+0,8) gewann die SPÖ 38,3% der Stimmen (+3,4), die ÖVP 28,3% (+0,6), die F 22,1 (-0,4), das Liberale Forum (LIF) 5,3% (-2) und die Grünen 4,6% (-2,7). Das erscheint gar nicht so spektakulär, und es fragt sich, wozu diese Wahl und das damit verbundene Endzeitgeschrei überhaupt nötig war.

Interessant sind die Unterschiede zwischen den Prognosen in den Wahlkampfwochen 1994 und 1995. Zehn Wochen vor der Nationalratswahl 1994 lag die SPÖ als stärkste Partei weit vor der FPÖ. Im Wahlkampf nahm die Zustimmung für die SPÖ dramatisch ab. Verliererinnen der Wahl 1994 waren beide großen Volksparteien, die SPÖ noch deutlicher als die ÖVP. Klare Gewinnerinnen waren damit die beiden kleinen Parteien: Die Grünen mit ihrer damals sehr überzeugenden Spitzenkandidatin Madeleine Petrovic und das Liberale Forum (LIF) mit Heide Schmidt, deren Trennung von der FPÖ von den WählerInnen deutlich honoriert worden war. Klarer Gewinner war genauso Jörg Haider, dessen aggressiver Anti-Ausländer-Wahlkampf, verbunden mit populistischen Parolen gegen die Misere der großen Koalition, der FPÖ massenhaft Stimmen gebracht hatte.

Den Mehrheitsverhältnissen entsprechend wurde trotzdem die große Koalition fortgeführt. Der EU-Beitritt verschärfte die ökonomischen Schwierigkeiten der Regierung und erregte den Unmut der WählerInnen. Kurz bevor Wolfgang Schüssel die Koalition platzen ließ, hatte nach einer Umfrage des IMAS-Instituts die F mit der ÖVP auf 28% gleichgezogen; die SPÖ lag nur noch bei 31%. Eine konservativ-rechtsextreme Wendung mit Haider als Mitregierendem schien damit durchaus realistisch. Aus dieser Ausgangssituation des Gleichauf-Liegens von SPÖ, ÖVP und F zu Beginn des Wahlkampfs erreichte die SPÖ 38,3% der Stimmen und liegt damit jetzt um 10% vor der ÖVP mit 28,3%. Die F erreichte "nur" 22,08%. Das ist weniger als befürchtet und sogar ein geringer Verlust gegenüber der Wahl 1994; es bedeutet aber genauso, daß jedeR 5. ÖsterreicherIn riskiert oder gewollt hat, daß Haider Regierungsverantwortung übernimmt. Und das, obwohl eine Woche vor der Wahl über eine ARD-Ausstrahlung Haiders Auftritt vor Veteranen der Waffen-SS bekannt wurde. Das Jubelgeschrei über Haiders "Verluste" und "Haider ist gestoppt" ist da wohl deplaziert.

Die stärksten Einbußen mußten die Grünen hinnehmen, vor allem in urbanen Bevölkerungsschichten mit überdurchschnittlichem Bildungs- und Einkommensniveau. Das linke, alternative Milieu hat in Österreich keine stabile, unabhängige Subkultur herausgebildet. Die Grünen waren insgesamt weniger politisch-oppositionell profiliert. Sie haben wieder auf ihre Führungsfigur Madeleine Petrovic gesetzt, die diesmal, wie vor einem Jahr, zwar gut gestylt, aber weniger schlagfertig und "charismatisch" auftrat. Ihre auffällig schlechte Verfassung kann auch direkte Folge des Nazi-Terrors sein: Madeleine Petrovic, die sich gegen die rassistischen Einwanderungs- und Asylgesetze stark engagierte, gehörte zu den ersten Adressatinnen einer Briefbombe und wird mit ihrer Familie seither permanent von neuen Briefbomben-Ankündigungen terrorisiert. Zu Beginn des Wahlkampfs wurden zwei Menschen durch Briefbomben verletzt; Madeleine Petrovic wurde wieder direkt bedroht. Die Belastung für die exponierte Spitzenpolitikerin der Grünen ist damit enorm groß. Und es macht wütend zu sehen, daß die Nazis ihr Ziel, engagierte Personen politisch auszuschalten, nicht nur durch Mordanschläge, sondern auch indirekt durch Zermürbung erreichen.

Kanzler Franz Vranitzky ist der strahlende Sieger dieser Wahl: "Die SPÖ blieb ‚Heimat`. Seit einem Vierteljahrhundert stellt sie den Kanzler, mehr als 70 Jahre regiert sie die Hauptstadt, jenes legendäre ‚Rote Wien` auch der Zwischenkriegszeit. Hier gewann die Sozialdemokratie fast sechs Prozent. Daß der Stabilitätskanzler Vranitzky zuletzt bloß den Stillstand verkörperte, schien wie weggeblasen. Er machte Wahlkampf mit: ‚Für Experimente ist unser Österreich zu kostbar.` Keine sozialdemokratische Partei Westeuropas hat das bisher geschafft: in der Stagnation keine Verluste, sondern noch Zugewinne zu machen." (Wochenpost 20.12.95)

Der Wahlsieg der SPÖ ist bloße Folge eines Wähleraustausches auf Kosten der Grünen und der Liberalen. Das Verhältnis zwischen rechts und links bleibt unverändert. Zur Fortsetzung der großen Koalition aus SPÖ und ÖVP gibt es kaum eine Alternative. Für die Gesundung der programmatisch schwachen SPÖ ist das eine denkbar schlechte Ausgangsposition: "Denn gewonnen hat die traditionsreiche Arbeiterpartei nicht kraft eigener Visionen, sondern weil es ihr gelungen war, die letzten Reserven ihrer Kernwählerschichten zu

mobilisieren und der Bevölkerung das schwarzblaue Schreckgespenst einer Koalition aus Christlich-Sozialen und Freiheitlichen einzujagen." (SZ 19.12.95; einmal abgesehen von der Stilblüte "Schreckgespenst einjagen", bringt das die Sache auf den Punkt.)

Die Koalitionsverhandlungen, die sich voraussichtlich bis März oder April hinziehen werden, gestalten sich entsprechend mühsam. Die SPÖ hat zwar klar gewonnen, rein rechnerisch kommt die konservative Volkspartei zusammen mit Haider aber immer noch auf eine hauchdünne Mehrheit. Und Wolfgang Schüssel schließt auch nach der Wahl und nach Bekanntwerden von Haiders SS-Veteranen-Auftritt ein Zusammengehen mit der F nicht aus. (Interview im Spiegel 1.1.95) Die ÖVP hat somit eine Drohkarte in der Hand, um auch von ihren Positionen einiges durchzusetzen.

Briefbomben-Attentate

Der Wahlkampf stand auch unter dem Schock einer neuen Briefbomben-Welle. Am 16. Oktober wurden zwei Menschen durch Briefbomben verletzt. Diese Bomben wurden abgeschickt, als die Opfer früherer Anschläge beim Prozeß gegen zwei Faschisten, Peter Binder und Franz Radl, aussagten. Beide Angeklagte sind Kader von Gottfried Küssels "Volkstreuer Außerparlamentarischer Opposition" (VAPO).

Das eine Opfer ist die 71 Jahre alte Maria Loley, die im letzten Jahr für ihr Engagement bei der Integration von bosnischen Flüchtlingen in ihre Gemeinde in Poysdorf mit einem Preis der Vereinten Nationen ausgezeichnet wurde. Sie erlitt Verletzungen an beiden Händen, als sie in ihrem Postamt den Brief öffnete. Frau Loley hatte bereits vorher Drohbriefe mit der Parole "Tod den Bosniern!" bekommen. Das andere Opfer ist Mahmood Abou-Roumie, ein aus Syrien stammender Arzt, der schwere Handverletzungen davontrug, als er den Brief in seiner Praxis öffnete.

Wie schon im letzten Jahr wurden wieder sechs Tage vor der Wahl Briefbomben verschickt. Daß es bei der jüngsten Bombenserie keine Opfer zu beklagen gibt, liegt an der Kaltblütigkeit und Überperfektion der Attentäter. Der in die Bomben einbebaute "Thermo-Sensor", eine Sprengfalle, die das übliche Entschärfen durch Einfrieren verhindern sollte, wurde durch die Kälte zu früh aktiviert. Die Briefbomben waren adressiert an:

- Melita Sunjic, Pressesprecherin des UNO-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR. Die gebürtige Jugoslawin und renommierte Außenpolitik-Journalistin hatte erst vor einem Jahr den "UNHCR-Preis für Flüchtlingshilfe" ins Leben gerufen;

- die indische Familie Lissey und Josef Anthony P. in Wien-Fünfhaus. Sie hatten es "gewagt", in der ORF-Sendung "Help-TV" am 2. August 1995 ihre Situation darzustellen: Die Gemeinde Wien hatte dem Ehepaar, das seit 15 Jahren in Österreich arbeitet und seit 1988 die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, die Wohnung gekündigt. Zwei Nachbarn hatte sich wegen der "lauten Kinder" beschwert;

- Angela Resetarits, Mutter der prominenten Söhne Willi (Leiter des "Integrationshauses", besser bekannt als "Ostbahn-Kurti", früher Mitglied der Band "Schmetterlinge"); Lukas (Kabarettist und Darsteller des "Inspektor Kottan"); Peter (ORF-Reporter). Die 71jährige war zuletzt bei der "50-Jahre Zweite Republik"-Feier am Wiener Heldenplatz öffentlich gegen Fremdenfeindlichkeit aufgetreten. Als Absender war der Name ihres Neffen, Martin Zsivkovits, Direktor des zweisprachigen Gymnasiums in Oberwart, mißbraucht worden.

Schon ein früheres Bekennerschreiben der Bajuwarischen Befreiungsarmee hatte sich gegen die "Clans der Schifkovits, Grandits, Stoisits, Resetarits und Janisch" gerichtet, Familien kroatischer Abstammung aus dem Dorf Stinatz, von denen viele gegen Rassismus und für Menschenrechte engagiert sind.

Die Fahnder basteln derweil am Täterprofil, engen die Herkunft der Täter auf die Südsteiermark ein und tappen im Dunkeln. Die Bedrohung bleibt bestehen.

Haiders Rede vor Veteranen der Waffen-SS

Eine Woche vor der Wahl zeigte die ARD Ausschnitte aus einem Amateurvideo: Haider als Redner vor einer Versammlung der "Kameradschaft IV", einer rechtsextremen Veteranenorganisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS. Die Veranstaltung in Krumpendorf fand am 30. September 1995 im Rahmen des Ulrichsbergtreffens, einer traditionellen, jährlichen Versammlung europäischer Ultrarechter statt. Vor diesem erlesenen Publikum freut sich Haider ganz unverhohlen, "daß es auf dieser Welt noch ein paar anständige

Menschen gibt, die einen Charakter haben und die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und die ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind. Und das ist eine Basis, ... die auch an uns Junge weitergegeben wird. ... Ein Volk, das seine Vorfahren nicht in Ehren hält, ist sowieso dem Untergang geweiht." Den betagten Weißhaarigen hat wohl selten ein Nachgeborener so aus der Seele gesprochen.

In Protokollen zur Urteilsverlesung im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß 1946 wird die Waffen-SS unmißverständlich als "verbrecherische Organisation" des NS-Regimes qualifiziert: "Einheiten der Waffen-SS nahmen direkt an der Tötung von Kriegsgefangenen und an Greueltaten in den besetzten Gebieten teil. Sie stellte Personal für die Einsatzgruppe und hatte Befehlsgewalt über die Mannschaften der Konzentrationslager, nachdem die Totenkopf-SS, die diese ursprünglich kontrollierte, in ihr aufgegangen war." Die Waffen-SS wurde aus der "Leibstandarte Adolf Hitler", also aus Hitlers persönlicher Leibwache, formiert.

Anspielend auf die Ausstellung "Verbrechen der deutschen Wehrmacht" tobt Haider: "Dafür haben wir das Geld. Wir haben Geld für Terroristen, wir geben Geld für gewalttätige Zeitungen, wir geben Geld für arbeitsscheues Gesindel, und wir haben kein Geld für anständige Menschen."

Anständige Menschen sind für ihn Mitglieder der "Kameradschaft IV", die weitgefächerte Kontakte in die neonazistische Szene unterhält, wiederholt wegen Verstößen gegen das NS-Verbotsgesetz angezeigt wurde und immer wieder im Visier der Staatspolizei steht. Den politischen Feinden überbringt Haider die deutliche Botschaft: "... nachdem wir auch eine Zukunft haben wollen, werden wir den Menschen von political correctness beibringen, daß wir nicht umzubringen sind. Und daß sich Anständigkeit in unserer Welt noch allemal durchsetzt, auch wenn wir momentan vielleicht nicht mehrheitsfähig sind. Aber wir sind denen geistig überlegen, und das ist etwas Entscheidendes."

In der Fernsehsendung "ZiB2" bezeichnete Haider das Publikum der Veranstaltung als "gar nicht problematisch", seinen Auftritt als "absolut in Ordnung" und verteidigte noch einmal jene Einheit, die Simon Wiesenthal eine "Mordbrigade" nennt: Als Teil der Wehrmacht komme der Waffen-SS "alle Ehre und Anerkennung zu, die sie im öffentlichen Leben hat." Angesprochen auf den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, wo die Waffen-SS zur "verbrecherischen Organisation" erklärt worden war, meinte der F-Chef nur, er könne sich "an solche Beschlüsse nicht entsinnen. Es interessiert mich auch überhaupt nicht."

Erstmals schaltete sich auch Bundespräsident Klestil in die laufende Auseinandersetzung ein. Aber auch nach seiner Ermahnung zu "klärenden Worten in einer dem Thema angemessenen Sensibilität" windet sich Haider um den Kern herum. Es sei ihm nur darum gegangen, "pauschale Verunglimpfungen einer Generation, die den Krieg durchgemacht hat, zurückzuweisen und abzuwehren." Haider hat seine Äußerungen weder dementiert noch zurückgenommen. Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt ermittelt gegen ihn wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung.

Skandal im Skandal ist, daß der ORF das Video erst zwei Tage nach der Wahl sendete. Angeblich war es unmöglich, das Video von der ARD zu übernehmen, nein, es mußten bis nach der Wahl währende Ermittlungen zur "Echtheit" unternommen werden. Über die Gründe kann nur spekuliert werden: Sollte die Wahl beeinflußt werden, oder hatten die ORF-Verantwortlichen einfach Angst um ihre Pöstchen in einer eventuell bevorstehenden Zeit mit Haider in der Regierung?

gaf

8. "Linke Revanche" in Rußland. Trotz KP-Sieg bleibt erstmal alles beim Alten

Trotz KP-Wahlsieg bleibt erstmal alles beim Alten

Autor: Ulf Heferle, Moskau · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:37

Fünf Jahre nach der Entmachtung der KPdSU sind die Kommunisten Rußlands wieder stärkste politische Kraft im Land. Bei den Wahlen zum russischen Parlament (Duma) am 17. Dezember konnten sie ihren Stimmenanteil verdoppeln. Demokraten und Zentristen schnitten dagegen mäßig ab, Schirinowskis rechtsextreme "Liberaldemokraten" verloren die Hälfte ihrer Stimmen.

Das Wahlergebnis zeigt, daß die Mehrheit der russischen Bevölkerung von marktwirtschaftlichen Reformen nichts hält. Wer monatelang auf seinen Lohn warten muß, wer in ständiger Angst vor plötzlichem Währungsverfall lebt und wem der Staat in dieser Situation nicht ein Minimum an sozialer Sicherheit garantiert, der wählt Parteien, die ihm diese Sicherheit versprechen.

Die Russen, so heißt es, seien fixiert auf starke Persönlichkeiten. Doch mit dem Wahlergebnis vom 17. Dezember läßt sich dies nicht belegen. Der Stimmenanteil von Schirinowskis "Liberaldemokraten" halbierte sich. Und der im Westen als neuer Buhmann aufgebaute General Lebed (bis zum Frühjahr 95 befehligte er die 14. russische Armee in Moldawien) kam nur über ein Direktmandat in die Duma. Lebeds Wahlvereinigung "Kongreß russischer Gemeinschaften", dem acht Prozent der Stimmen vorausgesagt wurden, blieb mit etwas über vier Prozent unter der Fünf-Prozent-Hürde. Und die Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Tschernomyrdin "Unser Haus Rußland" bekam nur 10 Prozent der Stimmen.

Auch die 15 Millionen Wähler, die diesmal der Kommunistischen Partei Rußlands (KPRF) ihre Stimme gaben, wählten nicht den starken Führer, sondern votierten für soziale Sicherheit. Das Image des KP-Vorsitzenden Sjuganow ist nicht das eines "starken Führers". Sjuganow tritt eher bieder auf. Bis weit in die Reihen der Demokraten hinein hält man ihn für einen berechenbaren Politiker. Die Kommentatoren der liberalen Moskauer Blätter meinen, ohne die große Zahl der dem "alten Denken" verhafteten Parteimitglieder könnte sich die KPRF glatt zu einer sozialdemokratischen Partei entwickeln.

Jelzin sitzt das

Wahlergebnis aus

Die auf den Präsidenten zugeschnittene Verfassung erlaubt es Boris Jelzin, bis zur Präsidentenwahl im Juni so weiterzumachen wie bisher. Vielleicht wird Jelzin einige bei der Opposition besonders unbeliebte Minister auswechseln. Nach dem Rücktritt von Außenminister Kosyrew kämen dafür vor allem der für die Privatisierung zuständige Minister Tschubais und Verteidigungsminister Gratschow in Frage. Zur Besänftigung unzufriedener Wähler kündigte Jelzin in seiner Neujahrsansprache an, ausstehende Löhne und Renten nachzuzahlen. Solche Zugeständnisse sind verdammt wenig, wenn man bedenkt, daß die einzige Partei in der Staatsduma, welche die volle Verantwortung für die derzeitige Politik übernimmt (Viktor Tschernomyrdins "Unser Haus Rußland") nur 10 Prozent der Stimmen bekam. Im Westen wäre die angemessene Reaktion auf eine solche Wahlniederlage eine Neubildung der Regierung gewesen.

Rußland, wo die Politiker ständig davon reden, man wolle ein "zivilisiertes" Land werden, ist von einer Demokratie westlichen Typs weit entfernt. Das russische politische System ist ein Zwitterwesen. Zum einen gibt es die vom Westen importierten demokratischen Formen (Verfassung und Wahlrecht), zum anderen gibt es eine autoritäre Linie, die sich wie ein blutiger Faden durch die russische Geschichte zieht. Demokratische Traditionen sind nur schwach.

Während die internationalen Wahlbeobachter in Moskau und anderen Städten die Wahlbüros besuchten und anschließend erklärten, die Wahl verlaufe im großen und ganzen normal, wurden die "Wahlen" in der Republik Tschetschenien unter Kriegsbedingungen abgehalten. Jelzins Tschetschenien-Beauftragter Lobow besaß die Frechheit, die angeblich hohe Wahlbeteiligung in Tschetschenien als Befürwortung der Moskauer Linie zu werten. Die Proteste der russischen Intellektuellen gegen die Abhaltung der Scheinwahlen in Tschetschenien

waren gering. Nur Jelena Bonner (die Witwe Sacharows) nutzte einen Werbespot der "Partei der ökonomischen Freiheit", um zum Boykott der Wahlen in Tschetschenien aufzurufen.

Enttäuschung

bei den Demokraten

Die Enttäuschung der Demokraten nach den Wahlen ist groß. Gregorij Jawlinski, der einzige, der als Kandidat der Demokraten für die Präsidentschaftswahl in Frage käme, erreichte mit seiner Wahlvereinigung "Jabloko" nur 6,9 Prozent der Stimmen. Das ist keine Basis für einen erfolgreichen Präsidentschaftswahlkampf. "Demokratische Wahl Rußlands", die Partei des ehemaligen Premierministers und Schocktherapeuten Gajdar, die in der letzten Duma noch die zweitstärkste Fraktion stellte, rutschte mit 3,9 Prozent deutlich unter die Fünf-Prozent-Hürde. Daß die Politiker von "Demokratische Wahl Rußlands" zu den entschiedensten Kritikern des Tschetschenien-Krieges gehörten, war für die Wähler offensichtlich weniger wichtig.

Nur in den beiden Großstädten Moskau und St. Petersburg, wo die sozialen Versorgungssysteme noch nicht ganz zusammengebrochen sind, wo die Einführung der Marktwirtschaft am weitesten vorangeschritten ist und wo ein größerer Teil der Bevölkerung die Möglichkeit hat, vernünftiges Geld zu verdienen, schnitten die Radikalreformer gut ab. Gajdars Wahlvereinigung erreichte in Moskau und St. Petersburg 11,4 bzw. 12,2 Prozent der Stimmen. Auch die anderen Parteien der Demokraten und Zentristen ("Jabloko" und "Unser Haus Rußland") schnitten in Moskau und St. Petersburg wesentlich besser ab als im Landesdurchschnitt.

Dagegen rutschten Schirinowskis "Liberaldemokraten", die im Fernen Osten dicke Stimmenanteile einsackten, in Moskau auf bedeutungslose 2,5 Prozent. Hier spiegelt sich die ökonomisch extrem ungleiche Entwicklung in Rußland mit den verarmten Regionen im Süden, in Sibirien und im Fernen Osten. Dieses Problem findet in der politischen Elite heute wenig Beachtung.

Die Reaktion der Demokraten um Gajdar auf das Wahlergebnis schwankt zwischen kleinlaut und sektiererisch. So erklärte die politische Outsiderin und ehemalige Dissidentin Nowodworskaja von der "Demokratischen Union", in Rußland hätten Sklaven gewählt. Das Volk sei noch nicht reif für die Präsidentschaftswahl. Deshalb wäre es besser, die Wahl zu verschieben. Für einen Menschen, der unter den Kommunisten verfolgt wurde, mag so ein Standpunkt nachvollziehbar sein. Aber als politische Strategie taugt so eine Position nicht.

Gajdar selbst kündigte an, "Demokratische Wahl Rußlands" werde bei der Präsidentenwahl keinen eigenen Kandidaten aufstellen, sondern einen anderen Kandidaten der demokratischen Kräfte unterstützen. Im Fernsehen beschrieb Gajdar seine Wahlvereinigung als "ideologische Partei" und als Partei des konsequenten Liberalismus und Antikommunismus. Das Wahlergebnis zeige, daß die Russen ihre kommunistische Geschichte, das GULAG, die Erschießungen, die "Entkulakisierung" und den Terror vergessen hätten.

Witalij Tretjakow, der Chefredakteur der liberalen Nesawisimaja Gaseta, kommentierte Gajdars politische Strategie als "Selbstmord". Tretjakow: "Das ist nicht nur Starrsinnigkeit, das ist Dummheit (wenn man vom Standpunkt des Liberalismus ausgeht). Das ist Dummheit hoch zwei, wenn man weiß, daß Gajdar die Absicht hat, in der großen Politik Rußlands zu bleiben." (NG 23.12.) "Niemals während der 35 Jahre meines Lebens unter der Sowjetmacht und dem Sozialismus habe ich in Moskau Hunderte von Alten gesehen, die in den Müllkästen wühlen", setzte Tretjakow nach. Der Chefredakteur der Nesawisimaja Gaseta ist von Nostalgie weit entfernt. Er hat nur den nötigen Realismus zu erkennen, daß die Demokraten um Gajdar nicht nur ideologische Parolen verkünden dürfen, sondern sich ernsthaft um die soziale Frage kümmern müssen, wenn sie politisch überleben wollen.

Linker Block

mit 45 Prozent der Duma-Sitze

Die Wahlen am 17. Dezember brachten die "linke Revanche", die Moskauer Zeitungskommentatoren vorausgeahnt hatten. Jedenfalls war die Zuversicht berechtigt, mit der der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Rußlands vor den Wahlen auftrat. Obwohl die KP im Gegensatz zu den anderen Parteien auf teure Fernsehwerbung fast völlig verzichtete, konnte sie ihren Stimmenanteil im Vergleich zu den letzten Duma-Wahlen im Dezember 1993 fast verdoppeln (von 12 auf 22 Prozent).

Die 450 Sitze in der Duma werden zur Hälfte mit Direktkandidaten aus den Wahlkreisen besetzt, zur anderen Hälfte über die Parteilisten. Die KPRF stellt in der neuen Duma jetzt mit 157 Abgeordneten (99 über die Parteiliste, 58 Direktkandidaten) mehr als ein Drittel der Sitze und kann mit gutem Recht den Sitz des Vorsitzenden der Staatsduma beanspruchen.

Insgesamt verfügt der linke Block in der neuen Staatsduma über knapp die Hälfte der Mandate. Dazu gehören neben den 157 Abgeordneten der KPRF noch die Abgeordneten von drei kleineren Parteien, die zwar an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, aber in der neuen Duma über Direktkandidaten vertreten sind:

- die Agrarpartei, deren Stimmenanteil von 7,9 Prozent (1993) auf 3,8% (1995) sackte, mit 20 Direktmandaten,

- die Wahlvereinigung des einstigen sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow "Die Macht dem Volk" mit neun Direktmandaten

- die radikalen Kommunisten um Viktor Anpilow mit einem Direktmandat. Das Wahlbündnis, das sich positiv auf Stalin bezieht und unter dem klangvollen Namen "Kommunisten - Werktätiges Rußland - für die Sowjetunion" antrat, bekam beachtliche 4,5 Prozent der Stimmen - und damit mehr als Gajdars "Demokratische Wahl".

Schließlich gibt es unter den 77 sogenannten unabhängigen Abgeordneten noch zehn, die den Linken zugerechnet werden.

Alternative zu Jelzin

noch nicht in Sicht

Trotz des Wahlsieges der KPRF wird es in der russischen Politik jetzt zu keinem radikalen Umschwung kommen. Sjuganow erklärte noch am Wahlabend, er wolle keine ruckartigen Veränderungen. Verfassungsänderungen sind ohnehin nur mit Zweidrittelmehrheit möglich. Und davor steht auch noch der Präsident, der Föderationsrat (das Oberhaus) und das Verfassungsgericht. Nur wenn der linke Block noch Abgeordnete der nationalistischen Parteien für sich gewinnt, kann er die 50-Prozent-Marke überspringen. Aber zur Zeit spricht nichts dafür, daß die 51 Abgeordneten von Schirinowskis "Liberaldemokraten" und die fünf Abgeordneten vom "Kongreß russischer Gemeinschaften" sich in das von der KPRF angestrebte Bündnis der "volkspatriotischen Kräfte" einbinden lassen.

Die in der Duma vertretenen Parteien werden jetzt versuchen, sich im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf zu profilieren. Der schwerkranke Jelzin will sich im Februar dazu äußern, ob er im Juni tatsächlich noch einmal zur Präsidentschaftswahl antritt. Jelzins Berater Georgij Satorow hat noch am Wahlabend gemutmaßt: "Der Linksruck der Duma vergrößert Jelzins Chancen auf eine Wiederwahl". Das Pendel werde nun zur anderen Seite ausschlagen.

Die Experten aus dem Umkreis des Präsidenten meinen, die KP habe ihr Wählerreservoir schon ausgereizt. Wenn diese These stimmt, dann wird bei der Präsidentenwahl im Juni alles davon abhängen, ob die KP es schafft, mit den nationalistischen Kräften ein ernsthaftes Bündnis einzugehen. In Moskau hält man es für möglich, daß die KP anstatt ihres biederen Vorsitzenden Sjuganow den bekannten General Alexander Lebed vom "Kongreß russischer Gemeinschaften" als Präsidentschaftsbewerber unterstützt. Lebed, der als Direktkandidat ein Duma-Mandat gewann, hat bereits seine Kandidatur für das Präsidentenamt erklärt. Mit dem rechtsextremen Schirinowski, der - wenn es darauf ankam - immer für Jelzin und die Regierung stimmte, wird die KP allerdings schwerlich zu einer Übereinkunft kommen.

Falls Jelzin sich zu einer Kandidatur entscheiden sollte, wäre das angesichts seines Gesundheitszustandes die reinste Notlösung. Er hat überhaupt nur dann Chancen auf eine Wiederwahl, wenn weder Kommunisten, Nationalisten noch Demokraten einen Kandidaten ins Rennen schicken können, der das Zeug hat, Jelzin abzulösen. In Rußland ist jetzt einfach nicht die Zeit, in der sich neue politische Führer profilieren können. Jelzin steht trotz der sozialen Misere und des Tschetschenienkrieges für Stabilität. Nach den unruhigen letzten Jahren gibt es in der Bevölkerung eine große Angst vor abrupten Veränderungen. Diese Stimmung wird sich der amtierende Präsident zunutze machen.

Ulf Heferle, Moskau

9. Zwischen Klassenkampf und Sozialpartnerschaft. Frankreichs Gewerkschaften, Linksparteien und Streik

Frankreichs Gewerkschaften, die Linksparteien und der Streik

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:36

Die CGT (Confédération Générale du Travail) ist die älteste französische Gewerkschaft; sie wurde im Jahre 1895 gegründet. Als sich 1920 die Mehrheit der französischen Sozialdemokratie der Dritten Internationale anschloß und zur Kommunistischen Partei (PCF) wurde, blieb die CGT an ihrer Seite. Bis heute ist die Gewerkschaft politisch der französischen KP verbunden. Gemeinsam mit der KP erlebte die CGT in den 70er und 80er Jahren einen Niedergang: Mit dem Aufstieg der Sozialdemokratie (PS) entstand eine zunehmend attraktive Alternative zur KP; und mit den Entwicklungen in Polen und Afghanistan verlor das mit der KP identifizierte sowjetische Modell an Anziehungskraft. Die Mitgliederzahlen der CGT sanken von 3.952.400 (1946) über 2.377.551 (1975) und 1.622.095 (1983) bis auf den aktuellen Stand von 640.000 (1995). Da der Anteil der Rentner unter den Mitgliedern hoch ist, beziffern amtliche Statistiken den Mitgliederbestand der CGT mit 480.000 Erwerbstätigen. Zwischen 1983 und 1993 fiel der Stimmenanteil der CGT bei den Betriebsratswahlen von 27 auf 18 Prozent; der Durchschnittswert während dieser zehn Jahre lag bei 19,6 Prozent.

Von der CGT spaltete sich im Jahre 1947 die Gewerkschaft FO (Force Ouvrière) ab. Die Gründer der FO warfen der CGT Abhängigkeit von der KP vor. Die FO versteht sich als "unpolitische" Gewerkschaft, die keine allgemeinpolitischen Ziele verfolge; sie steht der Sozialdemokratie nahe. Die FO ist fast ausschließlich im öffentlichen Sektor der Wirtschaft und einigen "Inseln" des privaten Sektors von Bedeutung, so in der Metallindustrie. Im Durchschnitt der Jahre 1983 bis 1993 erhielt die FO bei Betriebsratswahlen 11,5 Prozent und belegte damit den dritten Platz.

In der aktuellen Krise kam es - erstmals seit 1947 - zu einer Annäherung zwischen CGT und FO. Als "historisch" wird der Händedruck zwischen CGT-Chef Louis Viannet und FO-Chef Marc Blondel auf der Pariser Demonstration am 28. November bezeichnet. Viannet verbreitete allerdings süffisant, Blondel habe zuvor die CGT angerufen, "um seine Demo zu retten" - wollte doch die FO ursprünglich an diesem Tag einen Alleingang unternehmen. Die Kapriolen der FO erklären sich daraus, daß sie die Verwaltung der Krankenkasse in der Hand hält: Chirac hatte Blondel ursprünglich zugesichert, daß dies so bleiben werde.

Am 15. November stellte sich heraus, daß die Regierung alle Bereiche der Sozialversicherung unter staatliche Aufsicht zu stellen beabsichtigte; daraufhin erklärt Blondel, in grandioser Überschätzung seiner Rolle: "Ich hätte geglaubt, ich könnte Chirac davor schützen, als Zerstörer der Sozialversicherung in die Geschichte einzugehen". Die von Blondel - in seiner Gewerkschaft wird er "der General" genannt - gesuchte persönliche Kraftprobe mit dem Präsidenten gefiel jedoch nicht allen in seiner Gewerkschaft; aus deren Apparat wurde ihm zunehmend entgegengehalten, sein Kurs sei zu riskant. Sein Vorgänger André Bergeron verurteilte öffentlich den Händedruck mit Viannet. Die Metall-Sektion der FO warf der Führung "Maximalismus" vor, und die Sektion Lebensmittelindustrie erklärte, "nicht alles an den Plänen Juppés sei zu verwerfen".

Eine zweite Wurzel des französischen Gewerkschaftswesens, neben der kommunistischen Tradition, bildet die organisierte christliche Arbeiterschaft. Im Jahr 1919 wurde die CFTC (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens) gegründet, die sich von der Sozialdoktrin der katholischen Kirche und päpstlichen Worten leiten läßt. Ihr Gründungsprogramm stützt sich auf die "friedliche Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital im Unternehmen" und "die Zusammenarbeit der Klassen". Auf die CFTC geht in der aktuellen Krise die Idee der Einsetzung eines "Vermittlers" bei der Bahngesellschaft SNCF ebenso zurück wie das Projekt eines "Sozialgipfels" zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern. Zu den Hauptsorgen ihres Chefs Alain Deleu gehört es, "einen Tumult wie im Mai 1968 zu vermeiden". Die CFTC erhielt bei den Betriebsratswahlen zwischen 1983 und 1993 im Durchschnitt 4,9 Prozent.

Eine Abspaltung der CFTC ist die CFDT (Confédération Française et Démocratique du Travail). In den 60er Jahren begann sich, beflügelt vom Aufbruchgeist jener Jahre, in der CFTC ein sozialchristlicher Flügel herauszubilden, der sich zunehmend Utopien wie der einer Gesellschaft der "Selbstverwaltung" und Themen wie dem "Nord-Süd-Konflikt" zuwandte. Im Jahre 1964 kam es zum endgültigen Bruch. Seit ihrer Gründung hat

die CFDT einen Doppelcharakter: Einerseits ist sie christlich geprägt; andererseits existieren sozialutopisch-emanzipative Tendenzen und der Wunsch nach Klassenharmonie. In der jüngsten Krise führte dies zu tiefen Brüchen in der Gewerkschaft. Die Sektionen der CFDT in 35 Departements (von 95) nahmen voll an der Streikbewegung teil, während die CFDT-Vorsitzende Nicole Notat ihren Posten zunehmend weniger von dem einer Staatssekretärin der Regierung Juppé zu unterscheiden schien.

Sorgen um

die eigenen Pfründe

So übermittelte Notat dem Premierminister ihr vollstes Verständnis für die Forderung nach einem "Minimaldienst" der öffentlichen Verkehrsmittel im Streik - Juppé schlug ihr prompt Sonderverhandlungen über die Einrichtung eines solchen "Minimaldienstes" vor. (Laut Aussagen des Generaldirektors der Metrogesellschaft RATP hätte die Gewährleistung eines geregelten Minimaldienstes die Aufnahme von 90 Prozent der vollen Tätigkeit erfordert). Laut einer Schlagzeile des konservativen Figaro hegt Nicole Notat den "Traum vom deutschen Gewerkschaftertum".

Derzeit holt die CFDT-Führung zu Schlägen gegen ihre Widersacher aus; so wurde jüngst in Lille die komplette Sektion Nord, die als "zu links" gilt, unter "Vormundschaft" der landesweiten Führung gestellt. Mit 617.000 Mitgliedern ist die CFDT eine der zwei größten französischen Gewerkschaften. Bei den Betriebsratswahlen zwischen 1983 bis 1993 errang sie mit durchschnittlich 20,8 Prozent den ersten Platz. Auch die CFDT hat, ähnlich wie FO, ihre Pfründe zu schützen: Sie verwaltet nämlich die Arbeitslosenkasse.

Am anderen Ende des gewerkschaftlichen Spektrums steht die linke Basisgewerkschaft SUD (Solidaire-Unitaire-Démocratique). Diese existiert nur im Unternehmen PTT (Post und Telekom) und nahm dort, im Kampf gegen die drohende Privatisierung, einen erheblichen Aufschwung. Bei den Betriebsratswahlen im Oktober 1995 erhielt SUD bei der Telekom 27,23 Prozent und bei der Post 14,6 Prozent. Zusammen mit der CGT bildet sie hier die privatisierungsfeindliche Mehrheit. Mit linken Basisgewerkschaften in anderen Bereichen ist SUD zur "Gruppe der Zehn" zusammengeschlossen.

Welche Rolle

spielen die Linksparteien?

Bezeichnend war eine Szene, die sich Mitte Dezember im französischen Parlament abspielte. Premierminister Juppé forderte die Abgeordneten der Oppositionsparteien auf, wer eine Alternative zu seiner rigiden Sparpolitik aufweisen könne, möge aufstehen und sie vortragen. Niemand erhob sich von seinem Platz.

Die Parti Socialiste (PS) regierte Frankreich, mit zweijähriger Unterbrechung 1986/88, von 1981 bis 1993. Der anfängliche Reformschub wich ab Herbst 1982 einer zunehmend wirtschaftsliberalen "Austeritäts"politik. Aus den Erfahrungen jener Jahre hat die PS die Schlußfolgerung gezogen, daß im Rahmen des bestehenden ökonomischen Systems - bedingt durch dessen Zwänge (Verminderung der Kapitalflucht, Währungsstabilität, Druck der stärkeren Wirtschaftsmächte USA und BRD) - gerade in Krisenzeiten kein Reformspielraum besteht. Daher schraubt sie ihre Kritik an der bürgerlichen Regierungspolitik zurück, beschränkt sich häufig auf Methodenkritik. Da sich zwei Gewerkschaften den Platz an der Seite der PS teilen, FO und CFDT, bestehen jedoch Uneinigkeiten über den zu haltenden Kurs. So wählte der neue Parteisekretär Lionel Jospin einen eher kritischen Tonfall gegenüber den Juppé-Sparplänen, während der frühere Premierminister Laurent Fabius sie tendenziell befürwortete. Einig ist man sich indes darin, daß die PS heute nicht regieren will; sie bereitet sich - um "den demokratischen Kalender zu respektieren", so Jospin - auf eine Regierungsübernahme im Jahr 1998 vor. Dann, so die Hoffnung, werden die jetzt anstehenden "Reformen" durchgesetzt sein.

Die Parti Communiste (PC) war als Koalitionspartei an den ersten PS-Regierungen zwischen 1981 und 84 beteiligt. Aus den Erfahrungen jener Jahre hat die Partei den Schluß gezogen, daß eine Regierungsbeteiligung ihr derzeit keine Perspektive bieten würde. Die KP mußte während der 70er und 80er Jahre erleben, daß die aufsteigende Sozialdemokratie der einst stärksten Partei Frankreichs zunehmend ihre Wählerschaft abnahm und gleichzeitig durch ihre "rechte" Regierungspolitik die Linke insgesamt schwächte. Ein Teil des Apparats der KP, insbesondere der angeblich "linksradikale" (stalinistische) Flügel um den "Humanité"-Chefredakteur Pierre Zarka, leitete daraus die Position ab, daß eine bürgerliche Regierung - unter der das soziale Klima angespannt ist - besser sei für die Entwicklung der Partei als eine sozialdemokratische und daher zu

bevorzugen. (Diese Haltung traf sich 1995 mit dem Wunsch des minoritären Flügels um den neuen Parteisekretär Robert Hue, sich als "modern und aufgeschlossen" zu präsentieren und daher die neue Regierung Chiracs nicht "pauschal zu bekämpfen".) Im Frühsommer letzten Jahres wurde so die "konstruktive Opposition" ausgerufen, die zu erbittertem parteiinternem Streit führte und im Oktober 1995 offiziell zurückgezogen wurde.

Das Verhalten der KP in der aktuellen Krise ist die logische Fortsetzung der "konstruktiven Opposition". Die Bewegung soll nicht so weit gehen, daß es zu einer Regierungskrise kommt, die die Sozialdemokratie an die Regierung bringen könnte. Der langjährige Generalsekretär Georges Marchais erklärte nach den Nachwahlen in sieben Wahlkreisen vom 3. und 10. Dezember, diese hätten sich als "Jackpot" für die PS erwiesen. Die KP habe jedoch kein Interesse an einer "Änderung am Kopf" der Regierung, die ohnehin zu keiner anderen Politik führe. Das ist für sich genommen nicht falsch, verrät jedoch einen total staatsfixierten Blick auf die sozialen Kräfteverhältnisse.

Bernhard Schmid, Paris

10. Frankreich nach dem Streik. Zugeständnisse der Regierung - der Konflikt bleibt

Autor: Bernhard Schmid und Js./ak-Redaktion · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:35

Die französische Regierung hat Zugeständnisse gemacht, die Streikenden haben Teilsiege errungen. Nach den längsten Streiks seit den dreißiger Jahren ist in Frankreich wieder "Normalität" eingekehrt. Der "Sozialgipfel" vom 21. Dezember hat stattgefunden; nennenswerte Ergebnisse hat er nicht gebracht.

Die Regierung Juppé hat den öffentlichen Angestellten schriftliche Garantien gegeben: Das Rentenalter nach 37,5 Jahren Einzahlungsdauer in die Rentenkasse wird beibehalten und nicht auf 40 Jahre angehoben. Die Spezialregelungen bei Bahn und Metro werden beibehalten: Für die dort Beschäftigten beträgt das Rentenalter 50 bzw. 55 Jahre. Der Sanierungsplan für die Bahngesellschaft (Linienstillegungen, Arbeitsplätze etc.) ist eingefroren und wird komplett neu verhandelt. Die Regierung verzichtet auf die Abschaffung des zwanzigprozentigen Steuerabschlags für Lohn- und Gehaltsempfänger, die die Steuerlast enorm zuungunsten der Lohnabhängigen verschoben hätte.

Nicht angetastet wurden hingegen die Pläne Juppés zur Reform der Sozialversicherung. Keine Rede ist weiter von den je 40 Milliarden Francs, die der Staat wie auch die Unternehmen der Sozialversicherung schulden.

Nach einer Umfrage bei privaten Unternehmen, die Le Monde am 7.12. veröffentlichte, sehen 28 Prozent der Befragten für 1996 ein "sozial gespanntes bis sehr gespanntes" Klima in ihren Betrieben voraus; das sind deutlich mehr als in den Vorjahren (Ende 1994: 20 Prozent; Ende 1993: 12 Prozent). Der Staatshaushalt 1996 ist auf einer deutlich zu optimistischen Wachstumsprognose aufgebaut: Statt der ursprünglich angenommenen 2,8 Prozent sagt die Regierung derzeit 2,2 Prozent voraus, der Nouvel Economist 1,2 Prozent. So wird die "retour de flamme", die CGT-Chef Viannet voraussagt, das Wiederaufflammen der sozialen Konflikte, wohl nicht ausbleiben.

Unterdessen setzt sich die Debatte um die Neueinteilung der Arbeitszeit fort. Auch die bürgerliche Politik sieht sich genötigt, Rezepte gegen die hohe Arbeitslosenrate von landesweit 12 Prozent zu finden, um den von ihr angestrebten "Abbau der Defizite des Sozialversicherungssystems" zu ermöglichen. Denn diese Defizite stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Erwerbslosigkeit: So würden eine Million Arbeitslose weniger jährlich zwischen 60 und 70 Milliarden Francs zusätzliche Einnahmen für die Sozialversicherung bedeuten. 1993 wurden von der neugewählten bürgerlichen Regierung erste Initiativen unternommen, jedoch nicht zu Ende geführt; so wurde ein Gesetzesvorschlag des liberalen Parteienbündnisses UDF in erster Lesung angenommen, der die Einführung der 32-Stunden-Woche durch "Teilung der Arbeitsplätze" (und der Löhne) unter den Beschäftigten vorsieht.

In der aktuellen Diskussion wird das Wohl des Betriebes zum alleinigen Maßstab: Vermehrt werden Flexibilisierung und noch mehr prekäre Arbeitsverhältnisse gefordert. Schon 1993 wurde ein Gesetzesvorstoß debattiert, der die jährliche (statt wöchentliche) Berechnung der Arbeitszeit vorsieht; demnach würden die Beschäftigten, je nach Auftragslage des Unternehmens, in einer Woche nur 25 Stunden und in der nächsten dafür 48 Stunden arbeiten. Diese Form der Flexibilisierung macht Neueinstellungen so gut wie unmöglich.

Im Umfeld des "Sozialgipfels" vom 21. Dezember kamen diese Diskussionen wieder in Gang; so meldete sich Gilles de Robien, UDF-Fraktionsvorsitzender im Parlament und Autor des seinerzeitigen Gesetzentwurfs zur 32-Stunden-Woche, über Le Monde zu Wort. In Lyon verabschiedete der Regionalrat Rhône-Alpes, dessen Vorsitz Charles Millon (UDF-Verteidigungsminister der Regierung Juppé) innehat, eine Resolution, die zwecks Einführung der 32-Stunden-Woche auf eine "Vereinbarung zwischen Sozialpartnern, Arbeitsämtern und Staat" abzielt. Bezahlt werden soll den Beschäftigten dabei der Lohn für 35 Wochenstunden, das bedeutet einen Lohnverlust von rund 10%. Für diese Resolution stimmten alle Parteien, ausgenommen die KP und der rechtsextreme Front National. Die KP fordert die 35-Stunden-Woche und die Bezahlung von 39 Wochenstunden; der Front National (der im Lyoner Regionalrat stark vertreten ist) lehnt jegliche Arbeitszeitverkürzung als "Nachteil für die französische Industrie" ab.

Der mit Spannung erwartete "Sozialgipfel" am 21. Dezember hat wenig Konkretes gebracht. Zehn Stunden lang tagten 41 RepräsentantInnen von Gewerkschaften, Unternehmen und Regierung. Am Ende der Veranstaltung zeigte sich Premierminister Juppé "mehr als zufrieden". Außer einer vagen Absichtserklärung, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, hatte er kaum etwas zu bieten. An der 0,5 prozentigen "Sondersteuer zum Abbau der Sozialschulden" will die Regierung ebenso festhalten wie an der Lohnsenkung im öffentlichen Dienst.

Die SprecherInnen der beteiligten Gewerkschaften bewerteten das Ergebnis des "Sozialgipfels" unterschiedlich. Nicht unzufrieden äußerte sich CFDT-Chefin Nicole Notat, die von der Einführung des bundesdeutschen Modells der "Sozialpartnerschaft" träumt. CGT-Vorsitzender Louis Viannet erklärte dagegen: "Der Berg hat gekreißt und eine Maus geboren." An der Fortsetzung der Gespräche wird Viannet dennoch teilnehmen.

Die Streikbewegung hat sich fürs erste erschöpft. Daß der Kampf weitergeht, ist eine Binsenweisheit - wann und mit welcher Breite und Entschlossenheit die ungelösten Konflikte ausgetragen werden, ist derzeit nicht vorauszusagen.

Bernhard Schmid/Paris

und Js./ak-Redaktion

11. Guatemala: Erstmals Opposition im Parlament. Linke Liste erreichte 9 Prozent bei Wahlen

Linke Liste erreichte 9% bei Wahlen

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:11

Nur hundert Tage nach ihrer Gründung heimste die linke "Demokratische Front Neues Guatemala" (FDNG) einen Überraschungserfolg ein. Bei den Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen, die im vergangenen November stattfanden, holte sie 9% der Stimmen. Mit sechs von 80 Sitzen verfügt die Linke erstmals seit 1954 wieder über eine Parlamentspräsenz. Um die Präsidentschaft kam es am 7.1.1996 zu einer Stichwahl. Der orthodox-neoliberale Nationalist Alvaro Arzú trat gegen den neoliberalen Populisten Alfonso Portillo an, der als Hampelmann des ehemaligen Militärdiktators Ríos Montt einzuschätzen ist.

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt Guatemalas findet seit den Wahlen vom 12.11.1995 und 7.1.1996 auch auf der politischen Ebene ihre Entsprechung. Die Konkurrenz zweier Neoliberaler um die Präsidentschaft scheint dieser These zu widersprechen. Sie deutet auf eine Uniformität und Alternativlosigkeit hin, die aber meiner Einschätzung nach nicht das Wesen der politischen Dynamik des Landes ausmacht. Vielmehr finden - von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet - Um- und Neugruppierungsprozesse statt, die sich der Form nach in einer relativen Fragmentierung der politischen Landschaft manifestieren. Die Realität, wie sie sich in den Wahlen ausdrückte, gleicht einem Mosaik. Vereinfachende Einschätzungen jedweder Art vermögen die Komplexität der labilen Kräfteverhältnisse nicht zu erfassen. Zwar bleiben "die" Großgrundbesitzer, "das" Militär und "die" rechtskonservativen und autoritären Parteien die maßgeblichen Kräfte des Landes. Die Anführungszeichen verweisen aber darauf, daß es innerhalb dieser Kräfte widerstreitende Tendenzen gibt. Derzeit verfügen die genannten Instanzen nicht über eine einheitliche Strategie und Taktik. Dies ist dem Umstand geschuldet, daß das Land nach 35 Jahren Guerillakrieg und politischer Dauerkrise an einem Scheideweg angelangt ist.

Scheideweg

Nach drei Jahrzehnten nahezu ununterbrochener Militärherrschaft hatten seit der Öffnung des Jahres 1985/86 Zivilisten die Verantwortung für die Politik des Landes inne. In enger Abstimmung mit dem Militär exekutierten die staatstragenden Mitte-Rechts-Parteien ein Übergangskonzept, das im wesentlichen auf Kontinuität fußte und vermied, einen Schlußstrich unter die staatsterroristische Vergangenheit zu ziehen. So trugen die gewählten Politiker unter anderem auch die Fortsetzung der Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen gegen die linke Guerillabewegung URNG mit. Die Christdemokratie (DCG) und die Zentrumsunion (UCN), die als staatstragende Opposition fungierten, scheiterten jedoch trotz kräftiger internationaler Unterstützung an der sozialen Dauermisere, die sie nicht einmal abzumildern vermochten. Sie brachten es auch nicht fertig, das Land zu befrieden. Statt dessen versanken diese Parteien, vor allem die einst dominante Christdemokratie, innerhalb weniger Jahre in einem Sumpf von Korruption.

Das Zusammenspiel von blockierter wirtschaftlicher Entwicklung, fortschreitender Korrumpierung des politischen Systems, verwaltungsmäßiger Inkompetenz sowie dem wieder aufflammenden bewaffneten Konflikt führte zu einer Art "negativen Synergieeffekt", für den die staatstragenden Parteien verantwortlich gemacht werden. Sie erhielten ihre Quittung an den Urnen, wurden abgestraft und schrumpften auf einen Bruchteil ihrer einstigen Bedeutung zusammen. Ihre Stelle nehmen jetzt die rechtskonservative "Partei des nationalen Fortschritts" (PAN) und die autoritär-populistische "Republikanische Front Guatemalas" (FRG) ein. Beide wurden erst 1990 gegründet. Sie konnten jedoch bislang keine ähnlich flächendeckende Präsenz und Kontrolle aufbauen, wie die in den Hintergrund gedrängte DCG und die UCN. Allein schon wegen anhaltender innerrechter Zwistigkeiten werden die parlamentarischen Instanzen weiterhin schwach bleiben.

Ein zweites, qualitativ neues Element wird die bisher exklusiv von konservativen, autoritär-populistischen und rechtsradikalen Parteien veranstalteten parlamentarischen Ränkespiele und Postenklüngeleien stören: das erfolgreiche Auftreten der linken FDNG sowie lokaler "Bürgerkomitees" (Comités Cívicos). Die sechs Parlamentsmandate sowie die Bürgermeisterämter in etwa zwei Dutzend Gemeinden, darunter drei Provinzhauptstädten, zeigen, daß die legale Linke und die Bürgerkomitees ein ernstzunehmender Faktor sind. Erstmals seit dem gewaltsamen Sturz der demokratischen Regierung Arbenz im Jahre 1954 gibt es innerhalb

des legalen politischen Rahmens wieder eine programmatische Alternative zu den dominierenden rechten Listen. Die Stärke dieser Alternative ist erstaunlich, wenn man die Kürze der Vorbereitungszeit in Rechnung stellt. Es sollte auch nicht außer acht gelassen werden, daß die personell stärksten und organisatorisch erfahrensten Organisationen der Linken, die in der URNG zusammengeschlossenen Guerillagruppen, weiterhin im Untergrund sind.

Saubere Wahlen?

Von den 3,75 Mio. Wahlberechtigten gaben am 12.11. 46,7% ihre Stimme ab. Davon waren 1,54 Mio. (41% der Wahlberechtigten) gültig. Diese Quote wurde von den verschiedensten Seiten - insbesondere vor dem Hintergrund der letztjährigen Rekordenthaltungen von 80% und 85% - als akzeptabel gewertet. Daß erneut mehr als die Hälfte der Berechtigten der Abstimmung fernblieb, zeigt aber einmal mehr, daß dem politischen System in seiner Gesamtheit weiterhin ein hohes Maß an Mißtrauen, Desinteresse und Indifferenz entgegengebracht wird.

Die 63 im Namen der Europäischen Union entsandten Beobachter verlautbarten in ihrem Kommuniqué, daß "die üblichen demokratischen Normen und Vorgehensweisen respektiert" worden seien. Die Stimmabgabe sei "im allgemeinen in ernsthafter, transparenter und freier Art und Weise" erfolgt. Die EU-Beobachter, die sich vom 7.-14. November im Land befanden, lobhudelten weiter, daß sie zwar "kleine Schwierigkeiten und punktuelle Irregularitäten" registrierten, diese jedoch die "Gültigkeit des Prozesses nicht beeinträchtigt" hätten. Die Stellungnahme von 206 unabhängigen internationalen Wahlbeobachtern, die offiziell akkreditiert waren, war wesentlich kritischer. Sie sprachen von einer "Unzahl von Irregularitäten" wie der Anwesenheit von Bewaffneten in Wahllokalen, Stimmenkauf, Angriffen auf Wahlhelfer und Wahlkampf im Abstimmungslokal.

In einigen Kommunen wurden von Anhängern rechter Parteien die ausgefüllten Stimmzettel verbrannt. Hinzu kommt, daß die Urnen in den Gemeindehauptorten aufgestellt waren und die Anreise mit dem Bus nicht gratis war wie sonst üblich und auch bei der jetzigen Stichwahl um die Präsidentschaft wieder praktiziert. Auf die schweren Mängel des Wahlregisters, das von vornherein 1,5-2 Mio. Wahlberechtigte von der Stimmabgabe ausschloß, wies diese Zeitung schon in der Vorberichterstattung hin (ak 383, S. 9). Vor allem die beiden letztgenannten Faktoren drückten die Beteiligung von Bevölkerungsschichten, die als mögliche Linkswähler gelten.

Als möglicherweise schwerwiegendster Vorfall ist ein technisch unerklärlicher Totalausfall der Stromversorgung in der Wahlnacht zu bewerten. Er hatte zur Folge, daß das Computerzentrum des Obersten Wahlrates ausfiel. Von verschiedenen Seiten wurde vermutet, daß dadurch bei der Datenübermittlung aus den einzelnen Landesteilen Manipulationen ermöglicht wurden. Daß es bei der Stimmabgabe zu Unregelmäßigkeiten kam, ist unstrittig. Die offene Frage ist, wie sehr dadurch das Endergebnis verzerrt wurde. Selbst wenn dadurch einige Parlamentsmandate hin- und hergeschoben wurden, wovon auszugehen ist, so scheint es mir dennoch sinnvoll anzunehmen, daß das offizielle Ergebnis die Stimmung im Lande im großen und ganzen widerspiegelt.

Die Sieger im

bürgerlichen Lager

Die "Partei des nationalen Fortschritts" (PAN) ging, wie erwartet, als erste über die Ziellinie. Sie erhielt jedoch mit 560.000 weitaus weniger Stimmen, als ihr nach den Wahlumfragen zugetraut worden waren. Ihr Präsidentschaftskandidat Alvaro Arzú überflügelte zwar mit 35,5% seine Konkurrenten, verfehlte aber dennoch sein Ziel, bereits im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit zu erringen. Bei den Parlamentswahlen holte die PAN mit 34,4% noch etwas weniger Stimmen, was jedoch aufgrund des Wahlsystems 43 Mandate und damit die absolute Mehrheit im Parlament (80 Sitze) bedeutet. Zudem stellt die PAN in etwa 90 von 300 Kommunen die Bürgermeister. Die orthodox-neoliberale Partei, die laut eigenen Angaben 26.000 Mitglieder hat, ist damit zur Zeit die stärkste Partei des Landes. Sie ist aber wesentlich schwächer verankert als Christdemokratie und Zentrumsunion (UCN), deren Klientel sie an sich ziehen konnte.

Es zeigte sich, daß die PAN im Kern immer noch eine Hauptstadtpartei ist. Hier ließ sie mit 54% die Konkurrenten weit hinter sich und holte 40% all ihrer Stimmen. Mit Ausnahme der um die Hauptstadt gelegenen Provinzen blieb die PAN in den meisten Departements mit weniger als 30% unter ihrem

Landesdurchschnitt. Im indianisch geprägten Hochland lag sie zum Teil deutlich unter ihrem Landesdurchschnitt. Die Wählerschaft sowie die Parteientwicklung der PAN weisen unverkennbar Parallelen zur mittlerweile von der Bildfläche verschwundenen Partei des Wahlsiegers von 1990, des nach seinem gescheiterten Präsidentenputsch abgehalfterten Ex-Präsidenten Serrano Elías, auf. Seine MAS schwamm Ende der 80er bis Anfang der 90er Jahre auf einer ähnlich beeindruckenden Erfolgswelle wie heute die PAN. Ebenso wie ihre Nachfolgerin verfügte auch sie weder über eine kohärente Programmatik noch über konsolidierte innere Strukturen.

So wie die MAS 1990 die zusammengewürfelte Präsidentenmacherpartei von Serrano Elías war, so ist dies 1995 die PAN für ihren Spitzenkandidaten Alvaro Arzú. Als sich die ersten größeren Widrigkeiten zeigten, begann die MAS abzubröckeln. Heute existiert sie nicht mehr. Ihre Mandatsträger kamen bei der bürgerlichen Konkurrenz unter. Die politische Substanz der PAN beschränkt sich neben ihren wirtschaftsliberalen Glaubenssätzen und dem Versprechen von "Sicherheit und Ordnung" auf einen handwerkelnden Pragmatismus. Ihr Wohl und Wehe hängt am Erfolg oder Mißerfolg ihres Gründers und Führers Alvaro Arzú.

Die "Republikanische Front Guatemalas" (FRG) des ehemaligen Militärdiktators Ríos Montt wurde mit gut 300.000 Stimmen die zweitstärkste Partei. Ihr Präsidentschaftskandidat, der erst wenige Monate vor der Wahl von der Christdemokratie übergewechselte Alfonso Portillo, erhielt 22% und trat in der Stichwahl gegen Alvaro Arzú an. Die Parlamentsliste des Ex-Generals Ríos Montt kam auf 20%. Sie stellt mit 21 Abgeordneten die größte Oppositionsfraktion und regiert außerdem etwa 40 Gemeinden. Die autoritär-populistische Partei hat bei Anhängern evangelikaler Sekten - ca. 30% der Gesamtbevölkerung gehören zu über 1.000 verschiedenen evangelikalen Kirchen - ihr Hauptwählerreservoir. Sie ist auch in den östlichen Provinzen sowie in einigen ehemaligen Konfliktzonen überdurchschnittlich stark vertreten. In der Hauptstadt liegt sie ebenso unterhalb ihres Landesdurchschnitts wie in den meisten Gebieten mit überwiegend indianischer Bevölkerung.

Die FRG, die mit 29.000 Mitgliedern etwas mehr eingeschriebene Anhänger als die PAN hat, ist ebenso wie ihre Konkurrentin auf ihren Gründer und Chef ausgerichtet. Im Unterschied zur PAN, die mit den anderen rechten Parteien keine Bündnisse schließen will, bemüht sich die FRG sehr um die Einbindung der anderen kleinen konservativen und rechtsradikalen Splittergruppen. Außerdem hat Ríos Montt seit 25 Jahren sehr enge Verbindungen in die Spitze der Christdemokratie, so daß er für die Stichwahl am 7.1. auf einen Teil ihrer Wählerschaft spekulieren dürfte. Die Kontakte in die Christdemokratie kamen ihm wiederholt zugute, zuletzt beim Zerfall der Parlamentsfraktion der Christdemokratie. Von deren ursprünglich 1994 gewählten 13 Mandatsträgern schlossen sich im Verlauf des Jahres 1994/95 acht der FRG-Fraktion Ríos Montts an.

Vergleicht man das Abschneiden der Partei des Ex-Militärdiktators mit ihrer Stärke von 1994/1995, so fällt zunächst auf, daß sie ihren Status als stärkste parlamentarische Kraft (32 Sitze in Wahlen gewonnen, acht Überläufer aus der Christdemokratie sowie einen aus der Zentrumsunion = 41 Sitze, d.h. absolute Mehrheit) verlor und an die zweite Stelle rutschte. Die Stärke von 1994/95 ist jedoch Sonderfaktoren zu verdanken. Neben den neun Überläufern, die ihre Mandate mitbrachten, hatte die Wahlenthaltung 1994 die erwähnte Rekordmarke von 79% erreicht. Da die Ríos-Montt-Partei ihre Klientel wesentlich besser mobilisieren kann als all ihre Konkurrenten, profitierte sie von der niedrigen Wahlbeteiligung besonders stark. Um eine realistische Einschätzung ihrer Stärke zu gewinnen ist es daher sinnvoller, die Zahl der absoluten Stimmen als Vergleichsmaßstab heranzuziehen. Betrachtet man dieses Kriterium, so fällt auf, daß sich die autoritäre Führerpartei in einem Prozeß stetigen Wachstums befindet, der sich auch bei den Wahlen vom November 1995 fortsetzte und im Januar 1996 vermutlich fortsetzen wird.

Die "Republikanische Front Guatemalas" (FRG) holte 1990, im Jahr ihrer Gründung, in Allianz mit zwei alten rechtsradikalen Splitterparteien ca. 150.000 Stimmen. Dann steigert sie sich 1994 auf etwa 200.000 Stimmen, um 1995 bei gut 300.000 Stimmen zu landen. Die Ríos-Montt-Leute profitieren von der weitverbreiteten Parteienverdrossenheit, ihren Law-and-Order-Parolen sowie ihrer Selbstinszenierung als unbestechliche Saubermänner.

Die FRG, deren wirtschaftspolitische Vorstellungen nahezu deckungsgleich mit denen ihrer bürgerlichen und rechtskonservativen Konkurrenten sind, ist dennoch qualitativ gefährlicher als jene. Immer wieder greift sie den Parlamentarismus von rechtsaußen her an. Sowohl die äußerst blutige Putschvergangenheit ihres Führers, dessen aktuelle Äußerungen als auch das tagtägliche Verhalten ihrer Parlamentarier nähren den Verdacht, daß sich die FRG im Konfliktfall über institutionelle Regeln hinwegsetzen würde und auch über die Leichen

jener zu gehen bereit wäre, die sich ihr in den Weg stellen. Daß Ríos Montt enge Kontakte zum Militär unterhält und dies insbesondere zu den Teilen, die auf einen Sieg gegen die Guerillabewegung setzen, vergrößert die Gefahr, die von der FRG ausgeht.

Die Verlierer im

bürgerlichen Lager

Die staatstragenden Mitte-Rechts-Parteien sind die großen Verlierer im bürgerlichen Lager. Die Christdemokratie (DCG), die Zentrumsunion (UCN) und die winzige Sozialdemokratische Partei (PSD) hatten sich zu einem wackeligen Zweckbündnis zusammengeschlossen, um wenigstens das Schlimmste zu verhüten. Trotz einiger kleiner Lichtblicke ist jedoch zu konstatieren, daß die von ihnen verkörperte und fast zehn Jahre lang dominante Mitte-Rechts-Strömung auf den Status von Kleinparteien und, im Falle der PSD, einer bedeutungslosen Sekte zusammengeschrumpft ist. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die PSD und ihr Umfeld von der Friedrich-Ebert-Stiftung zehn Jahre lang unterstützt wurden, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung die guatemaltekische Christdemokratie schon seit Ende der sechziger Jahre massiv mit Geld und Beratern sponsert und daß die UCN seit Jahren beste Verbindungen zur Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP unterhielt, so wird deutlich, daß dieser Niedergang auch das Scheitern eines nicht geringen Teils der politischen Arbeit der BRD-Parteistiftungen in Guatemala markiert.

Das Abschneiden der Allianz DCG/UCN/PSD kommt einem Absturz gleich. Ihr Präsidentschaftskandidat erhielt lediglich 13% der Stimmen und verfehlte damit sogar die Stichwahl. 1985 hatten UCN und Christdemokratie die Präsidentschaft unter sich ausgemacht. 1990 kam der UCN-Gründer wenigstens noch in die Stichwahl, in der er allerdings mit 31% klar unterlag. Bei den Parlamentswahlen mußte die Allianz ebenfalls starke Verluste hinnehmen. Da sie in einigen Provinzen getrennt und in anderen gemeinsam antrat, brachten die insgesamt erreichten 13% nur sieben Mandate ein. Da davon auszugehen ist, daß die Parlamentsfraktion der Allianz bald zerbrechen wird, rangieren ihre Einzelteile mit drei oder vier Abgeordneten an vierter Stelle, noch hinter der linken FDNG.

Um die Tiefe des Falls zu verdeutlichen, seien einige Vergleichswerte genannt: 1985 holten DCG und UZN bei den Parlamentswahlen zusammen über 900.000 Stimmen, 1990 waren es 600.000 und 1995 nur noch 200.000. In der Hauptstadt, ihrer einstigen Hochburg, stürzte die Christdemokratie von über 50% (1985) auf nunmehr lächerliche 3% ab. In einigen Hochlanddepartements mit mehrheitlich indianischer Bevölkerung konnte sie Reste ihres Einflusses sichern. Daß DCG und UZN noch über organisatorische Mindeststrukturen verfügen, zeigt sich daran, daß sie zusammen in etwa 60 Gemeinden, die über das ganze Land verstreut sind, die Bürgermeisterwahlen gewannen. Dieser zweite Platz bei den Kommunalwahlen ist erstaunlich, wenn man ihn mit der Schwäche bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vergleicht. Dennoch spielen die einst mitgliederstärksten und am besten organisierten Parteien des Landes nur noch eine randständige Rolle.

Neben den drei großen konservativen und autoritären Kräften holten zwei weitere rechte Parteien Mandate. Die populistische "Demokratische Union" bekam 4,5% und damit zwei Abgeordnete. Die alte Partei der Militärs, die mit den Todesschwadronen verflochtene "Nationale Befreiungsbewegung" (MLN), schaffte mit 3,4% und einem Sitz gerade noch den Sprung ins Parlament. Beide Parteien sind als mögliche Verbündete von Ríos Montt einzuschätzen.

Linke und Bürgerkomitees

Das gute Abschneiden der erst im vergangenen Juli neugegründeten linken Liste "Demokratische Front Neues Guatemala" (FDNG) war die eigentliche Überraschung der Wahlen. Entgegen allen demoskopischen Vorhersagen, bei denen sie mit 1% als bedeutungslose Kraft gehandelt wurde, erzielte sie bei den Präsidentschaftswahlen mit 7,7% (120.000 Stimmen) den vierten Platz. Dies konnte man nicht erwarten, da die Linke von den Massenmedien zuerst totgeschwiegen und später geschnitten wurde. Aufgrund fehlender Mittel hatte sie auch nicht die Kraft, einen wirksamen Massenwahlkampf zu betreiben. So waren beispielsweise selbst in Guatemala-Stadt kaum Plakate zu sehen. Flugblätter blieben Raritäten, die von Hand zu Hand weitergegeben wurden. Wie die Linke unter diesen Umständen in der Hauptstadt mit 11% drittstärkste Partei werden und die Christdemokratie weit hinter sich lassen konnte, ist mir ohnehin ein Rätsel.

Bei den Parlamentswahlen schnitt die FDNG mit 9,1% (ca. 140.000 Stimmen) und sechs Abgeordneten noch etwas besser ab. Ihre Hochburgen liegen im indianisch geprägten Hochland, wo sie in einigen Departements zwischen 16 und 18% bekam. Im traditionell antikommunistischen Osten des Landes blieb ihr Anteil bei bescheidenen 1-2%.

Ebenfalls erstaunlich ist, daß die FDNG, beziehungsweise mit ihr verbündete lokale Bürgerkomitees, in etwa zwei Dutzend Gemeinden die Bürgermeisterwahlen gewannen. Die meisten dieser roten Kommunen liegen ebenfalls im indianisch geprägten Hochland, in denen sowohl die sozialen Basisorganisationen als auch die Guerillabewegung traditionell stark sind. Mit den Departementshauptstädten Sololá (54%), Quiché (25%) und der zweitgrößten Stadt des Landes, Quetzaltenango (30%), regieren Bürgerkomitees erstmals auch bedeutendere Städte.

Trotz der signifikant guten Ergebnisse im Altiplano wäre es verfrüht, die linke FDNG als "die" Alternative für die indianische Bevölkerungsmehrheit hochzuloben. Denn erstens sind die Ergebnisse der FDNG im Hochland nicht flächendeckend gut und zweitens sollte nicht übersehen werden, daß die Mehrheit der Maya-Nachkommen ihr Kreuz erneut bei einer rechten Liste machte.

Für die FDNG wurden bekannte Persönlichkeiten aus sozialen Bewegungen ins Parlament gewählt, unter ihnen die Indígena-Führerin Rosalina Tuyúc, die Menschenrechtlerin Nineth Montenegro und der Gewerkschafter Byron Morales. Diese Leute haben jahrelange Erfahrung im Kampf gegen das repressive System Guatemalas gesammelt. Sie hatten maßgeblichen Anteil am Neuaufbau von legalen sozialen Bewegungen, nachdem 1978-1982/83 die gesamte offen arbeitende Opposition vernichtet worden war. Von ihnen darf man zu Recht erwarten, daß sie der FDNG den nötigen oppositionellen Biß verleihen, der im Parlament seit 40 Jahren fehlte.

Mit der FDNG verfügt die Linke über ein ausbaufähiges Instrument, mit dem sie nun auch vom Parlament aus Initiativen anschieben kann, um den Friedensvertrag zwischen Staat und Guerilla unter Dach und Fach zu bringen.

Al., Nürnberg (Dezember 1995)

12. Algerien: Präsident Zeroual im Amt bestätigt

Autor: Björn Aust · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:28

Planmäßig fanden am 16. November letzten Jahres die algerischen Präsidentschaftswahlen statt. Die unerwartet hohe Wahlbeteiligung und die klare Mehrheit für den amtierenden Präsidenten Zeroual sind jedoch kein Vertrauensbeweis für das Regime, sondern eher ein Ausdruck der weitverbreiteten Hoffnung auf eine Beendigung des Bürgerkriegs. Bisher wurde diese Hoffnung freilich enttäuscht.

Der von den Militärs abhängige Staatsrat hatte die Wahl zu einem Votum für Algeriens Stabilität und zu einem wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Demokratie und zur Beendigung des seit vier Jahren dauernden Bürgerkriegs hochstilisiert. Die wichtigsten Oppositionsparteien, allen voran die Islamische Heilsfront (FIS), zweifelten jedoch den Demokratiewillen des Staatsrats an. Die FIS, die frühere "Monopolpartei" FLN, die sozialistischen Parteien FFS und PT sowie die militante islamistische Bewegung GIA riefen zum Wahlboykott auf und forderten die (Militär)Regierung zu Verhandlungen auf. (vgl. ak 384)

In den Wochen vor der Präsidentschaftswahl kam es zu einer erneuten Attentatswelle - zum größten Teil verübt von der militanten GIA. Die Militärs antworteten mit ebenso brutaler Gewalt. Am Vortag der Wahl erneuerten VertreterInnen der FFS, der Arbeiterpartei PT und der FIS ihren Aufruf an die AlgerierInnen, die Wahlen zu boykottieren. Gleichzeitig sprachen sie sich jedoch für Verhandlungen aus und plädierten für Parlamentswahlen, an denen auch die FIS teilnehmen solle. Allein schon die Durchführung der Wahl gestaltete sich so zu einer Kraftprobe, denn die GIA - von der sich jedoch die übrige Opposition abgrenzte - hatte den AlgerierInnen "für jede Stimme eine Kugel" angedroht.

Die Wiederwahl Zerouals war auch nach den im Frühjahr '95 gescheiterten Verhandlungen (siehe ak 384) nahezu unbestritten. Der Ablehnung des Zeroual-Regimes durch die Bevölkerung wurde seit April mit vollmundigen Erklärungen in den Medien - die Armee stünde in ihrem Kampf gegen den Islamismus kurz vor dem Durchbruch - und verschärftem Terror begegnet. Denn die Wahlen sollten ein Zeichen der Stabilität Algeriens setzen und die Handlungsfähigkeit der Regierung demonstrieren. Die Hardliner im Militär jedenfalls setzen derzeit auf Kampf, da sie fürchten, nach einem Machtwechsel für ihre Rolle im Bürgerkrieg zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Schon der Urnengang der algerischen ImmigrantInnen in Frankreich bot eine Überraschung: Fast alle der 650.000 wahlberechtigten ImmigrantInnen hatten bis zum 14.11. ihre Stimme abgegeben. Während das Regime Zerouals diese hohe Wahlbeteiligung begrüßte und als positives Signal für den Wahlgang in Algerien selbst sah, verurteilten die Gegenkandidaten und VertreterInnen der Opposition Frankreichs repressive Politik. Frankreich hatte jegliche Wahlwerbung und Veranstaltungen der oppositionellen Kräfte untersagt. Auch die algerische Regierung behinderte den Wahlkampf der Opposition. So wurden den Gegenkandidaten Zerouals öffentliche Auftritte und Werbung in den Medien untersagt.

Unter massivem Aufgebot an Sicherheitskräften fanden am 16. November schließlich in Algerien selbst die Wahlen statt. Trotz der Terrordrohungen der GIA beteiligten sich ca. 75% der 14 Millionen Wahlberechtigten am Urnengang. Daß sich 61% der WählerInnen für Zeroual aussprachen, vollendete den Triumph der Militärregierung. Weit abgeschlagen plazierten sich die Gegenkandidaten. Der gemäßigte islamische Scheich Mahfoud Nahna erhielt 25%, Said Saada von der bürgerlichen RCD 10% und Noureddine Boukrouh von der Erneuerungspartei 4%. Die WahlbeobachterInnen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) räumten zwar geringere Unregelmäßigkeiten im Wahlprozeß ein. Sie widersprachen aber zugleich der FIS, die behauptete, die Beteiligung betrage lediglich 30%.

Somit kann sich Zeroual nun international als legitimierter Präsident Algeriens darstellen. Großspurig erklärte er, die WählerInnen hätten mit ihrer Wahl dem "Sieg der Souveränität des Volkes und der Demokratie" zum Triumph verholfen. Von der Demokratie jedoch ist Algerien noch weit entfernt. So bedeutet die Wahl Zerouals auch nicht, daß sich die AlgerierInnen mehrheitlich zu seiner Politik bekennen. Das Votum für Zeroual dürfte eher eine Absage an den Terror der GIA und anderer militanter islamistischer Kämpfer sein als eine Legitimierung des ebenfalls brutalen Regimes.

Sicherlich haben viele AlgerierInnen Zeroual gewählt, weil er im Falle einer Bestätigung einen Dialog mit der Opposition ankündigte und freie Parlamentswahlen in Aussicht stellte. Die Bilder und Berichte von jubelnden

Menschen in Algier nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses zeigten, wie hoch die Hoffnungen zumindest der städtischen Bevölkerung auf ein Ende des Bürgerkrieges waren. Sicherlich sind solche Bilder nur mit äußerster Vorsicht zu genießen, denn über die Stimmung der Landbevölkerung und der masirischen (berberischen) Minderheit, besonders in Regionen, in denen die Autorität des Regimes weniger groß ist, sagen die Freudenfeste in Algier nichts aus.

Leider geht der Bürgerkrieg auch zwei Monate nach der Wahl unvermindert weiter. Das Verhandlungsangebot der FIS an die Militärregierung, das in der islamistischen Opposition hart umstritten ist, blieb bislang unbeantwortet. Auch dies ist ein Indiz dafür, daß es dem Regime in Algier mehr um eine internationale Legitimierung seiner Politik ging (mit der Hoffnung auf (militärische) Unterstützung) als um eine tatsächliche Demokratisierung und eine Beilegung des Krieges.

Björn Aust

Quellen:

taz und FR (versch. Ausgaben), LeMonde diplomatique/taz/WOZ 13.10.95, Spiegel 47/95.

13. Istanbul: Antimilitaristische Zeitung konfisziert

Autor: Jörg Rohwedder · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:32

Am 14. Dezember 1995 wurde die Dezember-Ausgabe der Zeitung "Frieden gegen den Krieg" (Savasa Karsi Baris) beschlagnahmt. Von den produzierten 2.500 Exemplaren konnten nur 500 ausgeliefert werden. Der Rest wurde von der Polizei noch beim Drucker konfisziert. Der Herausgeber, Seyit Soydan, wurde wegen Verstoßes gegen den § 312 des türkischen Strafgesetzbuches vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul angeklagt. Ihm wird vorgeworfen, Haß und Rassismus unter das Volk gesät zu haben. Bei einer Verurteilung muß er mit einer Strafe zwischen drei und fünf Jahren Haft rechnen.

Die Anklage bezieht sich auf einen zweiseitigen Artikel, in dem Informationen der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch" (HRW) veröffentlicht wurden. Der Artikel beruht auf einem Bericht der HRW vom 21. November 1995 (Weapons Transfer and Violations of the Laws of War in Turkey) und informiert über die Waffenlieferungen aus der BRD, Frankreich, Holland, Italien, den USA und der Russischen Föderation in die Türkei.

So wird beschrieben, daß aus der BRD 46 Kampfflugzeuge vom Typ Phantom F-4F und 46 Phantom RF-4E sowie 300 BTR 60 Panzer und umfangreiche Munition aus Beständen der ehemaligen NVA geliefert wurden. Ausführlich wird auch die jahrzehntelange Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den USA geschildert. Beim türkischen Militär besonders begehrt sind die Helikopter vom Typ AH 1 W, besser bekannt unter dem Namen "Super Copra", die im Krieg gegen das kurdische Volk von besonderer Bedeutung sind.

Mit dem Artikel trifft die Zeitung einen empfindlichen Nerv des türkischen Staates. Es wird nachgewiesen, daß für die Aufrüstung enormen Summen des türkischen Staatshaushaltes ausgegeben werden, was bei anhaltender Inflation und Massenarbeitslosigkeit den Leuten nur schwer zu erklären ist.

Außer der Auflistung über Waffenlieferungen zitierte "Savasa Karsi Baris" Auszüge aus einem Bericht über Angriffe der türkischen Armee in der Provinz Tunceli im Oktober 1994. Damals wurden von sechzig Dörfern der Region Overcik über vierzig beschossen und zum Teil aus der Luft bombardiert. Die von Human-Rights-Watch befragten Zeugen bestätigen übereinstimmend, daß sich zu diesem Zeitpunkt keine PKK-KämpferInnen in dieser Region aufhielten. Sie bestätigen außerdem, daß die Soldaten Waffen und Panzer US-amerikanischen und deutschen Typs benutzten.

Die vorliegende Anklageschrift stützt sich im wesentlichen auf diese Passage und behauptet, damit sei Haß unter das Volk gesät worden. Die Aussagen zur PKK allein hätten schon ausgereicht, um den Herausgeber mit dem Vorwurf des "Separatismus" zu belegen. Es bleibt abzuwarten, ob es weitere Anklagen wegen eines Verstoßes gegen den § 312 gibt. Es könnte sich dann um einen Versuch handeln, den auf Druck des Europaparlamentes entschärften Verfassungsartikel zum Separatismus durch einen Strafrechts-Paragraphen zu ersetzen.

Neben dem Herausgeber wurde auch Human Rights Watch angeklagt, weil der Artikel mit dem Organisationsnamen unterschrieben ist. HRW will den bevorstehenden Prozeß politisch nutzen und weiter auf die internationalen Verstrickungen der Rüstungsproduzenten aufmerksam machen.

Die Zeitung "Savasa Karsi Baris" erscheint seit Dezember 1994. Entstanden aus einer kleinen antimilitaristischen Gruppe, hatte sich die Redaktion zur Aufgabe gemacht, gegen den Krieg in Kurdistan zu agitieren. Die Zeitung schaffte eine Öffentlichkeit für eine Diskussion um eine politische Lösung. Außerdem wurden immer wieder die Folgen des Krieges und die Strukturen des türkischen Militarismus offengelegt.

Zusätzlich zu dem Prozeß wegen der beschlagnahmten Dezember-Ausgabe hat die Staatsanwaltschaft auch wegen der Ausgabe Nr. 4/1995 am Staatssicherheitsgericht Anklage erhoben. Die Begründung dafür ist uns nicht bekannt, aber der damalige Herausgeber, Ömer Ücar, ist ebenfalls mit einer mehrjährigen Haftstrafe bedroht.

In den kommenden Monaten ist also mit verschiedenen Prozeßterminen zu rechnen. "Savasa Karsi Baris" bittet darum, bereits jetzt gegen die Beschlagnahme und die Kriminalisierung der Herausgeber beim Präsidenten Demirel in deutsch, englisch oder türkisch zu protestieren. Adresse: Cumhurbaskani Suleyman

Demirel, Cumhurbaskanligi Konutu Ankara, Türkiye, Fax: 0090-312-4180484. Solidaritätsschreiben sollen bitte an den Menschenrechtsverein Istanbul gefaxt werden: IHD Istanbul, Fax 0090-212-2513526.

Die DFG-VK und Savas Hizmetini Reddedenler Girisimi (eine Organisation türkischer und kurdischer Kriegsdienstverweigerer) bereiten eine internationale Prozeßbeobachtungsdelegation vor. Spenden für die weitere Solidaritätsarbeit: Konto Nr. 449755204 der DFG-VK Hamburg, BLZ 200 100 20, PGA Hamburg, Stichwort: Zeitung. Kontaktadresse: DFG-VK, Amandastr. 58, 20357 Hamburg, Tel. und Fax: (040) 432 2005.

Jörg Rohwedder

14. Alltäglicher Rassismus I

Autor: jes · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:17

Artikel 3, Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich". Alle? Nun, es sei denn, sie sind Ausländer. Wer mit offenen Augen durch dieses Land läuft, kann den alltäglichen Rassismus nicht übersehen, er herrscht in allen Lebensbereichen und zieht sich quer durch diese Gesellschaft. Natürlich macht er gerade auch vor der Justiz und dem Knast nicht halt. Auch und gerade hier gelten für Menschen, die keinen deutschen Paß in der Tasche haben, besondere, geschriebene aber auch ungeschriebene Gesetze.

Kemal A. ist Türke. Im Alter von fünf Jahren kam er zum ersten Mal in die BRD, ging kurz zurück und lebt seit 1974 ununterbrochen in Deutschland. Er beendete hier seine Schulbildung, arbeitete dann als Chemiearbeiter, Maschinenarbeiter, Lagerarbeiter und Gebäudereiniger. 1987 als 23jähriger kommt er mit Drogen in Berührung und wird drogenabhängig. Danach lebt er von Sozialhilfe, verdient sich selbst etwas Geld hinzu, schlägt sich mehr oder weniger durch. Es folgen zwei Geldstrafen wegen "unerlaubtem Erwerb von Betäubungsmitteln". Er hat früh geheiratet, zwei Kinder, 1990 jedoch wird die Ehe geschieden. Schließlich wird er verhaftet und 1992 wegen Raubes in Untersuchungshaft genommen, aus der er aber zunächst wieder entlassen wird. Im April 1994 verurteilt ihn das Landgericht Hamburg wegen "Raubes in einem minder schweren Fall" zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten. Er kommt in den Knast.

Bereits im Juni 1994 teilt ihm die Ausländerbehörde mit, es sei beabsichtigt, ihn abzuschieben, da er rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sei. In der Ausweisungsverfügung der Ausländerbehörde heißt es dann weiter: "Ihre Ausweisung wird außerdem aus generalpräventiven Gründen für erforderlich gehalten. Eine regelmäßige Ausweisung in bestimmten Fallgruppen, in denen es zu gewichtigen Verstößen gekommen ist, kann damit gerechtfertigt werden, daß diese Gesetzeshandhabung nach der Lebenserfahrung geeignet ist, andere Ausländer zur Vermeidung solcher Verstöße wegen des damit verbundenen Ausweisungsrisikos anzuhalten. Insbesondere darf unter Ausländern nicht der Eindruck entstehen, daß es möglich ist, in Deutschland einen Raub zu begehen, ohne nicht gleichzeitig mit ausländerrechtlichen Maßnahmen rechnen zu müssen."

Und: "In ihrem Fall war zu berücksichtigen, daß Sie gemäß § 48 Abs. 1 Nr. 2 AuslG besonderen Ausweisungsschutz genießen, weil Sie im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis sind und als Minderjähriger in das Bundesgebiet eingereist sind. (...) Zwar haben Sie sich durch Ihren langen Aufenthalt im Bundesgebiet in gewissem Maße in die hiesigen Lebensverhältnisse integriert, so daß eine Rückkehr in Ihr Heimatland mit Schwierigkeiten verbunden sein mag, doch können diese Schwierigkeiten nach Auffassung der Ausländerbehörde nicht so groß sein, daß eine Rückkehr in Ihr Heimatland unzumutbar wäre." Zynismus eines einzelnen Bürokraten? Nein, es handelt sich vielmehr um Textbausteine aus dem Computer der Ausländerbehörde, mit denen jeweils im Einzelfall die am Fließband gefertigten Ausweisungsverfügungen zusammengestellt werden. Und am Fließband werden sie wirklich gefertigt: wer als Ausländer im Knast landet, wird in der Regel abgeschoben. Seit 20 Jahren in der BRD? Verheiratet, Kinder, die hier leben? Grund für die Einknastung, Lebensumstände? All das ist uninteressant, für all das gibt es in der Ausländerbehörde den passenden Textbaustein.

Aber damit noch lange nicht genug: auch der Knast selbst hält für ausländische Gefangene manche Überraschung bereit. Zwar dürfen sie Sklavenarbeit verrichten, da gelten für sie die gleichen Pflichten wie für alle Gefangenen bei einem "Tagesverdienst" von durchschnittlich DM 8.-. Aber im Strafvollzugsgesetz vorgesehene Regelungen wie Ausgänge, Urlaub aus der Haft und anderes mehr kommt für sie nicht in Frage. Nicht "Resozialisierung", sondern Verwahrung pur ist angesagt, mehr noch als ohnehin schon im bundesdeutschen Knast. Denn vor dem Ausgang, vor dem Urlaub etwa zur in Hamburg lebenden Familie steht die Anfrage bei der Ausländerbehörde. Und diese teilt - oh Wunder - regelmäßig mit, daß sie beabsichtige, den Gefangenen X abzuschieben und deshalb Einwände gegen eine zeitweise Beurlaubung habe. Dafür ist nicht einmal ein Textbaustein notwendig, lediglich ein Kreuz auf einem vorgefertigten Formular. Und wozu führt dies? In der regelmäßigen Ablehnung seines Urlaubsantrages liest der ausländische Gefangene dann, er könne keinen Urlaub erhalten, da "Flucht- und Mißbrauchsgefahr bestehe". Das heißt, da er abgeschoben

werden soll, muß diese Abschiebung "gesichert" werden, muß sichergestellt werden, daß er sich dieser nicht entzieht.

Letztlich bestimmt also die Ausländerbehörde über den Vollzug - nicht offiziell, aber de facto. Der Grundgedanke des Strafvollzugsgesetzes hat für ausländische Gefangene keine Bedeutung, weder familiäre Bindungen noch Vorbereitung auf die Entlassung, weder Aufenthalt bei der hier lebenden Familie noch Minderung der Auswirkungen vom Knast. Da zählt letztlich nur eines: die Absicht und der Wille der Ausländerbehörde, dem sich alles unterzuordnen hat. Und unterordnet. Von den ca. 450 Gefangenen in "Santa Fu" sind etwa die Hälfte ausländische Gefangene. Wie kürzlich anläßlich einer Vollversammlung festgestellt wurde, erhält ein einziger von Ihnen "Vollzugslockerungen". Der Rassismus hat Methode. Seitdem sich die Gefangenen mit Hilfe der Insassenvertretung gegen derartige Praktiken wenden, beruft sich die Knastleitung auf die "Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz", in denen u.a. festgelegt ist, daß ausländische Gefangene, gegen die eine Ausweisungsverfügung besteht, "Für Vollzugslockerungen ungeeignet" seien. Diese Vorschriften sind bundeseinheitlich von den Justizverwaltungen verabschiedet worden, selbst namhafte Juristen halten Teile davon für rechtswidrig. Auf Druck der Insassenvertretung wurde die Knastleitung inzwischen im Strafvollzugsamt vorstellig und regte die "Überprüfung" dieser Vorschriften an, nun soll sie Vorschläge für eine Änderung ausarbeiten. Der neue Hamburger Justizsenator wird sich entscheiden müssen, ob derart rassistische Praktiken auch in Hamburg weiterhin gelten sollen - er könnte dies durch eine entsprechende Verfügung ändern, könnte sogar den Versuch unternehmen, seine Kollegen in anderen Bundesländern davon zu überzeugen, daß derartige Praktiken schleunigst abgeschafft gehören.

Der alltägliche Rassismus ist auch und gerade in Amtsstuben anzutreffen - es wäre kein schlechtes Zeichen, hier ein entsprechendes Zeichen zu setzen. Bei solcher Gelegenheit könnte die menschenrechtswidrige Abschiebehaft in Hamburg und die Allmacht der Ausländerbehörde gleich mit auf der Tagesordnung stehen. Wer Rassismus mit Worten verurteilt, ihn gleichzeitig praktiziert oder als politisch Verantwortlicher praktizieren läßt, muß sich mindestens einen Heuchler nennen lassen. Wer jede Zivilcourage vermissen läßt und statt dessen in seiner Amtsstube vorauseilenden Gehorsam praktiziert, darf sich nicht wundern, wenn er zumindest für einen seelenlosen Bürokraten gehalten wird. Von beiden gibt es in diesem unserem Lande leider mehr als reichlich. Aber wenn jeder in seiner Umgebung auf Anzeichen des alltäglichen Rassismus achten, diese anprangern, etwas dagegen tun würde, könnte es irgendwann geschehen, daß diese Spezies zu einer aussterbenden Art würde. Wie war das doch noch: es gibt viel zu tun - packen wir's an!

jes

Alltäglicher Rassismus II

Ein türkischer Gefangener in "Santa Fu" beantragt "Vollzugslockerungen", in einem persönlichen Gespräch mit dem zuständigen Abteilungsleiter erwähnt er, daß er trotz Ausweisung gern wieder in die BRD zurückkommen möchte, da seine Eltern seit langem hier leben und er in der Türkei kaum jemanden kennt. Daß solche "Informationen" weitergeleitet werden, gehört zum Knastalltag, genauso wie das fast vollständige Ablehnen von "Vollzugslockerungen" bei Ausländern. Bezeichnend für die Sichtweise des Abteilungsleiters - eines Mannes, der als Abteilungsleiter über den Vollzug wesentlich mitentscheidet - sind Äußerungen wie "Die Ausländer haben es doch hier viel besser als die deutschen Gefangenen". Aber ist er die Ausnahme im Knast?

Leider ist latenter Rassismus in den Köpfen der Beamten im Knast eher die Regel denn die Ausnahme, und dies gilt - zumindest in Hamburg - insbesondere für Schreibtischtäter, sprich Abteilungsleiter, Vollzugsleiter, Knastleiter, Aufsichtsbehörde, jene also, die für den Vollzug Verantwortung tragen. Im Vergleich zum "allgemeinen Vollzugsdienst" sind dort entsprechende Einstellungen viel häufiger anzutreffen. Die These, daß dumpfer Rassismus auch etwas mit "niedrigem Bildungsniveau" zu tun hat, stimmt mindestens hier nicht. Die Erfahrungen zeigen, daß in totalen Institutionen, wie auch Justiz und Knast sich derart Gedankengut eher von oben nach unten verbreitet. Oft verblendet mit intellektuellem Gehabe, manifestiert sich so jene Geisteshaltung, die Arbeitslose als faule Zeitgenossen, Gefangene als kriminelle Objekte und Ausländer unter diesen für besonders verachtenswert und ohne Rechte erachtet. Derart faschistoide Denkweisen fließen ein in Gesetze und Verordnungen, Verlautbarungen und die veröffentlichte Meinung und wirken so strukturell quer durch diese Gesellschaft. Um so mehr, als sie allzu oft gar nicht als das wahrgenommen werden, was sie sind, unterschwellig aber wirken.

Die ausländischen Gefangenen in "Santa Fu" (und anderswo) werden von den Verantwortlichen als rechtlose Objekte betrachtet. Seit nun mehr als zwei Jahren kämpfen sie um freie Religionsausübung (in "Santa Fu" sind mehr als 40% der Gefangenen Moslems), um ihr Recht auf freie Information (etwa durch die Möglichkeit des Empfangs von TV-Sendungen in ihrer Sprache) - und darum, als Menschen wahrgenommen zu werden. Sie müssen sich mehr oder weniger täglich herabwürdigen lassen, sich rassistische Sprüche anhören (entgegen anderslautenden Annahmen sind diese von anderen Gefangenen eher die Ausnahme), und wenn sie die deutsche Sprache nicht beherrschen, wird allzu oft über sie und ihr Schicksal entschieden, ohne daß sie dazu auch nur gehört worden sind. Knast ist zerstörerisch, greift die Gefangenen in ihrer Menschenwürde an, degradiert sie zu Objekten - für die ausländischen Gefangenen ist dies, mehr noch als ohnehin, die tägliche Erfahrung.

jes

15. Mit Schirm, Charme oder Blauhelm. Versuch einer Bestandsaufnahme der UNO-Einsätze

Autor: Kt. · Rubrik: UN - Vereinigte Nationen; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:21

"Die Nachfrage nach einer Beteiligung der Vereinten Nationen (UN) bei der Lösung regionaler Konflikte ist dramatisch angestiegen. Von 1945, dem Gründungsjahr der UN, bis Anfang 1988 gab es lediglich 13 Peacekeeping-Einsätze. In den nur vier Jahren danach dagegen wurden 14 weitere beschlossen. Den Eintritt in eine nach Größenordnung und Aufgabenstellung neue Ära markieren insbesondere UNTAC in Kambodscha, UNPROFOR im ehemaligen Jugoslawien und die im Dezember 1992 angelaufene ‚Operation Restore Hope` in Somalia (...). Mehr als 80.000 Soldaten und Zivilisten waren zeitweise allein an diesen drei Operationen beteiligt. Das übersteigt um ein Mehrfaches den Personalbestand aller Blauhelme und Blaumützen von Anfang 1992. Zu diesem Zeitpunkt lag er bei ca. 11.500 Mann. Im Laufe des Jahres 1993 wird die Zahl des bei UNO-Friedenseinsätzen tätigen Personals möglicherweise die 100.000-Marke überschreiten. Denn weitere Einsätze stehen bevor. Diese Zahlen zeigen vor allem eines: Friedenssicherung unter dem Dach der UN verspricht in der Ära nach dem Ost-West-Konflikt zu einem wichtigen Aufgabengebiet von Soldaten zu werden."

So stellte sich 1993 einem Autor die Lage dar, die er als Befürworter eines "robusten Peacekeeping" - zu deutsch: Kampfeinsätze auch gegen den Willen von Konfliktparteien - zufrieden registrierte. (Beitrag von Winrich Kühne in Volker Matthies, Hrg., Frieden durch Einmischung, Bonn 1993)

Als Momentaufnahme in jenem noch gar nicht so weit zurückliegenden Jahr 1993 war die Beschreibung auf den ersten Blick zutreffend, und die daran angehängte Prognose eines weiteren Wachstums konnte schlüssig erscheinen. Allerdings wies der Verfasser gleich selbst darauf hin, daß die UNO schon in der Gefahr stehe, "unter der Last der Befriedung ethno-sozialer und ähnlicher Konflikte zusammenzubrechen". Angesichts einer Vielzahl von Konflikten könne die UNO "nur in ausgewählten Fällen effektiv tätig werden". Die Kriterien dieser Auswahl seien nicht geklärt und seien auch gar nicht so einfach zu entwickeln.

Verantwortlich für dieses Dilemma der UNO machte der Autor "die Halbherzigkeit, mit der sich die Mehrheit der Staaten hinter die Aufgaben der Organisation stellt". In erster Linie ging es ihm mit diesem Vorwurf um die Forderung nach einem "tatkräftigen Mitanfassen" Deutschlands und Japans bei UNO-Einsätzen. Von Einwänden wegen der Vergangenheit brauche man sich heute nicht mehr beeindrucken zu lassen. Nun ja.

Nicht wegen seiner Schlußfolgerungen, sondern wegen der Momentaufnahme von 1993 habe ich das Zitat von Winrich Kühne an den Anfang meiner Überlegungen gestellt, um den Unterschied zur gegenwärtigen Lage zu verdeutlichen. Inzwischen hat die UNO, als Reaktion auf die zeitweise Überstrapazierung ihrer Möglichkeiten, den Umfang ihrer Einsätze erheblich reduziert. Von den erwähnten Groß-Missionen endete UNTAC (Kambodscha) im November 1993, UNOSOM (Somalia) Anfang März 1995 (nachdem USA, BRD und andere westliche Staaten ihre Kontingente schon ein Jahr vorher zurückgezogen hatten), und UNPROFOR (Bosnien-Hercegovina) wird seit Ende 1995 durch eine internationale Truppe unter Führung der USA ersetzt. Neue UNO-Einsätze in annähernd vergleichbarem Umfang sind in den letzten Jahren nicht begonnen worden.

Wesentliche Gründe für diese Entwicklung sind die desolate Finanzlage der Weltorganisation und die Schwierigkeit, Regierungen zur Abgabe militärischer Einheiten zu gewinnen - vor allem selbstverständlich, wenn es um problematische Konfliktgebiete geht. Also beispielsweise solche, in denen das UNO-Personal starken Gefährdungen ausgesetzt sein könnte. Außerdem schlägt die Finanzlage auch auf die Bereitschaft der Mitgliedstaaten zum Engagement zurück: Zwar trägt im Prinzip die UNO die Kosten für die nationalen Kontingente, aber es kann unter Umständen recht lange dauern, bis diese Schulden beglichen werden, da die UNO ihrerseits hohe Außenstände hat. Das bedeutet: Ein Staat, der der UNO Soldaten zur Verfügung stellt, muß damit rechnen, ihren Einsatz erst einmal selbst vorzufinanzieren. Vor allem auf relativ finanzschwache Staaten - einige von ihnen gehören traditionell zu den größten Lieferanten von UNO-Soldaten - wirkt das abschreckend.

Was heute läuft: 16 UNO-Missionen

Nach einer UNO-Übersicht unterhielt die Weltorganisation Ende Juli 1995 sechzehn Missionen. Geordnet nach dem Zeitpunkt des Mandats-Beginns (d.h. der Beschlußfassung des Sicherheitsrats, die dem realen Stationierungsbeginn immer ein paar Wochen oder sogar Monate vorangeht) sieht diese Liste so aus:

Seit Juni 1948: UNTSO. Eingesetzt nach dem ersten israelisch-arabischen Krieg zur Überwachung des Waffenstillstands. Heute praktisch funktionslos.

Seit Januar 1949: UNMOGIP. Soll den Waffenstillstand zwischen Indien und Pakistan im umstrittenen Gebiet von Jammu und Kaschmir überwachen. Eine kleine Beobachtermission, die nie mehr als 100 Personen umfaßte.

Seit März 1964: UNFICYP. Soll militärische Konfrontationen zwischen Griechen und Türken auf Zypern verhindern. Bestand 1993 noch aus etwa 1500 Mann und kostete pro Jahr 50 Millionen Dollar. Seit die Türkei 1974 über 30.000 Soldaten im Nordteil der Insel stationierte, ist die Lage zwischen beiden Volksgruppen ohnehin stabil.

Seit Juni 1974: UNDOF. Soll den Waffenstillstand auf den Golan-Höhen zwischen Israel und Syrien überwachen. Praktisch vermutlich seit vielen Jahren überflüssig, da beide Staaten keinen neuen Krieg gegeneinander beabsichtigen.

Seit März 1978: UNIFIL. War eingerichtet worden, um den Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon nach ihrem Einmarsch 1978 zu überwachen. Stellte für die neuerliche israelische Invasion 1982 nicht das geringste Hindernis dar und soll seither wieder eine Pufferzone zwischen beiden Staaten überwachen.

Seit April 1991: UNIKOM. Soll nach dem Golfkrieg die entmilitarisierte Zone zwischen Irak und Kuwait kontrollieren. (Ebenfalls in diesem Zusammenhang tätig ist vermutlich immer noch die UNSCOM, die UNO-Sonderkommission zur Überwachung der Abrüstung des Irak.)

Seit September 1991: MINURSO. Sollte eigentlich dafür sorgen, daß in der von marokkanischen Streitkräften besetzten, ehemaligen spanischen Kolonie Westsahara ein bereits vereinbartes Referendum über die Zukunft dieses Gebietes stattfindet, außerdem bei der Vorbereitung des Abstimmungsvorgangs helfen und diesen schließlich auch überwachen. Daß Marokko auf diesen Bevölkerungsentscheid keine Lust hat und ihn bisher nicht stattfinden ließ, wird in regelmäßigen Abständen mit Protestresolutionen des UNO-Sicherheitsrates quittiert. Durchsetzungsversuche (beispielsweise Sanktionen) wurden bisher nicht unternommen.

Seit Februar 1992: UNPROFOR. Anfangs gebildet zur Überwachung des Waffenstillstands zwischen der kroatischen Regierung und den Serben der Krajina und Slawoniens. Später ausgedehnt auf Bosnien-Hercegovina und Makedonien. Seit einer 1995 vorgenommenen Umstrukturierung wurden nur noch die UNO-Truppen in Bosnien-Hercegovina mit diesem Namen bezeichnet. Mit der Stationierung einer internationalen Truppe unter Führung der USA seit Ende 1995 ist ihr Mandat erloschen.

Seit September 1993: UNMIH. Sollte eigentlich die Machtübergabe der Militärjunta Haitis an den früheren Präsidenten Aristide und die "Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen" überwachen. Als sich die Militärs sperrten, intervenierten die USA mit Ermächtigung des UNO-Sicherheitsrats direkt und erzwangen den Rücktritt der Junta (September-Oktober 1994). UNMIH löste die Truppen aus USA und einigen lateinamerikanischen Staaten erst im Frühjahr 1995 ab; die USA stellten auch weiterhin das stärkste Kontingent der insgesamt rund 6000 Blauhelme. Planmäßig soll das Mandat von UNMIH im Februar dieses Jahres enden.

Seit September 1993: UNOMIL. Sollte eigentlich irgendwie zur Beendigung des mindestens seit 1990 ausgetragenen Bürgerkriegs in Liberia beitragen. Spielte aber mit ihren anfangs 300 Militärbeobachtern und 200 zivilen Mitgliedern zu keinem Zeitpunkt eine nennenswerte Rolle. Mehrere Staaten Westafrikas, angeführt von Nigeria, haben seit 1990 eine ECOMOG genannte Friedenstruppe von zeitweise annähernd 20.000 Mann in Liberia stationiert, die sich durch ein extrem parteiliches, militärisch aggressives Agieren auszeichnete.

Seit August 1993: UNOMIG. Eine kleine Beobachter-Mission (anfangs 137 Personen, heute vermutlich weniger), die den tatsächlich stabilen Waffenstillstand zwischen Georgien und seiner abgespaltenen Provinz Abchasien überwachen soll. Die Bundeswehr ist mit zehn Personen, darunter sechs Sanitätern, beteiligt. Tatsächlich garantiert wird der Status quo von einer überwiegend aus russischen Soldaten bestehenden,

anfangs 2500-3000 Mann starken Friedenstruppe der GUS. Es handelte sich um das erste UNO-Mandat auf dem Gebiet der früheren UdSSR. Hier wie in Tadjikistan (und im armenisch-aserbaidschanischen Konflikt) akzeptiert die UNO eindeutig die führende Rolle Rußlands in seinem traditionellen Machtbereich und beschränkt sich auf begleitende Aufgaben.

Seit Oktober 1993: UNAMIR. Sollte in Ruanda eigentlich den zwischen den ethnischen Gruppen der Hutu und Tutsi vereinbarten Übergangsprozeß bis zu Wahlen 1995 überwachend begleiten. Geriet mitten hinein in die heftige Eskalation des Bürgerkriegs seit April 1994, stand den Massakern vor allem an der Tutsi-Minderheit völlig hilflos gegenüber. Als sich als Gegenreaktion der Vormarsch und militärische Sieg der von Tutsi dominierten RPF abzeichnete und Hunderttausende von Hutu nach Zaire flüchteten, intervenierte Frankreich im Alleingang (Juni-August 1994), aber mit dem Segen des UNO-Sicherheitsrates, faktisch zugunsten ihrer traditionellen Verbündeten unter den Hutu. Die zeitweise von 2500 auf annähernd 5600 Mann verstärkte UNAMIR wurde seit Juni 1995 erheblich abgebaut.

Seit Dezember 1994: UNMOT. Bestand im Mai 1995 aus 69 Militärbeobachtern und Zivilpersonen. Sie soll den im September 1994 geschlossenen und seither weitgehend stabilen Waffenstillstand zwischen der Regierung der früheren Sowjetrepublik Tadjikistan und der bewaffneten, von Kräften in Afghanistan unterstützten, Opposition überwachen helfen. Führend ist auch in diesem Fall Rußland, das den größten Teil einer rund 25.000 Mann starken GUS-Friedenstruppe an der tadjikisch-afghanischen Grenze stellt. (Außerdem beteiligt sind Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan).

Seit 1995: UNCRO. Ergab sich aus der 1995 vorgenommenen organisatorischen Aufteilung und Neubenennung des alten UNPROFOR-Mandats im früheren Jugoslawien. Als UNCRO wird nun der auf dem Territorium Kroatiens stationierte Teil der UNO-Truppen bezeichnet. Mit der "Rückeroberung" Westslavoniens und der Krajina reduziert sich ihre Aufgabe auf Ostslavonien.

Seit 1995: UNPREDEP. Das ist vom alten UNPROFOR-Mandat jener Teil, der sich mit der präventiven Friedenssicherung in Makedonien beschäftigt. Es war das erste Mal, daß die UNO eine Beobachtergruppe präventiv in einem möglichen Krisengebiet einsetzte.

Seit Februar 1995: UNAVEM III. Besteht aus bis zu 7000 Soldaten, sowie mindestens 350 Militärbeobachtern und 260 Polizisten. Aufgabe der Mission ist die Überwachung und Unterstützung des seit dem Friedensabkommen von Lusaka (November 1994) anscheinend erfolgreich verlaufenden Versöhnungsprozesses zwischen den Bürgerkriegsparteien MPLA und UNITA in Angola. UNAVEM, also die Friedenstruppe in Angola, besteht bereits seit 1989, doch hat die UNO die inkonsequent angewandte Gewohnheit, Mandate bei einer Neudefinition ihres Inhalts gelegentlich auch mit einer neuen römischen Ziffer auszustatten.

Auch die UNO braucht mal Pause

Bei der folgenden Berechnung behandle ich UNAVEM III als identisch mit der ursprünglichen UNAVEM-Mission, so daß 1989 als Gründungsjahr anzusehen ist. UNCRO und UNPREDEP sind Bestandteile des früheren UNPROFOR-Mandats, haben also in Wirklichkeit schon 1992 begonnen und nicht erst mit der 1995 vorgenommenen Umbenennung.

Dies vorausgesetzt, setzen sich die 16 im Juli 1995 laufenden Missionen der UNO zeitlich so zusammen: Fünf stammen aus der Zeit vor 1980; drei davon stehen in Zusammenhang mit dem israelisch-arabischen Konflikt. Aus den achtziger Jahren ist nur noch die Friedenstruppe in Angola aktiv. Zehn der Missionen wurden in den fünf Jahren 1991-1995 begonnen. Nur eine einzige davon jedoch in den letzten beiden Jahren 1994-95, und das ist die kleine, ebenso wenig riskante wie anspruchsvolle Beobachtermission in Tadjikistan, wo die UNO als Juniorpartner Rußlands und der GUS fungiert. Offensichtlich ist auf den "Boom" von 1991-93 eine Phase größerer Zurückhaltung bei der Übernahme neuer Aufgaben gefolgt.

Von den zehn Mandaten ist eines, nämlich UNPROFOR für Bosnien-Hercegovina, inzwischen erloschen. Keiner der noch verbleibenden neun UNO-Einsätze, die in den neunziger Jahren begannen, beinhaltet einen Kampfauftrag oder kommt auch nur in die Nähe eines solchen. In drei Fällen (Georgien, Tadjikistan und Liberia) läuft die UNO nur neben weitaus bedeutenderen Friedenstruppen anderer Kräfte mit. Der Einsatz in Haiti kann wohl im wesentlichen als abgeschlossen betrachtet werden, während das Mandat in der

Westsahara im Grunde genommen bisher gar nicht ausgeübt wird. Der Schwerpunkt aller neun derzeit noch aktiven Missionen liegt eindeutig auf Beobachtungsaufgaben, Vermittlungstätigkeit, Unterstützung von Aufbauprozessen (vor allem in Angola), also in zivilen oder allenfalls polizeilichen Tätigkeiten.

Mehr oder weniger erfolgreich abgeschlossen

Betrachten wir nun zur Vervollständigung des Bildes die UNO-Einsätze, die in den neunziger Jahren beendet wurden:

1990: UNTAG. Die im März 1989 eingerichtete Mission hatte die Übergabe der Macht in Namibia und die Durchführung der ersten freien Wahlen zu überwachen und teilweise selbst zu organisieren. Zu ihren Aufgaben gehörte auch aktive Mithilfe beim Aufbau eigener Polizeikräfte. Es war der erste Einsatz, bei dem die UNO in großem Umfang personelle "Entwicklungshilfe" beim Aufbau eines Staatsapparates leistete. UNTAG umfaßte bis zu 4600 Soldaten, 1500 Polizisten und 2000 zivile Beobachter.

1991: UNIIMOG. Gebildet 1988 nach dem iranisch-irakischen Krieg zur Überwachung des Waffenstillstands; bestand maximal aus 400 Militärbeobachtern.

1992: ONUCA. Begonnen im November 1989. Ihre Aufgabe bestand darin, die Ablösung der sandinistischen Regierung in Nikaragua und die Entwaffnung der Contras zu überwachen und zu unterstützen. Die Höchststärke der ONUCA lag im April 1990 bei rund 1200 Personen, darunter eine nur kurzfristig stationierte Einheit von 700 Mann aus Venezuela.

1993: UNTAC. Diese bis dahin größte und teuerste Mission der UNO, begonnen im März 1992, sollte den politischen Versöhnungsprozeß zwischen den Bürgerkriegsparteien in Kambodscha fördern, personelle Hilfe bei der Rekonstruktion zentralstaatlicher Strukturen leisten sowie Wahlen organisieren und überwachen. Ihr gehörten zeitweise bis zu 22.000 Personen an. Der Einsatz endete streng nach Plan und absolut pünktlich im November 1993, nachdem Wahlen stattgefunden hatten und eine neue Verfassung verkündet worden war. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings der Bürgerkrieg immer noch oder schon wieder voll in Gang, da die "Roten Khmer" sich dem ganzen Friedensprozeß einfach entzogen, die von ihnen kontrollierten Gebiete für die UNTAC gesperrt und die Wahlen boykottiert hatten.

1994: UNASOG. Diese Beobachtergruppe war nur kurzfristig (April-Ende Mai 1994) im Einsatz, um den Rückzug der libyschen Truppen aus dem von ihnen seit vielen Jahren besetzten Aouzou-Streifen zu überwachen. Zuvor hatte der Internationale Gerichtshof in Den Haag das umstrittene Gebiet dem Tschad zugesprochen.

1994: ONUMOZ. Gebildet im Dezember 1992, um den Waffenstillstand zwischen den Bürgerkriegsparteien in Mosambik, die Entwaffnung der Regierungs- und der Rebellenkräfte und freie Wahlen zu überwachen, teilweise auch selbst zu organisieren. Bestand aus 7000-8000 Soldaten und Zivilpersonen. Das Mandat endete im Dezember 1994, nachdem Ende Oktober die vereinbarten Wahlen stattgefunden und mit einem großen Sieg der Regierungspartei FRELIMO geendet hatten.

1995: ONUSAL. War im Januar 1992 gebildet worden, um die Waffenruhe zwischen Regierung und Guerilla in El Salvador sowie die Durchführung vereinbarter Reformen zu überwachen und zu unterstützen. Bestand aus etwa 1.000 Polizei- und Militärbeobachtern.

- 1995: UNOSOM. Der Einsatz dieser Truppe in Somalia, begonnen im September 1992, wurde zum wohl größten und sicher teuersten Fiasko in der Geschichte der UNO. UNOSOM umfaßte maximal 20.000 Soldaten, 8000 Personen logistischer Einheiten und 2800 Zivilisten. Anfangs damit beauftragt, Hilfslieferungen an die hungernde Bevölkerung zu sichern und teilweise selbst durchzuführen, unternahm UNOSOM später den vergeblichen Versuch, die konkurrierenden Milizen zu entwaffnen. Die Hauptverantwortlichen für dieses Unternehmen, die USA, zogen bereits bis März 1994 ihre Soldaten aus Somalia zurück.

1995: Erledigung des UNPROFOR-Mandats für Bosnien-Hercegovina.

Der Mix macht's

Insgesamt wurden in den neunziger Jahren 16 UNO-Einsätze begonnen, aber auch neun beendet. In den beiden letzten Jahren 1994-95 endeten fünf Mandate, während nur eines, die Beobachtermission in

Tadjikistan, neu aufgenommen wurde. Von mehreren Schauplätzen zog sich die UNO zurück, obwohl eine definitive Beendigung und Lösung der Konfliktsituation durchaus noch nicht gegeben war, geschweige denn eine Stabilisierung und Normalisierung der Verhältnisse. Das gilt vor allem für Somalia, wo die UNO-Friedenstruppen die schnelle Flucht aus einem teilweise selbst mitverursachten Desaster antraten, sowie für Kambodscha und Mosambik.

Auf der anderen Seite schleppt die UNO mit großer Treue und Zähigkeit immer noch ein paar Uralt-Mandate mit, die kaum eine praktische Funktion haben, weil die zugehörigen Konflikte schon lange nicht mehr mit militärischen Mitteln ausgetragen werden. Gemessen an Zielen wie Friedensbewahrung, Konfliktlösung und Hilfe für Menschen in Kriegs- und Krisengebieten ist das ein evidenter Widerspruch. Andererseits ist es vom Standpunkt der UNO aus völlig logisch, daß sie Schauplätze bevorzugt, an denen es garantiert wenig zu tun gibt, wo keine unüberschaubaren Entwicklungen drohen und wo sich letzten Ende auch die Kosten in einigermaßen handlichen Größenordnungen halten.

Zumindest muß aus Sicht der UNO immer ein vernünftiger Mix bestehen aus einem Sockel von Mandaten, die hinreichend sicher das erfolgreiche Wirken der Weltorganisation ausdrücken, und vielleicht einigen wenigen riskanteren, aufwendigeren Projekten. Daher ist es eine natürliche Entwicklung, daß die UNO nach der Überhäufung mit schwierigen und in jeder Hinsicht teuren Einsätzen vor allem im Zeitraum 1991-1994 in den letzten Jahren bei der Übernahme neuer Aufträge sehr zurückhaltend agiert hat.

Das muß man nicht unbedingt als Beginn eines längerfristigen Trends betrachten: Es könnte sich auch lediglich um eine unvermeidliche Pause angesichts einer ungeklärten Finanzlage und einer Ermüdung aller Mitgliedstaaten handeln. Jedenfalls, gerade für hochgefährliche, außer Kontrolle geratene Konflikte wie etwa in Liberia und Ruanda konnte UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali in den letzten Jahren kaum noch Staaten finden, die zur Stellung von Truppenkontingenten bereit waren.

Es wird daher von der UNO und ihren führenden Mitgliedstaaten offenbar nicht ungern gesehen, wenn Staatengruppen mit eigenen Mitteln und auf eigene Kosten, wenn auch möglichst in Koordination mit der UNO, das militärische Peacekeeping in Krisen- und Kriegsgebieten übernehmen. In diesen Zusammenhang gehören die westafrikanische ECOMOG in Liberia - auch wenn deren konkretes Agieren auf viel Kritik stieß -, die GUS-Friedenstruppen in mehreren Gebieten der ehemaligen UdSSR, und letzten Endes auch der Einsatz der NATO in Bosnien-Hercegovina.

Ebenfalls in diesem Zusammenhang sind vom UNO-Sicherheitsrat unterstützte und autorisierte, wenn auch zeitlich befristete, militärische Alleingänge von Großmächten zu sehen. So die US-amerikanische Aktion "Restore Hope" 1992, die das Engagement der UNO in Somalia erst richtig auf den Weg brachte; der Einsatz US-amerikanischer Truppen in Haiti 1994, der in eine UNO-Mission umgewandelt wurde, nachdem die USA mit der militärischen Keule die Junta zum Rücktritt gezwungen und deren Kräfte entwaffnet hatten; die französische Militärintervention in Ruanda im Sommer 1994.

Bleiben wir bei diesem Beispiel: Frankreichs Ziel bestand offensichtlich in erster Linie darin, ihre traditionellen Hutu-Verbündeten nach deren militärischer Niederlage vor dem Schlimmsten zu bewahren und für den frankophonen Teil Afrikas ein Zeichen zu setzen, daß Paris alte Kumpane nicht einfach in der Katastrophe in Stich läßt. Nicht nur die von Tutsi dominierte Bürgerkriegspartei RPF, sondern auch die Organisation Afrikanischer Staaten OAU wandten sich gegen die französische Interventionsabsicht. Dennoch legitimierte der UNO-Sicherheitsrat im voraus das militärische Eingreifen Frankreichs (bei Enthaltung Chinas, Brasiliens, Pakistans, Neuseeland und Nigerias, aber mit Zustimmung Rußlands). Am Ende war es die Regierung in Paris, die darauf bestand, ihre Truppen planmäßig nach nur zwei Monaten abzuziehen, während etliche Staaten und vermutlich auch der UNO-Sicherheitsrat lieber eine zeitliche Verlängerung des Einsatzes gesehen hätten.

Weltpolizist - ein Traumjob?

Die Entschiedenheit, mit der sich die USA in einigen Konfliktgebieten zum militärischen Einsatz vordrängten, konnte das Mißverständnis nähren, hier begebe sich eine Großmacht in die Rolle des Weltpolizisten. Das ist nur bedingt richtig, weil grundsätzlich das militärische Agieren der USA ähnlichen Bedingungen unterliegt wie das der UNO. Soll heißen: Auch die USA wollen und können sich nicht permanent in mehreren brisanten Konfliktgebieten engagieren. Gerade die konservativsten Sektoren der US-Gesellschaften agitieren mit

Argumenten der Kosten und der Sicherheit amerikanischer Soldaten am stärksten gegen die Beteiligung der USA an Peacekeeping- oder Peace-Enforcement-Operationen.

Ende September 1993 kündigte Präsident Clinton an, daß für die Beteiligung der USA an internationalen Friedensmissionen künftig restriktivere Kriterien gelten würden. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich bereits ab, daß die US-Regierung mit ihrem forschen Vorhaben, in Somalia die Entwaffnung der Bürgerkriegsparteien militärisch zu erzwingen, in eine Sackgasse geraten war.

Als Voraussetzungen für künftige Einsätze nannte Clinton u.a.: Es müsse für die Operationen einen eindeutigen, festgelegten Zeitplan und eine klare politische Strategie geben. Die Kosten müßten im voraus kalkuliert werden können. Das Kommando über die Truppen und ihre Einsätze müßte eindeutig festgelegt werden. Diese Aussage bedeutet vermutlich, wie auch die Praxis beweist, daß die USA keine Truppen für UNO-Missionen zur Verfügung stellen mögen, über die sie nicht auch selbst das Oberkommando haben.

Wenige Tage nach der Ankündigung Clintons äußerten sich die Außenminister der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder (USA, Frankreich, Großbritannien, Rußland und China) in einer gemeinsamen Erklärung weitgehend im gleichen Sinn: Nur nach einer gründlichen Prüfung aller Voraussetzungen solle die UNO künftig neue Verpflichtungen zum Peacekeeping eingehen. Zuvor müßten genau die Grundlagen eines Einsatzes, seine Ziele, die Zahl der erforderlichen und der zur Verfügung stehenden Soldaten, die Verfügbarkeit von Mitteln und die voraussichtliche Dauer eines Engagements genau untersucht werden. Auch die mögliche Gefährdung des UNO-Personals müsse in die Überlegungen einbezogen werden.

Naturgemäß läßt sich gerade für jene Konflikte, die sich für die betroffene Bevölkerung am schlimmsten auswirken, die sich jahre- oder jahrzehntelang hinziehen und Länder total verwüsten, wo es Hunderttausende oder Millionen von Flüchtlingen gibt, oder wo es gar zu genocidartigen Massakern kommt, absolut keine auch nur annähernd verläßliche Prognose über Dauer, Kosten und Erfolgsaussichten eines Peacekeeping-Einsatzes aufstellen.

Die geforderten und in den letzten zwei-drei Jahren bereits praktizierten restriktiveren Kriterien wirken sich also "zwangsläufig" so aus, daß die UNO gerade von solchen Konflikten ganz die Finger läßt oder ihren Einsatz personell und inhaltlich in engen Grenzen hält. In mehreren Fällen hat die UNO auf die Verschärfung eines Konflikts, in dem sie einen Peacekeeping-Auftrag übernommen hatte, so reagiert, daß sie ihre Truppen drastisch reduzierte oder deren Abzug androhte, falls die Kämpfe fortgesetzt würden.

Besonders entschieden vertritt UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali den Standpunkt, daß die Weltorganisation sich auf klassische Peacekeeping-Einsätze beschränken sollte. Die bekannten Voraussetzungen dafür sind: Die Konfliktparteien müssen bereits eine Waffenruhe vereinbart haben und einhalten. Alle Beteiligten müssen dem Einsatz einer UNO-Friedenstruppe zustimmen. Diese soll sich absolut neutral verhalten und nur zur Selbstverteidigung militärisch agieren, auch das nur so eingeschränkt wie möglich. So definiertes Peacekeeping zu vermengen mit friedenserzwingenden Aufgaben (wie beispielsweise in Bosnien-Hercegovina die militärische Durchsetzung des Flugverbots oder Luftangriffe als Reaktion auf die Verletzung deklarierter Schutzzonen) macht nach Auffassung von Boutros-Ghali Peacekeeping unmöglich. Insofern ist die Schlußfolgerung logisch und geradezu zwingend, UNO-Friedenstruppen genau dort abzuziehen, wo es zu Angriffen von Bürgerkriegsparteien und massiven Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung kommt.

Niemand kann überall sein

In mehr als 40 Ländern der Welt gibt es gegenwärtig militärische Konflikte, also in fast einem Viertel der Mitgliedstaaten der UNO. Daran gemessen ist die Zahl von 15 laufenden Friedensmissionen der Weltorganisation nicht gerade hoch - zumal es sich dabei mehrheitlich nicht einmal um Gebiete mit noch militärisch aktiven Konflikten handelt. Etliche brisante Konflikte sind monatelang nicht einmal Diskussionsthema im Sicherheitsrat oder standen dort überhaupt noch nie zur Debatte, geschweige denn, daß dazu irgendeine praktische Form von Politik entwickelt würde. Allenfalls ist die UNO-Flüchtlingshilfe damit befaßt, humanitäre Unterstützung zu leisten oder zu organisieren.

Nach dem Motto, daß man schließlich nicht überall sein kann, stellen die Friedensmissionen der UNO offensichtlich eine sehr begrenzte Auswahl mit unklaren Kriterien dar. Nicht einmal handelt es sich darum, daß die von vornherein beschränkten Möglichkeiten der UNO gezielt vor allem dort eingesetzt würden, wo die Not

der Menschen am schlimmsten ist. Im Gegenteil: Die Auswahlkriterien der UNO wirken sich genau zuungunsten eines Engagements in solchen Konfliktgebieten aus.

Wer mit humanitären Argumenten operiert, wie es Joschka Fischer und andere Grüne im Fall der Zustimmung zum NATO-Einsatz in Bosnien-Hercegovina tun, legitimiert seine Entscheidung nur vordergründig. Wer dies für das frühere Jugoslawien befürwortet, aber nicht zugleich massive Militärinterventionen in, beispielsweise, Ruanda, Afghanistan, Sri Lanka, Sudan, Ost-Timor verlangt, muß sich vorhalten lassen, daß er schlichtweg nur den Auswahlkriterien der NATO folgt. Und die haben mit Humanität rein gar nichts, sondern nur mit macht- und militärpolitischen Interessen und - was die EU angeht - mit Eurozentrismus zu tun.

Andererseits wäre die Forderung nach massiver internationaler Einmischung, einschließlich militärischer Aktionen, überall dort, wo es massenhafte Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung gibt, abgesehen von allen sonstigen Einwänden, die man dagegen machen müßte, praktisch überhaupt nicht durchführbar. Aber auch die bisherigen Gegenvorschläge aus der Linken zur frühzeitigen politischen Konfliktprävention und zu nicht-militärischen Lösungen sind - wahrscheinlich zwangsläufig - nicht gerade substantiell, geschweige denn konkret und praktikabel. Wer überhaupt nicht weiß, wo Ruanda eigentlich liegt und was dort vor sich geht oder ging, ist sicherlich am allerbesten dran.

Ewig bloß Sanitäter?

Für die BRD hat sich die UNO als Instrument erwiesen, um in kleinen Schritten deutsches Militär wieder international einsatzfähig zu machen. Daß diese Entwicklung 1991, also kurz nach dem Anschluß der DDR, begann, muß nicht unbedingt in einem kausalen Zusammenhang stehen, vervollständigt aber das Bild. Die Abfolge und Dosierung der Schritte erfolgte offensichtlich planmäßig und mit großem Geschick. Galt es doch, international und in der deutschen Bevölkerung Vorbehalte unterschiedlicher Art gegen Einsätze der Bundeswehr abzubauen.

Also begann man mit Bundeswehr-Flugzeugen und -Soldaten, die Lebensmittel und andere Hilfsgüter für notleidende Menschen transportierten. Dagegen kann ja wohl niemand etwas haben, und mit Krieg hat es doch rein gar nichts zu tun. Dann Minenräumer nach dem Golfkrieg: Minen zu entfernen ist doch eher das Gegenteil einer kriegerischen Handlung, nicht wahr. Anschließend ein Lazarett für die UNO-Friedensmission in Kambodscha. Sanitäter sind eigentlich keine richtigen Soldaten, wollen nur den Menschen helfen, selbstverständlich auch der einheimischen Zivilbevölkerung. Für Somalia ein Nachschub- und Transportbataillon, auch keine richtigen Soldaten, sondern nur friedfertige Zuarbeiter für ihre italienischen Kollegen. Jetzt im früheren Jugoslawien wieder ein Lazarett und rein logistische Aufgaben. Zusätzlich immerhin schon ein paar deutsche Tornados, weil uns die NATO glaubhaft versichert hat, daß sie darauf einfach nicht verzichten kann.

Das alles ist, als Entwicklung von fünf Jahren, die kaum politische Gegenreaktionen hervorrief, ziemlich viel. Es ist andererseits, realistisch betrachtet, immer noch wenig - nämlich weniger, als beispielsweise zahlreiche international nicht sehr gewichtige Staaten Afrikas oder Asiens an militärischen Einsätzen vorzuweisen haben. Die Schwelle zu einem direkten Kampfauftrag ist noch nicht überschritten, und sie wird möglicherweise außen- und innenpolitisch mehr Probleme machen als die bisherigen Schritte.

Zweifellos steuert die Bundesregierung aber genau dies an, denn nur im Hinblick auf dieses Ziel macht die bisherige Taktik des Vorgehens Sinn. Wie total deutsche Politiker auf die vielbeschworenen humanitären Aspekte scheißen, kann man vernehmen, sobald sie über die Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien zu sprechen beginnen. Das Herankommen an internationale Verwendungsfähigkeit der Bundeswehr stellt vermutlich das einzige konstant durchgehaltene Ziel der deutschen Jugoslawien-Politik seit 1991 dar.

Den jetzt schon erreichten Stand der Dinge zu überhöhen, wie es Linke als "umgekehrte" Überschätzer deutscher Größe gern tun, geht jedoch an der Realität vorbei: Bundeswehrsoldaten für eine UNO-Mission abzustellen, schafft keine neue Qualität deutscher Großmacht- oder gar Militärpolitik. Es gibt etliche Staaten, die seit vielen Jahren besonders stark für UNO-Kontingente herangezogen wurden, beispielsweise Ghana, Äthiopien oder Nepal, im Bereich der NATO Dänemark und die Niederlande, ohne daß sie dadurch in den Rang von Großmächten aufgestiegen wären. Betrachtet man die Entwicklung der BRD bis 1985, so muß man auch bezweifeln, daß die Teilnahme an internationalen Militäreinsätzen eine notwendige Vorbedingung für

eine Großmachtrolle in der heutigen Welt darstellt. Auch die Bedeutung Japans hat offensichtlich nicht darunter gelitten, daß es keine Sanitäter nach Somalia geschickt hat.

Soldaten für UNO-Einsätze zu stellen, ist machtpolitisch betrachtet kein Privileg, sondern eine Last - vor der sich in der Regel gerade die Großmächte ganz gern drücken und die sie vorzugsweise einigen darauf schon abonnierten Staaten der "Dritten Welt" überlassen. Vom Standpunkt militärischer Machtentfaltung der BRD aus betrachtet stellen die bisherigen - und wohl auch die nächsten kommenden - internationalen Militäreinsätze noch keinen Zweck, sondern lediglich ein Mittel dar.

Frage also: Mittel zu welchem Zweck? Streben deutsche Politiker die hundertprozentige Verwendungsfähigkeit von Bundeswehrsoldaten für internationale Einsätze einfach deswegen an, weil weltweit immer noch das traditionelle Schema gilt, daß eine richtige Großmacht eben auch richtige Soldaten nicht nur haben, sondern auch einsetzen muß - und nicht bloß Menschen in Uniform, die den Soldaten anderer Staaten Verbände anlegen oder für ihren Nachschub sorgen? Geht es also um eine aus der Menschheitsgeschichte überkommene Ansicht, die ungeprüft fortlebt, aber vielleicht den Realitäten der heutigen und künftigen Welt gar nicht mehr entspricht? Daß beispielsweise Frankreich in mehreren Staaten Afrikas noch Truppen und Stützpunkte unterhält, würde ich eher für ein Relikt der Vergangenheit als für ein heute noch zeitgemäßes und wirksames Instrument von imperialer Großmachtpolitik halten.

Oder richtet sich die BRD tatsächlich zielstrebig darauf ein, wieder zur kriegführenden Nation zu werden? Dann allerdings hätten wir ein Problem in einer ungeheuren Dimension, die in der bisherigen linken Kritik an der Entwicklung von Bundeswehreinsätzen noch nicht deutlich gemacht worden ist.

Kt.

Mit kleinen Schritten zum Ziel

UNO-Einsätze der Bundeswehr

April-Juni 1991 Teilnahme an Hilfslieferungen für die kurdische Bevölkerung im Irak nach dem Golfkrieg. Entsendung eines Ärzteteams zur Versorgung von Flüchtlingen. Einsatz eines Minenabwehrverbandes und von Marinefliegern im Rahmen der internationalen Minenräumaktion.

Seit August 1991 Einsatz von zwei Transall-Transportflugzeugen und drei Transporthubschraubern für die nach dem Golfkrieg mit der Überwachung des Irak beauftragte UNO-Mission UNSCOM. Abstellung von Experten der Bundeswehr für chemische Waffen und Raketen im Rahmen der Zerstörung irakischer Waffen.

Mai 1992-November 1993 Einrichtung und Betrieb eines Feldhospitals in Pnom Penh, Kambodscha, als Teil der UNO-Mission UNTAC; Einsatz von 140 Personen Sanitätspersonal. Außerdem Entsendung von 75 Beamten des Bundesgrenzschutzes für die sogenannte Zivilpolizeikomponente von UNTAC.

Seit Juli 1992 Teilnahme der Luftwaffe an der internationalen Luftbrücke nach Sarajevo. Einrichtung eines Lufttransport-Stützpunktes zunächst in Zagreb, später in Falconara, Italien.

Teilnahme mit zwei Kriegsschiffen und drei Fernaufklärern an der Überwachung des von der UNO verhängten Embargos gegen Jugoslawien in der Adria.

August 1992-März 1993 Transportflüge der Luftwaffe mit Hilfsgütern für die Bevölkerung Somalias.

Seit April 1993 Beteiligung deutscher Besatzungsmitglieder an AWACS-Flügen der NATO, die der Überwachung und später auch Durchsetzung des von der UNO verhängten Verbots militärischer Flüge über Bosnien-Hercegovina dienen.

Die SPD kündigt dagegen eine Klage beim Bundesverfassungsgericht an; dieses erklärt am 8. April 1993 den Einsatz für zulässig.

Juli 1993-März 1994 Beteiligung der Bundeswehr an der UNO-Mission UNOSOM II in Somalia: Stationierung eines verstärkten Nachschub- und Transportbataillons mit 1.700 Soldaten in Belet Huen. Der Auftrag bestand in der Versorgung und logistischen Unterstützung italienischer Einheiten sowie der Leistung "humanitärer Hilfe" für die Bevölkerung. In diesem Zusammenhang Einrichtung eines Lufttransport-Stützpunktes in Djibuti.

Seit Februar 1994 Teilnahme von vier deutschen Offizieren und sechs Sanitätssoldaten an der UNO-Beobachtermission UNOMIG zur Überwachung des Waffenstillstands zwischen Georgien und dem abgespaltenen Gebiet Abchasien.

Juli-Dezember 1994 Einsatz einer Boeing 707 und zweier Transall-Transportmaschinen der Luftwaffe für Hilfslieferungen an ruandische Flüchtlinge im Rahmen der UNO-Mission UNAMIR. Die von der UNO angefragte Entsendung eines deutschen Sanitätskontingents war von der Bundesregierung unter Hinweis auf zu große Gefährdung des Personals abgelehnt worden.

Juni 1995 Die Bundesregierung gibt den Entschluß bekannt, die Bundeswehr zur Unterstützung der Schnellen Eingreiftruppe für Bosnien-Hercegovina einzusetzen. Dazu gehört: a) Bereitstellung von Lufttransportkräften; b) Entsendung von Sanitätskräften für den Aufbau eines Feldlazaretts in Kroatien; c) Unterstützung von NATO-Luftangriffen durch ECR-Tornados für Aufklärungsflüge.

16. Eine Sache unserer Glaubwürdigkeit. Beitrag zur Debatte um UN-Militäreinsätze. Dokumentation (aus PDS-Disput)

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:26

Kann eine antimilitaristische Partei unter bestimmten Voraussetzungen auch Militäreinsätze befürworten? In der PDS ist darüber eine heftige Debatte entbrannt. In ak 384 dokumentierten wir ein "Problempapier" aus dem außenpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsgruppe der PDS, worin in Frageform entwickelt wird, daß gegebenenfalls auch Militäreinsätze unter UN-Kontrolle zur Sicherung des Friedens notwendig sein können; in ak 385 dokumentierten wir eine Antwort von mehreren PDS-Bundestagsabgeordneten. In dieser Ausgabe folgt eine Antwort von zwei Autoren des "Problempapiers". Siehe zum Komplex auch: "PDS beim Nachdenken ertappt" (ak 384).

Die Reaktionen auf die "Problempapier" genannte Diskussionsvorlage des Bereichs Außen- und Friedenspolitik der PDS-Bundestagsgruppe bewegen sich vor allem auf zwei Ebenen. Im Vordergrund der Debatte stehen Vorwürfe an die Autoren wie Sozialdemokratisierung, Bellizismus, Verrat, Änderung der Parteilinie und ähnliches. Dagegen ist wenig zu sagen. Wer sich die Mühe macht, das Papier zu lesen, wird feststellen, daß diese Vorwürfe nur erheben kann, wer sie erheben will. Die im Papier aufgeworfenen Fragen geben solches jedenfalls nicht her. Vor allem aber beantworten solche Vorwürfe nicht eine einzige der gestellten Fragen, wollen und sollen es wohl auch nicht. Das ist nicht unser Problem. Damit können wir leben.

Auf der zweiten Ebene wird sehr prinzipiell argumentiert und auf das vermeintliche oder tatsächliche Selbstverständnis der PDS verwiesen: Die PDS sei antimilitaristisch, pazifistisch, eine Antikriegspartei. Zwar handelt auch von solch grundsätzlichen Fragen die Diskussionsvorlage nicht, und es war damit nicht beabsichtigt, eine solche Debatte loszutreten. Da sie aber nun mal eingeführt ist, sei auch dazu Stellung genommen.

Zweifellos ist eines der Hauptprobleme, daß heute vorwiegend in militärischen Kategorien gedacht und gehandelt wird. Unsere Aufgabe besteht darin, genau das Gegenteil zu tun und durchzusetzen.

Der Verweis auf diese völlig unstrittige Position beantwortet eine Frage nicht. Nämlich die Frage, was zu tun ist, wenn ein Friedensbrecher oder ein Völkermörder trotz Einsatz sämtlicher friedlicher, nichtmilitärischer Mittel nicht von seinem Tun abzubringen ist. Die Geschichte kennt solche Beispiele, und es bedarf nicht des Hinweises auf den deutschen Faschismus, sondern ein Blick in die jüngere Geschichte reicht da völlig aus: z.B. Pol Pot in Kambodscha, Ruanda, auch Nordirak etc.

Genauso wie der Einsatz militärischer Mittel höchst fragwürdig, untauglich, inhuman und daher abzulehnen ist, genausowenig gibt es eine Erfolgsgarantie für den Einsatz nichtmilitärischer Mittel. Würden letztere tatsächlich konsequent eingesetzt, würde sich wahrscheinlich herausstellen, daß praktisch jeder Konflikt auf diese Weise gelöst oder eingedämmt werden könnte. Wenn aber in den möglicherweise verbleibenden Extremfällen der Einsatz sämtlicher nichtmilitärischer Mittel versagt hat, um dem Morden ein Ende zu setzen, ist das Beharren auf dem Prinzip der Gewaltfreiheit und des Pazifismus moralisch nicht mehr zu vertreten, sondern wird selbst leicht inhuman, hat mit Antimilitarismus praktisch nichts mehr zu tun, sondern verkehrt ihn im Ergebnis in sein Gegenteil und macht die PDS als Antikriegspartei unglaubwürdig.

Das Problem ist dabei weniger, ob wir Militäreinsätze in solchen oder anderen historischen Extremfällen befürworten oder gar fordern. Wir werden dazu ohnehin nicht gefragt werden. Die Frage ist vielmehr, ob eine Parteiposition, die Militäreinsätze immer und unter allen Umständen prinzipiell ausschließt, angesichts der Wirklichkeit in dieser Welt realitätstüchtig ist, ob sie politisch und moralisch gerechtfertigt ist. Auch an dieser Stelle scheint uns Dogmatismus fehl am Platze. Das heißt ja noch lange nicht, daß wir Militäreinsätze befürworten sollten. Aber es heißt, daß auch wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß Fälle denkbar sind, für die der Hinweis auf unser Parteiselbstverständnis keine ausreichende Antwort ist, für die aber auch wir Militäreinsätze nicht prinzipiell ausschließen können. Vielleicht haben wir aber für solche Fälle gar keine Antwort.

Im "Problempapier" geht es um andere als solch grundsätzliche Fragen. Hier geht es um Probleme, mit denen uns der politische Alltag konfrontiert und für die wir Antworten suchen: Tatsächlich gibt es gegenwärtig ständig Kriege, und es gibt ständig Militärinterventionen. Letztere werden vor allem von den Großmächten durchgeführt. Und zwar nicht etwa, weil die Großmächte selbstlos für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eintreten würden, sondern in erster Linie deshalb, weil diese Interventionen im eigenen wirtschaftlichen oder politischen Interesse der Großmächte liegen.

In genau diesem Zusammenhang ist im "Problempapier" die Frage gestellt (und durchaus noch nicht beantwortet worden), ob vielleicht die zumindest teilweise Realisierung des Gewaltmonopols der UNO eine Möglichkeit wäre, die Durchsetzung nationalstaatlicher Interessen zurückzudrängen und ob die Abtretung von nationaler Souveränität im militärischen Bereich an eine reformierte UNO eine Möglichkeit wäre, auf dem Weg hin zu einer Welt ohne Militär, ohne Krieg, ohne Aufrüstung etc. ein Stück voranzukommen. Wenn es richtig ist, daß eine der Hauptgefahren für den Frieden darin besteht, daß die Nationalstaaten ihr Militär praktisch uneingeschränkt zur Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen (können), kann die Frage, ob durch zumindest teilweise Internationalisierung der Verfügungsgewalt über das Militär diese Gefahr möglicherweise zu verringern sei, nicht völlig absurd sein.

Es geht dabei nicht um Internationalisierung im militärischen Bereich schlechthin. So wäre z.B. der Auf- und Ausbau einer Militärmacht Europa das gerade Gegenteil von Entmilitarisierung, Abrüstung, Kriegsvermeidungs- und Friedenspolitik. Damit würde den bestehenden konkurrierenden Mächten nur noch eine weitere und stärkere zur Seite gestellt.

Der ernstzunehmende Einwand, die UNO wäre ohnehin nur verlängerter Arm der Großmächte, greift nur bedingt. Erstens negiert dieser Einwand den schon heute notwendigen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen der Großmächte untereinander. Und zweitens unterschätzt er völlig den politischen Legitimationsdruck, dem auch die Großmächte heute und erst recht in einer reformierten UNO ausgesetzt sind. Tatsächlich ist es heute so, daß die UNO von den Großmächten bei Militäreinsätzen als Hemmschuh betrachtet wird und daß sich diese strikt weigern, auch nur den kleinsten Zipfel nationalstaatlicher Souveränität über ihr Militär an die UNO abzutreten. Die "Übernahme" von UNPROFOR in Bosnien-Herzegowina und die geplante Durchführung von IFOR durch die NATO ist dafür ein Beispiel.

Die Auseinandersetzung mit diesen Problemen ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit unserer Positionen. Wir können auf Dauer nicht ständig die Notwendigkeit einer neuen europäischen und internationalen Friedensordnung betonen, ohne uns Gedanken zu machen und Vorschläge zu unterbreiten, wie zivile Konfliktlösung erfolgen soll. Genausowenig können wir auf Dauer die Notwendigkeit von Gewaltverzicht, die Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte einklagen, ohne uns Gedanken und Vorschläge zu machen über die Garantien ihrer Durchsetzung. Und wir können auf Dauer nicht Vorschläge zur Reform der UNO und der OSZE machen, ohne zu diskutieren, wie diese Organisationen in die Lage versetzt werden könnten, (nichtmilitärische) Konfliktlösungsstrategien umzusetzen. Auf diese Fragen haben wir keine fertigen Antworten.

Wir möchten sie gemeinsam mit anderen diskutieren und erarbeiten. Um abschließend ein Beispiel aus dem innenpolitischen Bereich zu bemühen: Die PDS fordert ja keineswegs, prinzipiell auf jeden Polizeieinsatz zu verzichten, obwohl wir wissen, daß die Polizei letztlich ein Instrument der hier Herrschenden ist. Natürlich fordern wir zu Recht präventive Konfliktlösungen, soziale Gerechtigkeit statt Repression, die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität usw. Aber manchmal fordern wir - und auch das zu Recht -, daß Polizei und Justiz nicht blind sein sollen auf dem rechten Auge. Und jede/r kann sich Situationen vorstellen, in denen polizeiliches Eingreifen vielleicht sogar wünschenswert sein könnte. Für das Faustrecht treten wir jedenfalls nicht ein. Die Frage ist, was unser kritisches Verhältnis zur hiesigen Staatsmacht bezogen auf internationale Konflikte bedeutet?

Abzusehen ist, daß die NATO künftig in größerem Ausmaß Interventionen durchführen wird. Abzusehen ist auch, daß die Rolle der BRD dabei an Bedeutung zunehmen wird. Dagegen können und müssen wir Widerstand vor allem im eigenen Lande entwickeln und organisieren. Eine Wende bei der Militarisierung der Außenpolitik wird gewiß nicht durch die PDS allein herbeizuführen sein. Dazu bedarf es vieler, nicht nur aller Linken und Friedensaktivisten in diesem Lande.

Wenn wir uns auf die Rolle der Gralshüter des absoluten Pazifismus beschränken, werden wir die notwendige Stärke des Widerstands möglicherweise nicht erreichen können. Aber schon jetzt steht die Frage, ob es politisch klug ist, abzuwarten, bis der Widerstand groß genug ist, um diese Militarisierung mit ihrer Interventionspolitik zu verhindern. Können und dürfen wir angesichts der Opfer bis dahin kommentarlos oder allein mit Hinweis auf das Wesen des Imperialismus als Verantwortlichem für alles Unheil dieser Welt verharren? Wir sollten heute schon Vorschläge unterbreiten und unbefangen diskutieren, wie dieser Mechanismus vielleicht aufgebrochen werden könnte.

Dem Bereich Außen- und Friedenspolitik der PDS im Bundestag geht es neben den anderen im Papier angeschnittenen Problemen vor allem um ein Nachdenken und Diskutieren darüber, wie verhindert oder wenigstens erschwert werden kann, daß Nationalstaaten ihr Militär nahezu uneingeschränkt einsetzen können. Abschließende

Antworten darauf haben wir bislang nicht gegeben, wohl aber Vorschläge gemacht und Fragen gestellt. Jeder weiterführende Beitrag, der diesem Ziel dient, wäre sehr hilfreich.

Joachim Schmidt/Ernst Krabatsch

Mitarbeiter des Arbeitskreises Außen- und Friedenspolitik der PDS im Bundestag

Diesen Artikel entnahmen wir dem Mitgliedermagazin der PDS Disput, 22/95

17. Droht jetzt die Entzauberung der PDS? SozialistInnen erobern Bürgermeisterposition in der Hauptstadt

SozialistInnen erobern Bürgermeisterposten in der Hauptstadt

Autor: kuk · Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:12

Mehr als ein Monat lag zwischen den Wahlen vom 22.10. und der Konstituierung der neuen Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) am 30.11. bzw. 1.12.1995. Auf der konstituierenden Sitzung werden in der Regel Vorstand und Bürgermeister bestimmt. Während im Westteil der Stadt lediglich einige grüne BürgermeisterInnen in die Phalanx CDU-dominierter Bezirke einbrechen konnten, weist im Osten die PDS eine ähnlich dominante Stellung auf wie die Union in der ehemaligen "Frontstadt". In neun der elf Ostbezirke stellen die Demokratischen Sozialisten die stärkste Fraktion.

Bis 1992 war es üblich, daß die jeweils stärkste BVV-Fraktion das Vorschlagsrecht für den Bezirksbürgermeister besitzt. Als die Stärke der Demokratischen Sozialisten vor vier Jahren sichtbar wurde, erfand die Landesregierung das Instrument der Zählgemeinschaften. Darunter sind kurzfristige Bündnisse zu verstehen, in denen die bei den Wahlen unterlegenen Parteien mehr Abgeordnete als die stärkste Fraktion in sich vereinen müssen. Der einzige Zweck dieser Zählgemeinschaften besteht darin, der stärksten Fraktion das Vorschlagsrecht für den Bürgermeister zu entziehen. Folgerichtig dürfen sie keine Stadträte vorschlagen (das Vorschlagsrecht für Stadträte wird nach d'Hondt gemäß Stimmenanteil vergeben) und lösen sich nach der Bürgermeisterwahl sofort wieder auf.

Am 7.11.1995 wies der CDU-Innensenat in einem Schreiben an die BVV und an die Bezirksämter nochmals nachdrücklich auf die Möglichkeit der Bildung von Zählgemeinschaften hin. Um unliebsame Überraschungen durch einzelne BVV-Abgeordnete, die mit der Teilnahme ihrer Partei an einer Zählgemeinschaft nicht einverstanden sind, zu vermeiden, wurde in dem Schreiben festgestellt: "Eine Gegenkandidatur (bspw. eines/r PDS-Kandidaten/In zum Bewerber der Zählgemeinschaft; kuk) ist nicht zulässig, da bei einem Scheitern des vorgeschlagenen Bürgermeisterkandidaten der Zählgemeinschaft weiterhin das Recht zusteht, einen Wahlvorschlag zu unterbreiten." Damit könnten bündnisgrüne Abgeordnete zwar die Wahl des Zählgemeinschaftskandidaten verhindern, nicht aber eine/n PDS-Kandidaten/In ins Amt hieven.

Obwohl die CDU die einzige Partei war, deren Landesleitung Zählgemeinschaften gegen die PDS verlangt hatte, nutzten die Ostberliner SPD-Gliederungen fast jede sich bietende Möglichkeit, um PDS-KandidatInnen auf diese Weise auszuschalten. Die Bündnisgrünen, deren Landesführung von der Unterstützung dieser Zählgemeinschaften abgeraten hatte, verhielten sich uneinheitlich.

Friedrichshain, Treptow

Relativ einfach gestaltete sich die Bürgermeisterwahl in den Ostbezirken, in denen CDU und SPD zusammen über die absolute Mehrheit verfügen, bzw. stärker als die PDS sind. Sie bildeten Zählgemeinschaften gegen die Demokratischen Sozialisten oder brachten ihre Kandidaten direkt durch. Auf diese Weise wurden in Pankow, Treptow, Weissensee, Köpenick und Friedrichshain sozialdemokratische Bezirksbürgermeister gewählt. Übel mitgespielt wurde der PDS in Friedrichshain, wo sie mit über 40% die mit Abstand stärkste Fraktion stellt. Damit hätte ihr zumindest das Amt des/der BVV-Vorstehers/In zugestanden. Doch statt dessen wurden die Bündnisgrünen (7,5%) für ihre Tolerierung der Zählgemeinschaft mit diesem Posten entlohnt. Selbst das Stellvertreteramt blieb der PDS vorenthalten.

Anders sah es in den Ostbezirken aus, in denen für eine Zählgemeinschaft gegen die PDS auch die Bündnisgrünen gebraucht wurden. Für ihr Wahlverhalten spielten politische Sympathien bzw. Antipathien gegenüber den Kandidaten, Erfahrungen aus der vergangenen Legislaturperiode oder machtpolitisches Kalkül eine Rolle. Die Bezirke im einzelnen.

Lichtenberg

Zum ersten PDS-Bürgermeister wurde in Berlin-Lichtenberg am 30.11. Wolfram Friedersdorf gewählt. Da in diesem Bezirk zwischen Bündnisgrünen und Demokratischen Sozialisten eine unverkrampfte Atmosphäre herrscht, war eine Zählgemeinschaft gegen die PDS kein Thema. Da auch zwischen SPD, CDU und PDS in wichtigen Fragen Übereinstimmung erzielt werden konnte, waren der Wahl Friedersdorfs keine Steine in den Weg gelegt worden.

Hellersdorf

Mit den Stimmen von Bündnisgrünen und einzelnen SPD- oder CDU-Abgeordneten wurde am 1.12. Uwe Klett (PDS) zum Bürgermeister von Hellersdorf gewählt. Als Dankeschön erhielten die Bündnisgrünen einen der fünf BVV-Vorstandsposten, der aufgrund des Wahlergebnisses nicht ihnen, sondern der PDS zugestanden hätte. Die Sozialdemokraten hatten darauf verzichtet, mit Hilfe einer Zählgemeinschaft einen Gegenkandidaten zu Uwe Klett aufzustellen. SPD und CDU hatte der PDS-Kandidat vor seiner Wahl offenbar dadurch beeindruckt, daß er sich bei allen Hellersdorfern im Namen der PDS für das zu DDR-Zeiten begangene Unrecht entschuldigt und sich zur demokratischen Zusammenarbeit mit allen Parteien bekannt hatte. (Berliner Zeitung, 2./3.12.)

Von der PDS-Hellersdorf war nach den Wahlen zu vernehmen, daß sie sich mit ihren Amts- und Mandatsträgern einem neuen Demokratieanspruch zu stellen gedenke. Mit der Umsetzung eines 20-Punkte-Kataloges soll für mehr Demokratie, Transparenz und Bürgernähe gesorgt werden. Zu den geplanten Neuerungen zählt, daß Bürgerinitiativen und Vereine ein Antrags- und Rederecht in der BVV erhalten, daß für die Siedlungsgebiete Kaulsdorf und Mahlsdorf ein Bürgerbüro eröffnet wird und daß zur besseren Information der BürgerInnen ein Amtsblatt herausgegeben wird. Die Anbindung der Siedlungsgebiete an den Öffentlichen Nahverkehr soll verbessert, die Regelfinanzierung der Jugend- und soziokulturellen Arbeit freier Träger gesichert und eine von Politik, Schulen, Arbeitsamt und Gewerbe getragene Initiative zur Schaffung von Lehrstellen befördert werden. (ND, 6.12.1995)

Geplant ist weiterhin die Schaffung eines BVV-Ausschusses für ökologische Stadtentwicklung. Mit all diesen Vorschlägen soll nach Worten des PDS-Bezirksvorsitzenden Klaus-Jürgen Dahler ein breiter gesellschaftlicher Konsens gesucht werden, "um der zentralistischen und auf Prestigeobjekte orientierten Senatspolitik einen entsprechenden Druck von ‚unten' entgegenzusetzen." (ND, 12.12.1995)

Mitte

Im zukünftigen Regierungssitz Mitte leisteten die Bündnisgrünen ein Bravourstück. Schon frühzeitig hatten sie angekündigt, weder den bisherigen SPD-Bürgermeister Gerhard Keil (1) noch die PDS-Kandidatin Sylvia Jastrzembski wählen zu wollen. Wenige Tage vor der Wahl sah es noch so aus, als ob die Bündnisgrünen zähneknirschend der PDS-Kandidatin zustimmen würden. In Gesprächen mit den Demokratischen Sozialisten war - verglichen mit der SPD - eine größere inhaltliche Übereinstimmung festgestellt worden. Außerdem hatte die PDS ihre Bereitschaft erklärt, eine von den Bündnisgrünen nominierte Baustadträtin mitzutragen und die Wahl Gerhard Keils zum Stadtrat zu verhindern. Doch am Wahltag platzte die Bombe: SPD und Bündnisgrüne schlossen eine Zählgemeinschaft mit der CDU (BVV-Wahlergebnis: 19,1%) und wählten den bisherigen CDU-Gesundheitsstadtrat Joachim Zeller zum Bezirksbürgermeister. Die Bündnisgrünen begründeten diese Entscheidung mit ihren Vorbehalten gegen Jastrzembski (2), die SPD zog schließlich den eigenen Kandidaten zurück, um ihr erklärtes Ziel, eine PDS-Bürgermeisterin zu verhindern, zu erreichen.

Hartnäckig halten sich Gerüchte, wonach die SPD den Bündnisgrünen den Übertritt eines Abgeordneten (und damit das Anrecht auf einen Stadtratsposten) für den Fall einer Wahl Gerhard Keils angeboten habe. (ND, 16./17.12.) Ob ein ähnlicher Deal bei der Wahl Zellers stattgefunden hat, wird sich erst am 11.1.1996 erweisen, wenn in Mitte die StadträtInnen gewählt werden.

Die sichtlich enttäuschte PDS kündigte an, das Zustandekommen der Zählgemeinschaft auf seine rechtliche Zulässigkeit prüfen zu lassen. Bei den Kommunalwahlen 1992 durften nur die Fraktionen eine Zählgemeinschaft eingehen, die von ihrer Stärke her Anspruch auf einen Stadtratsposten haben. Dies trifft auf die Grünen nicht zu. Das Verwaltungsgericht Berlin lehnte einen PDS-Antrag auf einstweilige Anordnung einer Wahlwiederholung und gegen die Ernennung Joachim Zellers zum Bürgermeister ab. Die Demokratischen Sozialisten kündigten daraufhin eine Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht an.

Prenzlauer Berg

Hier einigten sich SPD (12 Abgeordnete), PDS (19) und Bündnisgrüne (7) auf eine konkurrierende Kandidatur (der entsprechende PDS-Antrag wurde mit 33 gegen 10 Stimmen angenommen) und ignorierten damit die Anweisung des Innensenats (siehe oben). Für die Zählgemeinschaft SPD/Bündnisgrüne bewarb sich Reinhard Kraetzer (SPD) um das Bürgermeisteramt, für die PDS Burkhard Kleinert. Zwei BVV-Sitzungen und insgesamt vier Wahlgänge waren erforderlich, bis das Ergebnis feststand: Kraetzer erhielt 22 Ja- und 23 Neinstimmen, Kleinert 18 Ja- und 17 Neinstimmen (die sieben CDU-Abgeordneten nahmen an der Kleinert-Wahl nicht teil). Somit war die Sensation perfekt und der PDS-Kandidat zum Bürgermeister gewählt.

Wer die vier Bezirksverordneten waren, die, abgesehen von den PDS-Abgeordneten, gegen Kraetzer gestimmt haben, wird sich nur schwer oder gar nicht klären lassen. Laut Berliner Zeitung vom 14.12. versicherten CDU und Bündnisgrüne nach der Wahl, ausnahmslos für Kraetzer gestimmt zu haben. Danach müssen vier SPD-Abgeordnete gegen den eigenen Kandidaten gestimmt haben. Während die BVV-Parteien die Wahl Kleinerts anerkannten, ist dies vom Regierenden Bürgermeister Diepgen, der den gewählten Bezirksbürgermeister ernennen muß, nicht unbedingt zu erwarten. Möglicherweise müssen hier, wie in Mitte, die Gerichte über die Gültigkeit der Wahl entscheiden.

Hohenschönhausen

Die parteilose PDS-Kandidatin Bärbel Grygier benötigte vier Wahlgänge, ehe sie als Bürgermeisterin von Hohenschönhausen feststand. Zunächst schien ihrer Wahl nichts im Wege zu stehen, da sich die Bündnisgrünen des Bezirkes weigerten, einer Zählgemeinschaft mit CDU und SPD beizutreten, und Stimmenthaltung angekündigt hatten. Dann sorgte ein Fernsehporträt der parteilosen Sexualtherapeutin und Psychologin für Aufregung, in dem sie sich u.a. über die Körpersprache von Kollegen geäußert hatte. Dem Bürgermeisterkandidaten der SPD, Matthias Stawinoga, bescheinigte sie, "keinen Arsch in der Hose" zu haben, des weiteren kleine Hände, die nicht zupacken können, und im Bezirksamt lieber an Konflikten zu ersticken als sie rauszulassen. (Berliner Zeitung, 6.12.)

Ihr Bekenntnis, daß sie "Frauen- und Männerärsche gleichermaßen gern" anfasse, kam auch in den eigenen Reihen nicht besonders gut an: Am 1.12. verweigerten ihr selbst PDS-Abgeordnete in drei Wahlgängen die Stimme. Auf der BVV am 13.12. hatte sich die Aufregung um Bärbel Grygier wieder gelegt. Bei dem nunmehr vierten Wahlgang stimmten SPD und CDU geschlossen gegen sie (20 Stimmen), die Bündnisgrünen enthielten sich (3), und die PDS-Fraktion stand geschlossen hinter der eigenen Kandidatin (21).

Marzahn

In Marzahn hatte die PDS am 22.10. mit 45,8% (22 Sitze) berlinweit ihr bestes Ergebnis erzielt. Obwohl ihr damit nur eine Stimme zur Wahl des Bürgermeisters fehlte, sah sich Spitzenkandidat Harald Buttler heftiger Kritik aus allen anderen Parteien ausgesetzt. Dem bisherigen Sozialstadtrat wurde u.a. vorgeworfen, bei der Überführung von Pförtnern aus dem Öffentlichen Dienst in private Gesellschaften unsozial vorgegangen zu sein. (B. Zt., 4.12.) Zwar hatten SPD, CDU und Bündnisgrüne erklärt, nicht für Buttler stimmen zu wollen, einer großen Zählgemeinschaft hatten letztgenannte aber eine Absage erteilt. Dennoch war es etwas überraschend, daß der PDS-Kandidat im zweiten Wahlgang mit 23 Jastimmen und 21 Neinstimmen bei einer Enthaltung gewählt wurde.

Gegen rechtliche Bedenken von SPD/CDU setzten PDS und Bündnisgrüne eine neue BVV-Geschäftsordnung durch. Danach sollen vor künftigen BVV-Sitzungen wenigstens zweimonatlich Bürgerfragestunden angesetzt werden, zu denen auch das Bezirksamt eingeladen wird. In den Ausschüssen erhalten Gäste Rederecht. (B. Zt., 2./3.12.) In Biesdorf-Süd soll ein Bürgerbüro eingerichtet werden. PDS-Stadträte werden monatliche Sprechstunden abhalten und öffentlich vor den Marzahnern über ihre Arbeit Bericht erstatten.

Schöneberg, Tiergarten

und Kreuzberg

Westberlin erlebt eine Premiere. Erstmals werden zwei, vielleicht sogar drei Bezirke von bündnisgrünen BürgermeisterInnen verwaltet. In Tiergarten wählte eine Zählgemeinschaft aus SPD (13 Mandate) und Bündnisgrünen (13) am 30.11.1995 Jörn Jensen zum Bürgermeister und gab der CDU (19) das Nachsehen.

Auch in Schöneberg deutet manches darauf hin, daß die Union durch eine Zählgemeinschaft ausgebremst wird. Die SPD hat sich bereiterklärt, die bündnisgrüne Kandidatin Elisabeth Ziemer zu unterstützen. Da jedoch beide Parteien das Amt des Stadtrates für Jugend und Sport für sich beanspruchen, ist nicht ausgeschlossen, daß es doch noch zum Streit kommt. Unter diesen Umständen könnten sich mit der Wahl Elisabeth Ziemers in der BVV-Sitzung am 17.1. doch noch Schwierigkeiten ergeben.

In Kreuzberg erweisen sich die Sozialdemokraten als schlechte Verlierer. In den Verhandlungen mit den Bündnisgrünen, der stärksten BVV-Fraktion, ist zwar Einigung über eine grundsätzliche Zusammenarbeit und über die Verteilung der Stadtratposten erzielt worden; die SPD weigert sich aber nach wie vor, die grüne Bürgermeister-Kandidatin Erika Romberg mitzuwählen. Kritik wird an der Arbeit der seit November 1990 als Baustadträtin in Kreuzberg amtierenden Diplom-Ingenieurin geübt: Viele Vorgänge hätten unter ihrer Verwaltung viel zu lange gedauert, und Informationen aus ihrem Büro seien in nicht ausreichendem Maß zur Verfügung gestellt worden.

Wenn die Ablehnungsfront aus CDU und SPD auf der BVV-Sitzung am 10.1. (nach Redaktionsschluß) Bestand hat, dann werden die Bündnisgrünen, so Erika Romberg, eine öffentliche Diskussion über das SPD-Verhalten führen. Falls kein Kompromiß gefunden wird, ist nicht auszuschließen, daß es noch zu einer Zählgemeinschaft zwischen SPD und CDU kommt.

Von den Kommunen aus die Länderparlamente einkreisen

Ihrem gegenwärtigen Hauptziel, von den anderen als normale, demokratische Partei anerkannt zu werden, ist die PDS in den Ostberliner Bezirken einen Schritt näher gekommen. Zwar hat sie auch in den vergangenen Jahren mit ihren StadträtInnen Realpolitik betreiben können, doch jetzt wird sie in der Öffentlichkeit in viel stärkerem Maß als Verantwortung tragende Kraft wahrgenommen werden. Damit besteht die Chance, das bei vielen Menschen in den fünf neuen Bundesländern immer noch bestehende Mißtrauen gegenüber den Demokratischen Sozialisten Schritt für Schritt abzubauen. Der eigentliche Erfolg der PDS bei den Berliner Wahlen besteht nicht nur darin, sich auf hohem Niveau konsolidiert zu haben. Vielmehr vergrößert er die Chance, dauerhaft zu einer einflußreichen Kraft in Ostdeutschland zu werden. Es wäre allerdings naiv zu glauben, daß damit das Maß an Verteufelung durch ihre politischen Gegner abnehmen wird. Allerdings wird es im Osten u.U. noch schwerer als bisher werden, mit Anti-PDS Parolen Erfolg zu haben. Die Ostableger der bürgerlichen Parteien werden das berücksichtigen müssen.

Längst ist in der PDS erkannt worden, daß der Kommunalpolitik eine entscheidende Bedeutung für das Schicksal der Gesamtpartei zukommen kann. Will sie dauerhaft Erfolg haben, muß sie dort Stärke zeigen. Beweist sie an der Basis Kompetenz, dann wird das auch ihr Gewicht in den Länderparlamenten vergrößern. Gleichzeitig ist Kommunalpolitik aber auch das Politikfeld, auf dem es am schwersten ist, ein einheitliches, erkennbares Profil zu entwickeln. Zu groß ist die Zahl der Akteure, zu unterschiedlich ihr Politikverständnis, und nicht auf einen Nenner zu bringen sind die konkreten Probleme und Bedingungen vor Ort. So fehlt es bisher noch an strategischen Überlegungen, wie Kommunalpolitik nutzbringend in die Gesamtstrategie der Partei eingebunden werden kann. Der Januarparteitag der PDS wird sich mit diesem Thema befassen.

In Berlin sind die Rahmenbedingungen für Bezirkspolitik bekanntermaßen so schlecht wie noch nie. Angesichts eines Haushaltslochs von 3 Mrd. Mark für Gesamtberlin werden auch die Bezirke mit Sparmaßnahmen konfrontiert werden. Bürgerliche Kommentatoren sehen jetzt die Zeit gekommen, da die PDS Verantwortung übernehmen müsse und damit endlich "entzaubert" werde. Auch wenn dahinter viel Wunschdenken steckt: die Herausforderung ist größer geworden. Es wird sich zeigen, ob den BürgerInnen der PDS-verwalteten Stadtteile das Gefühl vermittelt werden kann, jetzt würde stärker in ihrem Sinn gearbeitet.

kuk

Anmerkungen:

1) Die Ablehnung des SPD-Bürgermeisters hat seine Ursache vor allem in der Entmachtung der grünen Stadtbaurätin Dorothee Dubrau im Mai 1995, die von Keil mit Unterstützung von CDU und PDS vorgenommen wurde. Als Begründung war seinerzeit u.a. angeführt worden, daß Dubrau notwendige Bauvorhaben verzögere.

2) Für Frank Bertermann von Bündnis-Mitte ist Sylvia Jastrzembski nicht wählbar, weil sie als ehemaliges Mitglied der SED-Kreisleitung nicht für den Reformflügel der PDS stehe. B. Zt., 16./17.12.

18. Gewerkschaften im Kalten Krieg. Erlebte Geschichte am Beispiel der Montanmitbestimmung - Rezension

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; Zeitgeschichte; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:14

"Ein Buch über Montanmitbestimmung? Und das 1995? Das ist doch kalter Kaffee!" So ähnlich dürften die meisten reagieren, die mit einer Veröffentlichung zu eben diesem Thema konfrontiert werden. Doch das Buch "Erlebte Geschichte. Montanmitbestimmung in Rheinhausen und anderswo" von Werner Balsen, Hans Nakielski und Karl Rössel fällt etwas aus dem Rahmen - insbesondere durch die Geschichte seiner Entstehung und Veröffentlichung.

Als in den achtziger Jahren in der BRD wieder einmal die Schließung von Stahlwerken anstand, kam es insbesondere in Duisburg-Rheinhausen zu erbitterten Auseinandersetzungen. Die Autoren dieses Buches begannen sich vor allem für die Geschichte der Montanmitbestimmung in der BRD zu interessieren. Sie entwickelten ein Konzept und stellten es der Hans-Böckler-Stiftung des DGB vor. Nach einigem Hin und Her wurde man sich einig, und es konnte an die Arbeit gehen. Interviews wurden gemacht, alte Gewerkschafter (es waren in der Tat nur Männer) wurden besucht, Archive durchgesehen.

Das erste Manuskript wurde mit dem Publikationsbeirat der Hans-Böckler-Stiftung diskutiert. Einvernehmlich wurde beschlossen, das Projekt weiter voranzutreiben und tiefer in die Materie einzudringen. Also führten die Autoren weitere Interviews und suchten gezielt Material. Heraus kam ein Stück oral history über die Anfangsjahre der Montanmitbestimmung vor dem Hintergrund des Kalten Krieges.

Auch über die Endfassung und die Publikationsform wurden Autoren und Beirat der Gewerkschaftsstiftung sich einig. Im Herbst 1989 kündigte der Bund-Verlag in seiner Reihe "Mitbestimmung in Theorie und Praxis" das Buch an. Es sollte ca. 30 DM kosten und hatte bereits eine ISBN-Bestellnummer. Doch das Buch erschien nicht. Die Leitung der IG Metall, damals noch unter der Führung von Franz Steinkühler, hatte ihr Mißfallen über dieses Werk geäußert. Insbesondere bemängelte sie die kritische Darstellung des gewerkschaftlichen Umgangs mit KommunistInnen und anderen unbequemen GewerkschafterInnen. Dies - so ihre Kritik - entspreche nicht den historischen Tatsachen. Allerdings erfuhren die Autoren von dieser Kritik erst aus einem Leserbrief der Stiftungsleitung an die DGB-Funktionärszeitschrift Die Quelle. Diese hatte im Dezember 1990 über das Nichterscheinen des Buches berichtet und der DGB-Stiftung "Probleme mit der Perestroika" attestiert.

Offensichtlich war der damaligen IGM-Führung nicht an einer möglicherweise die Gewerkschaften kompromittierenden Publikation gelegen. Schließlich ist es eine längst bekannte Tatsache, daß die bundesdeutschen Gewerkschaften in den fünfziger Jahren ihre Reihen von KommunistInnen und anderen kritischen Menschen gesäubert haben. Die ideologische Ausrichtung der BRD-Gesellschaft für den Kalten Krieg machte auch nicht vor den Toren des DGB halt. Befremdlich ist allerdings, daß noch Ende der achtziger Jahre versucht wird, diese Tatsache zu verschleiern. Bücher sollen nicht erscheinen, Betroffene und Akteure von damals nicht zu Wort kommen. McCarthy hätte an diesem Verhalten seine helle Freude.

Schändlich ist es allerdings, wenn sich die IGM, der DGB und seine Stiftung noch nicht einmal dazu verpflichtet fühlen, sich bei den Autoren für dieses Verhalten zu entschuldigen. Dies würde allerdings voraussetzen, daß die gewerkschaftlichen Zensoren ihr undemokratisches und intolerantes Verhalten überhaupt erkennen; daran habe ich erhebliche Zweifel.

Andreas Skrypietz

Werner Balsen, Hans Nakielski, Karl Rössel: Erlebte Geschichte Montanmitbestimmung in Rheinhausen und anderswo; mit einem Vorwort von Theo Steegmann. Neuer ISP Verlag, Köln 1995, 330 Seiten, 39,80 DM

19. Dissonanzen auf dem Antikapitalismus-Kongreß der PDS

Autor: Peter Nowak · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:07

Ca. 150 TeilnehmerInnen trafen sich am 2./3.12.1995 in der Kreuzberger Jens-Nydal-Schule unter dem Motto "Wie antikapitalistisch kann die PDS sein?" Die Initiative für diese Konferenz ging von der Kommunistischen Plattform in der PDS (KPF) aus. Auch einige Gruppen der AG-Junge GenossInnen (AGJG) sowie der Bundestagsabgeordnete Rolf Köhne waren unter den UnterstützerInnen. Die Vorbereitungen für diese Konferenz begannen schon nach dem letzten PDS-Parteitag (Januar 1995) mit dem erklärten Ziel, vor dem nächsten Parteitag (26.-28.1.1996) "linke Pflöcke in alle politischen Bereiche einzuschlagen, hinter die die Parteiführung nicht mehr zurück kann".

Schon am Samstagnachmittag wurde in den Arbeitskreisen deutlich, daß die Anwesenden außer der Beschwörung einer antikapitalistischen PDS wenig eint. In der AG "Krieg und Frieden, die Nato, die UNO und die BRD" wurde das von Andrea Lederer mitverfaßte "Problempapier zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung und Militäreinsätzen" (siehe ak 384) mehrheitlich verworfen und anstelle eines pazifistischen ein antimilitaristischer Grundkonsens der PDS eingefordert. Am Sonntag verabschiedete die Basiskonferenz mehrere Resolutionen für die 2. Tagung des 4. Parteitags. So soll der PDS-Vorstand zu regelmäßigen Gesprächen mit der Parteiführung der DKP und mit anderen kommunistischen und linken Organisationen aufgefordert werden. Das unter Federführung von Mitgliedern der (KPF) erarbeitete Strategiepapier "Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende" wurde zur Annahme auf dem PDS-Parteitag empfohlen.

Linke Dissonanzen

Als Fazit dieser im Vorfeld je nach Standpunkt mit viel Hoffnungen bzw. Befürchtungen befrachteten Konferenz ist der Einschätzung eines ND-Reporters vom 4.4.95 zuzustimmen: "Vor dieser Opposition muß sich der Parteivorstand nicht fürchten". Das war auch der Eindruck mancher Delegierter, z.B. von Carsten Messerschmidt, Mitglied der PDS-Hannover. Zu Beginn der Konferenz brachte er in einem aufrüttelnden Redebeitrag seine Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Tagung der Beginn einer Vernetzung sein werde, um gemeinsam der Rechtsentwicklung der PDS entgegenzutreten. Am Nachmittag des letzten Tages stellte er enttäuscht fest, daß sich seine Erwartungen nicht erfüllt hatten.

Bezeichnend für die politischen Differenzen innerhalb der KonferenzteilnehmerInnen war die Behandlung eines von Göttinger PDSlerInnen eingebrachten Resolutionsentwurfes. Die AntragstellerInnen wollten - auf Grundlage der im Parteiprogramm festgeschriebenen Ablehnung der Atomtechnologie - die PDS stärker in die bevorstehenden Anti-AKW-Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Castortransporten nach Gorleben und in die geplanten Aktionen zum zehnten Jahrestag des Reaktorunfalls von Tschernobyl integrieren. Auf der Konferenz fand dieser Antrag allerdings keine Mehrheit. Um eine sich abzeichnende Ablehnung zu verhindern, empfahl die Konferenzleitung schließlich die Nichtbefassung. Die Vorsitzende der AGJG, Angela Marquardt, die als stellvertretende Parteivorsitzende für den Parteivorstand an der Konferenz teilnahm, erklärte den konsternierten Göttinger GenossInnen, daß im Parteivorstand bereits über die Teilnahme an den Anti-AKW-Aktionen im kommenden Jahr diskutiert werde.

In dieser Frage war die "linke" Konferenz mehrheitlich dem Parteivorstand wahrlich keinen Schritt voraus, sondern etwa auf dem Stand der DKP vor Tschernobyl. Das ist kein Einzelfall. Auf einer bundesweiten Tagung der KPF Anfang 1995 in Berlin konnte eine Jenaer KPF-Genossin unwidersprochen behaupten, die Anti-AKW-Bewegung werde von den Ölkonzernen aus den USA gelenkt, um eine eigenständige Energieversorgung der europäischen Länder zu torpedieren. Ein Brief von zwei Teilnehmern dieser Konferenz, in dem jene Verschwörungstheorie energisch zurückwiesen wurde, ist in den Mitteilungen, dem Publikationsorgan der KPF, in einer Weise gekürzt worden, daß jeder Hinweis darauf fehlte.

Die Diskussion auf dem Antikapitalismuskongreß wäre sicherlich anders verlaufen, wenn es ansatzweise gelungen wäre, die Linken in und um die PDS in ihrer ganzen Breite zu vernetzen. Zwar erweckte der oben erwähnte UnterstützerInnenkreis diesen Anschein. Allerdings war von den dort aufgeführten Gruppen der AGJG wenig zu hören. Das KPF-Spektrum blieb im wesentlichen unter sich. Dort gibt es allerdings durchaus

Differenzierungen, die bereits im letzten Jahr bei der Auseinandersetzung um Sarah Wagenknecht deutlich wurden.

Mehrheitlich sind dort Positionen zu finden, wie wir sie von der DKP kennen: Befürwortung von Bündnissen mit der Sozialdemokratie und Distanz zu unabhängigen Linken. Das wäre sicherlich keine wünschenswerte Alternative zum gegenwärtigen Kurs der PDS. Allerdings gibt es vor allem in der West-KPF GenossInnen, die sich auf linkskommunistische Positionen beziehen. Als die KPF-Hannover anläßlich der Diskussion über Bundeswehreinsätze in der Bundestagsfraktion erklärte: "Was der rechte Flügel der PDS in den Vorständen und Fraktionen betreibt, ist der Ausverkauf der Partei, die Kapitulation vor dem bürgerlichen System" und mit Blick auf diese Vorstände die Parteibasis dazu aufrief: "Verweigert ihnen den Gehorsam", schreckte der KPF-Vorstand ob des kulturrevolutionären Gestus zurück und distanzierte sich von dieser Erklärung.

In der Ost-KPF gibt es marxistische Intellektuelle, deren Staatskritik eine wichtige Rolle in der PDS-Linken spielen könnte. Die meisten halten allerdings über das im Frühjahr dieses Jahres gegründete Marxistische Forum gute Kontakte zu Teilen des Parteivorstands und verstehen sich nicht als Parteiopposition. Die linke PDS-Opposition zum Parteivorstand trat nicht gerade mit radikalen Analysen an die Öffentlichkeit. Beispielsweise hat sich vor einigen Monaten ein Forum West gegründet, das seinem Anspruch nach Sammelbecken der linken PDSlerInnen Westberlins sein soll. In dessen Papieren wurde die Dominanz reformistischer Positionen in den Parteigremien vor allem mit einer Verschwörung trotzkistischer Seilschaften erklärt. Da wird sogar akribisch aufgelistet, daß der Pressesprecher der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus in einer WG mit Mitgliedern dieser Verschwörer wohne. So hatte es der PDS-Vorstand leicht, diese Erklärung als nicht diskussionswürdig abzutun. Zwar hat das Forum West seinen verschwörungstheoretischen Ansatz in neueren Erklärungen abgeschwächt, aber mit einem marxistischen Erklärungsansatz für die Dominanz reformistischer Positionen in den Berliner PDS-Gremien ist es bisher nicht hervorgetreten.

Keine Gründung einer marxistischen Jugendorganisation

Eher mit Ausgrenzungen als mit Aufbruchstimmung machten verschiedene Jugendgruppen auf einem Treffen am 12.12.95 in Hannover von sich reden. Verschiedene TeilnehmerInnen erklärten, daß - gemessen am ursprünglichen Ziel, eine marxistische Jugendorganisation in Konkurrenz zur AGJG zu gründen - das Treffen gescheitert sei. Selbst der jw-Redakteur Jürgen Elsässer, der seine Sympathie für diese marxistische Jugendopposition schon vor Monaten in einem konkret-Artikel(3/95) deutlich zum Ausdruck gebracht hatte, mußte harsche Kritik wegen seines Referats einstecken. Hatte Elsässer doch darin postuliert, daß ein moderner, revolutionärer Jugendverband sich neben Marx und Lenin auch auf Teile der modernen Kulturbewegung berufen müsse. Beispielhaft nannte er das Lied Imagine von John Lennon, in dem Basiskategorien der bürgerlichen Gesellschaft angegriffen würden. Trotzig beschworen einige der KongreßteilnehmerInnen den Marxismus-Leninismus statt des Marxismus-Lennonismus.

Das größte Manko der linken PDS-Opposition ist zweifellos ihre Zersplitterung in verschiedene Fraktionen. Zwar wollen alle einen Rechtsruck der PDS verhindern und üben harte, teilweise vernichtende Kritik am Parteivorstand, sie bekämpfen sich oft aber auch untereinander. Zu nennen wäre hier das Nichtverhältnis zwischen der KPF und der AGJG. Die Politik des Parteispitze um Gysi trägt zu dieser Differenzierung sicherlich bei. Mit der Wahl von Angela Marquardt zur Stellvertretenden Parteivorsitzenden besteht nicht nur die Gefahr der Vereinnahmung eines Teils der Linken durch den Parteivorstand. Sicherlich dürfte bei Gysis Protektion der AGJG der Gedanke, ein Gegengewicht gegen die KPF zu bilden und WählerInnen-Stimmen aus dem ost-bürgerbewegten, west-grünen und autonom-antiimperialistischen Spektrum zu bekommen, keine unmaßgebliche Rolle gespielt haben. Die Folgen waren auf der oben erwähnten Berliner Konferenz deutlich zu sehen. Angela Marquardt war auf der Konferenz als Vertreterin des Parteivorstands anwesend, obwohl sie ebenfalls eine Rechtsentwicklung der Partei ablehnt.

PDS-Linke steht

nicht im Abseits

Die KongreßinitiatorInnen interpretierten den letzten Parteitag als eine Niederlage für die Linke. Dabei beziehen sie sich im wesentlichen auf die Diskussion um die Abwahl der KPF-Vertreterin Sarah Wagenknecht aus dem Parteivorstand sowie auf die Debatte um die Unvereinbarkeit antikommunistischen

Selbstverständnisses mit der PDS-Mitgliedschaft. Die Wahl von Angela Marquardt zur Stellvertretenden Parteivorsitzenden sowie anderer VertreterInnen der AGJG in den Parteivorstand hingegen wird dort nicht weiter reflektiert. Sonst müßten sie zumindest konzedieren, daß von einer Niederlage der Linken nur gesprochen werden kann, wenn alle außerhalb der KPF als Nicht-Linke angesehen werden.

Es ist gerade das Spektrum der AGJG, das außerparlamentarische Bündnisarbeit unterstützt und in der PDS randständige Themen wie Antifa-Arbeit, die über Traditionalismus hinausgeht, Antirepressionsarbeit, antipatriarchale Arbeit, Kampf gegen AKWs etc. besetzt. Zu erwähnen sei hier auch die Auseinandersetzung von Angela Marquardt mit dem PDS-Bürgermeister von Hoyerswerda wegen dessen entschuldigenden Erklärungen für das rassistische Verhalten von Teilen der Einwohner seiner Stadt. Ob solche Auseinandersetzungen unter einem KPF-dominierten PDS-Vorstand möglich wären, ist nicht sicher. So war von profilierten KPF-Leuten oder in deren Publikationen wenig bis nichts zu dieser Kontroverse zu vernehmen.

Andererseits soll die praktische Politik einzelner West-KPFlerInnen nicht unerwähnt bleiben. So bezieht die KPF-Niedersachsen vehement Stellung gegen die Verfolgung politisch aktiver KurdInnen. Der Mitorganisator der Berliner Konferenz, das Hamburger KPF-Mitglied Andreas Grünwald, der als GAL-Mitglied nicht zum linken Flügel gehörte, war Anmelder der Demonstration linksradikaler Gruppen gegen die Kriminalisierung der Radikal am 16.12. Die KPF-Westberlin unterstützte in einer Resolution die Freilassung der Gefangenen aus der RAF. Allerdings finden solche Standpunkte bei der Mehrheit der KPF - anders als bei den Jungen GenossInnen - kaum Unterstützung.

Nicht nur aus KPF-Kreisen kommt Kritik an der AGJG wegen deren fehlender Staatsanalyse. Daß Radikalität bei bestimmten Fragen einen Rückfall in den Reformismus nicht verhindern kann, ist an den Spontis oder ehemaligen Autonomen, die heute politischen Pragmatismus pflegen, oft genug demonstriert worden. Umgekehrt sind eine marxistische Staatskritik und eine verbal vorgetragene antikapitalistische Haltung ohne eine Auseinandersetzung mit Widersprüchen, die nicht eindeutig ökonomisch ableitbar sind, meist zum politisch unfruchtbaren SektiererInnentum verurteilt.

Aus linker Geschichte

nichts gelernt?

So findet momentan auf der Mikroebene der PDS noch einmal eine Auseinandersetzung statt, die Ende der 70er Jahre in der BRD und in den westeuropäischen Ländern die Linke durcheinander gewirbelt hat. Die verschiedenen kommunistischen Gruppen hatten den Anspruch, den Kapitalismus revolutionär zu überwinden. Feministische und ökologische Kritik wurde von ihnen als kleinbürgerlich denunziert und abgetan. Feministinnen, Spontis, Anti-AKW-Inis und andere Gruppen der undogmatischen Linken hingegen machten gerade die von den K-Gruppen denunzierten nichtökonomischen Widersprüche zum Mittelpunkt ihrer Politik. In der Ablehnung des K-Gruppen-Dogmatismus warfen sie oft jede Staatskritik mit über Bord.

Obwohl die meisten der damaligen ProtagonistInnen - darin die K-Gruppen-Kritik scheinbar bestätigend - längst ihren Frieden mit dem Staat gemacht haben, ob als grüne PolitikerInnnen, staatstragende Feministinnen, linke/r DozentIn etc., haben ihre politischen Interventionen gegenüber der K-Gruppen-Ideologie zweifelsohne Fortschritte in Theorie und Praxis bewirkt. MarxistInnen wie der Psychologieprofessor Peter Brückner oder die italienische Il-Manifesto-Mitbegründerin Rossana Rossanda haben dies schon vor 15 Jahren erkannt. Nur scheinen diese Debatten heute in der PDS-Linken keine Rolle zu spielen. Dabei wären hier durchaus Ansätze für die Aufhebung der scheinbar unvereinbaren Strömungen der PDS-Linken zu finden. Dafür gibt es aber keine Anzeichen. Angesichts der Schwäche der PDS-Linken könnte die Parteispitze Erfolg bei dem Versuch haben, unter Verweis auf die gebotene Koalitionsfähigkeit den Kurs der Sozialdemokratisierung auf den verschiedensten Ebenen zu forcieren.

Peter Nowak

Grafik (links): Peter Porsch/DISPUT

20. Drogenabhängige Gefangene und die Ignoranz der Justiz

Autor: jes · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:09

Bereits seit langem ist es immer wieder das Bestreben von Gefangenen, dem harten Knastalltag zumindest teilweise zu entfliehen, dies war bereits zu Zuchthauszeiten so, damals wie heute wird mit selbst hergestellten alkoholischen Getränken und anderen Rauschmitteln versucht, den Alltag zeitweise zu vergessen. Die zunehmende Verbreitung von Drogen und deren Konsum in der Gesellschaft haben allerdings dazu geführt, daß heute auch in den Knästen ein gewaltiges Drogenproblem existiert. Und es sind gerade die Opfer einer über Jahre verfehlten Drogenpolitik, die Abhängigen, die auch hier wieder die Zeche zahlen. Durch Kriminalisierung des Konsums oder aufgrund von "Beschaffungskriminalität" in die Knäste verfrachtet, treffen sie dort nicht selten auf ihre alten Dealer. Und wieder haben Angebot und Nachfrage, zynisch betrachtet, zusammengefunden. Die offizielle Drogenpolitik setzt, allen Diskussionen zum Trotz, bis heute vor allem auf Repression, wohl wissend, daß eine solche Vorgehensweise nicht nur nichts gebracht hat, sondern im Gegenteil kontraproduktiv war und ist - daß sich diese Erkenntnis bei einzelnen Verantwortlichen durchzusetzen beginnt, ändert bislang nichts. Im Gegenteil, ein Rollback in der Drogenpolitik ist bereits im Gange, wenn sich auch manche dem noch zu widersetzen versuchen und insbesondere die Träger der freien Drogenhilfe gegen entsprechende Bestrebungen Front machen. In den Knästen vegetieren die Abhängigen unter den übelsten Bedingungen vor sich hin, ihrer Sucht und den Dealern ausgeliefert. Offizielle Statistiken gibt es nicht, gleichwohl gehen Schätzungen davon aus, daß durchschnittlich 30% der Gefangenen heute regelmäßig Drogen konsumieren, hiervon sind wiederum 30% hochgradig abhängig. Versuche, zu wirklichen Lösungen zu kommen oder auch nur die Situation der Betroffenen zu verbessern, werden durch einen unbeweglichen Apparat abgeblockt. So scheiterte der Versuch des ehemaligen Hamburger Justizsenators Hardraht, den Spritzentausch auch im Knast einzuführen, am Widerstand von Teilen seines Justizapparates - jenen Teilen, die vor allem im Deutschen Beamtenbund oder dem Bund der Strafvollzugsbediensteten organisiert sind.

Die Situation der Betroffenen

Seit langem besteht das Problem der Überbelegung der Knäste. In Hamburg stehen 2.800 Haftplätze derzeit etwa 3.200 Gefangene gegenüber. Ist dies ohnehin schon problematisch genug, so führt es auch dazu, daß die Zahl der drogenabhängigen Gefangenen weiter ansteigt, denn es sind oft gerade die wegen kleinerer Delikte der Beschaffung (Ladendiebstahl, Diebstahl, Einbruch etc.) eingesperrten Abhängigen, die zur Ausweitung beitragen. Die 2.800 Haftplätze gliedern sich in etwa 1.000 Plätze für Untersuchungs- und Abschiebegefangene und 1.800 Plätze für Strafgefangene, hiervon etwa 700 im sogenannten "offenen Vollzug". Und gerade dort, im "offenen Vollzug" ohne Mauern, wo vor allem Gefangene mit kürzeren Strafen einsitzen, ist das Drogenproblem am größten. In einzelnen Knästen des "offenen Vollzuges" sind mehr als 50% der Gefangenen drogenabhängig. Hier besteht auch die beste Möglichkeit, an alle Arten von Drogen relativ problemlos heranzukommen - vorausgesetzt, man kann sie bezahlen.

Auch im geschlossenen Vollzug findet ein reger Handel und Konsum von Drogen statt, alle Drogen sind erhältlich - wenn auch zu einem sehr viel höheren Preis. Drogen gelangen auf verschiedenen Wegen in die Knäste: sie werden beim Besuch oder beim "Ausgang" in den Knast geschmuggelt, versteckt in Tennisbällen über die Mauer geworfen oder durch Beamte gegen ein saftiges Entgelt in den Knast gebracht. Während sich mancher Dealer daran "eine goldene Nase verdient", heißt das für die Abhängigen: der gesamte Alltag ist nur noch Beschaffung. Vor allem heißt das: Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel zum Kauf der Droge. Wenn Freunde oder Verwandte außerhalb der Mauer nicht mehr bereit sind, Geld zur Verfügung zu stellen oder es wie in vielen Fällen niemanden außerhalb des Knastes gibt, muß der Betroffenen drinnen die notwendigen Mittel auftreiben. Indem er als Kleindealer oder Verteiler tätig wird, indem er den Stoff "bunkert" (für einen Dealer aufbewahrt), neue Kunden gewinnt oder sich, falls er Vollzugslockerungen erhält, am Schmuggel in den Knast beteiligt.

Abhängige verkaufen buchstäblich das letzte Hemd, sie putzen Zellen für andere Gefangene (der "Tarif" hierfür beträgt DM 10.-), leisten je nach ihren Möglichkeiten andere Hilfsarbeiten oder sind gezwungen, sich zu prostituieren. In der Regel sind die Abhängigen ständig verschuldet, und wenn sie diese Schulden nicht

zahlen, droht ihnen der Besuch handfester Schuldeneintreiber. Wer in diesem Kreislauf steckt, kommt ohne Hilfe nicht heraus - dies gelingt schon draußen nicht, unter den Knastbedingungen schon gar nicht. Und auch hier drin sehen manche dann keine andere Möglichkeit mehr, als durch Diebstahl bei Mitgefangenen, Zellenaufbrüche oder gar vereinzelte Überfälle auf andere Gefangene an die notwendigen Mittel zu kommen. All das belastet das Klima im Knast insgesamt erheblich.

Die hygienischen Umstände, unter denen sich Abhängige im Knast Heroin oder andere Drogen spritzen, sind oft katastrophal, das Gesundheitsrisiko erheblich. Sterile Spritzen gibt es nicht, der Versuch des ehemaligen Hamburger Justizsenators Hardraht, den Spritzentausch auch im Knast zu ermöglichen, verursachte öffentliches Aufsehen und scheiterte letztlich an Teilen seines Beamtenapparates. Die Gefahr für die Betroffenen, sich mit Hepatitis oder Aids zu infizieren, ist erheblich höher als unter Abhängigen draußen. Eine Gesundheitsfürsorge gibt es nicht, sie existiert ebenso wenig wie soziale Betreuung.

Ignoranz und

Repression statt Hilfe

Drogenabhängigen Gefangenen, die sich im geschlossenen Vollzug befinden, werden in der Regel mit dem Argument der "Flucht- und Mißbrauchsgefahr" keine Vollzugslockerungen gewährt, sie werden zusätzlich isoliert, der Vollzug läuft, mehr noch als ohnehin, auf eine bloße Verwahrung hinaus, die weder an der Drogenproblematik etwas ändert noch dem Betroffenen hilft. Neben der alltäglichen Jagd nach der Droge sind die Abhängigen auch dem ständigen Druck der Repression ausgesetzt, müssen, wenn sie erwischt werden, mit Arrest oder anderen Disziplinarmaßnahmen oder gar Strafanzeigen rechnen. Der Grad der Repression ist in den einzelnen Anstalten unterschiedlich, gemeinsam ist allen die Ignoranz gegenüber den Problemen der Betroffenen und der Zynismus, mit dem die Situation der Abhängigen für die eigenen Zwecke funktionalisiert wird. Handel und Konsum finden quasi unter den Augen der Justiz statt, inoffiziell geduldet, weil man weder Willens noch in der Lage ist, das Elend der Abhängigkeit zu beenden. Zugegeben, eine Institution wie der Knast ist zweifellos am Schlechtesten geeignet, das Drogenproblem zu lösen, für die Betroffenen ist das allerdings unwichtig. Am Beispiel der Anstalt II der JVA Fuhlsbüttel ("Santa Fu") soll hier einmal der Umgang der Justiz mit der Problematik aufgezeigt werden:

In "Santa Fu" sind etwa 450 Gefangene inhaftiert, die meisten sind zu längeren Haftstrafen verurteilt. Mit der seit einigen Jahren bestehenden Überbelegung der Hamburger Knäste wurden dort zunehmend auch Gefangene mit kürzeren Haftstrafen aufgenommen, unter ihnen viele Drogenabhängige. Dadurch bekam das Drogenproblem dort zunehmend eine Bedeutung und führte teilweise zu erheblicher Unruhe unter den Gefangenen. Seit Jahren fordert die dortige Insassenvertretung regelmäßig und vehement eine entsprechende Beschäftigung und Auseinandersetzung mit dem Problem - es gibt sie bis heute nicht. Ein Drittel der dortigen Gefangenen konsumiert regelmäßig Drogen, etwa 50 Gefangene sind hochgradig abhängig. Zum jetzigen Zeitpunkt nehmen 13 Gefangene an einem Substitutionsprogramm teil und werden mit der Ersatzdroge Polamidon versorgt, die notwendige psychosoziale Betreuung leisten Therapeuten der freien Drogenhilfeträger. Die bloße Abgabe der Ersatzdroge jedoch ist, wie alle Beteiligten wissen, keine wirkliche Lösung, andere Unterstützung wie eine entsprechende Vorbereitung der Entlassung, Arbeits- und Wohnungssuche und dergleichen leistet der Vollzug hier nicht, derartige Maßnahmen finden generell so gut wie nicht statt. Die notwendige Ausweitung der Substitution, von freien Trägern wie der Insassenvertretung seit langem gefordert, scheitert an immer neuen Einwänden. Die Anstaltsärztin sei überfordert, entsprechende Mittel nicht vorhanden, eine notwendige Betreuung nicht zu leisten etc. - Ausreden für den Unwillen der Verantwortlichen. Vor einigen Jahren wurde eine sogenannte "geschlossene Station" eingerichtet, die vom sonstigen Knast getrennt ist, und auf der "drogenabhängige Gefangene mit Schuldenproblematik" untergebracht werden. Von dem ursprünglichen Konzept, ausgearbeitet durch den Anstaltspsychologen, ist bis heute nichts übrig geblieben, die Station dient inzwischen lediglich vollzuglichen Interessen: die Betroffenen zu isolieren und aus dem sonstigen Knast fernzuhalten, um dort die Situation zu beruhigen. Dieses Rezept scheint man vermehrt verfolgen zu wollen, inzwischen wurde eine weitere, ähnliche Station eingerichtet. Derartige Maßnahmen dienen vor allem einem Zweck: möglichst störungsfreier Ablauf des Vollzuges mit möglichst wenig Arbeitsaufwand. Dieser Maxime hat sich alles unterzuordnen, selbst mit der sonst so gepriesenen "Sicherheit und Ordnung" nimmt man es da mal nicht so genau. Ein wirkliches Vorgehen gegen die Dealer im Knast, die oft genug bekannt sind, wird von den Verantwortlichen in der Justizbehörde nicht gewünscht. Das nämlich hätte zur Folge, daß die Versorgung der Abhängigen mit der Droge nicht mehr

funktionieren würde, was diese auf die Barrikaden triebe - mit der "Ruhe" und dem ungestörten Ablauf des Vollzuges wäre es vorbei. Man stelle sich vor, wie 50 bis 100 oder noch mehr Gefangene mit entsprechenden Entzugserscheinungen durch den Knast laufen und dringend ärztlicher wie sonstiger Hilfe bedürfen - nein, da erscheint es schon bequemer, es so zu lassen, wie es ist und sei es auf dem Rücken der Betroffenen. So wird also - natürlich nicht offiziell - Handel und Konsum weiterhin geduldet, ab und an mal an einer Durchsuchung oder einem Disziplinarverfahren gezeigt, daß man das Ganze "im Auge hat", und der Zweck heiligt die Mittel. Es finden sich noch andere nützliche Begleiterscheinungen, wie sie etwa gerade in einem Prozeß vor dem Hamburger Landgericht beispielhaft deutlich werden: ein angeworbener Spitzel unter den Gefangenen, dem rechtswidrig vollzugliche Vorteile versprochen wurden, versprach einem Mitgefangenen Hilfe von draußen bei einer Befreiungsaktion. Die Bezahlung sollte durch Verwandte des Gefangenen erfolgen, die jetzt vor Gericht stehen, und zwar - auf nachdrücklichen Wunsch der eingesetzten LKA-Beamten, die die potentiellen Befreier spielten - nicht in bar, sondern in Drogen. Die Tatsache, daß sich die Verwandten auf das Spiel schließlich einließen, brachte sie vor Gericht - und das staunt nicht schlecht über die wahren Zusammenhänge.

Verantwortlich für diese Aktion war der Sicherheitsbeauftragte des Hamburger Strafvollzugsamtes, Hans Seemann, ein erklärter Gegner jeglichen liberalen Ansatzes im Strafvollzug, der bereits wegen illegaler Praktiken im Zusammenhang mit abgehörten Telefonaten in die Schlagzeilen geriet. So wird also nicht nur Spitzeltum gefördert - das gerade unter drogenabhängigen Gefangenen verbreitet ist - um so an gewünschte Informationen zu kommen, es werden Straftaten inszeniert und vorbereitet. Derart kriminelle Machenschaften landen allerdings nicht vor Gericht, sondern dienen dem Beweis der eigenen Bedeutung und Nützlichkeit - vollzugliche Drogenpolitik der besonderen Art.

Tatsächliche Hilfen für abhängige Gefangene gibt es nicht, sie werden mit ihren Problemen allein gelassen, verwahrt, benutzt und dann in den bekannten Kreislauf der Drogenszene zurückgeschickt. Die eigentlich notwendige Zusammenarbeit zwischen Justiz, Sozialhilfeträgern, der Drogenhilfe und anderen Stellen existiert nicht. Therapieangebote sind Mangelware, um einen Therapieplatz müssen sich die Gefangenen ebenso selbst kümmern wie um die notwendige Kostenzusage - wer das nicht schafft, Pech gehabt. Sozialarbeiter gibt es generell nicht, der Anstaltspsychologe erfüllt Alibifunktion, und die Bediensteten im Vollzug, ob Beamter des "Allgemeinen Vollzugsdienstes", Abteilungsleiter oder Vollzugsleiter, fühlen sich eher überfordert und können mit der Situation nicht kompetent umgehen. Und während die politisch Verantwortlichen wie Bürgermeister Voscherau heuchlerisch von "kontrollierter Drogenfreigabe" schwafeln, sieht die Situation in ihrem Verantwortungsbereich - nicht nur in den Knästen - ganz anders aus: menschenunwürdig. Der Drogenbeauftragte des Hamburger Senats, Horst Bossong, sagte ein geplantes Gespräch mit der Insassenvertretung inzwischen ab.

Zugegeben, die Situation ist in anderen Bundesländern ähnlich, Hamburg nur ein Beispiel - aber ein schlechtes.

jes

21. Eine Polizeibehörde verselbständigt sich. Zur Novellierung des BKA-Gesetzes

Autor: Mark Holzberger, Ulla Jelpke · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Polizei · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:30

Gegenstand parlamentarischer Beratungen ist zur Zeit der von der Bundesregierung im Februar vergangenen Jahres vorgelegte Entwurf für die Neufassung des Gesetzes über das Bundeskriminalamt (BKA-Gesetz). Das sogenannte "Volkszählungsurteil" des Bundesverfassungsgerichts 1983 und das darin erstmals formulierte "informationelle Selbstbestimmungsrecht" (1) machten eine Neufassung von Gesetzen notwendig, in denen es um die Erfassung, Speicherung, Verarbeitung, Übermittlung und Löschung personenbezogener Daten geht.

Seit dem Grundsatzurteil des Karlsruher Verfassungsgerichts sind 12 Jahre verstrichen - und die Neufassung des BKA-Gesetzes wurde immer wieder verschoben. Letzten Juli riß dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof der Geduldsfaden. Er stellte fest, daß der - den Behörden in dem Volkszählungsurteil zugebilligte - "Übergangsbonus" zur Novellierung des BKA-Gesetzes endgültig abgelaufen sei. Die VerwaltungsrichterInnen kamen zu dem Schluß, daß nunmehr einE jedE, die unschuldig in ein Ermittlungsverfahren geraten - und deswegen in einem BKA-Computer gespeichert worden - sei, die Löschung ihrer Daten verlangen könne. (FR, 24.6.95)

Im BKA-Gesetz werden im wesentlichen Zuständigkeitsfragen geklärt und die Kompetenzen für die Datenverwaltung des BKA geregelt.

Das Grundgesetz dagegen weist dem BKA nur die Aufgabe der Strafverfolgung zu. Die sogenannte "Gefahrenabwehr" ist demnach allein Sache der Länderpolizeien. Nun möchte das Bundeskabinett aber dem BKA im Bereich der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit auch die Aufgabe der Verhütung von Straftaten zuschanzen. Auf den Einwand des Bundesrates bzw. der Datenschutzbeauftragten, hierbei handele es sich um "eine verfassungsrechtlich äußerst bedenkliche Kompetenzverschiebung zuungunsten der Bundesländer", entgegnet die Bundesregierung: "Insbesondere im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität ist eine konsequente Trennung zwischen Prävention und Repression nicht möglich. Eine Festlegung unterschiedlicher Dienstwege für die Verhütung und die Verfolgung von Straftaten wäre daher nicht praktikabel und würde zu unvertretbaren Erkenntnisdefiziten führen." (2)

Das BKA erklärt sich selber als zuständig für alle Straftaten mit "länderübergreifender, internationaler oder erheblicher Bedeutung". Niemand weiß so recht zu erklären, was unter "Straftaten von erheblicher Bedeutung" zu verstehen ist. Auch die Erläuterungen der Bundesregierung sind da wenig aufschlußreich. Demnach handele es sich hierbei um "Straftaten, die den Rechtsfrieden empfindlich stören oder geeignet sind, das Gefühl der Rechtssicherheit der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen (bzw.) ein Delikt, das mindestens der mittleren Kriminalität zuzurechnen ist." (3) Damit versucht die Bundesregierung einen "unbestimmten Rechtsbegriff" (4) durch drei weitere, ebenso windige Umschreibungen zu erklären. Tatsächlich geht es ihr aber nur darum, dem BKA faktisch eine allumfassende Zuständigkeit jenseits der Bagatellkriminalität einzuräumen.

Das BKA soll personenbezogene Daten von ZeugInnen, Auskunftspersonen, potentiellen (!) Opfern wie auch von sogenannten "Kontakt- und Begleitpersonen" erfassen. Die Sammlung dieser Daten soll zwar nur mit Einwilligung der/des Betroffenen erfolgen. Allerdings werden unter "Kontakt- und Begleitpersonen" auch sogenannte "Nahtstellenpersonen des terroristischen Umfeldes" verstanden. (5) Somit dürfte fraglich sein, ob das - ansonsten ja begrüßenswerte - Kriterium der Freiwilligkeit bei dieser Form der Datenerhebung sich als realitätstüchtig wird erweisen können.

Doch damit ist der Datenhunger des BKA noch lange nicht befriedigt. Auch "sonstige Personen" - also solche, die in der Vergangenheit weder als BeschuldigteR, noch als VerdächtigteR in Erscheinung getreten sind - sollen aufgrund von Strafverfahrensdaten sowie von Daten aus dem "präventiven Aufgabenbereich der Polizei" erfaßt werden dürfen. Wenn die "Persönlichkeit des Betroffenen oder sonstige Erkenntnisse" die polizeiliche Annahme stützen, daß in Zukunft Strafverfahren gegen diese Person zu führen sein werden - schon kann mensch im BKA-Computer landen. Dabei ist vollkommen unklar, nach welchen Kriterien eine "Persönlichkeit" beurteilt wird bzw. um was für "sonstige Erkenntnisse" es sich handelt.

Und damit dem BKA das Datenmaterial nie ausgehen möge, bemüht sich das Amt denn auch gerne selber um ein kontinuierliches Datenaufkommen. "Aktive Informationsbeschaffung" nennt die Bundesregierung die Informationsquellen des BKA. (6) Auf seiner Suche nach personenbezogenen Daten und sogenannten "personenbezogenen Hinweisen" (7) kann das BKA "zur Ergänzung vorhandener Sachverhalte" Dateien anderer öffentlicher Stellen, privater Anbieter und selbstverständlich auch die anderer Staaten und internationaler Organisationen anzapfen. (8)

DatenschützerInnen stehen bei dieser uferlosen Informations-Sammelwut des BKA die Haare zu Berge. (9) Die (sozialdemokratisch regierte) Mehrheit der Bundesländer fürchtet weit weniger die Erfassung möglichst vieler Daten als deren zentralisierter Verwaltung beim BKA. Da das Wiesbadener Amt als Zentralstelle nicht nur für INTERPOL, sondern auch für die geplante EUROPOL-Behörde fungiert, machen sich die Länderpolizeien ernsthaft Sorgen um die internationale Übermittlung der von ihnen datenschutzrechtlich zu verantwortenden Informationen. Der Bundesrat befürchtet eine u.U. automatisierte Weitergabe "besonders sensibler Daten" durch das BKA an die o.g. Empfänger - ohne daß die zuständigen Staatsanwaltschaften befragt, die Länderpolizeien konsultiert werden, geschweige denn, daß dieses Verfahren durch die jeweiligen Datenschutzbehörden kontrolliert werden dürfte.

Lauschangriff,

Zeugenschutz, Terrorismus

Der Bundesregierung liegen aber auch die drei geplanten Kompetenzerweiterungen des BKA am Herzen. Die linke und liberale Öffentlichkeit sollte Inhalt, Begründung und die Folgen dieser Zuständigkeitserweiterung nicht auf die leichte Schulter nehmen:

Zum einen soll der Gesetzentwurf das BKA zur Durchführung eines Lauschangriffs innerhalb von Wohnungen ermächtigen. Zur Eigensicherung speziell von verdeckten Ermittlern der Polizei (10) soll das akustische und optische Aufzeichnen des gesprochenen Wortes in Wohnungen erlaubt werden.

Sind die Gespräche und Bilder erst einmal aufgezeichnet, dürfen sie auch zu anderen Zwecken verwandt werden. Ein staatsschutzrechtliches Ermittlungsverfahren oder auch nur der "Schutz von erheblichen Sach- oder Vermögenswerten" reichen aus, um eine spätere zweckentfremdete Nutzung dieser Lauschangriff-Informationen zu rechtfertigen.

Zweitens soll das BKA nunmehr legal sogenannten "Zeugenschutzprogramme" durchführen können. Damit sind Maßnahmen gemeint, ZeugInnen während eines Ermittlungs- bzw. Strafverfahrens vor Gefahren zu schützen, die ihnen tatsächlich (oder vorgeblich) von Seiten der/des Angeklagten (bzw. deren/dessen Hintermänner) drohen. So einleuchtend polizeilicher Schutz auf den ersten Blick erscheinen mag: Zeugenschutzprogramme eröffnen auch Risiken, z. B. für die Transparenz des Ermittlungs- bzw. Strafverfahrens. Aber auch die betroffene Person gerät in ein Abhängigkeitsverhältnis zu der sie schützenden Polizei. Und dieses Ausgeliefertsein wird um so größer sein, je intensiver der/die ZeugIn abgeschirmt wird. (11)

Problematisch ist an Zeugenschutzprogrammen zudem die Anordnungskompetenz bzw. fehlende Überprüfungsmöglichkeit derartiger Maßnahmen. Die Polizei schirmt geschützte ZeugInnen nämlich nicht nur vor der/dem Angeklagten und deren/dessen Verteidigung ab. Auch Gerichte und Staatsanwaltschaften werden hierbei notfalls hinters Licht geführt.

Wann und welche Schutzmaßnahmen durchgeführt werden, wer den/die ZeugIn, wann was in ihrem/dessen Versteck fragen kann, all das wird möglichst unter alleiniger polizeilicher Regie entschieden. Dort wo es um KronzeugInnen geht - und Zeugenschutzprogramme sind aufs engste mit der Rechtsfigur von KronzeugInnen verbunden (12) - geht es dem polizeilichen Staatsschutz immer wieder auch darum, die verschiedenen Parteien eines Strafverfahrens an der Nase herumzuführen. Der Berliner "Schmücker-Prozeß" war hierfür ein Paradebeispiel, ebenso der Fall des VS-Spitzels Klaus Steinmetz. Der im Düsseldorfer KurdInnen-Prozeß zum Einsatz gekommene kurdische Kronzeuge Ali Cetiner saß 1989 über zehn Monate als "bestbeschützter Zeuge der Bundesrepublik Deutschland" in einer Westberliner Haftanstalt, ohne daß die zuständige Justizverwaltung offiziell hiervon Kenntnis hatte.

Schließlich soll das BKA mit einer erweiterten Zuständigkeit bei der Verfolgung ausländischer "Terroristen" beglückt werden. Die Bundesregierung hat nämlich ein angebliches "polizeiliches Vakuum" ausgemacht:

"Insbesondere für die Bereiche der terroristischen Aktionen gegen deutsche Interessen im Ausland, bei denen - jedenfalls zunächst - sich entweder überhaupt kein Bezug zu einem bestimmten Land herstellen läßt oder dieser sich nur aus dem Wohnsitz des oder der Opfer ableiten ließe, sowie terroristische Aktionen ausländischer Terroristen im Inland, deren Zielsetzung sich nicht einem bestimmten Land zuordnen läßt, weil die Aktion nicht regional zu benennen ist oder mehrere Bundesländer betrifft. Weiterhin fallen hierunter die Fälle politisch motivierter Aktivitäten ausländischer Tätergruppen mit dem Ziel einer Nötigung von Verfassungsorganen oder ihrer Mitglieder und die Fälle sogenannten Staatsterrorismus." (13)

Nachdem die "Weltgemeinschaft" sich bereits an deutsche Soldaten gewöhnen durfte, wird sie sich demnächst auf die verstärkte Rolle der BRD als Weltpolizist zur Absicherung ihrer imperialistischen Interessen im Ausland einstellen müssen.

Eine verselbständigte Überpolizei droht

Die differenzierteste Kritik an den Plänen zur Novelle des BKA-Gesetzes kommt aus den Datenschutzbehörden: Sie monieren das Entstehen einer "Überpolizei", deren zügelloser Appetit nach Informationen keiner eingrenzbaren Aufgabe mehr dient, sondern zum regelrechten "Selbstzweck" verkommt.

Der "Deutsche Richterbund" spricht in seiner Stellungnahme vom letzten Jahr von einer mit "wachsender Sorge" zu beobachtenden Entwicklung bei der Kriminalitätsbekämpfung: Die "Mittel und Möglichkeiten der Polizei werden gestärkt, aber die Bedeutung der Staatsanwaltschaften und Gerichte für die Gewaltenteilung nicht berücksichtigt". Mit dieser vornehm formulierten Kritik spielt der eher konservative Richterbund auf den systematischen Abbau der staatsanwaltschaftlichen Kontroll- und Leitungsbefugnisse z. B. bei der Praxis der Datenweitergabe durch das BKA. Die eigentlichen Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaften werden zu deren faktischen Drahtziehern. Aber auch die richterlichen Kontrollmöglichkeiten verkommen zugunsten erleichterter Anordnungsmöglichkeiten des BKA, z. B. bei der berüchtigten "beobachtenden Fahndung", zur Makulatur.

Die Rote Hilfe (RH-Zeitung 2/95) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Kritische PolizistInnen haben sich kritisch mit dem BKA-Gesetzentwurf auseinandergesetzt. Letztere sieht die Gefahr, daß bei der Verabschiedung des BKA-Gesetzes in der derzeitigen Fassung "das föderalistische System im Sicherheitsbereich vollends unterlaufen" werden würde. (Unbequem , Juni '95).

Trotz dieser vorliegenden Kritiken muß gesagt werden, daß die Dimension der BKA-Gesetzesnovelle bislang noch nicht hinreichend außerhalb fachspezifischer Gruppierungen und Verbände erfaßt worden ist.

Das schlägt sich auch darin nieder, wie innerhalb des Parlaments mit dem Gesetzentwurf verfahren wird. Die erste Lesung des Entwurfes im Oktober 1995 blieb aufgrund der fehlenden außerparlamentarischen Herausforderung farblos. Bezeichnend war das affirmative Verhalten der Sozialdemokratie: Engagiert, wo es um die - legitimen - Interessen der Bundesländer bzw. der Länderpolizeien geht (wie der von der Bundesregierung bestrittenen Zustimmungspflichtigkeit des BKA-Gesetzes durch den Bundesrat). Ansonsten werden die Kompetenzerweiterungen des BKAs (Lauschangriff, Zeugenschutz und "Terrorismus") im wesentlichen mitgetragen. (14)

Demnächst wird das BKA-Gesetz auf die Tagesordnung des Innenausschusses gesetzt werden. Spätestens dort wird sich zeigen, ob eine Anhörung von Sachverständigen notwendig sein wird, um nochmals auf die aus dem BKA-Gesetzentwurf resultierenden Gefahren hinzuweisen.

Bundesinnenminister Kanther wünschte sich bei der Einbringung des Gesetzentwurfes "einen schnellen Lauf durch alle Gremien". (15) Diesen Gefallen sollten wir dem Minister besser nicht machen.

Mark Holzberger und Ulla Jelpke MdB

Anmerkungen

1) BVerfGE 65, 1ff = Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 1984, 419

2) Bundestags-Drucksache 13/1550, S. 54

3) Bundestags-Drucksache. 13/1550, S. 21

4) So immerhin auch der BKA-Abteilungspräsident a. D. Steinke in: Zeitschrift für Rechtspolitik 1995, S. 213

5) Bundestags-Drucksache. 13/1550, S. 26

6) Bundestags-Drucksache. 13/1550, S. 21f

7) § 7 (3) BKA-GE

8) § 7 (1) BKA-GE

9) Hierzu zählt der BKA-Kriminaldirektor Lersch auch nicht-beamtete Polizeispitzel (Kriminalistik 1995, S. 184). Der Einsatz von BKA-Spitzeln wird sonst an keiner Stelle des Gesetzentwurfes erwähnt und bleibt damit weiterhin nicht geregelt.

10) Vgl. die Kritik des Bundesbeauftragten für Datenschutz v. 20.10.1995

11) So verfolgen Zeugenschutzprogramme vorrangig nur ein Ziel: die Bereitschaft des/der ZeugIn zur belastenden Aussage - notfalls auch gegen seinen/ihren Willen - aufrechtzuerhalten (so: Krehl, NJW 1991, S. 85; Zieger, Berliner Anwaltsblatt 1992, S. 3)

12) Dieser Zusammenhang wurde nochmals bei der Anhörung des Rechtsausschusses für die Verlängerung der Kronzeugenregelung (am 22.11.95) von den Sachverständigen und Ausschußmitgliedern der Koalition wie auch der SPD betont (verbunden mit alsbald zu initiierenden Verbesserungen des "Zeugenschutzes").

13) Bundestags-Drucksache. 13/1550, S. 23

14) Die Bekämpfung des ausländischen "Terrorismus" durch den Entwurf geht dem SPD-Abgeordneten Hofmann sogar nicht weit genug! (Protokoll der 62. BT-Sitzung (13.10.95), S. 5338

15) Pressemitteilung, 07.02.95

22. Nehmen Sie das da wieder mit! Die Menstruation der Angeklagten - ein "Vorfall" vor Gericht

Autor: Birgit Hogefeld, aus SoZ · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:08

Schon am Vorabend hatte ich ein leichtes Ziehen im Unterleib und seit Tagen die körperlichen und psychischen Anzeichen dafür, daß "es" bald wieder soweit ist. "Es", das meint meine Monatsblutung, und im Gegensatz zu anderen Frauen ist das bei mir ein öffentliches Ereignis. Über meine Blutung wird von sieben Männern und einer Frau seit fast einem Jahr akribisch Buch geführt.

Schon bei Beginn des Prozesses gegen mich habe ich den Zuständigen mitgeteilt, daß ich am ersten Tag meiner Menstruation nicht zur Verhandlung kommen kann, weil ich starke Krämpfe habe und mir schlecht ist. Die Frau, der ich das sagte, meinte, ich sei in ihren fast 20 Dienstjahren hier im Frauengefängnis Preungesheim die erste Gefangene, die das vorbringt, und eigentlich würde sie sich jetzt auch darüber wundern. Angesichts dieser "ungewöhnlichen" Problematik sah sie sich gezwungen, ihre Chefs einzuschalten. Ab da wußte ich, daß ich entweder bereit sein mußte, das durchzufechten oder mir - wie es üblich zu sein scheint - für diesen Tag einen Vorwand auszudenken. Ich entschied mich für das erste. Wie bei zwei Prozeßtagen wöchentlich nicht anders zu erwarten war es schnell soweit: In der Nacht auf einen der Verhandlungstage bekam ich meine Blutung. Ich teilte es mit, und die entsprechenden Schritte wurden eingeleitet: Informierung des Gerichts und der Bundesanwälte, Absage an das Sondereinsatzkommando und die Polizei. Als ich einige Wochen später eine Verhandlung früher abbrechen ließ, weil ich Krämpfe hatte, sagte einer der Richter zu meiner Anwältin, daß es doch erst der 26. Tag wäre. Nicht einmal das mache ich vorschriftsmäßig. Danach hatte ich einige Monate "Glück" - bis zu einem Tag im Herbst 1995. Wieder sage ich morgens Bescheid, und wie beim ersten Mal kommt die Knastärztin; ich sitze auf dem Bett, Wärmeflasche auf dem Bauch, Frauenmanteltee neben mir und höre Musik. Ich sage ihr, daß ich Krämpfe habe und daß mir übel ist, aber auch, daß ich keine Medikamente brauche. Sie geht, und kurz darauf höre ich das Trampeln vieler Füße, die Zellentür geht auf und vor mir steht der Sicherheitsinspektor: "Sie müssen zum Prozeß, das Gericht will sich selbst ein Bild machen." Die Ärztin hatte also keine Verhandlungsunfähigkeit attestiert. In meinem Kopf beginnt es fieberhaft zu arbeiten. Wie kriege ich das Rollkommando wenigstens kurz wieder weg, um mich innerlich auf das Bevorstehende einzustellen; nicht einmal vollständig angezogen bin ich; da fällt mir der rettende Satz ein: "Sagen Sie dem Gericht, ich würde heute nachmittag kommen." Sie ziehen tatsächlich wieder ab. Der Prozeß wird auf 14.30 Uhr festgesetzt. An Entspannung ist in dieser Lage nicht zu denken; ich stehe mit Krämpfen auf, ziehe mich an - mir ist schlecht und ich bin wütend - und gehe in die Küche. Dort überlege ich mit zwei anderen Frauen, was ich im Prozeß machen soll. Beschweren? Ich sehe schon die arrogant lächelnden Gesichter vor mir, wie sie sich in ihrer Macht suhlen und mich jederzeit, egal wie es mir geht, zwangsvorführen lassen und erniedrigen können. Da sagt Marianne: "Es gibt nur eine Möglichkeit, wie Du den Spieß umdrehen kannst." Ich weiß sofort, was sie meint ... - aber ausgerechnet ich und ausgerechnet heute, wo ich nichts will als meine Ruhe? Paulina, eine sonst ganz Ruhige, ruft begeistert: "Ja, das mußt du tun!" Sie erzählt, wie sie sich einmal mit einer blutigen Binde vor der Vergewaltigung durch ihren Mann geschützt hat. Die Zeit läuft, ich muß mich entscheiden. Gut, ich werde es machen, nicht, weil mir eine solche Provokation gefällt, sondern weil sie mir keine andere Wahl lassen ...

Mit der blutigen Binde im Aktenordner betrete ich den Gerichtssaal und setze mich. Die Verhandlung wird eröffnet, ich schalte das Mikrofon ein und beginne so ruhig wie möglich: "Mir wurde heute morgen gesagt, daß Sie sich selbst ein Bild machen wollen." Ich stehe auf und gehe zum Richtertisch. "Und dazu verhelfe ich Ihnen jetzt." Peng! Ich knalle die Binde auf den Richtertisch. Beim Zurückgehen höre ich den Vorsitzenden stottern: "Aber so war das doch nicht gemeint." Ich setzte mich wieder; keine weitere Reaktion, acht Augenpaare berobter Männer und einer Frau starren mich an - Schweigen. Ich hatte gedacht, daß irgend etwas passieren würde, aber es passiert nichts. Sie starren und schweigen. Die Binde füllt den gesamten Raum diesseits der Panzerglasscheibe (hinter der die Zuschauer sitzen) und das Schweigen kommt mir ewig vor. Mir wird das zu blöde, ich will eine Reaktion. Ich beantrage, die Binde als Beweisstück zu den Akten zu legen, damit es in vier Wochen nicht wieder von vorne losgeht. Sie reagieren nicht und starren mich nur weiter an. Jetzt wird mir klar, sie sind zu keiner Reaktion fähig - der Spieß sitzt.

Irgendwann rappeln sie sich auf und versuchen einen normalen Verhandlungsablauf. Meine Anwälte stellen mehrere Anträge auf Unterbrechung, und nach einstündigem Hin und Her wird die Verhandlung schließlich unterbrochen. Als ich rausgehe, ruft mir der vorsitzende Richter zu: "Frau Hogefeld, wollen Sie das da wieder mitnehmen?" - er deutet auf die blutige Binde, die die ganze Zeit vor seiner Nase gelegen hatte. Ich verneine.

In der Folgezeit beschäftigt mich dieser Vorgang immer wieder, ich will mehr darüber wissen, besorge mir Bücher und rede mit anderen Frauen.

"Abendländische Kultur", Religion und Kirche, also fange ich da mal an: "Die Unreinheit der Frauen: Hat eine Frau Blutfluß und ist solches Blut an ihrem Körper, soll sie sieben Tage lang in der Unreinheit ihrer Regel verbleiben. Wer sie berührt, ist unrein bis zum Abend. Alles, worauf sie sich in diesem Zustand legt, ist unrein. Wer ihr Lager berührt, muß seine Kleider waschen, sich in Wasser baden und ist unrein bis zum Abend..." (3. Mose 15, 19-24). In anderen Weltreligionen scheint ein ähnliches Bild vorzuherrschen. Im Koran heißt es: "Sie werden dich ebenfalls nach deinem Umgang mit Frauen befragen. Sage: Sie sind eine Beschmutzung. Halte dich also fern von Frauen und komme ihnen nicht nahe, es sei denn, sie sind rein." Die Menstruation wurde und wird in fast allen Kulturen als bedrohliche, oft auch tödliche Macht angesehen und nur selten wird der "magischen Macht" des Menstruationsbluts eine positive, heilende Wirkung zugeschrieben wie beispielsweise in dem mittelalterlichen Brauch, die erste Binde einer Jungfrau als Schutz gegen die Pest wirken zu lassen. Vielmehr geben die folgenden Sätze des römischen Gelehrten Plinius die lange verbreitete Sicht vieler Menschen wieder: "Nicht leicht wird man etwas finden, was seltsamere Wirkungen hervorbringt als der Monatsfluß der Frauen. Most, dem sie in diesem Zustand nahe kommen, wird sauer. Feldfrüchte werden unfruchtbar, Setzlinge sterben ab, Gartenpflanzen verdorren, und die Früchte der Bäume, auf denen sie gesessen, fallen ab..." Das ist nicht nur ein Bild aus längst vergangenen Zeiten; noch in der 20er Jahren unseres Jahrhunderts behaupteten Wissenschaftler herausgefunden zu haben, daß die Menstruation schädlichen Einfluß auf Pflanzen habe. Das Menstruationstabu zählt in vielen Gesellschaften bis heute zu den "heiligsten". In der Geschichte haben die meisten Kulturen auf die Menstruation über das Geschlechtsverkehrstabu hinaus mit Ausgrenzung reagiert. Frauen von indianischen Völkern haben diese Zeit beispielsweise in Menstruationshütten außerhalb der Dörfer verbracht; andernorts durften und dürfen Frauen während dieser Zeit die Küche nicht betreten, oder ihnen ist der Zutritt zu Kirchen und Gebetshäusern verwehrt. Diese Ausgrenzung während der Menstruation ist sehr ambivalent. Sie spiegelt zum einen die Angst der Männer vor den "übermächtigen Kräften" menstruierender Frauen wider beziehungsweise die Frauenverachtung in patriarchalischen Gesellschaften. Andererseits bietet dieselbe Ausgrenzung für Frauen die Möglichkeit, in der Zurückgezogenheit das Bedürfnis nach Ruhe und Besinnung auf sich selbst zu leben, und sie bietet Schutz: Paulina konnte mit der blutigen Binde die Vergewaltigung abwehren, und - wie Carla mir erzählte - sei für Frauen aus lateinamerikanischen Ländern, die hierzulande als Prostituierte arbeiten, die Menstruation die einzige Zeit, in der sie frei haben. Mit der Industrialisierung ging ein Wandel in der "Menstruationspolitik" einher, denn bei massenhafter Frauenarbeit in den Fabriken war die Monatsregel schnell als negativer Wirtschaftsfaktor ausgemacht. In allen westlichen Industriestaaten werden seit Jahrzehnten Statistiken über den Arbeitsausfall, sprich Profitverlust, durch Fehlzeiten während der Menstruation erstellt. Im Zeitalter der Modernisierung geht es folgerichtig nicht mehr um Ausgrenzung menstruierender Frauen, sondern um ihre Integration, also Funktionsfähigkeit. Frauen von heute sollen während dieser Zeit "ihren Mann stehen", "sauber" und "diskret" und "ohne lästige Gerüche" so funktionieren wie immer. Wieviele Schmerzmittel und Psychopharmaka wir dafür brauchen, wieviel von unserer Weiblichkeit wir dafür verschütten und abtöten müssen, spielt dabei keine Rolle.

Am Abend nach dem Vorfall im Gericht, versuche ich mich zu erinnern: Ein etwa zehnjähriges Mädchen hängt im Garten Wäsche auf die Leine: Handtuch, Binde, Unterhose, Handtuch, Binde ... Plötzlich der schrille Aufschrei meiner Mutter, ob ich denn von allen guten Geistern verlassen wäre? Ich begreife nicht. Sie reißt die Binden wieder von der Leine und hängt sie alle dichtgedrängt nebeneinander wieder auf, dann wirft sie ein Geschirrtuch darüber, an dem sie so lange herumzupft, bis von keiner Seite mehr etwas von den Binden zu sehen ist. Das Tuch wird rechts und links festgeklammert. - Ich verstehe: "Das" muß frau verstecken.

Der Prozeß wird sich bis weit ins nächste Jahr ziehen. Ich versuche ein Gespräch mit der Knastärztin: "Nur ein Prozent aller Frauen hat starke Menstruationsbeschwerden. Warum verweigern Sie Medikamente? Lassen Sie sich untersuchen!" Es ist sinnlos weiterzureden. Ich sehe die monatlichen Schmerzen nicht als Krankheit, ich will sie nicht weg-medikamentieren. Mein Leben im Knast ist genauso wie das Leben der meisten Menschen in

dieser Gesellschaft unzähligen äußeren wie inneren Zwängen unterworfen. Die Zeit der Monatsblutung ist für mich eine Zeit der Entspannung, des Mich-Zurückziehens, in der ich das, was ich mir selbst oft nicht zugestehe, auslebe. Und sie enthält darüber hinaus für mich auch Augenblicke der Wahrheit: Während der Zeit in Einzelhaft, in der ich 24 Stunden am Tag mit mir allein war, hatte ich nach etwa neun Monaten eine Art Blutsturz. Meine Monatsblutung, die normal angefangen hatte, wurde am Abend so stark, daß ich mich nicht hinzulegen wagte, weil ich befürchtete, das Bewußtsein zu verlieren und zu verbluten. Erst viel später begann ich zu begreifen, daß ich mit diesem Blut meinen toten Lebensgefährten losgelassen habe. Bis dahin hatte ich mit einem Toten die Zelle geteilt, ab dieser Zeit fing ich an mein eigenes Leben zu leben. Die Menstruation gehört zur Sprache meines Körpers, und die lasse ich mir von niemandem nehmen.

Der Text erschien in der SoZ vom 14.12.1995. Sie wird herausgegeben von der Vereinigung für Sozialistische Politik und erscheint 14tägig in der SoZ Verlags GmbH, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln.

Birgit Hogefeld wurde im Juni 1993 bei einer groß angelegten Polizeiaktion in Bad Kleinen festgenommen. Ihr Lebensgefährte Wolfgang Grams und der GSG-9-Beamte Michael Newrzella kamen dabei ums Leben. Der Bundesminister des Innern mußte zurücktreten, der Generalbundesanwalt wurde entlassen. Zu viele Fragen insbesondere danach, wie Wolfgang Grams zu Tode kam, blieben unbeantwortet. Seit November 1994 wird gegen Birgit Hogefeld vor dem 5. Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt verhandelt. Wurde ihr bei der Festnahme zunächst vorgeworfen, Mitglied der RAF gewesen zu sein und sich an einem versuchten Anschlag auf den früheren Staatssekretär Tietmeyer beteiligt zu haben, so wurde bald, um eine lebenslängliche Freiheitsstrafe durchsetzen zu können, im Januar 1994 der Haftbefehl wegen der Sprengung der JVA Weiterstadt, Mord und sechsfachem Mordversuch an Polizeibeamten in Bad Kleinen erweitert. Und das, obwohl Birgit Hogefeld die einzige war, die nachweislich nicht geschossen hat, weil sie während der Schießerei bereits gefesselt am Boden lag. Ziel dieser in der Öffentlichkeit bereits vielfach kritisierten juristischen Konstruktion ist es, die staatliche Version der Vorgänge in Bad Kleinen festzuschreiben, den wahren Geschehensablauf zu vertuschen, die Ursache des Todes von Wolfgang Grams auszuklammern und trotz gegenteiliger Zeugenaussagen einzig Birgit Hogefeld für die Toten in Bad Kleinen verantwortlich zu machen. Über einen eigentlich sehr privaten Aspekt der Begleitumstände dieses nun ein Jahr dauernden Prozesses, in dem die Angeklagte und ihre Anwälte oft durch die Verweigerung der Akteneinsicht in ihrer Verteidigung behindert wurden und werden, verfaßte Birgit Hogefeld unter dem Titel "Ich verstehe: Das muß frau verstecken" einen Bericht, der im folgenden leicht gekürzt wiedergegeben wird.

23. Rebellion im Gangsta-Paradies? Interview mit Günther Jacob über HipHop und die Krise der Pop-Suberversion

Interview mit Günther Jacob über HipHop und die Krise der Pop-Subversion

Rubrik: Kultur; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:01

In einigen Popzeitschriften wird gesagt, HipHop sei die Musik der Jugendlichen und Minderheiten nach der Hoffnung auf Revolution und Utopie. Würdest du dem zustimmen?

Abgesehen davon, daß ich diese Gleichsetzung von "Jugendlichen" und unfreiwilligen Minderheiten ablehne, stört mich an solchen Behauptungen auch die Unterstellung, alle möglichen Leute würden permanent irgendeine Revolution anstreben oder seien deprimiert, weil keine in Sicht sei. Du kannst heute jeden beliebigen Mitmacher fragen und er wird dir erzählen, daß er in Wirklichkeit ein Subversiver ist. Deshalb verkauft sich jede Platte und jedes Buch gut, das den Leuten ein Rebellen-Zertifikat ausstellt oder ihnen unterstellt, daß sie wenigstens innerlich dagegen sind.

Die meisten Pop-Ideologen sind auf dieses Geschäft spezialisiert und das Publikum ist ihnen dankbar dafür. Sie sagen dir, daß du schon unterwegs zur Dissidenz bist, wenn du die "richtige" Platte hörst oder den authentischen Underground-Comic liest. Die Behauptung, HipHop sei die Musik nach der Hoffnung auf Revolution, ist der Versuch, US-amerikanischen HipHop glatt in den Pop-Diskurs der 70er und 80er Jahre einzufügen, der alle jugendlichen Aktivitäten pauschal und unterschiedlos als "dissident" bewertet hat. In diesen Rahmen paßt HipHop überhaupt nicht.

Davon abgesehen ist die Frage, welcher HipHop überhaupt gemeint ist? Die Szene hat sich entlang von "nationalen" und "ethnischen" Kriterien segmentiert. In der BRD steigt seit der "Wiedervereinigung" die Zahl der deutschsprachigen Rap-Gruppen kontinuierlich an. Viele dieser Gruppen, die früher in englischer Sprache rappten und den amerikanischen Vorbildern nacheiferten, betonen heute, sie wollten nicht länger plattes Imitat amerikanischer Vorbilder sein. Manche behaupten sogar, die von den US-Rappern angeblich verratenen ursprünglichen Ideale fortzusetzen. Es gibt da ein unglaublich anmaßendes "deutsches Selbstbewußtsein", das wiederum auf einen Ausschluß der "nichtdeutschen" Gruppen hinausläuft.

"Avantgarde" und "Proll-Kultur"

Das Reden über Pop findet auf verschiedenen Niveaus statt, die unterschiedlich stark in der Warenöffentlichkeit präsent sind. Es gibt Pop-Szenen mit zehntausenden Anhängern, die keine Stimme haben und öffentlich nicht wahrgenommen werden. In der Rezeption von Popmusik bildeten sich schon in den 60er Jahren verschiedene "klassenspezifische" Niveaus heraus. Während z.B. Rock'n'Roll in der BRD hauptsächlich von "proletarischen" Jugendlichen rezipiert wurde, war es spätestens seit Frank Zappa und seit der Beatles-LP "Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band" (1967) möglich, daß sich junge Leute aus dem bildungsbürgerlichen Milieu auf Pop beziehen konnten, ohne ihren schichtenspezifischen Habitus aufgeben zu müssen.

Man kann das überall beobachten, etwa beim aktuellen Techno. Gegenüber meiner Wohnung gibt es eine rund um die Uhr geöffnete Tankstelle, wo sich an den Wochenendnächten die Partygänger mit Bier und Zigaretten eindecken. Das junge Personal bringt dann seine CD-Player mit und beschallt den Verkaufsraum mit Kirmestechno, etwa mit U96, E-Rotic oder Scooter. Techno-Zeitschriften wie "Frontpage" reden von dieser Musik voller Verachtung und in dem Reader "Techno" kommt sie überhaupt nicht vor.

Bestimmte intellektuelle Pop-Fans wiederum bevorzugen sogenannte anspruchsvolle Techno-Projekte wie Oval, die dann in den Besprechungen in die Nähe von Stockhausen gerückt und mit den Theorien von Deleuze oder Derrida in Verbindung gebracht werden. An diesen unterschiedlichen Rezeptionsniveaus bzw. Rezeptionsgesten hat sich trotz des gesellschaftlichen "Fahrstuhleffekts", also der für alle "Klassen" wirksam gewordenen Anhebung des materiellen Reichtums, nichts geändert.

Geändert hat sich etwas anderes: Früher stellte sich die Auseinandersetzung als Gegensatz zwischen "Hochkultur" und angeblich trivialer "Kulturindustrie" dar. Seit dem flächendeckenden Sieg der Kulturindustrie über das elitäre Bildungsbürgertum hat sich diese Auseinandersetzung in die popkulturellen Sektoren selbst verlagert. Die Hierarchien werden in der Popkultur selbst reproduziert. Oberschüler- und Studentenszenen verschaffen sich nun eben innerhalb der Popwelt Räume für "hochkulturelles" Künstlerverhalten und "Avantgarde-Strategien". Sie distanzieren sich so von der boomenden Proll-Kultur, die mittels zahlungsfähiger Massennachfrage die Fernsehkanäle erobert hat. Dabei geht es ihnen wie den schon von Bourdieu beschriebenen Bildungsbürgern, die ständig auf der Flucht vor dem nachrückenden Massengeschmack sind. Was heute noch "Avantgarde" ist, kann schon morgen gemeiner Geschmack sein. Deshalb klagen sie ständig über das sogenannte Vereinnahmungsproblem.

Man kann das gegenwärtig bei Pop-Szenen mit Avantgarde-Anspruch gut verfolgen, etwa bei "Spex". In dieser Zeitschrift hat sich in der letzten Zeit ein geradezu kulturpessimistischer Ton breit gemacht. Man beklagt den Verlust von Definitionsmacht, der mit der fortschreitenden inneren Segmentierung der Pop-Genres unvermeidlich einher geht. Was jedoch von "Spex" als Zerfall des Pop wahrgenommen wird, ist in Wirklichkeit ein Prozeß, in dem Pop auf seinen Begriff kommt. Pop ist eigentlich Musik für den schnellen Verbrauch, Pop ist schnell und vergänglich, also so wie "Bravo" oder das "WOM-Journal". Popszenen, die einen überholten Avantgarde-Anspruch vertreten, möchten Pop jedoch kanonisieren und historisieren, und sie kämpfen für die Einrichtung von Pop-Lehrstühlen an der Akademie. Damit kann die Musikindustrie aber gut leben: Der elitäre Glaube an "Meisterwerke" und "Editionen" kommt ihrem Interesse an der Kanonisierung der Backkataloge entgegen. Das FAZ-Publikum kann sich dann die neue dreiteilige "Anthology" der Beatles neben die Editionen der kanonisierten Literatur stellen.

Solche unterschiedlichen Rezeptionsebenen lassen sich auch beim HipHop beobachten.

Genau. Unter den ersten Jugendlichen, die sich in Deutschland mit Rap, Breakdance und Graffiti auseinandersetzten, war der Anteil von Kindern von ImmigrantInnen und von bleichgesichtigen Kids aus "deutschproletarischen" Familien besonders hoch. Die Mittelschichts-Popszenen interessierten sich damals nicht für diese Musik, weil sie HipHop für Disco hielten und gegen Disco pflegte man ja seit den Tagen des Punk eine intensive Feindschaft.

Wenn man sich nun heute die HipHop-Rezeption der letzten 15 Jahre in der BRD anschaut, bemerkt man einige interessante Verschiebungen: Obwohl die frühe Rap-Szene in Deutschland nicht sehr groß war und Teile von ihr schnell in die Mühlen von "Bravo" und Adidas gerieten, trug sie doch bis etwa 1987/88 die Rezeption. Sie kaufte nicht nur die US-Platten, sondern sie versuchte auch, HipHop hier zu praktizieren, d.h. sich die Fertigkeiten anzueignen, die mit Rapping, Scratching, Sampling, Breaking und Graffiti zusammenhängen. Da es sich nicht um eine Mittelschicht-Szene handelte, hatten diese Fans allerdings in der Medienlandschaft keine eigene Stimme, d.h. sie waren für die "Öffentlichkeit" weitgehend unsichtbar. Wenn überhaupt, dann wurde gelegentlich über sie geschrieben, z.B. weil sie an irgendeinem Platz in einer Großstadt mit "Ghettoblastern" und Skateboards gesehen wurden. Bis dahin war HipHop also kein medienrelevantes Thema in der BRD.

Das änderte sich erst, als die von den Medien als legitime "Subkultur" anerkannten Popszenen via Boogie Down Productions und Public Enemy auf HipHop aufmerksam wurden. Das begann sehr zögerlich um 1988, und für viele aus dem Indie-Rock-Lager sollte es dann noch bis 1992/93 dauern. Diese Szenen, die über ihre eigenen Zeitschriften verfügen, die wiederum von den etablierten Medien gerne als Stimmen des kulturellen "Undergrounds" zitiert werden, etablierten nun einen "Diskurs" über HipHop, der die Rezeptionsmotive und -praxen der frühen "proletarischen" Fans und insbesondere die der Immigrantenkinder darunter völlig ignorierte. Ich erwähne das nicht, weil ich deren Rezeptionsmotive für besonders toll halte, ich möchte nur daran erinnern, daß sie im Konkurrenzkampf um das Wahrgenommen-Werden unterlegen sind.

Ende der 80er Jahre brach nun die zweite Welle des HipHop ein - mit einer politischen Rhetorik, die man längst für unmöglich gehalten hatte. HipHop brachte alles zurück, wovon sich die "Avantgarde" bis dahin getrennt hatte: Agitprop, ein pralles "unkorrektes" Sprechen, Kollektivismus und überhaupt das verdrängte Soziale. Damit nicht genug, ging es im neuen HipHop um tausende Dinge, von denen die "Avantgarde" noch nie gehört hatte. Man verstand weder den sozialen Hintergrund, noch die Slogans, noch die wiederholt auftauchenden Bezüge, wie black nationalism, Nation of Islam, Malcolm X etc. Plötzlich war man nicht mehr in

der Lage, die Kriterien für "gute" und "schlechte" Platten anzugeben. Die Kategorien, die man sich zur Beurteilung von Nick Cave, R.E.M. oder den Neubauten zurecht gelegt hatte, funktionierten hier nicht mehr. Der eigene Dissidenz-Anspruch erschien im Vergleich zu der Rap-Militanz als ziemlich zahm und spießig. Von diesem Einbruch hat sich diese Popszene nicht mehr erholt. Durch das Auftauchen des Polit-Raps wurde die strukturelle Krise des Subversionsmodells "Pop-Subkultur" beschleunigt. Dieses Subversionsmodell war auch schon ohne HipHop an sein Ende gekommen, aber das hatte bis dahin niemand so richtig bemerkt.

Wurde HipHop nicht auch positiv als "Widerstandsmusik" vereinnahmt?

Das ist kein Widerspruch zu meinen bisherigen Ausführungen. Man betrachtete das, was einem am Rap ins eigene Konzept paßte, als authentisch und verständlich. HipHop wurde pauschal als Widerstandsmusik eingemeindet. Zum Geheimnis wurde HipHop nur dort gemacht, wo er nicht oder nicht glatt in die eigene Welt paßte. Anfangs hatte man ja noch einige Problem mit frauenfeindlichen, homophoben und offen prokapitalistischen Aussagen und Gesten. Aber damit konnte und wollte man sich nicht auseinandersetzen, weil eine solche Auseinandersetzung zu Verwicklungen geführt hätte, die den Pop-Rahmen notwendig sprengen mußten.

Heute ist HipHop in der Mittelklasse-Subkultur weitgehend abgehakt. Das exotische Moment ist weg. "Afrocentricity" ist kein geheimnisvolles Stichwort mehr. Man hat gelernt, mit der Sache umzugehen und z.B. "Rap-Militanz" auf eine Pop-Geste zu reduzieren, was sie sicher auch, aber eben nicht nur war. Die für Popverhältnisse relativ harten Debatten zu Beginn der 90er Jahre wurden ab 1993 abgeschaltet.

Mit der Entdeckung der Black Studies-Literatur wechselte man ganz offiziell vom Sprechen mit den Rappern und Rapperinnen zum akademischen Sprechen über sie. Durch die Beschäftigung mit Rap war man auf das akademische Feld der Cultural Studies gestoßen wie auf eine Goldader. Die Szene erkannte sofort das Potential an kulturellem und symbolischem Kapital, das hier zu gewinnen war, und begann umgehend mit einer Werbekampagne für die Einführung von Kulturstudien an deutschen Universitäten. Die mittelfristigen Voraussetzungen dafür sind nicht schlecht, weil der seit der "Wiedervereinigung" forcierte Prozeß der Ethnisierung des Sozialen nach journalistischen, akademischen und auch künstlerischen Experten verlangt, die sich "mit Minderheiten auskennen".

Stimme des Ghettos?

Trotzdem hat HipHop das Ghetto zum Sprechen gebracht.

HipHop ist zunächst einmal Popmusik, aber er ist auch mehr als das. Ich habe den Begriff "Agitpop" eingeführt, um zu zeigen, daß es über die normale Vermarktung hinaus eine soziale Erdung gibt. Aber HipHop ist nicht die Stimme aller Afroamerikaner. Es gibt viele "Schwarze", die sehr wohl selbst sprechen können - in der New York Times, via CNN (auch dort arbeiten viele afroamerikanische JournalistInnen), in den Parlamenten, in den Rathäusern, in den Akademien, auf dem Buchmarkt etc. Wenn schon, dann können einzelne Rap-Gruppen beanspruchen (auch wenn sie selbst aus Mittelklasse-Verhältnissen kommen), für Teile der "schwarzen Unterklassen" zu sprechen. In dieser Hinsicht hat HipHop in der Tat einen neuen Diskursweg aufgemacht, der so in den Medien nicht lief. HipHop wäre dann nicht der "schwarze CNN", sondern ein "subproletarischer CNN".

Diese Funktion hat HipHop sicher einige Zeit gehabt. Er hat die Existenz der großstädtischen Ghettos tatsächlich in Erinnerung gerufen, als die amerikanische Politik davon nicht mehr reden wollte. Darin besteht die größte Leistung von HipHop als Musik einer weitgehend subproletarischen afroamerikanischen Jugendszene. Andererseits hätten wir die Stimmen der Rapper und Rapperinnen nie hören können, wenn die großen Plattenfirmen HipHop nicht in Umlauf gebracht hätten. Public Enemy dachten, mit diesem Widerspruch umgehen zu können, mußten aber schon bald die Erfahrung machen, daß der Markt seine Tücken hat. Der große Zensor ist dabei "der weiße Verbraucher", der mit seiner kaufkräftigen Nachfrage nach Stereotypen die Geldströme auf die verschiedenen Subgenres verteilt.

Du hast einmal von den HipHop-Charts als Politbarometer gesprochen. Ist das auch passé?

Das bezog sich auf die harten Auseinandersetzungen Mitte/Ende der 80er Jahre, als es noch völlig offen war, welchen Weg HipHop nehmen wird. Nach der Run-DMC-Sackgasse mit dem Aerosmith-Cover kam es zu dieser Kombination von "black nationalism" und der Rückkehr zu Funk- und Jazz-Samples, also der bewußten

Aneignung der Black-Music-Geschichte. Aus der musikalischen Orientierung konntest du auf bestimmte politische Präferenzen wie z.B. Afrocentricity schließen und umgekehrt. Heute hat sich Hip Hop postmodern aufgelöst in eine Flut von Zeichen, die nicht mehr eindeutig zuzuordnen sind. Es gibt HipHop für den Hausputz, HipHop für die Kiddies, Hardcore-HipHop, eleganten Jazz-HipHop etc. Rap-Gruppen mit einem befreiungsnationalistischen oder bürgerlich-humanistischen Aufklärungsansatz, etwa Public Enemy und KRS-One, haben eher schlechte Verkaufszahlen im Vergleich zum sogenannten Gangsta Rap, aber auch zu poppigeren oder jazzigeren Varianten, die sich in Europa gut verkaufen. Rap ist kein Politbarometer mehr, oder vielmehr: es zeigt derzeit Null an.

Das Publikum ergötzt sich am sogenannten Gangsta-Rap.

Ich denke, man muß da mittlerweile zwischen dem Charts-Publikum und den "Pop-Avantgarden" unterscheiden. Der Rapper Coolio hat es mit "Gangsta's Paradise", einer Cover-Version von Stevie Wonders "Pastime Paradise" aus dem Jahr 1976, auch in der BRD auf Platz 1 der Charts gebracht. Welche Rolle dabei Coolios Gangsta-Image spielt, ist schwer zu sagen. Zunächst einmal ist der Song einfach umwerfend gut, eben eine Stevie Wonder-Nummer. Und "Gangsta's Paradise" ist ja keineswegs affirmativ. Wo Wonder allgemeiner, aber keineswegs unpolitisch über die falsche Idealisierung der Vergangenheit ("pastime paradise") singt, variiert Coolio das Thema: "They've been spending most their lives/Living in gangsta's paradise". Ich glaube aber nicht, daß diese Intention hier besonders wahrgenommen wird.

Andererseits ist die Trinität von Rap, Ghetto & Gangsterism heute flächendeckend durchgesetzt. Coolio erscheint in diesem Raster aber als "Guter", der dem "Teufelskreis der Gewalt" entkommen möchte. In der "Bravo", wo ihm zwei Seiten gewidmet wurden, wird z.B. sein Familiensinn herausgestellt.

An solchen "braven Gangstern" waren die "avantgardistischen" Popszenen nie interessiert. Bei dem Streit um den sogenannten Gangsta Rap, der vor zwei Jahren noch ziemlich heftig geführt wurde, der in diesen Szenen aber längst als erledigt gilt, bezog man sich ja positiv auf Rap-Gruppen, die das Ghetto eher idealisierten. Auch "Spiegel", "Focus", "Stern" und "Tagesschau" berichteten über Gangsta Rap. Die Mordanklage gegen Snoop Doggy Dogg ist nach wie vor ein großes Medienthema. "Der schwarze Mann" erscheint als gefährlich und unberechenbar und HipHop als Verderbnis der Jugend, womöglich sogar der "weißen" Jugend. Über diese Sichtweise empören sich andere, die betonen, daß Gangsta Rapper doch nur Schauspieler sind.

Alles zusammen genommen ergibt das einen absolut verblödenden "Diskurs". Es ist eine Moraldiskussion mit rassistischen Implikationen, die keine einzige Information über die wirkliche Lebensumstände der Menschen in den Armutsbezirken produziert. Kein Mensch erfährt in solchen "Diskursen", was eine afroamerikanische Krankenschwester oder ein Lastwagenfahrer verdient und was sie an Unterstützung bekommen, wenn sie morgen lohnarbeitslos werden. Diese profanen Dinge interessieren hier keinen Menschen. Der Rassismus dieser Mediendebatten liegt mehr noch als in in den geäußerten Urteilen in diesem Desinteresse.

Ich empfinde gerade in dieser Hinsicht die Pop- und Trendpresse als besonders widerlich. Es interessiert sie einfach nicht, wie es den Leuten geht. Das Beste, was sie überhaupt taten, war, daß sie über einige Jahre hinweg diese Platten kauften, was ja von der Wirkung ungefähr so ist, als hätten sie Lebensmittelpakete in die Bronx oder nach South Central geschickt. Um diese Päckchen zu erhalten, mußten allerdings Rap-Gruppen, die einmal eine Auseinandersetzung gesucht hatten, sich immer häufiger den Erwartungen der "Spender" anpassen.

Ich behaupte, daß eine wirkliche Auseinandersetzung, wenn sie ab 1988 gewollt worden wäre, eine andere Entwicklung begünstigt hätte. Auf die Black Panther Party wurde auch weltweit mit Solidaritätskomitees reagiert, es kam zu Diskussionsveranstaltungen und anderen Aktivitäten. Die Zeiten sind heute nicht so, aber die Kampagne für Abu-Jamal zeigt immerhin, daß - bei aller Kritik daran, wie unpolitisch diese Kampagne auf "juristische Gerechtigkeit" orientiert - viel mehr möglich gewesen wäre als ein reines Konsumereignis.

Rap und Sexismus

War es wirklich nur ein Konsumereignis? Man hat sich z.B. auch mit dem aggressiven Sexismus arrangiert, der auf nicht wenigen Rap-Platten eine Rolle spielt.

In der gesamten Popmusik wird Sexualität als Zugang zur "Wahrheit" der menschlichen Identität verstanden. Man geht davon aus, daß unsere Sexualität den wahren Kern unseres Wesens ausmacht. In diesem Kontext

sind auch die Macho-Bekenntnisse etlicher Rapper zu sehen. Sie glauben, daß sie uns etwas über ihre "Persönlichkeit" mitteilen, wenn sie ihre Frauenfeindlichkeit und Homophobie öffentlich "beichten". Darin unterscheiden sie sich nicht von anderen Pop-MusikerInnen.

Im Rock und Pop, jedenfalls soweit diese Musik im Radio läuft, haben wir es jedoch oft mit einen sozusagen "am Feminismus geschulten" Sexismus zu tun. Im HipHop tritt der Sexismus häufig demonstrativ als ungebrochener Sexismus auf, dem jeder feministische Einwand egal ist. Darin könnte sich sogar ein Moment der Selbstironie verstecken, wie wir es z.B. manchmal im Raggamuffin Reggae erleben, wo ein Toaster sagt: "Ich bin der größte Ficker der Insel" und dann alle über ihn lachen, weil er in dieser Rolle nicht richtig überzeugt. Diese ironische Note ist im HipHop eher selten. Den sehr unmittelbaren, brutal offenen Sexismus in einigen Subgenres des HipHop, der Frauen nur als Nutten anspricht, die gefickt werden wollen und hinter dem Geld der Männer her sind, der zudem mit einer sehr "militanten" Homophobie einhergeht, existiert auch hierzulande in bestimmten Milieus.

Im HipHop wird bewußt eine "Sprache der Unterklassen" gesprochen und bewußt ein Anti-PC-Gestus gepflegt. Rapper, die selbst aus ganz anderen Verhältnissen kommen oder den Armutsgegenden entkommen sind, pflegen diese Sprache, um ihre "Authentizität" zu betonen. Sie wollen beweisen, daß sie immer noch "unten" sind mit den "Homeboys". Je gnadenloser die Sprache, so die Überzeugung, desto "echter" kommt die angebliche oder wirkliche Ghettoherkunft 'rüber. Bei wem eigentlich? Die Grenze zwischen Attitüde und Überzeugung ist nicht genau zu bestimmen. Für die Frauen macht das aber auch letztlich keinen Unterschied.

Der Vorwurf, HipHop sei generell sexistisch, ist jedoch zurückzuweisen. Es gibt viele Kommentatoren, denen Sexismus nur beim HipHop auffällt. Die Vorwürfe kommen auch nicht selten aus einer puritanischen Ecke, wo man ein Wort wie "ficken" am liebsten aus dem Sprachgebrauch verbannen möchte. Aber nicht weniger unangenehm sind jene, die den Sexismus im HipHop mit "antirassistischen" Argumenten entschuldigen wollen. Nach dem Motto: "Die Schwarzen" (Männer) können doch nicht alle Probleme gleichzeitig lösen.

Ästhetik des Bösen?

Auch das Interesse am Gangsta Rap geht bei den Mittelschicht-Popszenen auf eine spezifische Rezeptionstradition zurück. Intellektuelle Popszenen sehen sich seit Ende der 60er Jahre gerne als Nachfolger von Baudelaire oder Oscar Wilde. Zu deren Themen gehörte u.a. die Ästhetisierung der "dunklen Leidenschaften", der sadistischen Phantasien, des "rebellischen" Kriminellen, der besitzergreifenden Gewalt der Ausgegrenzten etc. Das war gewissermaßen ein Einspruch gegen die Rationalität der Moderne, die all das, was ihr im Weg steht, als krank, böse, kriminell oder verdorben qualifiziert und sozusagen in den Untergrund drängt. Diese Antihaltung kann allerdings auch in Affirmation umkippen, etwa dann, wenn Gewalt gegen Frauen ästhetisiert wird. Die Grenzlinien sind hier oft äußert dünn.

Im Pop, wo man vor allem an dem antibürgerlich-subversiven Moment dieser Haltung interessiert ist, geht es in der Regel nur um einen "Sympathy with the devil"-Gestus, der aber gleichwohl oft nur die dominanten Muster wiederholt: Nick Caves letzte Single "Where The Wild Roses Grow" schildert z.B. in der Ich-Form den Mord an einer Frau. Kylie Minogue, die auf dieser Platte aus der Perspektive der Ermordeten singt, stellt sich - freiwillig, aber, wie auch Cave weiß, nicht ohne Risiko - der Mordphantasie eines Mannes zur Verfügung.

Durch die Brille dieses Subversionsmodells haben Teile der Mittelschicht-Popszenen Gangsta Rap wahrgenommen und über diese Rezeptionstechnik folklorisierten und idealisierten sie dann die Situation in den US-amerikanischen Ghettos. Als Public Enemy diese Wahrnehmung auf ihrem letzten Album in Frage stellten, als sie nach sieben Jahren Agitpop zu Protokoll gaben, daß ihnen der "Gangsta-Shit" und die ganze Exotisierung der Ghettos auf die Nerven geht, wurden sie gerade von den "subkulturellen" Szenen als Ruhestörer zurückgewiesen. Auf diese Kritik von Public Enemy war man nicht gefaßt. Man hatte sich gerade auf den Gangsta Rap eingegroovt und den "schwarzen" Pimp (Zuhälter) wie eine literarische Figur angenommen, hinter der das soziale Elend verschwinden konnte.

Angst und Faszination gehören zusammen und sind in den westlichen Diskurs über "den Anderen" fest eingeschrieben. Das Macho-Image des Gangsta Rap ist oft auch eine beliebte Berufungsinstanz, um eigene Werte zu verschieben.

Wenn ein Rapper "bitch" zu einer Frau sagt, eröffnet sich für einige kulturlinke Männer scheinbar ein legitimes Diskussionsfeld. Weil es sich bei dem Rapper vermutlich um einen rassistisch Diskriminierten handelt, mit dem man solidarisch sein muß, und weil das eine Kritik angeblich ausschließt, weil man "die Anderen" ja nicht "nach unseren Maßstäben" beurteilen darf, läßt sich eine ausufernde "Verständnis-Diskussion" organisieren. In deren Verlauf werden plötzlich viele Relativierungen von sonst als "korrekt" festgeschriebenen Positionen möglich. Unter dem Vorwand des antirassistischen Anspruchs lassen sich also kleine und größere Umbewertungen etablieren.

Dafür darf man nicht die US-Rapper verantwortlich machen, denn diese Leistung wird ja hier erbracht. Es mag sein, daß auf diese Weise auch einige unerträgliche linke Moralismen gekippt wurden. Ganz zweifellos wurden die HipHop-Importe aber auch für eigene backlash-Bestrebungen instrumentalisiert. Unter Berufung auf HipHop wurde in vielen deutschen Popszenen auch ein ethnisierender und tribalisierender Sprachgebrauch üblich. In der Pop-Presse finden sich heute ganz selbstverständlich die genauesten Angaben über die "ethnische Herkunft" von Künstlern.

Eine weitere unübersehbare Umbewertung, für die ebenfalls US-amerikanischer Rap instrumentalisiert wurde, betrifft z.B. den kapitalistischen "Materialismus". Das im Rap oft geforderte "Menschenrecht auf Kapitalismus" kam in deutschen Szenen nicht schlecht an. Ein Haben-Wollen-Gestus, der in der Punk-Zeit total unmöglich gewesen wäre, gilt inzwischen als legitim. Der marginalisierte Rapper, der sich die "Befreiung" so vorstellt, daß er danach über ein großes Haus verfügt, mit einem Whirlpool, in dem fünf Bikinimädchen auf ihn warten, spricht ja nur aus, wie sich Männer schon immer Revolutionen vorgestellt haben.

Um es noch einmal zu sagen: Ich sehe HipHop nicht als das trojanische Pferd der bestehenden Verhältnisse. Meines Erachtens knüpfen deutsche Konsumenten lediglich zielsicher an dem Konformismus an, den es neben dem Moment des Widerstands im HipHop eben auch gibt.

Das ist ja nicht ungewöhnlich: Schon in der historischen Arbeiterbewegung tauchte dieses Problem auf. Ein Teil der Ausgeschlossenen wollte lediglich rein in die Gesellschaft. Die erste Anerkennung, die preußische Proleten noch vor dem Wahlrecht erfahren haben, war ihre Einbeziehung in die Kriegsernährungs-Kommisionen. Später hieß es dann: Erster Arbeiter wurde Minister, erster Arbeiter wurde Bürgermeister etc. In der Frauenbewegung war es nicht anders, und auch die Meldungen, die seit 100 Jahren durch die afroamerikanische Presse gehen, lauten so. Man feierte den "ersten schwarzen Polizisten" ebenso wie den "ersten schwarzen Astronauten". Der Mainstream der Ausgeschlossenen wird immer diese konformistische Perspektive haben, um dann all die Mechanismen zu reproduzieren, die wiederum andere ausschließen. Und nur eine Minderheit wird sagen: Ein System, das Menschen ausschließt, muß grundsätzlich bekämpft werden.

"Türkische Rapper" in der BRD

Seit einiger Zeit haben Jugendliche, die hier als "junge Immigranten" gelten, obwohl sie in der BRD aufgewachsen sind, HipHop zu ihrer Sache gemacht. Warum beziehen die sich eigentlich auf Rap und nicht zum Beispiel auf das aktuelle "Punk-Revival"?

Auch das hat mit der Teilung des Pop in verschiedene, "klassenspezifische" Niveaus zu tun. Punk kokettierte mit einer Armutskultur, was sich nur Leute erlauben können, die das Gefühl haben, daß ihr Außenseitertum frei gewählt ist, daß sie also notfalls von der Gesellschaft wieder aufgenommen werden.

Für die Zwangsausgegrenzten ist eine solche Praxis nicht verlockend. Sie stehen schon ohne ihr Zutun draußen. Armutskultur, Konsumfeindlichkeit und symbolische Verlierergesten können sie sich nicht leisten. Da ist der US-Rapper, der Kapitalismus für alle und ein paar Extrafreiheiten für Männer fordert, ein interessanteres Vorbild. Wie sich etliche Rapper die "Befreiung" vorstellen, das ist ja auf vielen Plattencovern oder in vielen Rap-Videos in Szene gesetzt. Auch in den Rap-Szenen derjenigen, die hier als Immigrantenjugendliche bezeichnet werden, hält man(n) den Besitz eines Golf GTIs mit Holzlenkrad oft für den Beweis eines erfolgreichen Kampfes gegen Diskriminierung.

Daraus kann ihren kein Sondervorwurf gemacht werden. Es wäre rassistisch, würde man von denen, die ethnisiert werden, auch noch verlangen, daß sie gerade deshalb besonders gute Menschen sein müßten. Es gibt aber umgekehrt keinen Grund, die Dinge anders darzustellen, als sie sich darstellen.

In der BRD entstanden seit 1990 hunderte von Rap-Gruppen, die - wenn sie überhaupt wahrgenommen werden - in den Medien als "türkische Rapper" stereotypisiert werden. Zunächst gab es ein kurzlebiges Interesse des "offiziellen Pop-Undergrounds" - also jener Szenen, die z.B. vom "Spiegel" als "Pop-Avantgarde" sozusagen diplomatisch anerkannt und immer wieder als authentische Underground-Adresse zitiert werden. Aus ihrer frei gewählten "Minderheitenposition" heraus nehmen diese Szenen die unfreiwilligen Minderheiten insgeheim als Konkurrenten um den Outcast-Status wahr. Aber schon bald wurde nicht mehr über sie berichtet.

Der "avantgardistischen" Musikpresse, die sich von HipHop immer mehr abgewandt hatte, entging daher zunächst, was sich da bei den wirklich Ausgegrenzten tat: Etliche Rap-Fans unter ihnen waren dazu übergegangen, auf die Zwangsethnisierung mit Strategien der Selbstethnisierung zu antworten und das Ergebnis hieß nun "Oriental HipHop."

Gesponsort von einer großen Plattenfirma ließen sich Rap-Gruppen aus Nürnberg, Kiel und Berlin als "türkische Rapper" vermarkten. Ihre Platte ("Cartel") zielte auf die neu entdeckte Käuferschicht der "türkischen Jugendlichen in Deutschland" - die doch nur als "türkische Jugendliche" gelten, weil der deutsche Staat und seine Untertanen das so wollen. Zunächst boomte "Cartel" in der Türkei, was dann wiederum in Deutschland zu einer massiven Medienberichterstattung führte. Die in der BRD aufgewachsenen "türkischen Rapper" sind offensichtlich in ein Feld geraten, das von deutscher Politik und türkischer Politik gleichermaßen bearbeitet wurde (inklusive der Grauen Wölfe, die den "Stolz auf das Türkischsein" von Cartel für sich zu nutzen suchten). Die 80er Jahre-"Utopie" eines "Patchworks der Minderheiten", zu dem man damals freiwillige und unfreiwillige Minderheiten unterschiedlos addieren wollte, wurde auf reaktionäre Weise realisiert.

Eine bis heute gängige Floskel spricht vom US-HipHop als "schwarzem CNN". Nach dieser Logik wäre Cartel der "türkische CNN".

In der BRD sind derzeit sechs türkischsprachige Kabelsender zu empfangen, die meist vom türkischen Staat auf diese oder jene Weise kontrolliert werden. Jemand, der auf ein "Türkentum" stolz sein will, hat also einen kompletten Staat im Rücken. Abgesehen davon kann man sich fragen, wieso die Behauptung, Rap sei der "schwarze CNN" - eine Aussage, die auf Public Enemy zurück geht - in Deutschland die am häufigsten gebrauchte Bemerkung über US-HipHop ist. Warum sind deutsche Rezipienten so scharf auf diese Formulierung? Sie transportiert die rassistische Vorstellung, "Schwarze" würden sich sozusagen mit der Buschtrommel "Rap" über Berge und Täler hinweg verständigen.

Die Rede vom "schwarzen CNN" ist eine wohlmeinend-rassistische Konstruktion von Pop-Intellektuellen, die ihre eigene "verschriftlichte Kultur" nicht ertragen können. Man versucht bereits, z.B. in "Spex" 11/95, die CNN-These auf den "Oriental HipHop" zu übertragen. Es gibt den Versuch, den deutsch-türkischen Slang, den auch einige Immigranten-Jugendliche sprechen, und der von "Deutschen" gerne in abwertender Absicht imitiert wird, als eine Art geheime "Sklavensprache" zu interpretieren. Mit dem "Rap als CNN"-Slogan schafft man zudem die Distanz, die man benötigt, um all das, was die Nichtzugehörigen sagen und tun, distanziert betrachten zu können. Man beobachtet die Marginalisierten und sagt: "Ah! Interessant - jetzt tun sie dies und jetzt das. Was sie damit wohl sagen und erreichen wollen?"

HipHop als "ethnische Musik"?

Wie könnte deiner Meinung nach eine angemessene Hip-Hop-Rezeption aussehen?

Mir geht es nicht darum, daß man mit den Kriterien von political correctness an Musik herangeht. Die Rapper und Rapperinnen in den USA sind auch nicht verpflichtet, eine Musik zu machen, die der BRD-Linken gefallen muß. Daß einige von ihnen eine Art Agitpop kreierten, heißt nicht, daß man von denen enttäuscht sein sollte, die einfach unterhalten wollen.

Immerhin lenkte aber die Agitpop-Richtung im HipHop - im Rahmen der Popwelt wohlbemerkt - die Aufmerksamkeit auf ein allgemeines, vom Kapitalismus perpetuiertes Problem: die Ethnisierung der Weltarbeitskraft. Damit machte der Agitpop auch einen Diskussionsvorschlag. Der aber wurde von den hiesigen Konsumenten nicht nur ausgeschlagen, sondern sie rezipierten HipHop als "ethnische Musik", d.h. sie blieben bei ihrer Überzeugung, daß HipHop die Kultur einer "Ethnie" ist, und daß diese Kultur "uns" Informationen über diese "Ethnie" liefern kann.

Was demgegenüber eine angemessene Rezeption gewesen wäre: Auseinandersetzung und Anerkennung, daß die im Agitpop-Rap thematisierten Phänomene mehr sind als "Probleme der amerikanischen Innenpolitik". Außerdem sind Überlegungen darüber notwendig, was man von den dort gemachten Erfahrungen für die Kritik der Ethnisierungsprozesse im "wiedervereinigten" Deutschland lernen kann.

Ein wichtiger Schritt wäre es, von den homogenisierenden, essentialisierenden und identitätspolitischen Sprechweisen abzurücken, also nicht immer von "den Schwarzen" zu reden und "schwarz" nicht für eine "Tatsache" zu halten. Es wäre schon ein Erfolg, wenn die Angabe, in den USA lebten "12 Prozent Schwarze" in Frage gestellt würde. Hat sie jemand gezählt? Nach welchen Kriterien? Es wäre schon viel, wenn einzelne Rapper oder Rapperinnen als konkrete Personen wahrgenommen würden und wenn man Rappern zu widersprechen wagte, die sich als Repräsentanten einer "Rasse" vorstellen.

Birgt der Vorschlag, Rassifizierte in erster Linie als Individuen anzusprechen, nicht die Gefahr, die Notwendigkeit eines kollektiven Widerstand herabzusetzen?

Gemeinsame Gegenwehr geht immer mit dem Repräsentationsproblem einher. Wo sich Menschen wehren, sei es als politische Linke, als Frauenbewegung, als Schwulenbewegung etc. bildet sich immer ein wir, eine neue "Identität". Es wird immer Leute geben, die als Repräsentanten dieses wirs auftreten oder als solche erscheinen. Diese Identitätsbildung kann zu einem Identitätsgefängnis werden. Sie kann zur Herausbildung von Ausgrenzungskriterien führen, die denen gleichen, die damals die Gegenwehr provozierten. Hinzu kommt die problematische Vorstellung, daß die oppositionelle Identität einen essentiellen Kern hat. Das heißt, daß unter der Decke der fremdbestimmten kulturellen Überwucherung das "Wesen" der widerständigen Personen zum Vorschein kommen könnte.

Auf diese Fragen und Probleme hat der dekonstruktivistische Feminismus wichtige Antworten gegeben. Dieser Versuch, das Repräsentationsmodell in Frage zu stellen, hat manche Ängste ausgelöst. Viele denken, daß man ohne ein wir nicht widerstandsfähig sei kann. Es geht darum, daß man dazu bereit ist, Repräsentationen, die ja auch "interne" Konflikte verdecken, immer wieder in Frage zu stellen. Wenn politisches Handeln auf gemeinsamen Wissen und Überzeugungen beruht, ist es durchaus möglich, auf eine Uniform zu verzichten. Das ist eine Herausforderung: "Die Linke" - auch eine Homogenisierung! - und andere Bewegungen müssen lernen, gemeinsam Dinge zu tun, ohne dieses "Wir" immer erzwingen zu wollen.

Die Fragen stellte Thomas B. Das ungekürzte Interview erscheint in der nächsten Ausgabe des deutschsprachigen HipHop-Magazins "Anarchist to the front" (Bezug: c/o Babak Soltani, Postfach 2218, 58592 Iserlohn, Tel: 0231-7213350).

Günther Jacob ist Musikjournalist und DJ. Er schrieb u.a. das Buch "Agit-Pop. Schwarze Musik und weiße Hörer" (Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam, 3. Aufl./1994)

Rockmusik hat den Flair des Rebellischen verloren, Jugendkultur ist längst systemkonform. Da kommt eine neue Welle aus den USA herübergeschwappt: HipHop aus den afroamerikanischen Gettos. Symbolisieren die Rap-"Gangsta" das Aufbegehren der marginalisierten Jugendlichen oder wird auch hier nur ein "Recht aufs Mitmachen" eingefordert? Und wie interpretiert die hiesige Pop-Szene diese Musik?

24. Ermächtigung zum Töten. Statistischer Durchschnitt entscheidet über Koma-Patienten

Autor: Erika Feyerabend, BioSkop-Forum · Rubrik: Gesundheitspolitik; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:31

Statistischer Durchschnitt entscheiden über Koma-Patienten

Am 8. und 9. Dezember 1995 hatte das Institut für Wissenschaft und Ethik in Kooperation mit dem Centre of Medical Law and Ethics (King's College) London vor allem Neurologen, Neurochirurgen, Medizinrechtler, Theologen und Ethiker zu einer europäischen Konferenz geladen. Die moralischen Fragen der Behandlung und Pflege von Patienten im "persistent vegetative state (PVS)", von Menschen im Wachkoma, wollte man interdisziplinär verhandeln. Die Konferenz ist Teil eines Forschungsprojektes, daß von der Europäischen Union aus den Mitteln des Biomed I-Forschungsetats finanziert wird. Insgesamt drei Konferenzen mit unterschiedlichen Schwerpunkten sind geplant.

Eine europäische Fragebogenaktion, deren Urheber das King's College ist, gehört ebenfalls in das erwähnte Programm. An Inhalt und Aufbau des Fragebogens hatte es schon im Vorfeld der Tagung Kritik gegeben. In der Bundesrepublik sind laut Aussagen des Instituts für Wissenschaft und Ethik 1.200 Fragebögen an Ärzte verteilt worden, die in neurologischen Klinikabteilungen arbeiten. Die öffentliche Meinungsäußerung des Institutsleiters, Prof. Ludger Honnefelder, der Fragebogen sei eine solide wissenschaftliche Arbeit und lediglich dazu erdacht, die Haltungen der Ärzte und Ärztinnen in verschiedenen europäischen Staaten zu ermitteln, konnte nicht überzeugen. Proteste hagelte es aus den Reihen der Selbsthilfeorganisation "Schädelhirn-Patienten in Not", engagierter Mediziner/innen sowie verschiedener Parteien.

Die Fragen betreffen zunächst die Probleme medizinischer Diagnostik: Ab wann kann ein endgültig hoffnungsloser Zustand beim Patienten festgestellt werden, nach 3, 6, 12 Monaten oder erst später. Diagnosen ziehen Handlungskonsequenzen nach sich, auch in dieser Befragung. Im weiteren Verlauf werden sowohl Kriterien als auch konkrete Zeiträume "zur Wahl" gestellt: Wann kann die künstliche Ernährung (mit einer Magensonde) entfernt werden? Wann kann jede Behandlung unterlassen werden, beispielsweise von bedrohlichen Infektionen? Ist das Alter des Patienten ausschlaggebend? Oder die Aussicht, daß der Betroffene lebenslang schwerbehindert sein wird oder pflegebedürftig? Wer sollte an einer solchen Entscheidung beteiligt werden? Die Angehörigen? Gerichte? Sollten nationale Parlamente ein Gesetz mit entsprechenden Kriterien zum Nahrungsentzug verabschieden?

Man kreiert eine "Perfektionierung des Tötens", konstatiert Dr. Andreas Zieger, Arzt und Mitarbeiter des Selbsthilfeverbandes der Hirngeschädigten. Daß es hier um aktive Tötung schwerstkranker Menschen geht, wird jedoch an keiner Stelle ausformuliert. Daß Töten durch Verhungernlassen gemeint ist, wird durch technokratische Wortwahl sprachlich umgangen. Und daß eine gezielte Kostendämpfung durch eine "höhere Form" des Mordens anvisiert wird, bleibt ungesagt.

Die statistische Durchschnittszukunft

Die Konferenz selber übertraf die Befürchtungen, die allein der Fragebogen geweckt hatte. "Entscheidung" war das Schlüsselwort des ersten Tages. Die tatsächlichen Vorhaben, die Taten, welche den Entscheidungen folgen sollen, blieben unerwähnt. Die konkreten Entscheidungszeiträume des Fragebogens tauchten wieder auf. Nach 6 Monaten sei bei Koma infolge von Herzstillstand und anderen Ursachen im statistischen Durchschnitt eine Wiedererlangung des Bewußtseins unwahrscheinlich. Bei Schädelhirntrauma, meist durch einen Unfall hervorgerufen, wird die Hoffnungslosigkeit nach 12 Monaten Koma konstatiert. Doch Prof. Keith Andrews aus England relativierte diese Eindeutigkeiten. Allein schon die Diagnose des sogenannten "persistent vegetativ state" sei schwierig und in der Praxis mit vielen Fehlerquellen behaftet. Mehr noch, die Irreversibilität, die Unumkehrbarkeit des Krankheitszustandes, kann immer nur im Nachhinein festgestellt, nicht aber für die individuelle Zukunft des leibhaftigen Patienten vorhergesagt werden.

Die Erfahrungen der Angehörigen, Betroffenen und einiger Ärzte bestätigen die Unmöglichkeit einer Prognose. Aber: Die Berichte von Patienten, die sich nicht an die wissenschaftliche Vorhersage hielten und trotz minutenlangen Herzstillstandes wieder zu Bewußtsein kamen und z.T. ihren Beruf erneut aufnehmen konnten,

verhallten mehr oder weniger. Der individuelle Lebensweg ist eben kein Beweis gegen die Macht der weltweit erhobenen Falldurchschnittszahlen, und ärztliches Tötungsrecht erfordert Eindeutigkeit. Doch was muß eigentlich wissenschaftlich vereindeutigt werden? Prof. Dr. Karl Max Einhäuptl hat "wöchentlich auf der Intensivstation" vorherzusagen, ob jemand "wieder zu einer Lebensqualität" finden kann, "die wir alle akzeptieren müssen", oder ob "kein kommunikatives Leben mehr möglich ist". Es geht um die Vorhersage von Lebensqualität, die nicht davon ausgeht, ob sich die Behandlung noch lohnt, sondern ob sich die Existenz des Patienten noch lohnt.

Gänzliche Sicherheit der Prognose behauptete auch Prof. Einhäuptl nicht und erwartete eine praktikable Antwort: "Wieviel falsche Entscheidungen können wir akzeptieren?" Diese Frage ist rein rhetorisch. Auch unterhalb der anscheinend zwingenden Option des Verhungernlassens bestimmt der statistische Durchschnittswert ärztliches Handeln - nicht mehr die individuelle Zukunft, die unvorhersehbare und unberechenbare. Die Zukunft ist prognostisch gezähmt und wissenschaftlich besetzt. Behandlungsversuche werden tagtäglich unterlassen, Möglichkeiten bleiben ungenutzt. Jeder Tag und jede Stunde im Koma sind nicht Anlaß für neue Überlegungen, sondern bestätigen das medizinische Zukunftsszenario. Am Ende wird hergestellt, was "unvermeidlich", objektiv der Fall sein sollte.

Viel wird auf den Intensivstationen "entschieden". 40-50% aller Todesfälle auf diesen Stationen ist auf Behandlungsabbruch zurückzuführen.

Handlungsrechte

Die Prognose lähmt. "Nur" Pflege und Versorgung, Warten, das ist keine Perspektive für moderne Medizin. Wer Schlechtes vorhersagt, der muß verhindern, der muß handeln, der muß Hand anlegen. Mit eindeutigen Worten beschrieben insbesondere die Vertreter und Vertreterinnen des King's College und des belgischen, katholischen Ethik-Zentrums in Löwen das Recht zum Töten. Im freien Spiel der utilitaristischen Ethik (1) entwickelte Pat Walsh vom Centre of Medical Law and Ethics "die Antwort auf unsere Frage." Pat Walsh hält sich gar nicht mehr damit auf, ob der Entzug künstlicher Ernährung zulässig, berechtigt sei. Sie eilt der Zukunft weit voraus. Sie führte aus, daß die sprachliche Unterscheidung zwischen "Töten und Sterbenlassen" nach utilitaristischer Auffassung nur moralisches Mittelmaß ist. Die Vortragende hatte zuvor entwickelt, daß das "Zerstören eines Eigentums und einer Person moralisch unter Umständen gerechtfertigt werden (kann)". Die Unterscheidung zwischen töten und sterben lassen, sei dennoch sinnvoll. "Wenn ein Leben aufhört ein wertvolles zu sein, wenn die Beendigung eines Lebens unter Umständen besser ist, dann ist es besser, wenn wir nicht bei der Beendigung involviert sind." Wir "fühlen" uns mit dieser Unterscheidung besser, meint Pat Walsh.

Prof. Dr. Paul Schotsmanns bietet eine andere, nicht weniger praktikable Begründung für den "zulässigen" Mord an. "Menschliches Wesen" sei, "wer Beziehungen eingehen könne. Das kann der Koma-Patient nicht mehr. Dies gab uns die Möglichkeit der Integration vom Nahrungsentzug." Im zweiten Schritt wurde eine "proportionalistische Begründung" für den herbeigeführten Hungertod hinzuaddiert. Die "Werteabwägung" zwischen "Familie", "medizinischen Elementen", "Kosten der Behandlung" und das - prognostisch wahrscheinliche - Ergebnis einer medizinischen Maßnahme können die Nahrungsverweigerung bei diesem schutzbedürftigen Patienten "als moralisch vernünftig" begründen.

Während der Konferenz bekannten sich einige Vortragende, ganz persönlich. Frau Dr. Bettina Schöne-Seifert, die wie Ludger Honnefelder, Hans-Martin Sass und andere bioethisch argumentierende Theologen und Philosophen durch die Schule des Kennedy Institute of Ethics der Georgetown University in Washington gegangen ist, sagte in Anwesenheit der vielen Angehörigen im Publikum: "Ich kann es nicht ertragen, von meiner Familie gefüttert zu werden. Allgemein ist es menschlich verständlich, nicht jahrelang pflegeabhängig sein zu wollen. Warum soll man nicht darüber reden, Behandlungen medizinischer wie nicht-medizinischer Art nicht einzusetzen? Selbst wenn die Handlung ‚aktiv` ist, warum sollte man das nicht unter bestimmten Bedingungen zulassen?" Vor kurzem wurde Frau Schöne-Seifert in den neuen Ethik-Beirat beim Bundesministerium für Gesundheit berufen. Von dort aus berät sie gemeinsam mit Prof. Honnefelder und anderen Minister Seehofer in gesundheitspolitischen und (bio)ethischen Fragen.

Sicher, es gab noch andere Stimmen, auch eindeutige Stellungnahmen gegen den Behandlungsabbruch. Dennoch, die Bonner Gemengelage führt - mit und ohne Beteuerungen eines vorhandenen "guten Willens" -

direkt zur Euthanasie, die Redefacetten schieben sich zusammen, enttabuisieren, bringen zur Sprache, was zuvor nicht gesagt werden konnte. Der persönliche, immerhin aber öffentlich und mit Amt und Würden ausgestattete Wunsch nach dem "Tod auf Verlangen" steht neben den bioethischen Irritationen, daß beispielsweise Komatöse weder Personen seien noch die Kriterien für "menschliches Leben" erfüllten. Die medizinischen Prognosen einer "leidvollen", vor allem "kommunikationslosen" Zukunft des Patienten verweisen auf das neu entstandene "Problem" einer "Rechtsunsicherheit", einer "notwendigen" Kriterienerarbeitung. Denk- und Handlungsoptionen, die es vorher nicht gab, konstituieren sich. Obwohl in Deutschland zumindest in dieser Hinsicht gar keine "Rechtsunsicherheit" herrscht, wird diese in vielen Nebensätzen eingeführt. Der § 216 verbietet die Tötung auf Verlangen ebenso wie die standesrechtlichen Vereinbarungen der deutschen Ärzteschaft. Wollen hier, wie der Kinderarzt Michael Bendtfeld aus dem Publikum heraus vermutete, "Menschen, die augenscheinlich in der Lage sind mit Sprache umzugehen, sich des orwellschen Prinzips befleißigen und eine Diktion entwickeln, die zum Ziel hat, die Reichweite des Gedankens zu verkürzen?"

Dieses Gerede aber, um eine Wahl zwischen "Pflege und Töten",dieser "neu-entdeckte Verhandlungsgegenstand" kann gar nicht "liberal" debattiert werden, denn tatsächlich jede individuelle Situation wird davon betroffen sein. Diese "Wahl", die unter dem Zeichen der "knappen Ressourcen" zur Pflicht zu werden droht, verhindert viele soziale Möglichkeiten, Anstrengungen, Initiativen. Die beeindruckenden Beiträge der Angehörigen, die über Jahre ihre Ehefrauen oder Ehemänner und Kinder pflegen, die der allgemein vorherrschenden institutionellen Ignoranz zum Trotz eine humane, soziale Situation schaffen, werden keine Chance auf Besserung ihrer schwierigen Lage haben. Viele Angehörige sind sozial isoliert, viele stehen vor dem finanziellen Ruin. Die "Lösung", die im Dezember in Bonn argumentativ vorbereitet wurde, ist das Töten.

Die Sprache des Rechts

Die Argumente und Reden der Vertreter und Vertreterinnen der katholisch-bioethischen und säkularen Ethikzentren finden sich bereits in zahlreichen Gesetzen und Richtlinien wieder. Ihre scheinbar "liberale" Haltung ist schon in die Form von Paragraphen gegossen und damit so festgezurrt, daß niemand mehr daran vorbei kann.

Die Richtlinie der British Medical Association fordert Ärzte auf, nach einem Jahr zu überlegen, "was im besten Interesse des Patienten ist". Gemeint ist "eine Entscheidung, die lebensverlängernde Behandlung wie künstliche Ernährung" abzubrechen. Um die Grundversorgung, Essen und Trinken, einstellen zu können, sucht man Komplizenschaft. Ärzte sollen - und wollen wahrscheinlich - nicht allein derartige Entscheidungen verantworten. Der Behandlungsabbruch sollte "offen mit dem gesamten Pflegeteam", unter Berücksichtigung der (mutmaßlichen) Einstellung des Betroffenen und seiner Angehörigen, diskutiert werden. Im Zeitalter des "sinnvollen Todes" durch Organabgabe wollen zukünftige Möglichkeiten schon in der Gegenwart überlegt sein. Aber so heißt es, im Moment (!) sollte nicht überlegt werden, diese Patienten als potentielle Organ- und Gewebespender zu nutzen.

Auch in den Niederlanden rechtfertigt ein Komitee des Health Councils solche Taten. Die Begründung erinnert in Wort und Diktion an Peter Singer und seine mittlerweile zahlreichen Kollegen in aller Welt. Nur "das biologische Substrat" sei bei komatösen Patienten geblieben. Was die "Superstruktur menschlichen Lebens" ausmache, "die höheren menschlichen Funktionen (emotionale, kognitive, kommunikative)" würden für immer verloren sein. Diese Patienten lebten zwar, "aber was vom menschlichen Leben geblieben ist, ist zu begrenzt, um eine künstliche Erhaltung als medizinisch vernünftig" erscheinen zu lassen. Man wägt ab, man spricht über die Last der Familie, man fordert "würdiges Sterben"- durch Verhungern! Und auch im holländischen Regelwerk muß bereits beteuert werden, daß die Betroffenen nicht als Organspender in Erwägung gezogen werden.

Anfang der 90er Jahre haben Experten in Schweden und Belgien die Möglichkeit der Euthanasie bei Kranken, die als nicht "kommunikativ und kognitiv" gelten, zu Papier gebracht. In Belgien waren es die (Dienstleistungs-)Ethiker mit "personalistischen Ansatz" vom Zentrum für biomedizinische Ethik in Löwen. Wenn das Erreichen der höheren Werte nicht mehr gegeben sei, dann entfalle auch die Verpflichtung, dieses Leben zu erhalten. Einkalkuliert wird die Möglichkeit, daß Patienten beim Nahrungsentzug Schmerzen empfinden können. Dies müsse ausbalanciert werden mit dem ohnehin vorhandenen Leiden und dem

mutmaßlichen Willen des Betroffenen. In der Bundesrepublik gibt es noch keine spezielle Richtlinie, die den Umgang mit Koma-Patienten regelt.

Das soll sich wohl ändern. Die deutschen Richtlinien der Bundesärztekammer vom Juni 1993 zur Sterbebegleitung passen nicht in den europäischen Trend, ganz abgesehen davon, daß es sich nicht um Sterbende handelt. "Eine gezielte Lebensverkürzung durch Eingriffe, die den Tod herbeiführen oder beschleunigen sollen, ist unzulässig und mit Strafe bedroht, auch dann, wenn sie auf Verlangen des Patienten geschieht. Die Mitwirkung des Arztes bei der Selbsttötung ist unärztlich."

Die beschwörte "Rechtsunsicherheit" ist also nichts weiter als der Versuch, der europäischen Rechtsangleichung auf höchstem bioethischen Level das Wort zu reden.

Moderne Kostensenkung

"Was glauben Sie, wieviel Koma-Patienten in Bosnien wie behandelt werden? Die Antwort ist sehr leicht. Sie werden dort keinen einzigen dieser Patienten finden. (...) Büchner hat seinem Woyzeck das Wort in den Mund gelegt: Wenn ich Geld hätt, hätt ich auch Moral. Die Ethik und Moral ist nicht unabhängig von den ökonomischen Voraussetzungen", so Prof. Arnold während des Abschlußplenums.

In Deutschland herrscht kein Krieg, zumindest nicht wie in Bosnien. Obwohl ich zunehmend den Eindruck bekomme, daß es um eine "Kriegführung" im Innern dieser Gesellschaft geht, um eine Art Krieg gegen "Unbrauchbare", gegen "Unwerte" - wenngleich die Begriffe selbst nicht gefallen sind. Es geht um jene, die sich nicht mehr äußern können, um jene, die eine wissenschaftlich nachgewiesene Chancenlosigkeit zugeschrieben bekommen. Vor allem geht es um den Kranken als "sozialen Kostenfaktor" - in Zeiten knapper Ressourcen.

Die Pflegewissenschaftlerin Christel Bienstein prognostiziert zu Recht und mit Weitsicht: "Unsere Entscheidungen betreffen demnächst ... auch Verwirrte und Demente. (...) Wir entscheiden auch darüber, was machen wir mit diesen Menschen, wenn sie dement sind, wenn sie das nicht mehr können, was wir für nützlich, für fähig halten. Wenn wir uns gegen Sondenkost entscheiden, oder wenn wir sagen, das geben wir jetzt frei, das kann alles völlig frei diskutiert werden, dann geht es fast um die Schließung ganzer Pflegeheime. Es gibt inzwischen in Deutschland ganze Pflegeheime, die nur mit appallischen Patienten (Koma-Patienten, Anm. ak) bestückt sind. Das hieße, die Heime würden alle geschlossen, weil die alle sterben dürften."

Daß solche Entwicklungen, wenn nicht gar intendiert, so doch in Kauf genommen werden, fügt sich nahtlos in die öffentliche und politische Debatte um Pflegeversicherung und Krankenhausfinanzierung. Ein (hergestellter) Sachzwang zur Kostensenkung bestimmt die Rede - und die Praxis: "Im Vorfeld der gesetzgeberischen Initiativen ist vornehmlich von Universitätskliniken, ich nenne Köln und Münster, die Ansicht vertreten worden, daß teure Patienten wie appallische, Aids-Patienten, onkologische, hämatologische Patienten nicht mehr aufgenommen und behandelt werden sollten", so Hans-Joachim Doerfert von der Caritas Trägergesellschaft.

Die Forderungen des Selbsthilfeverbandes nach mehr Pflege, nach mehr Rehabilitationsplätzen, nach mehr Unterstützung nehmen sich neben solchen Kostenabwägungen fast hoffnungslos anachronistisch aus.

Forschung an Universitätskliniken, patentfähige Wirkstoffentwicklung, große klinische Medikamentenversuche, Transplantationsmedizin und andere "produktive" Medizinsparten, die internationale Konkurrenzfähigkeit und allgemeinen Erkenntnisgewinn versprechen, werden aus Drittmitteltöpfen, Forschungsetats und Industrie finanziert. Auch die internationale Rechtsprechung in diesem Bereich gibt Befürchtungen Nahrung, daß Kranke entweder als "verbesserungsfähig" und/oder als "beforschbar" zu gelten haben und, ist dies nicht der Fall, um ihr Leib und Leben fürchten müssen.

In Irland hatte der Oberste Gerichtshof per Beschluß erlaubt, bei einer 45jährigen Frau, die seit zwei Jahrzehnten im Koma liegt, die Magensonde zu entfernen. Die Angehörigen und Richter waren sich einig. Es handelte sich um einen Fall von sogenannten "nearly persistant vegetative state" (einem beinahe irreversiblen Koma). Die Pflegekräfte hatten Reaktionen bei dieser Frau erfahren und waren strikt gegen die richterliche Anordnung, deshalb schufen Richter den neuen Begriff, der einmal mehr deutlich macht, daß die schiefe Bahn längst beschritten ist. Die historische Erfahrung dieses Jahrhunderts wird auf dem Müllberg der Geschichte entsorgt. Der Krieg gegen "chronisch Kranke", gegen "Unheilbare" kann seine ersten "vorsichtigen" Gefechte auch in Deutschland wieder führen.

Erika Feyerabend

BioSkop-Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften, c/o Grendplatz 4, 45276 Essen

(1) Utilitarismus: die philosophische Lehre, daß der Nutzen Grundlage und Zweck des menschlichen Handelns sei, ideale Werte werden nur dann anerkannt, wenn sie dem einzelnen oder der Gemeinschaft nützen.

25. Zukunftsfähigkeit - another round! Debatte um Nachhaltigkeit ...

Debatte um Nachhaltigkeit nicht auf die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" reduzieren

Autor: Stefan Armborst, Ulrich Brand · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:18

Seit der Präsentation der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (ZD), die vom BUND und Misereor beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in Auftrag gegeben wurde, hat sich eine heftige Debatte gerade in linken Zeitungen entwickelt. Zugespitzt formuliert bewegen sich die Positionen zwischen den Polen "Ablehnung" der gesamten Nachhaltigkeits-Diskussion und "kritische Zustimmung", da die Studie und die Diskussion insgesamt durchaus Anknüpfungspunkte bieten. Besonders der ak dokumentierte die verschiedenen Haltungen und Argumentationen.

Wir selbst verorten uns insofern zwischen den beiden Polen, als daß die Diskussion um "Umwelt und Entwicklung" und ZD zwar nicht nur eine Strategie der Herrschenden ist (so etwa die Position von Christoph Spehr in ak 383). Aber auch das bruchlose Anknüpfen an einigen Aussagen der Studie ist problematisch (so etwa hhH in ak 384 und 385), wenn die Gesamtdebatte um Nachhaltigkeit nicht beachtet wird, deren u.E. problematische Grundannahmen in der Studie nicht in Frage gestellt werden. Das bedeutet nicht, soviel sei vorweggenommen, daß es nur um die "Systemfrage" ginge, aber auch die wissenschaftliche Fundierung von "ökologischer Realpolitik" kommt nicht um bestimmte politische Tatbestände herum.

Wir stimmen hhHs Kritik an Christoph Spehrs Thesen in vielen Punkten zu. Letztere sind in der Herangehensweise zu hermetisch und benutzen Begriffe, die zwar erschlagend sind, aber wenig politische Perspektiven eröffnen. Vor allem der Herrschaftsbegriff verkommt zur Kategorie, unter die alles subsumiert wird, was schlecht ist. Solch eine Kritik läuft Gefahr, linke Kritik und Politik zu versteinern.

Gleichwohl geht das bei hhH durchschimmernde Verständnis dessen, wie radikale Kritik und emanzipatorische Politik mit der sustainability-Debatte produktiv in Verbindung gebracht werden könnten, am Kern vorbei. Zugespitzt formuliert bezieht er sich viel zu sehr auf die Studie ZD, weshalb ihm ihr Stellenwert im Rahmen eines sich herausbildenden nationalen Öko-Konsenses aus dem Blick gerät. Diese Kritik wollen wir im zweiten Teil genauer belegen und unsererseits die Debatte vorantreiben, wie mit der Studie umgegangen werden sollte und wo eine radikal linke sozialökologische Politik ansetzen könnte. Vorab erfolgt unsere Einschätzung der Studie des Wuppertal Instituts, die sich auf wichtige Aspekte konzentrieren muß.

I.

Was bringt "Zukunftsfähiges Deutschland" Neues? Die Studie legt schon in der Einleitung die dahinter stehende politisch-strategische Zwecksetzung offen: Von einer "Bündelung von Kräften", einer "Gesprächsgrundlage" für Regierung, Verbände, Industrie, Gewerkschaften und von einem Angebot für alle BürgerInnen ist da die Rede. Was auf jeden Fall positiv zu erwähnen ist: Die fast 400 Seiten starke Studie ist ein Kompendium des bisher in der BRD und anderswo gesammelten Umweltwissens, von erwähnenswerten Projekten und sinnvollen Konzepten. Und trotzdem wird das, was an sperrig-störrischer Realität dem Ziel einer angestrebten "übergreifenden Konsensfindung" entgegen läuft, entweder gar nicht thematisiert oder durch die Art und Weise der Darstellung sowie der Integration (oder besser Nichtintegration) in den konzeptuellen Rahmen ‚entschärft'. Dazu werden noch einige Beispiele genannt werden.

Die Deutschen

überziehen ihr Umweltkonto

Der erste Teil der Studie benutzt naturwissenschaftlich-quantitative Methoden, um zu einer "Bestandsaufnahme" des Umweltverbrauchs in der BRD zu kommen. Der Maßstab für eine erst auf der Basis ethischer Wertmaßstäbe bestimmbare "Zukunftsfähigkeit" einer Gesellschaft wie der deutschen ist für die AutorInnen der sogenannte Umweltraum. Dieser "natürliche Handlungsrahmen" zukünftiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung wird errechnet aus der Tragfähigkeit von Ökosystemen, der Regenerationsfähigkeit natürlicher Ressourcen und der Verfügbarkeit von Rohstoffen. Die Größe des zur

Verfügung stehenden "Umweltraumes Deutschland" ergibt sich aus den postulierten gleichen Nutzungsrechten für alle Menschen weltweit und wird entsprechend der hiesigen EinwohnerInnenzahl hochgerechnet.

Dem werden die heutigen Ressourcen-, Energie- und Materialverbräuche sowie Schadstoffemissionen gegenübergestellt und der nicht gerade neue Schluß formuliert: Die in Deutschland lebenden Menschen überziehen "ihr" "Umweltkonto" ganz beträchtlich. Aus dem Vergleich mit dem heutigen Umweltverbrauch und den laut Umweltraum "erlaubten" Konsum werden Reduktionsziele abgeleitet. Dies führt dann zu Reduktionsszenarien von ca. 25% bis zum Jahr 2010 und bis zu 80 bis 90% bis zum Jahr 2050, zu einer hundertprozentigen Umstellung auf eine biologisch-organische Landwirtschaft, zu einer drastischen Einschränkung des Güter- und Personenverkehrs, usw.

Derartige Veränderungen in bezug auf die materielle Basis des Stoffwechsels mit der Natur innerhalb von wenig mehr als 50 Jahren müssen zwangsläufig zu Umstellungen der Produktions- und Lebensformen führen. Zur Umsetzung der skizzierten Umweltziele präsentiert die Studie nun ihr eigentliches ‚Herzstück', die sogenannten Leitbilder für die "sozial-qualitative Gestaltung" einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Den verschiedenen gesellschaftlichen "Akteuren" - "Unternehmer, Erwerbstätige, Verbraucher, öffentliche Versorger, Gesetzgeber, Städter, Bürger in ländlichen Gebieten, entwicklungspolitisch Engagierte" - werden hier "realistische" Möglichkeiten ökologisch verantwortbaren Handelns präsentiert. Dabei geht es nach eigenen Worten darum, eine "Domestizierung der Marktwirtschaft" sowie deren "ökologisch zuträglichen Entfaltung" zu skizzieren.

Politischer Opportunismus verhindert Ursachenanalyse

Die angestrebte Reduzierung des effektiven Verbrauchs in den relevanten individuellen Bedarfsfeldern muß nach Ansicht der AutorInnen der Studie aber zusätzlich durch ein neues "Wertemodell", eine "neue Bescheidenheit" auf der Ebene des Individuums ergänzt werden. Dieses verbleibt in seiner Rolle Konsument, seine Rolle als politisches Subjekt wird nicht erfaßt. Ebenso vermißt die LeserIn eine Standortbestimmung der Umweltbewegung, eine Analyse gewerkschaftlicher Politik sowie eine Kritik der offiziellen Umweltpolitik, vor allem seit der Einverleibung der DDR. Auch kein Wort zu den Veränderungen des patriarchalen Geschlechterverhältnisses als notwendiger Bestandteil sozialökologischer Transformierungen. Aus politischen Opportunitätsgründen und wohl wider besseren Wissens erfolgt keine Analyse der Ursachen der sozial-ökologischen Krise, und die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Strukturen und möglichem politischem Handeln werden erst gar nicht in den Blick genommen. Die in der Einleitung der Kurzfassung gestellte Frage, "warum und wie die Gesellschaft sich in hohe Stoffverbräuche verwickelt hat", wird nicht beantwortet.

Problematisch ist auch ein Verständnis von "Natur", welches diese einerseits als quantifizierbare Ressource ansieht, die im Rahmen eines ökologischen Sozialprodukts einen Preis bekommen und damit in die Marktrationalität eingepaßt werden soll, andererseits sie als "schützenswertes" Gut auch betrachtet, das - auch wieder als "ökologisches" - getrennt von Gesellschaft gesehen wird. Natürlich ist es notwendig, sich in einem gewissen Rahmen naturwissenschaftlicher Kategorien zur Beschreibung von Naturzerstörungen und -gefährdungen zu bedienen. Aber den Umweltraum als objektiven "natürlichen Handlungsrahmen" zu konzipieren, greift zu kurz. Die Bestimmung von wissenschaftlich fundierten Grenzwerten und Reduktionszielen kann nur als politischer Prozeß verstanden werden. Die Blindheit der ökonomischen Mechanismen gegenüber den natürlichen Grundlagen des Lebens ist nicht nur ein Ressourcenproblem oder ein Problem ausreichender Deponieräume, sondern als spezifisches Vermittlungsverhältnis von Natur und Gesellschaft in bestimmten kapitalistischen Gesellschaftsformationen zu verstehen.

Ökologiebewegung

schrumpft auf eine Restgröße

Das hinter der Studie stehende Verständnis von politischer Veränderung basiert also auf Überzeugungsarbeit, d.h. dem Appell an die "aufgeklärten" ManagerInnen, PolitikerInnen und VerbraucherInnen. Es geht um "tatkräftige und einsichtsfähige Menschen", "eine Entwicklung in dieser Richtung setzt nicht auf große soziale Umwälzungen, sondern auf etwas scheinbar Schwaches, auf Einsicht". Gesellschaftliche Veränderung wird als "prozessierender Kompromiß" entworfen, was zwar nicht falsch ist, aber nicht im Sinne von Appellen und Einsicht verstanden werden kann. Soziale Auseinandersetzungen und divergierende Interessen, wie sie

ausnahmsweise auch im Bereich der Energiewirtschaft angesprochen werden, gehen nur ganz am Rande in die Studie ein. Die historischen Erfahrungen der Ökologiebewegung, daß nämlich grundlegende Veränderungen an bestimmten Interessen scheitern, werden damit negiert. Flankiert werden die Appelle an die Einsicht mit der "Rahmen setzenden" staatlichen Politik, die nur mehr "Mut" benötige; sie ist der Hauptadressat vieler Vorschläge. Die "Ökologiebewegung" oder "entwicklungspolitisch Engagierte" schrumpfen auf eine Restgröße: Ihr teilweise bis heute bestehender Protestcharakter, der in der Geschichte dieses Landes durchaus sinnvolle Veränderungen anstieß, ist offenbar unwichtig.

Die Auftraggeber der Studie wollen, zumindest dem Anspruch nach, einen breiten Diskussionsprozeß einleiten und einem ökologisch-sozialen Reformprozeß neuen Atem geben. Die dahinterstehende politische Strategie weist in Richtung verstärkter Lobbyarbeit. Durch das Ausschließen bestimmter Positionen aus der Diskussion um "Zukunftsfähigkeit", durch eine spezifische Mixtur von Diskurselementen über Umwelt und Nachhaltigkeit soll dazu beigetragen werden, eine lager- und institutionenübergreifende hegemoniale "ökologische Diskursordnung" (Egon Becker) in dieser Republik zu verfestigen. Eine "Versöhnung" von Ökologie und Kapitalismus in Einklang mit den sich verfestigenden Tendenzen der Globalisierung sowie dem damit verbundenen "nationalen Wettbewerbsstaat" (Joachim Hirsch) würde zunächst neue Möglichkeiten der (vor allem exportgeleiteten) Kapitalakkumulation implizieren, die sich durch eine Ökologisierung von Produkten und Produktionsprozessen sowie durch eine ungehemmte Nutzung der "Zukunftstechnologien" ergeben.

Dem entspricht ein aufgrund ökologischer Krisen motiviertes "Gattungsinteresse", das es zwar durchaus geben mag, aber bei der Ausgestaltung grundlegender sozial-ökologischer Veränderungen von anderen Interessen überlagert wird, die widerstreitend sind. Daß der Antrieb unternehmerischen Handelns nicht vom Zwang zur Profitmaximierung zu trennen ist und immer auch Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie sich verschärfende soziale Ungleichheit und Marginalisierung beinhaltet, paßt nicht in das Bild der ökologisch motivierten Partnerschaft. Während im ‚naturwissenschaftlich-informationellen' Teil der Studie Wirtschaft und Gesellschaft letztlich sich auf die Realität vernetzter Rohstoff-, Energie- Produkt- und Abfallströme - oft ist platt von "Naturkapital" und "Sachkapital" die Rede - und auf neue Konzepte des Management und der staatlichen Regulierung beschränkt, bleiben die "Gestaltungsentwürfe" des "Wertediskurses" ohne jeglichen Bezug auf bestehende politische und soziale Institutionen.

Weil jedoch dem postulierten Menschheitsinteresse angesichts drohender materieller Einbußen im Norden des Globus wohl insgeheim doch nicht die nötige Durchschlagskraft beim angestrebten radikalen stofflichen Rück- und Umbau zugetraut wird, bleibt es dabei, durch die Bank allen angesprochenen "Akteuren" die Nutzeffekte einer anstehenden "ökologischen Erneuerung" schmackhaft zu machen: den Gewinner-Unternehmen weltweite Absatzmärkte, den PolitikerInnen Standortvorteile, den ArbeitnehmerInnen Gestaltungsspielräume durch eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, den bisher Mobilitätsorientierten mehr Muße und Beschaulichkeit, usw. (Die Vorgängerstudie "Sustainable Netherlands" war mit dem drastischen "Kleinrechnen" des im Umweltraum nachhaltigen Energieverbrauchs auf die Einzelne und den Einzelnen zumindest konsequenter.) Konzepte der politischen, ökonomischen und sozialen Transformation, die in ihrer Reichweite den angestrebten stofflich-energetischen Reduktionszielen entsprechen, sucht man in der Studie vergeblich. Die dramatischen Reduktionsziele entsprechen keineswegs einem institutionellen Umbau von Gesellschaft, den man angesichts der heutigen Lage nur als "revolutionär" bezeichnen könnte.

Für wen ist Platz

auf dem Weltmarkt?

Auch im Bereich der "globalen Zukunftsfähigkeit", d.h. der internationalen Verknüpfung sozialökologischer Fragen mit denen der Weltwirtschaft, der Entwicklungsperspektiven peripherer Länder sowie der Zukunft von Nationalstaaten, zeigt sich das analytische Defizit der Studie in besonders deutlicher Weise. Die sozial ruinösen Folgen der globalen "Standortkonkurrenz", die durch die neoliberale Strukturanpassung erzwungene Ausplünderung von Natur- und Rohstoffreserven zum Zwecke der Devisenerwirtschaftung, die internationalen Rohstoffregimes mit ihrem Zwang zur Dumpingpreis-Produktion, die Abhängigkeit der Arbeits- und Gütermärkte vom internationalen Finanzregime, die Ausgrenzung von Regionen und Menschen aus dem globalen Markt und nicht zuletzt der Funktionswandel für die nationalstaatlichen Regulierungskompetenzen werden entweder ignoriert oder aber (wie oft bei den eigentlich heiklen Aspekten) in Form von Fragesätzen in

den Raum gestellt, ohne die dahinter liegende strukturelle Problematik konzeptionell einzubeziehen. Hier nur ein eloquentes Beispiel: "Ist auf einem zukunftsfähigen Weltmarkt Platz für alle, die auf ihn drängen?"

Die anvisierten Verbindungen von technologischem Innovations- bzw. Produktivitätsschub und "Lebensstilwandel" werden realiter die globale Tendenz zur Fraktionierung und Ungleichheit vergrößern, da den abhängigen Ländern und ihren Bevölkerungsmehrheiten weder technologisch noch sozial alternative Optionen wie in den Industrieländern offen stehen wird. Die weltweit um die regionalen Wachstumspole gescharten Produktionszweige werden sich durch den Konkurrenzdruck eben nicht "entschleunigen", und am Pol der marginalisierten ländlichen und städtischen Subsistenz wird gerade die prekäre Anbindung an den Weltmarkt eine Abminderung der ökologischen Degradierungsprozesse verhindern.

Das in der Studie vertretene Leitbild der "globalen Nachbarschaft" appelliert mit seiner Forderung nach fairem Handel und globaler Chancengleichheit zwischen Nord und Süd an einen "aufgeklärten, langfristig denkenden Eigennutz" der Industrieländer: "Politische Sicherheit, Ausgleich der Lebenschancen, zukunftsfähiges Wirtschaften und der Schutz der natürlichen Lebenschancen gehören zusammen." Wer allerdings wie die AutorInnen der Studie dabei die transnationalen Konzerne nur einmal kurz erwähnt bzw. an anderer Stelle nur beiläufig von der "Mitverantwortung" spricht, die die Industriestaaten für das übernehmen sollen, was von den Unternehmen ihrer Länder im Süden getan wird, der macht sich unglaubwürdig, weil er jahrelange Debatten und dabei erarbeitete Positionen und Analysen der internationalen Umwelt- und Entwicklungsbewegung einfach außer acht läßt. Ein "Beitrag zur global nachhaltigen Entwicklung" (so der Untertitel von ZD) müßte die Perspektiven und Probleme der internationalen Vereinbarungen und Regulierungsinstrumentarien angesichts der realen Hegemonie und Einflußmacht ganz anderer wirtschaftlicher und politischer Akteure thematisieren oder zumindest indirekt einfließen lassen, statt pauschal von "Bürgerinnen, Bürgern, Regierungen und Parlamenten" zu sprechen, die es global zu überzeugen und zu mobilisieren gilt.

Gerade die Fixierung der Studie auf die individualistisch ausgerichteten "Leitbilder" wäre in diesem Kontext alles andere als unrealistisch zu bewerten oder als reine Ideologie abzutun. Sie weisen vielleicht eher auf neue Formen konsensualen und legitimierten sozialen Verhaltens hin, die zukünftige soziale Spaltungen abfedern helfen und gleichzeitig auf der Ebene der symbolischen Ordnungen und der daraus resultierenden individuellen Verhaltensnormen die geänderten gesellschaftlichen Naturverhältnisse eines "ökologischen Kapitalismus" reflektieren, der die historisch-strukturell bedingte und in allen gesellschaftlichen Institutionen (Markt, Politik, Wissenschaft, etc.) verankerte gesellschaftliche Krisendynamik unangetastet ließe. Dies immer wieder zu betonen und die grundlegenden Widersprüche in diesbezüglichen Umbauentwürfen wie ZD herauszustreichen, dadurch deutliche Kontrapunkte in der sich - nicht zuletzt durch diese Studie - politisch verengenden Debatte über "Umwelt und Entwicklung" zu setzen, ist mehr als notwendig.

II.

hhH liegt zweifellos richtig mit seinem Hinweis, daß es "das" Konzept von sustainable development gar nicht gibt. Das Verständnis des Begriffes und seine Umsetzung ist umkämpft. Genau dies macht die Studie ZD so wichtig, denn sie ist ein bedeutendes Diskursfragment im sich verfestigenden sustainability-Diskurs.

hhH schlägt den Linken vor, sich die Zielvorgaben des Wuppertal- Instituts "zu eigen zu machen und die Chancen zu ihrer Realisierung durch eigenes (zum Beispiel konzeptionelles) Engagement zu vergrößern." (ak 384) ZD soll quasi als Steinbruch genutzt werden, aus dem man sich bedient. Die Studie müßte allerdings "durch Analysen der Machtverhältnisse und Veränderungsmöglichkeiten derselben ergänzt werden ..." (ak 385) Dabei verkennt hhH aber, daß ZD kein Sammelsurium ist, sondern relativ konsistent daherkommt. Die acht entworfenen Leitbilder sind ja keine einzelnen Vorschläge, sondern skizzieren ein relativ umfassendes gesellschaftliches Zukunftspanorama.

Nicht nur ZD, sondern das gesamte sich in der BRD formierende Verständnis von Nachhaltigkeit blendet die existierenden Machtverhältnisse aus. Wir stimmen daher auch nicht mit hhH überein, wenn er meint: "Werden Macht- und Aneignungsverhältnisse in jedem Augenblick der Analyse mitbedacht, dann verhindert dies möglicherweise radikale (visionäre) Entwürfe, die über die augenblicklichen Bedingungen hinausgehen." Sind Macht- und Aneignungsverhältnisse nicht gerade wesentlicher Bestandteil "augenblicklicher Bedingungen", die Ausgangspunkt radikaler, visionärer Entwürfe darstellen? Nichts gegen normative Ansprüche, die Teil radikaler

sozialökologischer Politik sein müssen, aber die Studie versteht sich selbst nicht als "Vision", sondern als "Kursbuch für ein zukunftsfähiges Deutschland".

Wuppertal-Studie

tabuisiert Machtverhältnisse

hhH schreibt, daß die Analyse von Bedarfsfeldern sowie die "Bilanzen des deutschen Umweltverbrauchs ... die interessantesten Aspekte der Studie (sind) und für linke Politik mit gesellschaftsveränderndem Anspruch mit Sicherheit die größte Herausforderung." (ak 385) Warum? Daß der "deutsche Umweltverbrauch" viel zu hoch ist, war vorher bekannt. Die Verursachung dieses zu hohen Verbrauchs wird nicht thematisiert. Das wurde aber nicht vergessen und ist demzufolge einfach hinzuzufügen, sondern entspricht dem politischen Selbstverständnis des Wuppertal Instituts und der beiden Auftraggeber BUND und Misereor. Über die Tabuisierung von Machtverhältnissen und die Enthistorisierung der entstandenen "Scheiße" (Marx) verfestigt sich ein Verständnis, das zur Legitimierung des "Weiter so" dient.

Auch die Brechtsche Große Methode, "in den Dingen Prozesse zu erkennen und sie zu benutzen" kann nicht beliebig an sich verfestigenden sozialen Verhältnissen und ihrer Legitimation anknüpfen, sondern muß ihre Intentionen und die dahinterstehenden Interessen offenlegen. Damit ist die Studie noch längst nicht Ausdruck von Kapitalinteressen, die auch in sozialökologischen Fragen alles andere als homogen sind, aber sie trägt auch nicht zur Politisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei. Und letztere sind nicht so, wie das Wuppertal Institut suggeriert, daß alle Gutmeinenden und Umweltbesorgten (Unternehmer, Politiker, Verbraucher etc.) nur an einem Strang ziehen müssen, um die Misere zu beenden. Vielmehr kommen angesichts des neoliberalen Durchmarsches die wichtigen sozialen und umweltpolitischen Errungenschaften unter den Hammer neoliberaler Politik. Selbst BUND-Chef Hubert Weinzierl sprach zum Jahreswechsel von einem "kompletten Politikausfall" der Bundesregierung und von einer "atemberaubenden Demontage des Umweltrechts" im Zuge der Deregulierung (FR, 28.12.95).

Debatte für linken Klärungsprozeß nutzen

Eine Institution wie der BUKO, der sich dem allgemeinen Schulterschluß fast aller entwicklungspolitischen NROs mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) widersetzt, sowie die um eine Neudefinition des Internationalismus ringenden Restlinken, sollten sich aber nicht allzulange an der Studie aufhalten und statt dessen die damit entstehende Debatte und ihre blinden Flecken zum Anlaß nehmen, um Selbstverständigungsprozesse in den eigenen Reihen zu beginnen - die auch aus dem Ghetto herausführen und die Anziehungskraft für Außenstehende erhöhen. Die folgenden skizzenhaften Überlegungen könnten dazu ein erster Anstoß sein:

- Das politische Hauptversagen der Studie ZD liegt darin, daß sie noch nicht einmal die Notwendigkeit der Veränderungen herrschender Institutionen benennt - von dem Verweis auf einen mit der Unabhängigkeit der Bundesbank ausgestatteten und in seiner gesellschaftlichen Legitimität äußerst fragwürdigen "Ökologischen Rat" einmal abgesehen. Ihr technokratisch bzw. moralisch-individueller Ansatz von Veränderung führt dazu, daß den AutorInnen zur Frage der Demokratie außer einem bloßen "mehr Partizipation" und einer eher beiläufigen Bezeichnung der hiesigen Marktwirtschaft als "demokratische" nichts einfallen will. Die Antwort auf dieses fundamentale Demokratiedefizit darf nicht mit der Weigerung einhergehen, sich mit der Demokratisisierung des Produktions- und Reproduktionsbereiches sowie aller gesellschaftlichen Institutionen als notwendiger Voraussetzung sozialökologischer Transformationen zu beschäftigen.

- Die Studie ZD ist gerade aufgrund der ihr inhärenten Inkonsistenzen und Leerstellen sowie des dadurch zum Ausdruck kommenden Opportunismus Sinnbild der starken Orientierungslosigkeit im umwelt- und entwicklungspolitischen Bereich. Die Erfahrungen der Menschen mit sozialökologischen Krisen wie auch mit Überwindungsversuchen spielen keine Rolle bei diesem Ansatz "von oben". "Unten" soll "umgesetzt" werden. Man könnte es auch in Abwandlung des "demokratischen Zentralismus" einen "undemokratischen Dezentralismus" nennen. Trotz alledem: Wenn sich nun - wie z.B. in Berlin und Münster - aus gegebenem Anlaß neue Zusammenschlüsse von Gruppen und Einzelpersonen herausbilden, die mit dem (hoffentlich kritischen) Bezug auf die Studie neue bewegungsübergreifende Diskussionsprozesse beginnen, dann ist das grundsätzlich erst einmal zu begrüßen.

- Am Ende der Einleitung von ZD steht geschrieben: "Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Umwelt sein, so oder so, als Jahrhundert der ökologischen Katastrophen oder als Jahrhundert der ökologischen Wende." Bei dieser Alternative wird eine denkbare und wahrscheinlichere Variante übersehen, nämlich die Entwicklung eines "postfordistischen" Kapitalismus unter Berücksichtigung ökologischer Belange. Dies könnte auf einigen Wohlstandsinseln - unter Ausschluß vieler Menschen auf der Insel und noch mehr Menschen, die woanders leben - stattfinden. Hier hätte ein Blick in die Arbeiten Elmar Altvaters geholfen, der - wie auch andere bekannte kritische WissenschaftlerInnen, die zu sozialökologischen Themen arbeiten (z.B. Egon Becker, Thomas Jahn, Barbara Holland-Cunz oder Gernot Böhme) - noch nicht einmal im Literaturverzeichnis Erwähnung findet.

- Inwieweit sich aus der auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen geführten Debatte über die Zusammenhänge von "Ökologie und Entwicklung" ein hegemonialer Konsens herauskristallisiert und wie dieser sich ausgestaltet, hängt von den sozialen und politischen Kräfteverhältnissen ab. So ist das Ausmaß der "ökologischen" Momente des sich herausbildenden Akkumulationsmodells in diesem Land noch unklar. Derzeit scheinen weder in den Parteien noch im Unternehmerlager oder in den Gewerkschaften Strategien zur Umsetzung eines ökokapitalistischen, nationalen Reformprojektes zu existieren. Eine genauere politische Analyse der Gründe für die aktuelle Reformblockade würde vielleicht Ansatzpunkte für emanzipatorische Interventionen ergeben.

- Daß die Durchsetzung einer hiesigen "ökokorporativen" Modernisierung kapitalistischer Herrschaft unter dem Label der "Nachhaltigkeit", welche die bestehenden Eigentumsverhältnisse und Weltwirtschaftsstrukturen, den Verwertungsimperativ und das Geschlechterverhältnis unangetastet läßt, nicht so richtig in die Gänge kommen will, liegt vielleicht auch an der scheinbaren Alternativlosigkeit von Politik und der damit verbundenen Eindimensionalität des Denkens. Erstarkende Gegenkräfte von unten, die die soziale und ökologische Frage zusammendenken und auch das Nachsinnen über einen "ökologischen Sozialismus" - über Macht-, Eigentums- und Verteilungsverhältnisse - neu aufnehmen, würden Zugeständnisse erzwingen, wie sie die Ökologiebewegung unter anderen gesellschaftlichen Vorzeichen in den 80er Jahren erreicht hat. Angesichts des gegenwärtigen Zustands politischer Opposition wäre eine Spaltung entlang der Frage, ob denn nun das Nachdenken über sinnvolle Formen "ökologischer Regulierung des Kapitalismus" per se schon "des Teufels" sei, angesichts der sich Jahr für Jahr überbietenden Rekorde ökologisch bedingter Katastrophen genauso problematisch wie umgekehrt die Mißachtung außerparlamentarischer und -institutioneller Handlungsspielräume.

- Der prognostizierte "Herrschaftskonsens" in puncto ökologischer Modernisierung und die in der Studie postulierte intra- und intergenerationale Solidarität sehen sich im gesellschaftlichen Alltag einem anderen, viel wirkungsmächtigeren Konsens gegenüber: In diesem verbindet sich die Ideologie der national(istisch)en Standort-Solidarität mit einer allumfassenden Konkurrenz um Arbeitsplätze und Lebenschancen, soziale Versorgung und knapper werdende kollektive Güter. Diesen von oben geschürten Konsens, der sich die individuellen Ängste zunutze macht und rassistische bzw. sexistische Ausgrenzung (re)produziert, gälte es aufzubrechen. Erst so werden sich neue Chancen der Politisierung eröffnen, in der die ökologische nicht mehr von der sozialen Frage zu trennen ist.

- Das ideologische Moment der Studie liegt weniger bei den skizzierten konkreten Inhalten einer "ökologischen Kultur", als darin, daß sie mit normativen Appellen an ein fiktives Mittelklassenpublikum die durch diesen Konsens täglich erzeugten Spaltungen und Ausgrenzungen zukleistert. Eine vielfältig emanzipatorische Politik müßte neben dem weltweit praktizierten Ökoimperialismus auch die realexistierende "Öko-Aristokratie" metropolitanen Zuschnitts ins Auge fassen. Ansonsten würde eine "Ökologisierung" auf eine Bestätigung und Verschärfung der gegenwärtigen containment-Politik gegen die "Verdammten dieser Erde" hinauslaufen. Es wäre erforderlich, den Menschen das blinde Vertrauen in das technokratische Management als Allheilmittel zu nehmen und ihnen die Erkenntnis zu erleichtern, daß Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung eigener elementarer Bedürfnisse globale Probleme sind. Diese können nur angegangen werden, wenn "Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit" (EZLN) in den jeweiligen lokalen und nationalen Verhältnissen wie auch weltweit neu definiert und erkämpft werden.

Stefan Armborst/Ulrich Brand

26. "Berliner Erklärung" zur Studie Zukunftsfähiges Deutschland". Dokumentation

Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:25

Die "Berliner Erklärung", die auf Initiative des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile/Lateinamerika e.V. (FDCL) von MitarbeiterInnen aus entwicklungspolitischen NROs und umweltpolitischen Gruppen erstellt wurde, haben wir den Lateinamerika Nachrichten 259/Januar 1996 entnommen.

Berliner Erklärung entwicklungs-, umweltpolitischer und internationalistischer Organisationen zur Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" wird ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht. Die Aussagen zu den Nord-Süd-Beziehungen sind unzureichend, weil sie die gesellschaftspolitischen und ökonomischen Realitäten nicht benennen, die einem global gerechten, ökologischen Wandel entgegenwirken.

1. Gesellschaftliche Widersprüche bleiben ausgeblendet

Ausgangsargument für die entwickelten Leitbilder ist die Feststellung eines "Zuvielverbrauchs" an Ressourcen und der Überbeanspruchung ökologischer Systeme. Die zentrale Kategorie des "Umweltraums" beinhaltet die Forderung nach einer globalen Gleichverteilung von Ressourcen pro Kopf. Gesellschaftliche Wirklichkeit kann aber nicht auf naturwissenschaftlich ermittelte, quantifizierbare Größen reduziert werden. Die gesellschaftlichen Widersprüche, d.h. unterschiedliche Interessenlagen, werden in der Studie nicht klar benannt oder bleiben ganz ausgeblendet. Die methodische Herangehensweise führt dazu, daß hinsichtlich des Nord-Südkonflikts historische Prozesse, soziale Ungleichheiten und Geschlechterverhältnisse kaum berücksichtigt werden. Die entwicklungspolitische Diskussion der letzten Jahrzehnte ist in die Studie nicht eingeflossen.

2. Ein zukunftsfähiges ist ein wettbewerbsfähiges Deutschland

Die Leitbilder, die einen individuell richtigen Weg thematisieren, werden letztlich einer "ökologischen Modernisierung" untergeordnet. Die Markteffizienz wird alternativlos als positive Triebkraft hervorgehoben. Die Führungsrolle Deutschlands im Weltmarkt wird ausdrücklich bestätigt. Der Ausbau des "technologischen Vorsprungs im Bereich umweltfreundlicher Technologien" soll vor allem der internationalen Konkurrenzfähigkeit Deutschlands dienen.

3. Die Macht bleibt auch weiterhin im Norden

Die allgemeinen Forderungen nach "gemeinsamem Lernen" und "globaler Nachbarschaft" klingen sympathisch, sind aber auch naiv und gefährlich, weil das Machtungleichgewicht zwischen Norden und Süden verschleiert wird. Der Norden brauche die "lebendigen Traditionen und Zukunftsvorstellungen (des Südens) für die Erneuerung der Industriegesellschaften", während der Süden "die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Erfolge und Fehlschläge einer technischen Zivilisation" benötige. Trotz des Bemühens, Stereotypen entgegenzuwirken, reproduziert die Studie klischeehafte Bilder des Nord-Süd-Verhältnisses. Wiederum wird ein Technologietransfer von Nord nach Süd gefordert, der zusammen mit der Forderung nach einem "konditionierten Schuldenerlaß" die paternalistische Perspektive der AutorInnen widerspiegelt. Da die Beschränkung des internationalen Handels zu Devisenverlusten führen wird, bietet der Norden Ausgleichszahlungen an. Von wem in welcher Höhe für welchen Zweck diese Zahlungen geleistet werden, bleibt offen.

4. Der Blick auf den

Weltmarkt ist unkritisch

Der Weltmarkt wird als unwidersprochener Referenzrahmen akzeptiert, gleichzeitig aber auf seine Warenströme reduziert. Die Abhängigkeit des Südens von internationalen Finanzinstitutionen bleibt unerwähnt. Aber gerade die Verschuldungskrise, die zur Exportorientierung der Entwicklungsländer beitrug, führte zu ökologisch-desaströsen Entwicklungen. Mit der Forderung nach einer radikalen Reduktion des Welthandels und dem Aufbau von regionalen Wirtschaftskreisläufen wird zudem unkritisch die bereits stattfindende

Zwangsabkopplung ganzer Volkswirtschaften des Südens propagiert. Schließlich wird der Widerspruch zwischen der Forderung nach einer Öffnung der Märkte für Exporte der Entwicklungsländer einerseits und nach ökologischen Handelsrestriktionen andererseits nicht aufgelöst.

5. Die Rolle der internationalen Akteure bleibt unreflektiert

Internationale Organisationen wie IWF, Weltbank und WTO werden als vorhandene Akteure nicht in Frage gestellt - gerade so als gäbe es nicht die umfassende Kritik an diesen Organisationen. Es wird suggeriert, daß Institutionen, über die eine global nachhaltige Entwicklung gesteuert werden könnte, bereits vorhanden seien. Ausgeblendet bleiben dabei die Folgewirkungen der politischen und ökonomischen Praktiken dieser Organisationen, die in vielen Fällen gerade zu sozialen Ungleichheiten und zur ökologischen Zerstörung führten. Mit dem Hinweis auf die Rolle der NGOs wird schließlich die Existenz einer internationalen Zivilgesellschaft vorgegaukelt. Die "wachsende Bedeutung" dieser Akteure wird ausschließlich positiv bewertet. Es wird nicht berücksichtigt, daß auch hier Machtungleichgewichte zwischen den Akteuren des Nordens und des Südens oder den basisbewegten oder professionalisierten Akteuren vorhanden sind. In der Studie wird nur an einem Punkt differenziert: Die NGOs des Nordens sollen zum Aufbau einer "sozial-ökologischen Gegenmacht" in den Entwicklungsländern beitragen, die Bildung einer "Gegenmacht" durch NGOs im eigenen Land wird nicht gefordert.

Perspektiven

Die unterzeichnenden Organisationen dieser Berlin-Erklärung sind sich darin einig, daß noch erheblicher Diskussionsbedarf über "die globalen Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung" erforderlich ist. In der Wuppertal-Studie ist es nicht gelungen, der Tragweite der Nord-Südbeziehungen inhaltlich gerecht zu werden. Es wird deutlich, daß der globalen Entwicklungsverträglichkeit Deutschlands eine nur nachgelagerte Rolle zukommt. Eine inhaltliche Verknüpfung von Umwelt und Entwicklung wurde daher nicht geleistet. Die Studie kann aber als ein Impuls begriffen werden, diese Debatte voranzubringen. Ohne eine "sozial-ökologische Gegenmacht" auch in den Ländern des Nordens, welche die unterschiedlichen Interessen und ungleichen Weltmarktstrukturen aufdeckt, kann dieses Projekt allerdings nicht gelingen.

Berlin, im November 1995

27. Abschied vom linken Fortschrittsglauben. Infobüro Nicaragua über Widersprüche in der "3. Welt"-Solidaritätsbewegung

Rubrik: Umweltpolitik; Diskussion; Internationale Solidarität; Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:23

Kritik an Imperialismus und Eurozentrismus ist in der Internationalismus-Bewegung selbstverständlich. Aber haben nicht viele Internationalismus-Bewegte ähnliche Denk- und Handlungsmuster übernommen? Glauben nicht auch viele Solidaritäts-Aktive an Fortschritts- und Modernisierungsmythen? Machen sie nicht häufig Menschen in der "3. Welt" zu Objekten ihrer Solidarität? Solche Fragen werden in der bundesdeutschen Internationalismus-Bewegung (oder was davon übrig geblieben ist) verstärkt diskutiert. Wir dokumentieren ein Positionspapier des Wuppertaler "Informationsbüro Nicaragua". Zum selben Thema siehe auch: Interview mit Karl Rössel zu Perspektiven der Internationalismus-Bewegung (ak 380) und BUKO-Papier zur "Nachhaltigkeits"-Debatte (ak 384).

Kritisches Denken, das auch vor dem Fortschritt nicht innehält, verlangt heute Parteinahme für die Residuen von Freiheit, für Tendenzen zur realen Humanität, selbst wenn sie angesichts des großen historischen Zuges ohnmächtig erscheinen. (Max Horkheimer und Theodor W. Adorno)

Entwicklungsman(n)ie - mit diesem Wortspiel betitelt fand der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) im Mai 1995 in Wuppertal statt. Die Krise des Entwicklungsdenkens stand auf der Tagesordnung. Die Kritik patriarchaler Strukturen, die Projektionen der Solidaritätsbewegung sowie deren männlich-weiße Strukturen waren zum ersten Mal eigenständiges Thema. (...) Es ging vor allem um unsere eigenen Verstrickungen in die patriarchale Dominanzkultur, jene westlich-abendländische Kultur, die sich angeschickt hat, die Welt mit sich selbst zu überziehen und keine andere neben sich zu dulden, es sei denn im Museum.

Treffend ist die Entdeckung der "Neuen Welt" durch Christoph Columbus als Konfrontation mit "dem Anderen" charakterisiert worden. Wenn das Andere nicht gleich vernichtet wurde, so wurde es zumindest als etwas vorgegeben, welches auf dem Weg zur Zivilisation, zum Menschsein, zur Gesellschaftlichkeit noch einen weiten Weg zurückzulegen habe. Dieser Gewaltakt des Ein- und Ausschließens, diese Praxis des Sortierens und Aussortierens, des klassifizierenden Ordnungschaffens ist ein Hauptmerkmal patriarchaler Herrschaft. Der Indianer ist das Andere des Spaniers, der Fremde das Andere des Einheimischen, die Frau das Andere des Manns, die Maßlosigkeit das Andere der Mäßigung, die Seele das Andere des Körpers, Wahnsinn das Andere der Vernunft, Ausländer das Andere der Staatsbürger, das Laienpublikum das Andere der Experten, Unterentwickelte das Andere der Entwickelten, "die" das Andere des "wir".

Patriarchale Herrschaft wurde in den Diskussionen rund um den BUKO nicht nur als die Unterdrückung von Frauen durch Männer lokalisiert. Sie zeigt sich in allen "materiellen, ideologischen, wissenschaftlichen, technologischen, ästhetischen, sprachlichen und psychischen Ausdrucksformen westlicher Kultur", wie es die Feministin Christina Thürmer-Rohr formuliert. Daß unter den Schlagwörtern der Modernisierung, der Entwicklung, des Fortschritts und der Emanzipation selbst in gutgemeinter Absicht noch heute meist Lebenszusammenhänge eher zerschlagen werden als ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen, daß also Entwicklung mehr schadet als nützt, ist zwar oft nachgezeichnet worden, doch noch längst nicht allgemeine Auffassung.

"Entwicklung"

Das Entwicklungsdenken, welches zunächst eine zwangsläufige Gesetzmäßigkeit der Geschichte konstruiert, um dann alle Veränderungen als vor oder zurück entlang dieser Schiene einzuordnen, ist tief in unserer Kultur verankert. Die je eigene Gesellschaft ist der Endpunkt, auf den sich alles zubewegt. Alles andere erscheint grau und ohne eigene Geschichte. Als erwähnter Christoph Columbus im Oktober 1492 in sein Tagebuch schrieb, er wolle Indios mit nach Spanien nehmen, "damit sie sprechen lernen", ahnte er nicht, daß diese Herangehensweise noch 500 Jahre später zum Kern des Entwicklungsdenkens gehören würde.

Fast 50 Jahre "Entwicklungspolitik" haben die Abstände zwischen Nord und Süd eher vergrößert als verkleinert. Als ideologischer Beipack zum "freien" Welthandel und zur Schuldenkrise ist Entwicklungspolitik Teil einer Schere, die immer weiter aufgeht. An den Traum, die Industrieländer erfolgreich einzuholen, glaubt inzwischen kaum einer mehr. Für die meisten im Süden war er schon immer ein Alptraum. Angesichts der Offensichtlichkeit globaler Umweltprobleme können selbst Vertreter der internationalen Entwicklungsagenturen nicht mehr ruhig schlafen. Hier wird dann in Zahlenspielen auch eher über die Abschaffung der Armen anstelle der Armut nachgedacht. Seltsamerweise erweist sich aber die Idee der Entwicklung bisher als "scheitern-unanfällig". Selbst innerhalb der Solidaritätsbewegung oder allgemeiner unter "uns Progressiven" herrscht der Glaube an die Fortschrittlichkeit unserer Kultur fort, sei es bei der Diskussion um Demokratie, Ökologie, Nachhaltigkeit oder um die Emanzipation der Frau. Der "Barbarei auf dem Balkan" (von Ruanda ganz zu schweigen) ist nur mit zivilisierenden Bomben (und natürlich unter deutscher Beteiligung) beizukommen und der Regenwald nur durch unsere Initiativen zu retten. Und wenn wir nur die richtigen Projektkriterien haben, so ist auch unseren PartnerInnen geholfen.

Die Mittäterschaft

der Solidaritätsbewegung

Kritik an den Prinzipien der Moderne zu üben, ist vergleichsweise einfach. Es geht aber nicht nur darum, die Herrschaft der Herrschenden anzuklagen. Die Frage nach der Mittäterschaft der Solidaritätsbewegung an der Zurichtung des Solidarisierten, die Frage nach dem Selbstverständnis von uns selbst, ist weit weniger eindeutig zu beantworten, dafür aber um so wichtiger. Die Praktiken, mit denen unsere Kultur das Andere unterwirft, ausnimmt, stigmatisiert, vereinnahmt oder vernichtet, bestimmen auch unsere Denk- und Handlungsweisen. Eine grundlegende Herrschaftskritik trifft auch uns. Wir selbst sind eingebunden in die Dominanzkultur, wir tragen und denken Herrschaft mit, wir profitieren von Herrschaft und fallen ihren Mythen anheim. Wir übernehmen bewußt und unbewußt ihre Konstruktion von Wirklichkeit, ihre Definition von Problemen, ihre Lösungsvorschläge. Es gibt kein außerhalb. Dominanz realisiert sich nicht nur in den großen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen, sondern zumindest im Prinzip auch in den Verhaltens- und Umgangsweisen von jedermann und jederfrau.

Diese Erkenntnis verunsichert uns und macht politisches Handeln nicht gerade einfacher. Sie eröffnet aber prinzipiell neue Chancen und ermöglicht einen anderen Blick auf die Welt. Damit gelingt es vielleicht, die Unmittelbarkeit zu den Menschen (wieder)herzustellen, Lebensäußerungen und -verhältnisse nicht durch große Organisationen vermitteln zu lassen, durch persönliche Begegnungen alte Meinungen zu relativieren, und nicht mit der einmal gefaßten Meinung allzuschnell neue Lösungen und fertige Politikvorschläge zu präsentieren. Wir sollten uns das Recht auf Irrtum zugestehen. Eine solche Haltung ist weder übersichtlich, noch führt sie zu leicht umsetzbaren Konsequenzen. Dennoch wollen wir uns darauf einlassen. Es geht darum, neue und noch unbekannte Handlungsfähigkeiten zu gewinnen, die Praxis nicht als theoriegeleitete Ausführung, als Realisierung von Kopfgeburten zu begreifen.

Dies bedeutet kein Abgleiten in "postmoderne Beliebigkeit". Gesellschaftliche Mißstände sind nicht zu beschönigen und müssen als solche benannt werden. Letztlich beobachten wir keinesfalls eine Zähmung und Zivilisierung des weltumspannenden Kapitalismus, sondern im Rahmen beschleunigter Globalisierung dessen ungezügelte Barbarei. Der Neoliberalismus und seine Handlanger führen, das beobachten wir allenthalben in Nicaragua, zu zunehmender Verelendung.

In vielen interessanten Diskussionen wurde im Laufe des letzten Jahres unsere Sicht der Dinge verunsichert und in Frage gestellt. Durch Ivan Illich etwa, der schon vor 20 Jahren den Fortschrittsmythos der westlichen Kultur kritisierte und Begriffe wie "Bedürfnisse" nicht als ursprüngliche, sondern als gesellschaftlich produzierte entlarvte. Oder durch den mexikanischen Entwicklungskritiker Gustavo Esteva, der uns mit der Forderung nach dem sofortigen Stopp von Entwicklung und dem Einstellen jeglicher Hilfe provozierte. Wir wollen solche Debatten weiterführen und uns im Austausch mit anderen "produktiv verunsichern" lassen. "Sichtwechsel" haben wir das vielleicht nicht ganz zutreffend genannt. Nach wie vor verstehen wir uns nicht als Debattierclub, sondern als politische Gruppe, die in die Verhältnisse hier eingreifen will. Unsere Arbeit zu Nicaragua fällt dabei nicht hintenüber, sondern wird von uns fortgesetzt, kritisch analysiert, ständig neu überdacht und wirft uns tagtäglich in emotionale Höhen wie Tiefen.

Organisation und Hierarchie

Dabei ist es nicht immer einfach, unsere Diskussionen mit der konkreten Projektarbeit in Übereinstimmung zu bringen. Es geht nicht darum, gerade aufgetretene Widersprüche sofort wieder einzuebnen. Deren "Bearbeitung" bedeutet für uns weder die sofortige Zurückweisung noch die komplette Veränderung der bisherigen Praxis. Beides fänden wir fatal. In der von uns herausgegebenen Broschüre "LandLos" haben wir versucht, die Kämpfe um Land und die damit verbundene Frage der sozialen und politischen Organisierung in Mittelamerika mit unseren, oft zu theoretischen Debatten zu verbinden. Herausgekommen ist eine interessante Sammlung von Gesprächen, Berichten und Artikeln, die die Landfrage in ihrer Widersprüchlichkeit darstellt. Insbesondere die verschiedenen Organisierungsvorstellungen werden thematisiert sowohl in Mittelamerika als auch bei uns.

"Organisation" wird dabei nicht als beliebig vorgestellt. Das Prinzip des "außen" und "innen" ist ihr ebenso eingeschrieben wie das der Hierarchie. Polit-ökonomische Entscheidungen, etwa die Ausrichtung der nicaraguanischen Wirtschaft auf den Export und die damit verbundene Einbindung in den Welt- und Schuldenmarkt, begünstigen bestimmte Formen der Organisierung. Konkret: Die Festlegung auf Exportökonomie legt nahe, die Entscheidungsgewalt über das Wie, Wo und Wieviel des Produzierens zu zentralisieren. Die ständige Mitreflexion der eigenen Organisierungsformen und -prozesse und das Hinterfragen entstehender Hierarchien halten wir sowohl im nicaraguanischen Kontext als auch bei uns für unabdingbar. Eine Politik, die radikale Forderungen formuliert, gerät in Verdacht, lediglich Lippenbekenntnisse zu produzieren, wenn sie nicht versucht, ihre Vorstellungen auch für sich gelten zu lassen. Von letzterem kann momentan wenig die Rede sein, wenn wir uns nicaraguanische Verhältnisse anschauen.

Unter Bezugnahme auf die Forderungen der ArbeiterInnen und BäuerInnen nach Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen befürworten FSLN und sandinistische Gewerkschaften, insbesondere die LandarbeiterInnen-Gewerkschaft ATC, einen "alternativen ökonomischen Block" mit dem APT (Area de propiedad de trabajadores) an der Spitze. Radikale Forderungen wie die nach Landtiteln werden in institutionalisierte Bahnen gelenkt. Die strategische Entscheidung, nicht nur die politische Macht wiedererlangen zu wollen, sondern als Voraussetzung dafür auch an der ökonomischen Macht teilzuhaben, führt dazu, daß sandinistische Organisationen taktische Bündnisse mit der Bourgeoisie eingehen. Notwendige Voraussetzung dafür ist, die Widersprüche an der Basis zu glätten oder zu unterdrücken.

Politikverständnis

in Nicaragua ...

Die piñata, die kurz nach der Wahlniederlage der FSLN 1990 erfolgte Überschreibung vieler Besitztümer auf sandinistische Kader, fanden wir damals an sich noch nicht kritisch. Daß allerdings in den vergangenen Jahren niemals offengelegt wurde, wer sich welches Vermögen an Land gezogen hatte, machte uns mißtrauisch. Unsere Befürchtungen wurden letztes Jahr bestätigt, als wir erfuhren, daß die Aktien von ganzen APT-Betrieben nicht von ArbeiterInnen gehalten werden, sondern von FunktionärInnen der ATC: Abschöpfung des Mehrwerts durch Gewerkschaftskader und deren Organisationen. Diejenigen, die dagegen Widerstand leisten, werden entweder gekauft, verleumdet oder aus der Gewerkschaft herausgeschmissen, wie im Fall von Sandra Ramos, der Leiterin des CST-Frauensekretariats, die sich gegen die männlich bestimmten Leitungsstrukturen zur Wehr setzte. (...)

Unsere Haltung, uns nicht pauschal hinter die "Fürsprecher der Emanzipation" zu stellen, sondern ihr Politikverständnis zu kritisieren, hat uns nicht nur Freunde eingebracht. So wurde uns die Kritik am Führungsstil innerhalb der FSLN und ihrer mangelnden Basisanbindung, unsere Nichtparteinahme im Flügelstreit der FSLN als Parteinahme für die Seite, die unter der Führung von Sergio Ramírez die Bewegung der sandinistischen Erneuerung (MRS) gründete, ausgelegt und als zeitgeistgemäße Hinwendung zum Zivilgesellschaftsdiskurs, als Beliebigkeit und Sozialdemokratismus interpretiert. Unser angeblicher Pluralismus ist aber vielmehr der Tatsache geschuldet, daß das eindeutige "Falsch" oder "Richtig" nicht existiert.

Über unsere eigene Rolle müssen wir in diesem Zusammenhang allerdings nachdenken und werden uns langsam unserer Verantwortung bewußt, viele Entscheidungen der FSLN implizit oder explizit mitgetragen und hier in der BRD vertreten zu haben. Vereinheitlichungen sind Ein- und Ausgrenzungen.

... und in der BRD

Die Organisationsfrage und das Politikverständnis beschäftigen uns auch bezogen auf die (bewegungs)politische Landschaft in der Bundesrepublik. Verschiedene Entwicklungen fallen uns auf:

Zunächst ist Protest Mode geworden und trifft sich mit dem Werbejargon der "political correctness". Die ehemals von der Linken bevorzugten Protestformen wie der Boykott von Konzernen oder Waren sind gesellschaftsfähig geworden. (...) Eine nennenswerte soziale Bewegung ist nicht in Sicht.

Womit wir bei der Tendenz zum Lobbyismus und der Politikberatung von ehemals bewegten Linken sind. Manchmal kommen wir uns regelrecht altertümlich vor, wenn wir an kollektiven Strukturen und Einheitslohn festhalten, und wenn wir nach wie vor Perspektiven eher in der Formierung einer sozialen Bewegung sehen als in professionalisierten Nichtregierungsorganisationen, die Politik als Elitenberatung praktizieren und mitverantwortlich für die Modernisierung von Ausbeutung sind. (...)

Es geht uns darum, zu einem neuen Verständnis von Politik zu kommen. Zu einem Verständnis, das die einzelnen wahrnimmt, ohne das Ganze aus dem Blick zu verlieren. Nicht mehr die Organisation der nächsten ungemein wichtigen Kampagne steht vornehmlich im Mittelpunkt unseres Interesses, sondern das äußerst schwierige Unterfangen, kapitalistische, rassistische und sexistische Ausbeutungsmechanismen im Zusammenhang zu begreifen, die eigene Lebenssituation dabei miteinzubeziehen und zu neuer Handlungsfähigkeit zu kommen. Ein solches Unterfangen bewegt sich notwendigerweise tastend. Es geht um die EnDwicklung des Nordens auf ökonomischer, politischer und kultureller Ebene, nicht um dessen Renovierung.

Folgen wir der Perspektive in unserer Broschüre "LandLos": "Es geht um die Suche nach Freiräumen und undogmatischen Wegen, darum, Gewißheiten auch mal aufzugeben, ohne sich vereinnahmen zu lassen, wissend, daß die Organisationsform dafür anfällig macht." Und, wie einige MitarbeiterInnen von "terre des hommes" es ausdrückten: "Debattieren und phantasieren, probieren und provozieren - das Recht auf Irrtum eingeschlossen -, zuhören und respektieren, sind wesentliche Elemente dieser Freiräume." Fehlt nur noch: auch mal wütend zu werden, und vor allem: sich selbst nicht immer zu ernst zu nehmen.

Das Wuppertaler Informationsbüro Nicaragua macht seit 1977 Internationalismusarbeit. Der vorstehende Text erschien als Editorial im "Rundschreiben 1996" des Infobüros und wurde von uns geringfügig gekürzt. Kontaktadresse: Infobüro, Postfach 101320, 42013 Wuppertal, Tel. 0202-300030.

28. Die Welt von heute: Globale Polarisierungen Das XIII. internationale Kolloquium über das Weltsystem

Das XIII. internationale Kolloquium über das Weltsystem - von Hannes Hofbauer

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:04

Als "one of the last leftist gangs" bezeichnete der rumänische Ökonom und das kurzzeitige Mitglied des 1989er-Revolutionsrates, Silviu Brucan, die Runde radikaler Denker, die sich Mitte November zum XIII. internationalen Kolloquium über das Weltsystem in Wien traf. Auf der Teilnehmerliste des alle zwei Jahre stattfindenden Treffens fanden sich so berühmte Namen wie André Gunder Frank, Samir Amin, Giovanni Arrighi, Otto Kreye, Silviu Brucan, Theotonio dos Santos und 15 andere. Sie waren gekommen, um ihre jüngsten Systemanalysen aneinander zu erproben.

Voriges Mal tagte man in Tokio, 1997 lädt Castros Kuba zur Diskussion. Das Wiener Kolloquium wurde infrastrukturell vom Karl Renner-Institut unterstützt, dem Bildungswerk der österreichischen Sozialdemokratie, das für Kost und Logis der Weltsystemanalytiker aufkam. Damit war die Rolle der SPÖ aber auch schon erschöpft, inhaltlich hielt sie sich nobel im Hintergrund. Schonungslose Kritik am Ist-Zustand der Welt von heute bestimmte die in vier Foren abgehaltene Debatte.

"Wie schlecht ist es wirklich?" Mit dieser Frage entließ der spiritus rector der Veranstaltung, Immanuel Wallerstein, vom Fernand Braudel-Center in Binghampton/New York, seine Freunde zum Wiener Kolleg. Begonnen wurde mit der Einschätzung der aktuellen Rolle Westeuropas im internationalen System. Samir Amin von der Universität Dakar präsentierte den Blick aufs Ganze: Spätestens seit 1989 habe sich das Kapital des Anpassungsdrucks, der die prosperierende Nachkriegsentwicklung mit erhöhten Sozialausgaben begleitete, entledigt. Die Notwendigkeit des Klassenkompromisses, wie ihn das westeuropäische Zentrum und seine osteuropäische Peripherie bis zum Fall des Eisernen Vorhanges gekannt habe, sei vorbei. Nach dem Ende sozialpartnerschaftlicher Interventionen - ob schwedischer, deutscher, österreichischer oder ungarischer Provenienz - herrsche wieder der krude, durch nichts als die Konkurrenz bestimmte Verwertungsdruck. In diese neue Phase des Wettbewerbs starte Westeuropa - so Amin weiter - nicht aus der besten Position. Integration im EU-Maßstab sei einzig in der Agrarpolitik erfolgreich, und auch dort nur im Zentrum der Maastricht-Union. Durch Abkoppelung vom globalen Weltagrarmarkt mittels exzessiver Subventionspolitik konnte die landwirtschaftliche Basis des gemeinsamen Marktes gesichert werden. Südliche Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien tragen die sozialen Kosten für diese Brüsseler Politik, die 50% des EU-Budgets verschlingt.

Amin bestreitet, daß sich Maastricht-Europa auch in anderen Sektoren auf Integrationskurs befinde. Für Industrie-, Energie- und Verkehrspolitik gäbe es nach wie vor keine europäischen Lösungen. Ganze 2,4% aller westeuropäischen Budgets, so rechnet der ägyptische Ökonom vor, stünden der EU zur Verfügung. Für eine supranationale Regierung fehlten den Kommissären einfach die Mittel. Verschlimmert würde die Lage noch durch die Wechselhaftigkeit nationalstaatlicher Politik, die sich in ständig ändernden Regierungskoalitionen äußere. Statt der Vision des Delors-Europas einer eurozentrierten, von den USA relativ entkoppelten EU sieht Amin eher ein weltmarktintegriertes Westeuropa innerhalb des hegemonialen kapitalistischen Weltsystems. Genau dies sei das Ziel der deutschen Bourgeoisie gewesen, die ihre Profite im Sog des US-dominierten Weltmarktes zu realisieren gedenke.

Europa regionalisiert sich

Das deutsche EU-Projekt braucht zu seiner Umsetzung ein desintegriertes, zur selektiven Integration bereites und von außerhalb kontrollierbares Osteuropa. "Das vierte Reich", so schließt der Afrikaner seine Ausführungen über Westeuropa, "kann durchaus demokratisch sein". Viel sympathischer als das Dritte Reich muß es deshalb vor allem auf seine Randgebiete im Osten und in Nordafrika nicht wirken.

Giovanni Arrighi, vom Fernand Braudel-Center, pflichtete seinem Kollegen bei. Die Europäische Union hätte kein eigenes Entwicklungsmodell, und das leiste einer Regionalisierung des Zentrums Vorschub. Das spontan praktizierte Konzept im Angesicht der ökonomischen Krise sei die individuelle unternehmerische Bereicherung,

die eine innere gesellschaftliche Polarisierung nach sich ziehen werde. Die daraus resultierende Legitimitätskrise der Herrschenden münde in die panische Suche nach einem Wertesystem (und seiner medialen Präsentation), durch das politische Mehrheiten und gesellschaftliche Akzeptanz weiterhin gewährleistet werden können. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe bestehe darin, die durch den Aufstieg unproduktiver, spekulativer Sektoren gesunkene Beteilung gesellschaftlicher Mehrheiten am zu vergebenden sozialen Kuchen zu kompensieren. US-Amerika mit seinen seit einem Jahr ständig sinkenden Reallöhnen könne dafür kein brauchbares Beispiel abgeben.

Frappierend, daß die Debatte über Westeuropa ohne die Nennung Rußlands auskam, bis sich der Rumäne Silviu Brucan zu Wort meldete. "Vergeßt den Osten nicht!", mahnte er. So wie Rußlands Zusammenbruch zur Verschärfung der weltweiten Krise beitrug, so wird seine kommende politische Konstituierung wesentlichen Einfluß auf die zukünftige Entwicklung Westeuropas nehmen. Und "Rußland kommt zurück" - als militärisch-politische Macht. Ökonomisch, darin waren sich die Herren Analytiker einig, sei Moskau allerdings keine Attraktion.

Ost- und Südostasien -

Sieger im Kalten Krieg

Schon eher gelte das für Südostasien. Dort fänden sich die eigentlichen Gewinner des Kalten Krieges. Ähnlich Großbritannien, das zwei Weltkriege gewann und 1945 doch die Führungsrolle an die USA abgeben mußte, wäre Nordamerika diesmal - als Sieger der Blockkonfrontation - auf Dauer nicht in der Lage, die Lorbeeren dieses Sieges frisch zu halten. Südostasien hingegen dynamisiere sich zunehmend. George Aseniero, Berater des philippinischen Außenministeriums, gab diesbezüglich eine eindrucksvolle Analyse ab. Die hoch-hierarchisierte Region, wie er sie beschreibt, reiche vom Norden Japans bis zu den südlichen Inseln Indonesiens und forme ein eigenes System von Zentrums-, semiperipheren und peripheren Ländern. Als Wendejahr im Fernen Osten gälte nicht 1989, sondern 1985, als der Plaza-Accord im berühmten New Yorker Hotel die Freigabe des Yen-Kurses erlaubte. Die Gruppe der fünf reichsten Industrieländer (G 5) initiierte damals in der Hoffnung auf japanische Exporteinbrüche eine Aufwertung der östlichsten Devise. Die Reaktion der japanischen Exportindustrie sei absehbar gewesen - und kam dennoch für Westeuropa und die USA überraschend. Um Kosten zu senken, agierten die Konzerne im Land der aufgehenden Sonne wie ihre Zentrumskonkurrenten seit den 60er Jahren: mit Industrieauslagerungen. Die Investitionen im fernen Amerika seien dabei nicht so entscheidend für die japanischen Multis gewesen, meinte Aseniero. Sie stellten gleichermaßen Tributzahlungen an die militärische Ordnungsmacht dar; während das wirkliche Geld in Südostasien gemacht werde.

Die vier Tiger (Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkong) und der große Drache (China) werden seitdem vom japanischen Yen gestürmt. In nur fünf Jahren erhöhte sich der im Ausland getätigte Anteil japanischer Produktion um 4%. Der hochbewertete Yen setzt Korea und Taiwan in die Lage, international konkurrenzfähig zu exportieren. Auch die Autoindustrie der beiden Tiger drängt - indirekt dank Plaza-Accord - in die Märkte Westeuropas und der USA. Ein Erstarken der Tiger-Währungen ist die Folge, die wiederum ihrerseits Industrieauslagerungen zwecks Senkung der Produktionskosten nach sich zieht. Die Peripherie der vier Tiger heißt - für kurze Zeit - China. Doch schon formiert sich ein ökonomisches Zentrum im Land des Drachens, und chinesisches Diaspora-Kapital geht daran, Indonesien, Thailand und die Philippinen zu erobern. Ein ostasiatisches Zentrum entsteht.

Wohin der chinesische Entwicklungsweg führen wird, ist unter den anwesenden Wirtschaftstheoretikern umstritten. Kompradorenkapitalismus oder neues Zentrum im Weltsystem lauten die Pole der Diskussion. Gegen die These der zur Konstituierung eines Akkumulationsregimes notwendigen Staatsintervention wendet sich André Gunder Frank, der mit "Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika" bereits 1968 ein Standardwerk über weltsystemische Abhängigkeitsstrukturen lieferte. Nicht Regierungskontrolle sei für ökonomische Entwicklung ausschlaggebend, sondern umgekehrt: Die Kräfte des Marktes seien auch im Falle Chinas die bestimmenden und schüfen sich ihre Regierungen. Im übrigen ist es für Frank nicht verwunderlich, daß China erneut zum Zentrum des Weltsystems aufsteigt. Bis vor 150 Jahren lag dieses jenseits der längsten Mauer. Jetzt kehre Ost- und Südostasien - nach einem historisch relativ kurzen Zeitraum westlicher Hegemonie - als wirtschaftlicher Gravitationspunkt auf die Bühne der internationalen Arbeitsteilung zurück.

Forget about Africa

Auf gänzlich anderem Kurs segelt Afrika. Nathan Shamuyariya, Sozialminister der Republik Zimbabwe und langjähriger Teilnehmer am "Weltsystem-Zirkus", gab einen Überblick über die Marginalisierung eines Kontinents. Negative Wachstumsraten und Arbeitslosigkeit von 50% und mehr führten dort zu einer berechtigten Katastrophenstimmung. Tribalismus, religiöser Fundamentalismus und Raßismen der unterschiedlichsten Art prägten das aktuelle, gesellschaftlich labile Gefüge. Die Schuldenfalle der 70er Jahre, so Shamuyariya, sei grausam zugeschnappt. Nicht einmal einen Gesprächstermin bei den Gläubigern in Brüssel habe er erhalten. Statt dessen wies man die schwarze Ministerriege der Schuldner an, sich an einer Diskussionsgruppe mit Ex-Weltbankchef Robert McNamara zu beteiligen - "die pure Werbung für die Position der Gläubiger".

Die Angst, daß es im Süden Afrikas noch schlimmer kommen könne, sei real. Wenn Südafrika, so fürchtet der Minister, territorial auseinanderbreche, würde die europäische Rechte einen Zulu-Staat unterstützen. Was das für die Entwicklung dieser Region hieße, läßt sich erahnen: Bereits heute, im "Frieden", sterben in KwaZulu täglich mehrere Menschen an politisch motivierter Gewalt. Von der "normalen" Kriminalität am Kap der Hoffnungslosigkeit ganz zu schweigen ...

Lateinamerika:

Hochzins statt Schuldendienst

Neues berichtete Theotonio dos Santos, der bekannte brasilianische Entwicklungstheoretiker, aus Lateinamerika. Dort läßt das Interesse des Nordens an der termingerechten Begleichung des Schuldendienstes nach, um dem Lukrieren (einen Gewinn bei etwas machen) hoher Zinserträge Platz zu machen. Hintergrund der veränderten Aussaugungsstrategie lateinamerikanischer Nationalökonomien bilden unterschiedliche Konzepte von Weltbank und IWF auf der einen und den USA auf der anderen Seite. Während die internationalen Finanzinstitutionen penibel am Eintreiben der Schulden festhalten, hat der größte Schuldner der Welt, die USA, ernsthaft zur eigenen Defizitbekämpfung angesetzt. Dafür braucht es einen importwilligen Hinterhof statt exportgieriger südlicher Gläubiger. Deshalb erregte es im Weißen Haus auch kein Mißfallen, als Brasilien 1994 eine selektive Zahlungsunwilligkeit erklärte. Nur mehr ca. 30% des Schuldendienstes werden seither beglichen. Aus den übrigen Exporterlösen, die ehedem via Schuldendienst in den Norden flossen, bildete Brasilia einen Devisenfonds, der mittlerweile auf satte 10 Mrd. US-Dollar angewachsen ist. Zeitgleich erhöhte die brasilianische Notenbank zwecks Konsumbremse die Zinsen für den Real und zwecks Anlockung ausländischen Spekulationskapitals jene für den Dollar auf sagenhafte 60%. Selbst im Real bleiben davon inflationsbereinigt 35% Zinsertrag per anno bestehen.

Fazit: die Reserven aus dem Devisenfonds werden nun direkt in Form hoher Zinsen von - auch ausländischen - Währungsspekulanten abgecasht, oder sie dienen, ergänzt um das Revenue aus großen Privatisierungsvorhaben, zum Kauf US-amerikanischer Produkte. Womit die Welt globaler Abhängigkeiten auf eine neue Stufe gehoben wäre: dem Exportdrang des Nordens ist Genüge getan, und die Industriestandorte des Südens gehen dabei kaputt. An der Peripherie etabliert sich ein ökonomisches Spekulationsregime, zumindest solange, wie es dem Zentrum gefällt.

Melkkuh Osteuropa:

"Stop milking us"

Ähnlich stellt sich die Lage in Osteuropa dar. "From bad to worse", beschreibt Silviu Brucan die ökonomische Entwicklung dieses Halbkontinents. Das Bruttonationalprodukt des Ostens, das 1985 noch 11,3% der Welt betragen hat, fiel innerhalb von 10 Jahren auf 6,3%. Osteuropa, so Brucan, kehre nach dem Scheitern des stalinistisch inspirierten Modernisierungsprojektes wieder an seinen angestammten Platz im Weltsystem zurück - als Rohstoff und Arbeitskräfte lieferndes Randgebiet des westeuropäischen Integrationsraumes.

Transmissionsriemen dieser Peripherisierung ist der IWF, dem militärisch die NATO und politisch der Europarat zur Seite stünden. Und die sogenannten linken Regierungen folgten den Richtlinien des Währungsfonds am peinlichsten, schon deshalb, weil sie glaubten zeigen zu müssen, wie gelehrig sie sich seit der Wende mit den Regeln des Weltmarktes vertraut gemacht hätten. Silviu Brucan hat errechnet, daß die jährlichen Kreditrückzahlungen des osteuropäischen Schuldendienstes (bei 100 Mrd. US-Dollar Schulden,

exklusive der Ex-Sowjetunion) die gesamten neuen Kreditaufnahmen seit 1990 übersteigen. Der Cash-flow läuft also von Osten nach Westen. Der wirksamste Vorschlag zur Überwindung dieses Ungleichgewichtes klingt banal, würde aber dennoch die Logik der Schuldenspirale sprengen: "Stop milking us", fordert der Bukarester Ökonom. Und ist gleichzeitig sicher, daß diese Forderung angesichts der derzeitigen internationalen Machtverhältnisse undurchführbar ist. Mehr noch: die geplante westeuropäische Währungsunion würde alle östlichen Länder zu vollkommenen Außenseitern machen und ihren peripheren Status zementieren.

Brucans gute Nachricht zum Schluß: Die Konsolidierung Rußlands als militärische Regionalmacht könnte neue Freiräume auf der Welt schaffen und den Westen zwingen, Osteuropa wirtschaftlich aus der Patsche zu helfen. Dafür, freilich, bedürfte es verantwortlicher Kräfte hüben und drüben. Und die sind nicht in Sicht. Wie meinte Otto Kreye, fast resignierend, am Ende des dreitägigen Symposiums? Die herrschende Klasse im Zentrum sieht aktuell keine Notwendigkeit für einen sozialen Kompromiß. Da hilft auch ein russisches Revival nicht allzu viel.

29. "Die Bewegung 2. Juni". Gespräche über Hasch-Rebellen, Lorenzentführung und Knast - Annotation

Gespräche über Haschrebellen, Lorenzentführung und Knast

Autor: bg. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:02

Gespräche über Haschrebellen,

Lorenzentführung und Knast

In der Geschichte der militanten Linken der Bundesrepublik Deutschland klafft eine Lücke. Über die RAF (Rote Armee Fraktion) sind ganze Bände veröffentlicht worden. Dies reicht vom dickleibigen Nachdruck der gesammelten RAF-Erklärungen der letzten drei Jahre (1) bis hin zum mehr oder weniger glaubhaften Konstrukt, daß es sich bei der RAF schon seit über 10 Jahren nur um ein Phantom des Staatsschutzes gehandelt habe. (2)

Weniger bekannt, weil nicht in dem Maße in die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse geraten, waren die fast zeitgleich mit der RAF entstandenen beiden anderen bewaffneten Gruppierungen der bundesdeutschen Linken. Vor zwei Jahren erschien eine sehr interessante und ausführliche Dokumentation zur Geschichte der Revolutionäre Zellen/Rote Zora. (3) Kein vergleichbares Werk gab es bisher über die "Bewegung 2. Juni". Anfang 1972 entstand sie als Zusammenschluß mehrerer militanter Gruppen aus der Bundesrepublik und Westberlin und nannte sich nach dem Datum der polizeilichen Todesschüsse auf den Studenten Benno Ohnesorg am 2.6.1967. Die spektakulärste Aktion dieser Bewegung war zweifellos die Entführung des führenden Westberliner CDU-Politikers Peter Lorenz mitten im Abgeordnetenhaus-Wahlkampf des Jahres 1975. Die Entlassung von fünf Gefangenen aus dem Widerstand im Austausch gegen den frischgewählten Bürgermeister Lorenz war die einzige gelungene Gefangenenfreipressung der militanten bundesdeutschen Linken überhaupt.

Die "Bewegung 2. Juni" hörte im Sommer 1980 auf zu bestehen. Die Mehrzahl der AktivistInnen saß im Knast, hatte sich resigniert zurückgezogen oder war gezielten Todesschüssen der Polizei zum Opfer gefallen. Ein Teil der Überlebenden ging zur RAF, andere zu den RZ. 15 Jahre später liegt jetzt ein dünnes Bändchen vor, das einen ersten Schritt zur Aufarbeitung der Geschichte dieser Gruppierung darstellt. Es beinhaltet vier Interviews mit Aktivisten des "2. Juni", die zwischen 1978 und 1995 geführt wurden. Ralf Reinders und Ronald Frizsch, die Autoren des Buches, berichten beispielsweise ausführlich über ihre eigene Politisierung und den Weg in den militanten Widerstand. Man erfährt wesentliche Details über die Entstehungsgeschichte dieser Bewegung, die - im Gegensatz zur RAF - keine Kopfgeburt einiger radikaler Intellektueller war, sondern sich als Bestandteil der proletarischen Subkultur verstand. Es war die Zeit der Rockkonzerte, Kommunebildungen, des Haschkonsums und der Straßenschlachten mit der Bullerei: ein Teil der Jugendlichen ging dann irgendwann in den militanten Untergrund.

Es gab keineswegs eine in sich geschlossene Ideologie des "2. Juni", sondern eher ein Miteinander kommunistischer und anarchistischer Strömungen. Zu den freundlichen Zügen der Bewegung zählte das Verteilen von Süßigkeiten an die Kundschaft gerade überfallener Banken, auch wenn das damals von anderen Teilen der militanten Linken als "Populismus" kritisiert wurde.

Fortgesetzt wird das Buch mit einem Interview, das zahlreiche Details über die Lorenz-Entführung enthält, an der beide Autoren beteiligt waren. Zu lesen ist weiterhin ein Gespräch mit mehreren Aktivisten, das vom Stern 1978 nicht veröffentlicht wurde. Einen erschütternden Eindruck hinterläßt das letzte Interview mit Ralf Reinders, das während eines Hafturlaubes über die Verhältnisse im Knast geführt wurde. Den Abschluß des Buches bildet eine chronologische Aufstellung von Ereignissen, die in Zusammenhang mit der Geschichte des "2. Juni" stehen. Ich meine, daß allein diese Chronologie den Kauf des Buches lohnt.

Zu kurz gekommen ist nach meiner Einschätzung der Zeitraum der Spaltung und Auflösung des "2. Juni". Zu hoffen ist, daß dazu mehr in einer umfangreichen Geschichte des "2. Juni" zu erfahren ist, an der beide Autoren zur Zeit arbeiten.

bg.

Anmerkungen:

1) "wir haben mehr fragen als antworten" - RAF-Diskussionen 1992-94, Edition ID-Archiv 1995.

2) Wisnewski, Landgraeber, Sieker "Das RAF-Phantom - Wozu Politik und Wirtschaft Terroristen brauchen", Knaur-Verlag 1992.

3) "Die Früchte des Zorns, Teil 1 und 2, Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora", Edition ID-Archiv 1991.

"Die Bewegung 2. Juni" kostet DM 18,- und ist erhältlich in gut sortierten Buchläden oder direkt bei: Edition ID-Archiv, Postfach 360 205, D-10972 Berlin.

30. Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat - Rezension

Autor: Moe, LAK Nürnberg u. Mitarb. d. BUKO-Gesch.stelle · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:16

Buchvorstellung

Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat

"Jedenfalls ist kaum mehr zu bezweifeln, daß wir mit dem herannahenden Ende der fordistischen Phase auch am Beginn einer folgenreichen Umwälzung der politisch hegemonialen Strukturen stehen, im Zuge derer die Linien und Felder der sozialen und Klassenauseinandersetzungen neu gezogen und abgesteckt werden. Immerhin ein nicht unwichtiges Feld für die Wiederaufnahme staatstheoretischer Bemühungen", schrieb Joachim Hirsch bereits 1983 in einem Beitrag zum 100. Todestag von Karl Marx (Argument-Sonderband 100: Aktualisierung Marx). In seinem neuesten Buch versucht Hirsch erneut, sich diesen staatstheoretischen Bemühungen zu unterziehen. War aber der Blick in seinen früheren Büchern (1) stärker auf den nationalen Rahmen konzentriert, so stehen diesmal die Veränderungen auf internationaler Ebene und die möglichen Konsequenzen für Deutschland im Mittelpunkt seines Interesses.

Nach Hirsch nimmt der Globalisierungsschub völlig neue Dimensionen an und verändert das Gesicht des Kapitalismus einschneidend. Der nationale Wettbewerbsstaat ersetzt den fordistischen Sicherheitsstaat, der sich infolge der beiden Weltkriege herausgebildet hatte. Kennzeichen der fordistischen Akkumulationsweise waren: tayloristische Arbeitsorganisation, Massenproduktion und -konsum im Rahmen nationaler Entwicklungs- und Wachstumsmodelle. Die neue tayloristische Arbeitsorganisation (Fließbandarbeit) ermöglichte große Produktivitätssprünge. Dies war der Kern für die keynesianische Sozialstaatsillusion, derzufolge sich Löhne und Profite nicht widersprechen, sondern endlos zunehmen können. Die staatliche Verteilungspolitik auf Basis gesicherter Gewinne für die Unternehmer legitimierte das politische System. Abgesichert wurde es außerdem durch die Existenz umfassender gesellschaftlicher Großorganisationen, wie bürokratischer Massenparteien oder Gewerkschaften.

Mit dem Ausbruch der Krise von 1973 trat auch die Krise des Fordismus offen zu Tage. Seitdem geht es um die konfliktive Durchsetzung einer postfordistischen Gesellschaftsformation. Mit einer Reihe gesellschaftlicher und ökonomischer "Deregulierungsmaßnahmen" soll die Profitabilität des Kapitals wiederhergestellt werden. Im Kern geht es dabei um die strukturelle Senkung der Lohnkosten. Notwendig dazu ist eine Aufkündigung des korporatistischen Sozialstaatsmodells, wie es in exemplarischer Weise im Thatcherismus und während der Reaganomics vorexerziert wurde. Allerdings verläuft diese Entwicklung nicht linear, sondern wird in jedem Land durch dessen spezifische Eigenheiten modifiziert. Die besondere Tradition des Korporatismus in Deutschland macht z.B. bisher eine Politik der aggressiven Deregulierung unmöglich. Der Abbau der Sozialleistungen in den letzten Jahren und die zunehmend schriller werdenden Töne über den "Freizeitpark Deutschland" zeigen aber, daß auch hierzulande das Ende der Gemütlichkeit längst erreicht ist. Begleitet und unterstützt wird diese Politik durch einen neuen Globalisierungsschub auf Basis neuer Informations- und Kommunikationstechnologien. Liberalisierung der Geld- und Kapitalmärkte, Verdichtung und Beschleunigung der Kommunikationsnetze und Global Sourcing sind einige Stichworte für diese Entwicklung. Der Globalisierungsschub ist ein widersprüchlicher Prozeß, der sowohl Elemente der Vereinheitlichung als auch der Fraktionierung beinhaltet. Die Abkopplung ganzer Regionen vom Weltmarkt ist deswegen ebensowenig auszuschließen wie eine beschleunigte regionale Integration (z.B. EU, NAFTA und APEC) oder neue Handels auseinandersetzungen. Deutlich wurde letzteres in den Konflikten zwischen den USA und Japan bzw. China oder auch in den GATT-Verhandlungen.

Folgen der Globalisierung

Auch wenn es zu einer Erosion der wirtschafts- und sozialpolitischen Spielräume nationaler Regierungen kommt, verflüchtigt sich deswegen der Nationalstaat nicht. Allerdings wird durch die weltweiten Entwicklungen die staatliche Politik modifiziert. Nicht mehr die sozialmotivierte und damit Arbeitsplätze sichernde Subvention und handelspolitische Abschottung "nationaler Industrien" steht im Mittelpunkt staatlicher Interventionen, sondern die "Gewährleistung der globalen Konkurrenzfähigkeit ausgewählter Sektoren" (S. 107). Das "Modell

Deutschland" mutiert zur "Deutschland GmbH". Das Bestreben, die bestmöglichen Verwertungsbedingungen für ein global immer flexibler agierendes Kapital zu schaffen, kollidiert aber mit einer demokratischen und sozialökonomisch relativ ausgewogenen Entwicklung. Die Aufgabe "des nationalen Wettbewerbsstaates" hat deswegen einerseits den Abbau von sozialen Besitzständen und die Schwächung der Gewerkschaften zum Ziel. Dies geschieht dadurch, daß mit der Drohung, Arbeitsplätze zu verlagern, die Tendenz zu einem betrieblichen Korporatismus gefördert wird. In diesem Rahmen haben Gewerkschaften durchaus noch ihre Funktion, da sich mit einem gewerkschaftlichen Co-Management Flexibilisierungsprozesse in der Arbeitswelt viel leichter durchsetzen lassen. Mit der Absicht, wenigstens einen Teil der Arbeitsplätze zu retten, sind die Gewerkschaften somit für die gesellschaftlichen Spaltungsprozesse mitverantwortlich.

Andererseits geht es um die möglichst umfassende Mobilisierung der Bevölkerung für einen Wirtschaftskrieg. Der für ein hegemoniales Projekt notwendige Massenkonsens soll durch die Inszenierung neuer Spaltungsprozesse, die entlang der Linien Nationalismus und Rassismus laufen, erreicht werden. Die Kampagne zur Asylgesetzgebung war hierfür beispielhaft. Vor diesem Hintergrund einer Modifizierung nationalstaatlicher Aufgaben ist der Vorwurf von Ebermann/Trampert an Hirsch, er würde "das Ende einer nationalstaatlich organisierten Welt" vorhersehen und daraus schließen, daß "soziale Kämpfe keinen Staatsbezug mehr hätten", völlig an den Haaren herbeigezogen (2). Vielmehr betont Hirsch fast gebetsmühlenhaft, daß die Entwicklung vom fordistischen Sicherheitsstaat hin zum postfordistischen "nationalen Wettbewerbsstaat" nicht einer blinden Kapitallogik folgt, die sich hinter dem Rücken der Individuen durchsetzt und vom Staat einfach exekutiert wird. Gegenüber dieser Vorstellung ist daran festzuhalten, daß sich diese Entwicklung im Rahmen des Nationalstaats in einem komplexen Verhältnis von Kontinuität und Brüchen vollzieht. Die Widersprüche und Brüche sind vielmehr in die Struktur und die Institutionen des Staates eingeschrieben. Der Staat ist kein homogenes Gebilde, sondern Ausdruck der materiellen Verdichtung eines sozialen Kräfteverhältnisses, in dem ein spezifisches Kompromißgleichgewicht zum Ausdruck kommt. Theoretische Folie des Staatsverständnisses von Hirsch sind die Arbeiten von Gramsci, Althusser, die diskurstheoretischen Ansätze von Laclau/Mouffe, sowie insbesondere die Arbeiten von Poulantzas, der Grenobler Regulationsschule sowie die Ergebnisse der Staatsableitungsdebatte der 70er Jahre in Deutschland. (3)

Mit diesem Staatsverständnis grenzt sich Hirsch von zwei anderen Staatstheorien ab: einmal von einem instrumentalistischen Staatsverständnis, wie es insbesondere in der III. Internationale und heute noch bei einigen autonomen Gruppen beheimatet ist, derzufolge der Staat Instrument in den Händen der herrschenden Kapitalfraktion ist; zum anderen aber auch von Staatstheorien, wie sie heute wieder im Rahmen der Zivilgesellschafts- und Kommunitarismustheorien Konjunktur haben. Diesen Theorien zufolge ist der Staat im Prinzip neutral, und es kommt darauf an, ihn zu zivilisieren. Besonders mit den Zivilgesellschaftstheoretikern, die aus der Linken kommen - wie Rödel/Frankenberg/Dubiel (4) - geht er hart ins Gericht. Er wirft ihnen vor, daß sie die Zivilgesellschaftdiskussionen , wie sie in Osteuropa entstanden sind und dort ihre Berechtigung hatten, völlig unreflektiert und von allen gesellschaftlichen Zusammenhängen abstrahierend auf Westeuropa übertragen. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Legitimierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse und zur Entwicklung auf einen von ihm konstatierten zivilgesellschaftlichen Totalitarismus. "Der neue ‚Totalitarismus der Mitte` hätte sich ohne Mitwirkung ehemals linker Intellektueller kaum so erfolgreich durchsetzen können, wie es tatsächlich der Fall war", lautet seine vernichtende Kritik.

Elemente dieser neuen Art von Totalitarismus sind eine totalisierende Warenästhetik, eine auf Konsumismus und scheinbarer Individualisierung basierende "Erlebnisgesellschaft", eine Medienindustrie, die den Prinzipien der Marktgängigkeit und der Einschaltquote gehorcht und durch die damit legitimierte Zerstückelung und Verzerrung von Informationen eine "virtuelle Realität" erzeugt. Der "eindimensionale Mensch" von Herbert Marcuse hat nichts von seiner Aktualität verloren. Hinzu kommen die Mobilisierung von Rassismus und Nationalismus, um eine Massenbasis zu schaffen für die aggressive Sicherung des Standortes Deutschland, sowie die kapitalistische Marktwirtschaft und die bürgerliche Repräsentativ- und Parteiendemokratie als unhinterfragbare Gewißheiten.

Was tun?

Wie ist unter diesen Bedingungen eine emanzipatorisch-linke Politik überhaupt denkbar? Neben seiner Kritik an den Zivilgesellschaftstheoretikern, die die Affirmation der bestehenden Verhältnisse als den letzten Schrei fortschrittlicher Politik ausgeben, betont Hirsch bereits im Vorwort auch die Notwendigkeit der Kritik bestimmter

linksradikaler Strömungen. Hierzu zählt er eine abgestandene Orthodoxie, einen revolutionären Attentismus à la Kurz mit seinem "objektivistischen Ausmalen von Zusammenbruchsszenarien", sowie einen kritisch verbrämten Fatalismus: "Nicht zuletzt eine ‚kritische Kritik`, die sich in Diskurskämpfen erschöpft, jede darüber hinausgehende politische Praxis aber denunziert und sich damit begnügt, in der Resignation ein identitätsstiftendes Fähnchen hochzuhalten, bleibt unpolitisch." Wer dahinter eine Kritik an den Positionen von Ebermann/Trampert vermutet, dürfte wahrscheinlich nicht ganz falsch liegen. Überhaupt ist Hirschs Wendung ins Positive der entscheidende Unterschied - neben vielen Gemeinsamkeiten - zu diesen (vgl. auch Kritik von he. am Buch von Ebermann/ Trampert in ak 385).

Hirsch plädiert in diesem Zusammenhang für einen "radikalen Reformismus". Notwendig sind gegeninstitutionelle Initiativen und Bewegungen, die pluralistisch und dezentral sind. Positive Ansätze sieht er dabei in Teilen der Alternativbewegung der 70er und Anfang der 80er Jahre. Sinnvolle Ansätze gibt es auch bei einigen Nichtregierungsorganisationen (NROs) auf nationaler und internationaler Ebene. Eine Verherrlichung dieser Bewegungen und Initiativen liegt ihm allerdings fern. Viele von ihnen sind kompatibel mit einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Außerdem besteht jederzeit die Gefahr einer Selbstverstaatlichung und somit Hierarchisierung von Bewegungen.

Positionen, die ihre Hoffnungen auf irgendein Konzept von Weltstaatsidee richten, verwirft Hirsch ebenso wie Versuche, im Rahmen liberal-demokratischer staatlicher Institutionen (z.B. im Parlament) Veränderungen herbeizuführen. Das hat seinen Grund in Hirschs Staatskonzeption (s.o.). Wenn der Staat und seine Institutionen die materielle Verdichtung eines sozialen Kräfteverhältnisses sind, dann muß dieses unter den Bedingungen kapitalistischer Macht- und Ausbeutungsstrukturen in den Institutionen des Staates zum Ausdruck kommen. Ein scheinbar über den Klassen schwebender Staat widerspricht den kapitalistischen Strukturen nicht. Dies nachzuweisen, ist Ziel des ersten und abstraktesten Teiles seines Buches. "Kapitalistische Verhältnisse können sich also nur dann voll herausbilden, wenn die physische Zwangsgewalt eine von allen gesellschaftlichen Klassen, auch der ökonomisch herrschenden, getrennte Institutionalisierung erfährt, eben in der Gestalt des Staates. Das heißt keineswegs, daß die Gewalt aus der Gesellschaft verschwindet: Sie wirkt vielmehr als ‚stumme` weiter, indem etwa die Menschen zum ‚freiwilligen` Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen sind" (S. 19).

Der antistaatliche Politikansatz von Hirsch ist allerdings nicht ganz frei von Widersprüchen. Mit einiger Berechtigung läßt sich fragen, warum es nicht sinnvoll sein soll, innerhalb der staatlichen Institutionen emanzipatorische Politik zu betreiben, wenn - wie gesagt - sich in den Strukturen und Institutionen des Staates die sozialen Kämpfe eingeschrieben haben? Soll mensch nicht versuchen, Widersprüche innerhalb staatlicher Institutionen zu vertiefen - steter Tropfen höhlt den Stein - bzw. emanzipatorische Ansätze so zu verdichten, daß es zum strukturellen Bruch kommt? So lautet in etwa das Legitimationsmuster, wie es von Linken in der PDS, den Grünen oder der SPD vorgebracht wird. Und einige NROs schrecken nicht einmal davor zurück, mit Verweis auf Gramsci und Poulantzas die Zusammenarbeit mit der Weltbank oder ähnlichen Institutionen zu rechtfertigen. Ist die böse Absicht bei letzteren schnell durchschaut, so ist der Grat zwischen affirmativem Reformismus à la Fischer und Glotz einerseits und radikalem Reformismus andererseits im Einzelfall schmal. Auch durch Rückzug auf nichtstaatliche Institutionen und Bewegungen ist dem vielmals nicht zu entgehen.

Trotz dieser Detailkritik bietet Hirschs Buch einen wichtigen Ansatz für eine nichtreduktionistische Staats- und Politiktheorie. Ihm sind viele LeserInnen und eine lebhafte Diskussion zu wünschen.

Moe/LAK Nürnberg und Mitarbeiter in der BUKO-Geschäftsstelle

Anmerkungen:

1) - Der Sicherheitsstaat. Das ‚Modell Deutschland`, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt 1986.

- Hirsch/Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. Hamburg 1986

- Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg 1990

2) siehe Trampert/Ebermann: Die Offenbarung der Propheten. Hamburg 1995, S. 51

3) Zum Weiterlesen für Interessierte zu empfehlen:

- Müller/Reinfeldt/Schwarz/Tuckfeld: Der Staat in den Köpfen. Anschlüsse an Althusser und Poulantzas. Mainz 1994. Das Buch leistet eine aktuelle und sehr informative Auseinandersetzung mit den Arbeiten Althussers und Poulantzas.

Nach wie vor als Einführungen sind zu empfehlen: Thieme: Althusser. SOAK-Einführungen Nr. 9

- Alex Demirovic: Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung. Hamburg 1987

- Zur Diskurstheorie: Ernesto Laclau: Diskurs, Hegemonie und Politik, sowie Chantal Mouffe: Arbeiterklasse, Hegemonie und Sozialismus. Beide Aufsätze in: W.F. Haug/ W. Elfferding: Neue soziale Bewegungen und Marxismus, AS 78

- Zur Regulationsschule: Hintergrundinformationen zur Regulationsschule finden sich in fast allen Arbeiten von Hirsch selbst. Vgl. ferner: Birgit Mahnkopf (Hg): Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation. Münster 1988; Esser/Görg/Hirsch (Hg): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie.

- Zu Gramsci: U. Schreiber: Die politische Theorie A. Gramscis. Argument Studienhefte 55

- Elmar Altvater: Gramsci in der BRD. Eine Theorie wird gefiltert. PROKLA 66.

- Zur Staatsableitungsdiskussion: Gerd Rudel: Marxistische Staatstheorie und sozialistische Strategie in der Bundesrepublik

4) vgl. deren Buch: Die demokratische Frage. Frankfurt 1989

31. Politisches Engagement als unkalkulierbares Risiko. Das KPD-Verbot und seine Folgen

Autor: a.m. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Geschichte der BRD; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak386/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:29

"Als altem Mann, der sich in angeschlagenem Gesundheitszustand befindet, kann es mir unmöglich zugemutet werden, nervenaufreibende illegale, gesetzeswidrige Handlungen zu begehen, wenn ich jetzt die mir noch verbliebenen Kräfte für die Wiedergeburt einer gesamtdeutschen KPD einsetze." So Wolfgang Harich in einer Eingabe vom 19.1.1992 an das Bundesverfassungsgericht. Der Ost-Berliner Philosoph, der 1957 in der DDR wegen "Boykotthetze" zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wollte mit seinem Schreiben an das Gericht die Aufhebung des im August 1956 erlassenen KPD-Verbotsurteils bewirken.

Tatsächlich ist politische Betätigung und Organisation für KommunistInnen und andere Oppositionelle in der BRD ein nervenaufreibendes, weil unkalkulierbares Risiko. Denn das KPD-Verbot verursacht seit nunmehr fast 40 Jahren eine erhebliche Rechtsunsicherheit unter politisch engagierten Bundesbürgern.

Bereits 1951 wurden im Zusammenhang mit dem von der damaligen Regierung gestellten Verbotsantrag in der BRD zahlreiche politische Organisationen verboten, darunter die Freie Deutsche Jugend. Nach der Auflösung der KPD wurden auch der Demokratische Frauenbund Deutschlands, der Demokratische Kulturbund und die Aktion "Frohe Ferien für alle Kinder" verboten. Die Gefahr, plötzlich als potentieller Staatsfeind zu gelten, wurde immer größer. Denn auch die Mitgliedschaft in KPD-Ersatz- und Nachfolgeorganisationen war strafbar; Kontakte zur SED und zu SED-abhängigen Organisationen erregten Verdacht und konnten justiziell verfolgt werden. Der Bundesgerichtshof legte den Begriff der KPD-Ersatzorganisation entsprechend weit aus:

"Die SED und die von ihr abhängigen Organisationen bilden, soweit sie ‚Westarbeit` betreiben, mit ihren in dieser Richtung tätigen Organisationen und den von diesen geleiteten Agenten, Gruppen, Splittern, Parteigängern und Tarnorganisationen in der Bundesrepublik eine verfassungsfeindliche Vereinigung im Sinne des § 90a StGB. Diese Organisation ist zugleich Ersatzorganisation der aufgelösten KPD." (1)

Zu dieser "einen verfassungsfeindlichen Vereinigung" zählte der westdeutsche Staatsschutz auch die Konsumgenossenschaften, den Deutschen Städte- und Gemeindetag und den Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB). Tatsächlich wurden mehrere Personen wegen ihrer Kontakte zum DTSB bestraft, der Mitglied des Internationalen Olympiakomitees war. Nach dieser obskuren Logik hätte also auch das Olympiakomitee als Ersatzorganisation der KPD verfolgt werden können. Schließlich wurden sogar "gedankliche Übereinstimmungen mit den tagespolitischen Nahzielen der verbotenen Partei" als ein Verstoß gegen das KPD-Verbotsurteil ausgelegt.

Solche Auswüchse hysterischer Kommunistenverfolgung fanden mit der Neuorientierung in der Ost-West-Politik ein politisches Ende. Die strafrechtliche Verfolgung von DDR- bzw. Ost-Kontakten war nun nicht mehr opportun. 1968 wurde das politische Strafrecht entsprechend reformiert und die unmittelbare Verfolgung von KommunistInnen beendet.

KPD-Verbot überdauert

Beitritt der DDR

Trotzdem gilt das KPD-Verbotsurteil noch immer und bildet auch im wiedervereinigten Deutschland eine mögliche Handhabe, Oppositionelle zu kriminalisieren. Das KPD-Verbot sollte zwar "nur für den vom Grundgesetz zeitlich und sachlich beherrschten Raum wirken" und "der Wiederzulassung einer Kommunistischen Partei im Falle gesamtdeutscher Wahlen nicht entgegen(stehen)". Doch die staatliche Einheit Deutschlands wurde nicht als Wiedervereinigung im Sinne von Artikel 146 des Grundgesetzes hergestellt, sondern in Form eines Beitritts der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 GG. Wer sich in einer kommunistischen Partei engagiert, muß also weiterhin befürchten, "nervenaufreibende illegale Handlungen" zu begehen.

Nach der Wende vom Herbst 1989 konstituierte sich in der DDR eine neue KPD. Sie durfte im März 1990 an den Volkskammerwahlen und im Mai 1990 an den Kommunalwahlen teilnehmen. Doch ob diese Partei auch

nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten noch legal ist - diese Frage Wolfgang Harichs an das Bundesverfassungsgericht blieb unbeantwortet. Seine Eingabe mit der Bitte um Aufhebung des KPD-Verbotsurteils von 1956 wurde abschlägig beschieden. Eine Aufhebung des Verbotsurteils sei zwar "in einem der Wiederaufnahme ähnlichen Verfahren" möglich, heißt es in dem Antwortschreiben vom 11.2.1992 aus Karlsruhe. Doch das lasse das Bundesverfassungsgerichtsgesetz "nur im Falle der Richteranklage zu (§ 61 BVerfGG)." Der Erfolg einer solchen Richteranklage ist bei den derzeitigen politischen Verhältnissen mehr als zweifelhaft.

Nun bemüht sich eine Initiative aus den westdeutschen Bundesländern erneut um die Aufhebung des Parteiverbots. 204 KommunistInnen haben sich mit einer Eingabe an den Deutschen Bundestag gewandt. Sie argumentieren - wie Harich - mit der deutschen Wiedervereinigung. Das Verbotsurteil, ein Produkt des Kalten Krieges, sei mit der Einheit Deutschlands zum Anachronismus geworden und stehe einer innerdeutschen politischen Normalisierung entgegen. Der Bundestag solle daher die Feststellung treffen, daß das KPD-Verbotsurteil historisch überholt und damit gegenstandslos sei. Die UnterzeichnerInnen schlagen vor, das Bundesverfassungsgerichtsgesetz zu novellieren: Urteile des Bundesverfassungsgerichts sollen eine Revisionsmöglichkeit erhalten. Dann könnte auch das KPD-Verbotsurteil vom 17.8.1956 revidiert werden.

Diskriminierung hält unvermindert an

Die strafrechtliche Verfolgung von KommunistInnen ist ein dunkles Kapitel in der Geschichte der BRD. Zwischen 1950 und 1968 wurden etwa 150.000 bis 200.000 Ermittlungsverfahren gegen (vermeintliche) KommunistInnen eingeleitet; in ca. 7.000 bis 10.000 Fällen kam es zu einer Verurteilung. (2) Die westdeutschen Justizopfer des Kalten Krieges wurden nicht entschädigt, sie erhielten folglich auch keine Haftentschädigungen und werden weiterhin durch den Wegfall ihrer Rentenansprüche für den Haftzeitraum diskriminiert. Dabei traf das KPD-Verbot bei weitem nicht nur Personen, die der KPD angehörten oder ihr nahestanden; es erwies sich vielmehr "als ein probates Mittel allgemeiner Repression". (3) Die Ausgrenzung und Kriminalisierung von KommunistInnen schuf ein Klima von Unsicherheit und Angst und verhinderte die Auseinandersetzung mit den politischen Zielen des Kommunismus. Dumpfer Antikommunismus und Politikverdrossenheit sind die sichtbarsten Folgen.

Daran haben auch die Medien einen nicht zu unterschätzenden Anteil. In den 50er Jahren haben sie wesentlich dazu beigetragen, den antikommunistischen Konsens zu verfestigen. Heute wird zwar häufig über politische Justiz in der DDR berichtet - in Westdeutschland scheint es so etwas jedoch nicht gegeben zu haben. Über die Kommunistenverfolgung in der BRD und das noch immer wirksame KPD-Urteil schweigt man sich aus. Auch über die Eingabe der 204 KommunistInnen haben die Medien - bis auf sehr wenige Ausnahmen - nicht berichtet. Von den Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen wurden bisher ebenfalls keine Stellungnahmen zu der Eingabe bekannt. Fritz Rische, ehemaliger KPD-Bundestagsabgeordneter und einer der Unterzeichner der Eingabe, beklagt diese "Methode des Totschweigens". Er hofft darauf, daß im Vorfeld des 17. August 1996 eine Diskussion über die politische Strafjustiz in der BRD eröffnet wird. Dann wird man auf 40 Jahre KPD-Verbot zurückblicken können - sofern das Verbotsurteil bis dahin nicht revidiert worden ist.

a.m.

Anmerkungen:

1) BGHSt 15, 167, zit. nach Rudolf Gössner, Die vergessenen Justizopfer des Kalten Kriegs. Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West, Hamburg 1994, S. 110. In diesem Zusammenhang wurde 1960 auch der Begriff der "kommunistischen Gesamtorganisation" geprägt.

2) Vgl. Gössner, a.a.O., S. 118.

3) Gössner, zit. nach der Eingabe an den Deutschen Bundestag zur Aufhebung des KPD-Verbots, in: junge welt, 13.11.1995.

32. Ein Leserbrief

CD-Datei: daten/aksuche/ak386/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:15

Arbeiter

und Bauern

Betr.: Der jugoslawische Bürgerkrieg. Ein Rückblick (ak 385, S. 14)

Euer Rückblick-Artikel zum jugoslawischen Bürgerkrieg in der ak 385 liest sich durchgängig wie ein Bericht eines britisch-imperialen Diplomaten. Da war ja der pensionierte Edward Heath noch kritischer als Ihr! Kt. steigt gleich voll ins kritische Diplomatengeschäft ein, wenn er das "Versagen" der EG zu Anfang der Jugoslawienkrise resümiert. "Zu einem frühzeitigen Krisen-Management hätte vor allem politischer und wirtschaftlicher Druck auf die serbische BdKJ-Führung gehören müssen." Diese "Versager" in London, Paris und Bonn! Schon viel früher hätten diese also Serbien aushungern sollen.

Anti-Imperialismus? Im ak 1995/96 offenbar nicht mehr angebracht! Da gibt es dann natürlich auch keine Idee davon, daß das multinationale "Krisenmanagement" seit 1981 (bis 1987) rund 30 Mrd. Dollar "Zinsenschulden" aus Jugoslawien rausgepreßt hatte - ein wesentlicher Bestandteil der 80er Wirtschaftskrise.

Unsere Differenz besteht nun allerdings nicht darin, daß ich den in dieser Zeit aufsteigenden serbischen Chauvinismus unterstütze. Euer Problem besteht viel mehr darin, daß Ihr überhaupt keinen internationalistischen Begriff von der jugoslawischen Krise habt. (Anm. d. Red.: Der Autor zitiert im folgenden einen Artikel aus "ex-Jugoslavenske Diskusije", Winternummer 1995.)

Clintons "Frieden": Bomben für Kleinstaaterei und Armut

30 Mrd. Dollar an Zinsrückzahlungen aus dem Land und die bürokratische Mißwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte trieben schließlich das Land in den 80er Jahren in die Armut. Wiederum braute sich der Stoff zusammen, aus dem "Saddams" gemacht sind. Diesmal aus der großserbischen Tradition auf dem Balkan. Gestützt auf die alte Zentralarmee kam der Bürokratenkommunist Milosevic damit in Konflikt mit dem Imperialismus. Immerhin hatte das westliche Europa unter deutscher Führung Slowenien und Kroatien aus Jugoslawien herausgerissen und die serbische Diaspora in Kroatien und in Folge in Bosnien aufgerüttelt. An die drei Millionen SerbInnen, die über Nacht zu unterprivilegierten Minderheiten geworden waren. Das mußte zum Krieg führen!

Es war schon sehr bald ein allseitiger chauvinistischer Krieg - so wie wir heute ganz klar sehen - eines Großserbien gegen Großkroatien. Dazwischen führte Izetbegovics Armee ihren Krieg: jahrelang einen Zweifrontenkrieg und in ihren eigenen schwächlichen militärischen Offensiven und nationalistischen Massakern der tragischeste Chauvinismus im 4. Balkankrieg. Im August schließlich waren die kroatischen und bosniakischen Truppen ganz offen hinter NATO-Bomberteppichen "gewittergestürmt". Das war eine beachtliche Premiere im neuen amerikanischen Ordnungskonzept für den Osten, wo letztlich das ganze Osteuropa unter den US-NATO-Oberbefehl zusammengefaßt werden soll. Rußland "partnerschaftelt" jetzt auf dem Balkan jedenfalls schon für den "Frieden" (noch mit einem Vizegeneral im NATO-Führungsstab). Den Troß der zukünftigen "Friedendurchsetzungs-"NATO-Truppe stellt also Europa. Die militärische Superpower und die Macher sind die USA, um heute auf dem Balkan und zukünftig im ganzen asiatischen Raum bis hinunter zur Kaspischen See für "Frieden" und Profitfreiheit zu sorgen.

Gegen NATO-"Frieden" - Arbeiter- und Bauernsolidarität im Wiederaufbau über alle nationalistischen Grenzen hinweg!

Die pseudoneutralen Länder inklusive Österreich machen natürlich ebenso bei der Neuen US-Weltordnung mit. Die NATO wird Waffen und Truppen wieder einmal ungeniert über Österreich transportieren können. 250 Mann Transporttruppe stellen SPÖ und ÖVP direkt. Fasslabend sagt es ganz klar, daß auch diese Transporter "feindliche" Angriffe zu erwidern hätten. Und Perry ergänzt in Wien, daß solches strikt unter dem NATO-Oberbefehlshaber geschehen müßte.

Zuletzt hatten bekanntlich Tausende DemonstrantInnen im serbischen Sarajewo dagegen protestiert, daß bosniakisch-moslimische Behörden die westlichen und nördlichen industriellen (!) Vororte übernehmen sollen.

Mladic übernahm die Schutzfunktion über die Bezirke Hadzici, Ilijas, Vogosca und Ilidza. Die nächsten Schießereien stehen bevor. Das letzte, was hier ganz offensichtlich gebraucht würde, wären hineinschießende österreichische Soldaten. Ich bin zum bosnischen Krieg stets für einen sofortigen Waffenstillstand eingetreten, d.h. auch jetzt für den "Status Quo". Keinerlei Milizen dürfen an diesen Demarkationslinien aufmarschieren. Und schon gar nicht NATO-Truppen. Nur auf dieser Grundlage des Status-Quo-Waffenstillstandes könnten aus ersten Kontakten zwischen den Bevölkerungen über die "nationalen" Bezirke und Dörfer hinweg Feindschaften abgebaut werden. Die ungeheuren Zwänge des Wiederaufbaus könnte das Vertrauen zwischen den "feindlichen" ArbeiterInnen, Bauern, Bäuerinnen u.a. wieder schaffen. Der wirkliche Frieden kann nur von "unten" kommen! Er müßte regionalweit, Bosnien-weit, ja (ex-)Jugoslawien-weit organisiert werden, wo auch nur allein Rückkehrwillen durchgesetzt werden könnte. Ganz zentral wären hier natürlich die internationalen Gewerkschaften aufgerufen, die materielle und soziale Hilfe für einen solchen Arbeiter- und Bauern-Frieden in (ex-)Jugoslawien zu organisieren.

Ein multinationales Netz müßte sich also über Bosnien und (ex-)Jugoslawien ausbreiten, wo es keinen Platz für die Karadcic, Boban und Izetbegovic gibt (die dann auch nicht vor das Den Haager Gericht, sondern vor Volksgerichte gestellt gehörten!).

Was für eine Perspektive, aber höchstwahrscheinlich was für eine Utopie gegenüber dem schändlichen "Frieden" aus Dayton: Ein Unfrieden in einem nationalistisch zerrissenen Bosnien mit der schier unausweichlichen Nicht-Zukunft eines Balkans mit einigen Neon-Benetton-Shops umgeben von osteuropäischer neokapitalistischer Massenarmut!

Boykott jeder österreichischen NATO-Beteiligung!

Solches ist leider nicht die Logik der ak!

Karl Fischbacher

Wien, 20.12.1995

33. Quelldatei 19.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak386/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:19

Kalender

Nachhaltigkeitskritik

Die Redaktion der BUKO-Zeitschrift "Forum", der Weltladen an der Uni Bremen und die Gruppe LEGO (eine mal sehr gelungene und auch kinderfreundliche Abkürzung, und zwar für: Linke Einheit gemeinsam organisieren) veranstalten einen Workshop (mit Kurzvorträgen und AGs) zur Kritik der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland".

20.1.96, 14 bis ca. 19 Uhr. bdp-Haus, Am Hulsberg 136, Bremen. Info: "Forum", Tel. 0421-325156.

Zum selben Thema bietet die Aktion 3. Welt Saar ein Tagesseminar über Nachhaltige Entwicklung, "das ideologische Zauberwort für das 21. Jahrhundert", an. Die Referentin Helga Eblinghaus, Mitarbeiterin der BUKO-AG "Nachhaltige Entwicklung", wird die Entwicklung von dem 1972 erschienenen Bericht des Club of Rome über die "Grenzen des Wachstums" bis zur heutigen, z.T. auch in den letzten ak-Ausgaben geführten Debatte darstellen. Wer sich (rechtzeitig) anmeldet, erhält zur Vorbereitung eine Auswahl von Texten zum Thema zugesandt.

21.1.96, 10.30-18 Uhr. Haus der ADW, Losheim. Kontakt: Aktion 3. Welt Saar, Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim, Tel.: 06872-6982.

Sozialismus und "jüdische Frage"

Der Potsdamer Historiker Dr. Mario Keßler ist in den letzten Jahren durch eine Reihe von Aufsätzen zu wichtigen, im (west)deutschen Sprachraum aber wenig beachteten Themen - dem Verhältnis von Juden und Sozialismus, die jüdische Arbeiterbewegung - hervorgetreten. 1994 ist seine Habilitationsschrift "Zionismus und internationale Arbeiterbewegung" beim Akademie-Verlag erschienen. Keßler wird bei einer Veranstaltung der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule zum Thema "Sozialismus und ‚jüdische Frage`" referieren.

23.1.96, 19.30 Uhr. Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstraße 35 (Hofeingang), Hamburg.

I Furiosi

Nanni Balestrini stellt sein 1994 erschienenes Buch über die "rot-schwarzen Brigaden", gewalttätige Fußballfans des AC Mailand, vor.

25.1.96, 20 Uhr. KOMM, Metropolitan, Königstr. 93, Nürnberg.

Reproduktionstechnologien

Die Gruppe Wilder Zwieb und das Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter zeigen eine Ausstellung und bieten eine Vortragsreihe zum Thema: "Reproduktionstechnologien und Eugenik im Blickfeld der internationalen Bevölkerungspolitik".

26.1.-18.2.96, Do-Sa von 17-22 Uhr, So von 16-21 Uhr: Ausstellung.

26.1.96, 20 Uhr: Geschichte und Kontinuität der Bevölkerungspolitik (Ingrid Augenstein).

31.1.96, 20 Uhr: "Hauptsache gesund?" Vorgeburtliche Diagnostik und Schwangerschaft (Theresia Adelfinger)

7.2.96, 20 Uhr: "Schöne neue Welt?" Neue rechtliche und politische Entwicklungen in der "Euthanasie"-Diskussion (Oliver Tolmein).

14.2.96, 20 Uhr: Reproduktionstechnologien - die kontrollierte Fruchtbarkeit (Diana Hummel, Birgit Moxter).

Veranstaltungsort: KOMM, Königstr. 93, Nürnberg.

Auschwitz-Befreiung

Am 27. Januar 1945 erreichte die sowjetische Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Sie befreite die letzten 8000 Überlebenden und stieß auf einen Ort beispielloser Massenverbrechen, einen Ort der Toten. - Das Fritz Bauer Institut lädt zu einer Gedenkveranstaltung für die Ermordeten der Schoah. Hannelore Elsner liest aus Primo Levis "Atempause"; Olivier Voize spielt einen Satz aus Olivier Messiaens "Quartett auf das Ende der Zeit", das der Komponist in einem Kriegsgefangenenlager schrieb. Über Auschwitz berichten die Häftlingsschreiberinnen Jenny Spritzer, Dagmar Ostermann und Elisabeth Guttenberger. Die Veranstaltung wird mit dem "El Maale Rachamim" beschlossen.

27.1.96, 19.30 Uhr. Paulskirche, Frankfurt.

Das Massaker von Kalavrita

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Fritz Bauer Instituts ",Deutschland` in Europa 1933-1945" stellt Franzeska Nika ihr Buch "Kalavrita 1943. Augenzeugenbericht" vor.

29.1.96, 19.30 Uhr. Fritz Bauer Institut, Rheinstr. 29, Frankfurt am Main.

Linke Propheten

Thomas Ebermann und Rainer Trampert beschreiben in ihrem Buch "Die Offenbarung der Propheten" die Verwandlung linker Politik in Esoterik, eine Entwicklung, die durch das Wiedererstehen eines spezifisch deutschen Nationalismus bestimmt werde. Sie stellen sich der Diskussion am

31.1.96, 19.30 Uhr in der Heinrich-Heine-Buchhandlung, Schlüterstr. 1, Hamburg.

PKK-Verbot

Seit dem Verbot der PKK und 35 kurdischer Organisationen in der BRD Ende 1993 gibt es eine Flut von Strafanzeigen und Anklagen gegen KurdInnen in der BRD. Der Freiburger Rechtsanwalt Michael Schubert spricht auf einer Veranstaltung der Aktion 3. Welt Saar über Ausmaß und Gründe der Verfolgung.

2.2.96, 19.30 Uhr. Stadtgalerie Saarbrücken.

Völkermord an Sinti und Roma

Zum Auftakt einer Veranstaltungsreihe zum Völkermord an Sinti und Roma spricht Dr. Michael Zimmermann über Entscheidungsprozesse, Konflikte und Programme nationalsozialistischer "Zigeunerpolitik".

6.2.96, 19.30. Fritz Bauer Institut, Rheinstr. 29, Frankfurt am Main.

Jüdische Arbeiterbewegung in den USA

Wirtschaftliches Elend und Pogrome zwangen zwischen 1880 und 1920 zwei Millionen osteuropäischer Juden zur Auswanderung. Der allergrößte Teil von ihnen ging in die USA, wo sie neben der Herausbildung eigener politischer und kultureller Einrichtungen wesentlichen Einfluß auf die Herausbildung der amerikanischen Gewerkschaften hatten. Diese Entwicklung wird bis zum Ende der 1930er Jahre in einem Kurs der Hamburger Volkshochschule anhand zeitgenössischer Quellen und neuerer Darstellungen nachgezeichnet werden.

Ab 6.2.96, jeweils dienstags 20.15-21.45, 12 Abende, Kursgebühr 36 DM. Kursleitung: Klaus Mellenthin. Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 35 (Hofeingang), Hamburg, Tel. 040-34972175. Anmeldung bei der Hamburger VHS, Schanzenstr. 75-77 (Kursnr. M 51408).

Judenverfolgung und deutsche Justiz

Im Rahmen einer von der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung durchgeführen Veranstaltungsreihe spricht Bernward Dörner zum Thema "NS-Judenverfolgung und die deutsche Justiz".

13.2.96, 15 Uhr. Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 13-14, Saal C, Berlin.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 387 ist der 30.1.96.

34. Quelldatei 20.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak386/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:20

Deutsche Ostgrenze

Im Sommer 1995 fand eine "antirassistische Fahrrad- und Aktionstour" an der Oder-Neiße-Grenze statt. Ziel der Tour war es, Informationen über die Arbeitsweise des Bundesgrenzschutzes zu sammeln, Öffentlichkeitsarbeit gegen die Festung Europa zu machen und sich mit antirassistischen Gruppen an der deutsch-polnischen Grenze auszutauschen. - Als später im Jahr das Wetter für ausgedehnte Fahrradtouren nicht mehr günstig war, haben sich TeilnehmerInnen der Tour an die Aufarbeitung ihrer Erfahrungen gemacht. Herausgekommen ist ein umfangreicher und informativer Reader. Einem Bericht über die Tour folgen Darstellungen der Abschottungspolitik, der Geschichte des BGS, des BGS-Wirkens an den Grenzen und ein Interview mit BGS-Beamten. Beigegeben sind in der Dokumentation u.a. ein Interview mit einem Flüchtling über seine Grenzerfahrungen, Demo-Erklärungen und eine Liste von Organisationen die (auch) mit Flüchtlingsarbeit zu tun haben.

Der Bundesgrenzschutz und die deutsche Ostgrenze. Reader der antirassistischen Fahrradtour vom 15.7.-22.7.95. A4, 88 S., Einzelpreis 5 DM (plus Versandkosten), Staffelpreise auf Anfrage. Bezug: Infoladen Leipzig, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig.

Religion und Nahostkonflikt

Der Mörder Rabins will "im Auftrag Gottes" gehandelt haben. Dies rückte erneut die Frage nach dem Einfluß der Religion auf die israelische Gesellschaft in den Mittelpunkt allgemeineren Interesses. Das Themenheft der Zeitschrift israel & palästina "Religion und Nahostkonflikt - Judentum" (das vor der Mordtat erschien) ist geeignet, hierzu einige grundlegende Informationen zu vermitteln.

israel & palästina, Sonderheft 40, A5, 36 S., 4 DM plus Porto. Bezug: Deutsch-Israelischer Arbeitskreis, Bahnhofstr. 148, 67480 Edenkoben. ISSN 0175-7032.

Uruguay

Die vom Ruhrgebiets-Internationalismus-Archiv Dortmund (RIAD) erarbeitete Broschüre zu Uruguay, zu den MLN-Tupamaros, den LandbesetzerInnen von Co.Vi. D.E. ist auf der Grundlage gesammelter Materialien, Recherchen vor Ort und Interviews in Montevideo entstanden. Des weiteren sind in der Broschüre enthalten Artikel der LandbesetzerInnen über ihre politische Arbeit und ihr Selbstverständnis sowie Berichte über diese Bewegung. Beigegeben ist eine kommentierte Literaturliste und ein Glossar.

Die Mentalität des Tangos. Tupamaros, Befreiungsbewegung und internationale Solidarität. Schriftenreihe des RIAD 1, Oktober 1995. A4, 76 S., 8 DM. (Im besser sortierten Buchhandel oder bei: RIAD, Unnaerstr. 44, Hinterh., 44145 Dortmund.)

Gewaltfreiheit

Die antimilitarismus information beschließen den 25. Jahrgang mit einem Themenheft über gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Das Bestreben der AutorInnen dieser Ausgabe ist es, eine Antwort zu finden auf die Frage: Welche gewaltfreien Mittel und Methoden gibt es, um Kriege und Bürgerkriege zu beenden oder zumindest zu mildern? Das Spektrum der Artikel reicht von einer Begriffsklärung - was heißt "gewaltfreie Konfliktbearbeitung" - über Darstellungen der verschiedenen Versuche solcher Konfliktlösung bis zu Beispielen gewaltfreier Aktionen.

ami. Themenheft: Gewaltfreie Konfliktbearbeitung. H. 12/95, A5, 102 S., 5 DM. ISSN 0342-5789.

"Jud Süß"

Veit Harlan, Regisseur des antisemitischen Hetzfilms "Jud Süß" hatte nach Kriegsende keine Skrupel, seine Karriere so schnell wie möglich fortsetzen zu wollen. Als im Dezember 1947 bekannt wird, daß Harlan im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens als "Unbelasteter" eingestuft werden soll, kommt es zu ersten Protesten. In einem nachfolgenden Prozeß wird Harlan vom Hamburger Schwurgericht von der Anklage, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, "aus Mangel an Beweisen" freigesprochen.

Erneute Proteste folgen, der Hamburger Senatssprecher Lüth ruft zum Boykott des ersten Harlan-Nachkriegsfilms auf. - Es ist dies erst der Anfang eines für die "Frühgeschichte" der BRD fast in Vergessenheit geratenen, gleichwohl sehr bestimmenden Skandals. Wolfgang Kraushaar hat diese Geschichte detailliert nachgezeichnet in

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, H. 6, Dez. 95/Jan. 96 (S. 4-33). 96 S., 18 DM. ISSN 0941-6382.

Nationale Identität

Vor dem fünften Jahrestag des Anschlusses der DDR hatte eine breit geführte Diskussion über die längerfristigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Perspektiven der Deutschen begonnen. Diese Diskussion wird, soweit in der Tagespresse und Nachrichtenmagazinen geführt, auszugsweise in der Pressedokumentation "Nationale Identität" wiedergegeben. Untergliedert ist diese Dokumentation in 1. Heutiges Verständnis nationaler Identität (Standpunkte, Geschichtsaufarbeitung, Rechtsbewußtsein), 2. Fakten und Meinungen (Wirtschaft, Soziales, Frauen, Jugend) und 3. Perspektive des Deutschen.

Zwischen nationaler Euphorie und den "Mauern im Kopf". Nationale Identität und die Deutschen fünf Jahre danach. Eine Pressedokumentation zusammengestellt von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Prof.Dr. Heinz Engelstädter. Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V., Berlin 1995. A4, 196 S., 19,80 DM. ISBN 3-931003-05-1.

35. Quelldatei duma-t2.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak386/duma-t2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:duma-t2

Endergebnisse der Duma-Wahlen im Vergleich, +, +, +, +

, Stimmenanteile i.%1, +, Mandate, +

, 1993, 1995, alte Duma2, neue

Duma3

KP der Russischen Föderation, 12,35, 22,31, 45, 157 (99+58)

Liberaldemokratische Partei, 22,79, 11,18, 55, 51 (50+1)

Unser Haus - Rußland, -, 10,13, -, 55 (45+10)

Wahlblock Jabloko, 7,83, 6,89, 27, 45 (31+14)

Frauen Rußlands, 8,10, , 20, 3 (0+3)

Rußlands (Demokratische) Wahl, 15,38, , 49, 9 (0+9)

Agrarpartei, 7,90, , 53, 20 (0+20)

Kongreß Russischer Gemeinden, -, , -, 5 (0+5)

Partei der Selbstverwaltung

der Werktätigen, -, , -, 1 (0+1)

Partei der russischen Einheit

und Eintracht, 6,76, , 12, 1 (0+1)

Demokratische Partei Rußlands, 5,50, , 10, -

Die Macht dem Volk (Ryshkow), -, , -, 9 (0+9)

Block Iwan Rybkin, -, , -, 3 (0+3)

Vorwärts Rußland (B. Fjodorow), -, , -, 3 (0+3)

Andere , , , 107, 11 (0+11)

Unabhängige, , , 62, 77 (0+77)

1) Die Stimmenanteile betreffen die Listenwahl,, durch die 225 der 450 Mandate vergeben wurden und für die eine 5-Prozent-Klausel galt. Parteien,, die unterhalb dieser Marke blieben,, konnten nur durch den Gewinn von Direktmandaten in die Duma einziehen.

2) Durch Übertritte und Zusammenschlüsse änderte sich die Mandatsverteilung im Laufe der zweijährigen Legislaturperiode der alten Duma. Hier sind die Fraktionsstärken unmittelbar vor den Wahlen 1995 angegeben (10 Mandate waren nicht besetzt).

3) Die erste Zahl in Klammern gibt die Zahl der Listenmandate,, die zweite die der Direktmandate an)., +, +, +, +

Quelle: ND

36. Quelldatei spend95.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak386/spend95.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:386:spend95

Spenden bis AK 385 5.550,00

W.B., Hamburg 280,00

W.W., Berlin 200,00

Div., Berlin 15,00

St.M., Kaiserslautern 200,00

W.P., Rickling 5.000,00

W.F., xy 10,00

A., xy 100,00

T.R., Hamburg 100,00

D.B., xy 100,00

E.W., xy 50,00

Ch.B., Hamburg 50,00

R.K., xy 180,00

R.M., Oldenburg 200,00

J.H., Nürnberg 1.000,00

A.N., Wuppertal 40,00

H-E.W., Heidelberg 50,00

Ch.W., Hamburg 1.000,00

J.R., Hamburg 425,00

T.B., Berlin 50,00

K.P., xy 100,00

H.G., Nürnberg 200,00

R.N., xy 50,00

M.S., xy 300,00

J.L., Wolfsburg 300,00

H.K., Berlin 50,00

M.B., Hanau 100,00

R.Sch., Amberg 100,00

U.H., Bad Liebenzell 250,00

W.K., Schleswig 150,00

E.D., Bremen 200,00

W.B., Hamburg 80,00

G.B., Hamburg 500,00

M.L., Hamburg 150,00

B.K., Sprockhoevel 200,00

D.M., xy 20,00

V.M., Rendswühren 50,00

B.P., München 100,00

R-R.St., Berlin 100,00

U.S., Tübingen 300,00

ZAK-Skat, Tübingen 570,00

KB-Nürnberg 4.500,00

B.R., xy 20,00

U.S., Karlsruhe 100,00

KB-Berlin 2.100,00

A.E., Hamburg 500,00

M.Sch., Köln 100,00

W.D., Wettemberg 50,00

B.F., Stade 200,00

Zwischensumme bis ak 386: 20.490

Gesamt 26.040